

Wahlprogramm
zur Landtagswahl 2013
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Hessen

**„Bildung, Wirtschaft, Gerechtigkeit –
Wir schaffen Chancen!“**

(Beschlissen auf dem a.o. Landesparteitag
in Bad Wildungen am 29. Juni 2013)

Quelle/Zitierweise:

http://www.fdp-hessen.de/files/1760/2013_Programm_LTW_final.pdf; 14.10.2013

Archiviert als PDF-Dokument; Signatur IN5-416

Entscheidend für Hessen.

The logo consists of a yellow triangle pointing downwards on the left, and a blue shape on the right that resembles a stylized '7' or a speech bubble. Inside the blue shape is a yellow square containing the letters 'FDP' in blue.

FDP

Programm zur Landtagswahl 2013

**Bildung, Wirtschaft, Gerechtigkeit
– Wir schaffen Chancen!“**

Beschluss Landesparteitag der FDP Hessen

29. Juni 2013

Inhaltsverzeichnis

Wir schaffen Chancengerechtigkeit	1
Unser Lebensgefühl	1
I. Chancengerechtigkeit durch gute Schulen.....	3
1. „Wir schaffen gute Schulen“	3
2. "Unser Wort gilt! - Versprochen und gehalten -"	3
3. Weiter gestalten: „Qualitätsoffensive durch mehr individuelle Förderung“	5
Qualitätsoffensive folgt dem Ressourcenaufwuchs	5
Selbstständige Schule	7
Individuelle Förderung als Schlüssel zu einer erfolgreichen Bildung	8
Kein Abschluss ohne Anschluss	9
Inklusion	9
Hochbegabung	10
Schulvielfalt und Wahlfreiheit erhalten – Bildungsgänge gestalten.....	10
Ganztagsschulen ausbauen	12
Berufliche Bildung – Duale Ausbildung ist Weltklasse.....	13
Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte als Garant für Qualität	14
Lebenslanges Lernen sichert Chancen.....	16
Privatschulen	16
Bildungsverwaltung am Wohle der Schüler orientieren	16
Bildung aus einer Hand.....	17
Medienkompetenz	17
II. Chancengerechtigkeit durch Wachstum.....	18
1. „Rahmenbedingungen schaffen, Wachstumspotenziale eröffnen“	18
2. "Unser Wort gilt! - Versprochen und gehalten -"	19
3. Weiter gestalten: „Rahmenbedingungen für eine innovative Wirtschaft“	21
Unser Mittelstand ist Weltspitze	21
Industriestandort Hessen	22
Exponierte Dienstleistungslandschaft in Hessen ausbauen	22
Weiterentwicklung unserer Wirtschaft und ihrer Rahmenbedingungen	23
Bildung und Ausbildung - Fachkräftebedarf sichern	23
Wirtschaftskraft folgt Innovationskraft - Wissenschaftsstandort Hessen	25
Liberale Förderpolitik stringent umsetzen.....	26
Außenwirtschaftsförderung als Standortsicherung	28

Energie	28
Schnelles Internet für ganz Hessen - Vorbild für Deutschland.....	29
Tourismus in Hessen	30
Ländlichen Raum stärken	31
Benzin muss bezahlbar bleiben	34
Vergaberegeln transparent gestalten	35
Kammerwesen erhalten	35
Ladenöffnungszeiten anpassen – Sperrzeitregelung erhalten.....	35
III. Chancen durch Wohnungsbaupolitik	37
1. „Wohnraum als Ziel der Landespolitik“	37
2. „Unser Wort gilt – Versprochen und Gehalten- “	37
3. Zukunftsgerechtes Wohnen und Bauen in Hessen	38
Sonderprogramm Wohnungsbau	38
2.000 neue Studentenwohnungen	39
Altersgerechtes Wohnen.....	39
Energetische Sanierung.....	40
IV. Forschung und Innovation	41
1. „Innovation und Technologie als Chance verstehen“	41
2. "Unser Wort gilt! - Versprochen und gehalten -“	41
3. Weiter gestalten: „Wissenschaft und Wirtschaft zusammenbringen“	42
Synergien aus Wissenschaft und Wirtschaft	42
Spitzenforschung stärken	43
Wissens- und Technologietransfer stärken	43
Innovation gezielt fördern.....	44
Zukunftstechnologien.....	45
Regionale Schwerpunkte setzen.....	45
V. Chancengerechtigkeit durch solide Finanzen	47
1. „Liberale Finanzpolitik: verlässlich, nachhaltig und zielgenau“	47
2. "Unser Wort gilt! - Versprochen und gehalten -“	48
3. Weiter gestalten: „Solide und verantwortungsvolle Finanzpolitik für Hessen“.....	50
Finanzen des Landes sanieren	50
Kommunale Selbstverantwortung stärken.....	51
Hessische Förderpolitik.....	51
Beteiligungen veräußern und mit dem Erlös Hessens Zukunft sichern.....	52
Bessere Motivation mit weniger Personal erreichen.....	53
Länderfinanzausgleich schröpft Hessen	53

Finanzplatz Frankfurt stärken.....	55
Ausgestaltung des Finanzplatzes und Regulierung.....	55
VI. Chancen durch liberale Innenpolitik.....	60
1. Bürgerrechte bewahren – Sicherheit gewährleisten.....	60
2. "Unser Wort gilt! - Versprochen und gehalten –“	60
3. Weiter gestalten: „Sicherheit und Freiheit verantwortungsvoll organisieren“	62
Moderne Gesetzgebung im schlanken Staat.....	62
Wahlrecht optimieren – direkte Demokratie stärken.....	62
Brand- und Katastrophenschutz stärken	63
Verwaltungsreformen fortsetzen – Modernisierung vorantreiben	63
Rettungsschirm hilft Kommunen – Kommunalen Finanzausgleich reformieren	64
Öffentlichen Dienst leistungsfähig halten	64
Datenschutz fortentwickeln	65
Polizei gut ausstatten – Instrumentenkasten regelmäßig überprüfen	65
VII. Der liberale Rechtsstaat – sicher, bürgernah und gerecht	68
1. Moderne Strukturen schaffen ein modernes Recht.....	68
2. "Unser Wort gilt! - Versprochen und gehalten -“	68
3. Weiter gestalten: „Rechtsstaat sichern – Justiz stärken“	70
Rechtsstaat auf neue Technologien ausrichten	70
Urheberrechte im Netz stärken	71
E-Justice – wir gestalten Zukunft	71
Häuser des Jugendrechts – Ein Erfolgsmodell weiter ausbauen.....	71
Opferschutz stärken.....	72
Datenschutz als Daueraufgabe verstehen	72
Zusammenlegung von Sozial- und Verwaltungsgerichtsbarkeit	72
Anwalts- und Notarwesen	73
Streitschlichtung stärken.....	73
Neue Herausforderungen für die Justiz.....	73
Aus- und Fortbildung	73
Justizvollzug als Teil des Rechtsstaats	74
VIII. Mobilitäts- und Verkehrspolitik.....	76
1. Infrastruktur ohne ideologische Scheuklappen schaffen	76
2. "Unser Wort gilt! - Versprochen und gehalten –“	77
3. Weiter gestalten: „Moderne Mobilitätsangebote schaffen – Neue Wege gehen“ ..	78
Straßenverkehr	78
Schienenverkehr und ÖPNV	83

Radverkehr	85
Wasserstraßen	86
Luftverkehr.....	86
Verknüpfung der Verkehrsträger – Integrierter Verkehr.....	87
Verkehrsinfrastrukturfinanzierung	88
Güterverkehr und Logistik.....	89
IX. Wissenschaft und Hochschulen	92
1. „Bildung und Wissen schaffen Zukunft“	92
2. "Unser Wort gilt! - Versprochen und gehalten -"	92
3. Weiter gestalten: „Hochwertige Forschung und Lehre erhalten und ausbauen“ ...	93
Anstieg der Studierendenzahlen meistern und als Chance begreifen	93
Innovationsoffensive für die Hochschulen	93
Rahmenbedingungen für Lehre und Forschung	95
Hochschulautonomie und Hochschulpakt fortsetzen.....	95
Kostenfreies Erststudium an staatlichen Hochschulen	96
Bologna-Prozess fortführen und weiterentwickeln.....	97
Unterstützung der Studierenden	99
X. Chancen durch eine rationale Energiewende	100
1. „Energieversorgung als Lebensgrundlage sichern“.....	100
2. "Unser Wort gilt! - Versprochen und gehalten -"	101
3. Weiter gestalten: „Energie muss verfügbar und bezahlbar bleiben“	102
Bezahlbarer Strom für Bürger, Unternehmen und Industrie	102
Schaffung eines umfassenden europäischen Energie-Binnenmarktes.....	104
Versorgungssicherheit und Netzstabilität sicherstellen	105
Forschung intensivieren – Speichertechnologien fortentwickeln	106
Energieeinsparung ersetzt Energieerzeugung	107
Rationaler Energiemix auf dem Weg zu 100 Prozent regenerativer Energieversorgung	108
Alternative Fördertechnologien können Beitrag leisten	111
XI. Chancen durch Umwelt- und Naturschutz	113
1. „Verantwortungsbewusster Umgang mit unseren Ressourcen“	113
2. „Unser Wort gilt - Versprochen und Gehalten -“	114
3. Weiter gestalten: „Der Mensch steht im Mittelpunkt liberaler Umweltpolitik“	115
Rationalen Umwelt- und Klimaschutz betreiben	115
Naturschutz mit den Menschen gestalten	116
Abfallwirtschaft.....	117

Wasser- und Abwasserwirtschaft.....	118
Rohstoffe nachhaltig nutzen – Ressourcen schonen	119
Altlasten.....	120
Rückbau Kernkraftwerk Biblis und Endlagerung	120
XII. Landwirtschaft, Forsten und Verbraucherschutz.....	122
1. Landwirtschaft benötigt ein marktwirtschaftliches System	122
2. "Unser Wort gilt! - Versprochen und gehalten -"	123
3. Weiter gestalten: „Landwirtschaft und Verbraucherschutz im Einklang“	125
Landwirtschaftsflächen sichern	125
Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft.....	125
Weinbau in Hessen – hochwertiges Wirtschafts- und Kulturgut	126
Gute fachliche Praxis durch gute Bildung	127
Grüne Gentechnik kontrolliert nutzen.....	128
Energieerzeugung auf Landwirtschaftsflächen.....	128
Nutzung der hessischen Wälder	129
Verbraucherschutz hat hohen Stellenwert.....	129
Tierschutz weiter verbessern	130
XIII. Chancen durch Kunst, Kultur und Kreativwirtschaft.....	131
1. Grundsätze und Aufgaben liberaler Kulturpolitik.....	131
2. "Unser Wort gilt! - Versprochen und gehalten -"	132
3. Weiter gestalten: „Öffentliches und privates Engagement für Kunst und Kultur“	133
Kulturförderung	133
Kunst und Kultur als Standortfaktoren in den hessischen Regionen	134
Kultur- und Kreativwirtschaft haben erhebliche wirtschaftliche Bedeutung	135
Kultur- und Kreativwirtschaft fördern - Neue Initiativen entwickeln	135
Filmwirtschaft, Medienwirtschaft	137
Kulturelle Bildung und Kulturvermittlung	138
Kulturelle Vielfalt sichern.....	139
Museumslandschaft erhalten	140
Literaturförderung	140
Kulturtourismus.....	140
Erinnerungskultur.....	141
XIV. Chancen durch Soziales, Gesundheit und Pflege	143
1. Chancen und Unterstützung, damit jeder über sich hinaus wachsen kann	143
2. "Unser Wort gilt! - Versprochen und gehalten -"	144
3. Weiter gestalten: „Moderne Sozialpolitik hilft Menschen“	145

Für die Einführung des liberalen Bürgergeldes	145
Renteneintritt individueller gestalten	145
Gesundheitsprävention von Beginn an	146
Fachkräftebedarf im Gesundheitsbereich sichern	146
Bürokratie im Gesundheitsbereich abbauen	146
Kliniken in kommunaler Trägerschaft wirtschaftlicher gestalten	147
Selbstverwaltung der Ärzteschaft stärken	147
Flächendeckende ärztliche Versorgung garantieren	147
Prinzip „ambulant vor stationär“ verstetigen	148
Freie Krankenhauswahl im stationären Bereich	148
Suchtprävention und Suchtbehandlung mit Qualifikation betreiben.....	149
Pflege im Fokus.....	150
Vielfältiges Angebot	151
Menschenwürde auch im Sterben unantastbar	152
Keine medizinischen Maßnahmen gegen den Willen des Patienten	152
XV. Chancen durch Familien-, Frauen-, Senioren- und Gesellschaftspolitik	154
1. Vielfalt der Lebensentwürfe – Vielfalt der Gesellschaft	154
2. "Unser Wort gilt! - Versprochen und gehalten -"	155
3. Weiter gestalten: „Rahmenbedingungen verbessern – Möglichkeiten schaffen“	156
Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss verbessert werden.....	156
Bessere und flexiblere Kinderbetreuung erreichen.....	157
Pädagogisches Know-how in Kindertagesstätten wichtiger Bestandteil	158
Frühkindliche Bildung und Erziehung weiter ausbauen	158
Jugendvertretungen stärken, Generationengerechtigkeit verankern	159
Inklusion vorantreiben – Behinderungen auffangen	159
Chancen für Senioren – Rahmenbedingungen weiter verbessern	160
Finanzierung neuer Wohnformen.....	161
Dialog der Generationen fördern.....	161
Erfahrung nutzen – Engagement fördern	161
Migrationshintergrund im Alter weiter thematisieren.....	162
XVI. Chancen durch liberale Integrationspolitik.....	163
1. „Kein Nebeneinander, sondern ein Mit- und Füreinander“	163
2. "Unser Wort gilt! - Versprochen und gehalten -"	163
3. Weiter gestalten: „Das liberale Konzept von Integration ist Chancengerechtigkeit“	164
.....	164
Liberale Willkommenskultur stärken - qualifizierte Zuwanderer gewinnen.....	164

„Es ist nicht wichtig wo man her kommt, es wichtig, wo man hin will“	165
Integration muss auch auf kommunaler Ebene Chefsache sein!.....	165
Ansätze aus Programm „Modellregionen Integration“ intensivieren	165
Verbindung von Integration und Wirtschaftsleben fördern!.....	166
Kindertagesstätten als erste Bildungseinrichtung stärker fördern.....	166
Angebot des bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichts ausweiten	167
Interkulturelle Öffnung: Landesverwaltung an Realitäten der Gesellschaft anpassen.....	167
Bürgerschaftliches Engagement ist Integration	167
Partnerschaft mit Bursa intensivieren und für Bürger erfahrbar machen	168
Belange der Heimatvertriebenen	168
XVII. Chancen durch Europapolitik	169
1. Europa als Wiege, Lebensmittelpunkt und Zukunft Hessens	169
2. "Unser Wort gilt! - Versprochen und gehalten -"	170
3. Weiter gestalten: „Die Bürger mitnehmen, Prozesse öffnen“	170
Wir wollen Subsidiarität.....	171
Europaweite Mindeststandards, aber keine Nivellierung	171
Einsatz für die kleinen und mittleren Unternehmen	171
Finanzpolitik: Für mehr Sorgfalt mit dem Geld der europäischen Bürger	172
Keine europäische Schuldenvergemeinschaftung!.....	172
Abtretung von Souveränitätsrechten nur mit Bürgerentscheid.....	173
Verstärkung der Netzwerke mit den Partnerregionen.....	173
XVIII. Chancen durch Netzpolitik	174
1. „Netzpolitik hat viele Themenfelder“	174
2. "Unser Wort gilt! - Versprochen und gehalten -"	174
3. Weiter gestalten: „Netzpolitik ist Zukunftspolitik“	175
Netzneutralität durch konsequenten Breitbandausbau	175
Datenschutz – Grundrecht auf Privatheit in der digitalen Welt.....	175
Privacy by Design und Privacy by Default forcieren	175
Big Data – Auswertung nur nach vollständiger Anonymisierung	175
Nationale und föderale Cyber-Abwehr stärken.....	176
Keine Klarnamenpflicht im Internet	176
Cloud Computing: Potenziale schneller erschließen	176
Crowdfunding als Chance für neue Arbeitsmärkte fördern.....	177

Open Government und Open Data – Transparenz und Beteiligung gewährleisten	178
XIX. Chancen für die Metropolregion	179
1. Gemeinsamkeit stärken – Weltoffenheit leben.....	179
2. "Unser Wort gilt! - Versprochen und gehalten -"	179
3. Weiter gestalten: „Regionalplanung effizienter gestalten“	180
Regionale Flächennutzungsplanung	180
Organisationsstrukturen schlanker und effizienter machen	180
Regionale Initiativen, Vereine und Gesellschaften	181
XX. Chancen durch Sportpolitik	182
1. „Sport verbindet und hält gesund“	182
2. "Unser Wort gilt! - Versprochen und gehalten -"	182
3. Weiter gestalten: „Sport in Schule und Verein ist gesellschaftlicher Gewinn“	183
Sport ist positiv	183
Ehrenamt und Vereinswesen weiter stärken	183
Schule und Sport enger zusammenbringen	183
Integrationsmotor Sport	184
Kampf dem Doping	184
Sport im Vollzug.....	184
Sportwetten und Lottomittel sichern die staatliche Sportförderung	184
XXI. Chancen durch Medienpolitik	185
1. „Medien gewinnen an Bedeutung“	185
2. "Unser Wort gilt! - Versprochen und gehalten -"	185
3. Weiter gestalten: „Vielfältiges Rundfunk- und Presseangebot sichern“	186
Öffentlich-rechtliche Anstalten	186
Privater Rundfunk	187
Rundfunkfinanzierung reformieren - vom Beitragsmodell hin zur Medienabgabe.....	187
Multimedia und Internet	188

1 Wir schaffen Chancengerechtigkeit

2 Unser Lebensgefühl

3 Liberal zu sein bedeutet, eine ganz besondere Grundeinstellung zum Leben zu haben.
4 Neuem stehen wir offen gegenüber, suchen darin die Möglichkeiten und Chancen. Wir
5 glauben an den Fortschritt und sehen jeden in der Verantwortung, seinen Beitrag für
6 eine bessere Welt zu leisten.

7 In jedem Menschen steckt das Potenzial, an dieser Zukunft mitzuwirken. Wir sehen es
8 als unsere Aufgabe an, diese individuellen Fähigkeiten zu fördern und aus jedem Ein-
9 zelnem herauszulocken. Deshalb arbeiten wir mit Leidenschaft an einer Bildungspolitik,
10 die möglichst früh ansetzt. Wir wollen Menschen befähigen, ihr Schicksal selbst in die
11 Hand zu nehmen. Das unterscheidet uns von denen, die andere lediglich nach ihrem
12 politischen Leitbild erziehen wollen.

13 Gerechtigkeit hält unsere Gesellschaft im Innern zusammen. Ohne Gerechtigkeit gibt
14 es keine Freiheit. Das treibt uns Liberale an, denn wir wollen in einer Gesellschaft le-
15 ben, wo jedermann – unabhängig von seiner Herkunft, von seinem Aussehen, seiner
16 sexuellen Ausrichtung, seiner Religion, seines Geschlechts oder seines Alters – sein
17 Glück finden kann.

18 Deshalb kämpfen wir leidenschaftlich dafür, dass jeder Mensch gerechte Startchancen
19 im Leben erhält. Sei es bei der Sprachförderung im Kindergarten, im Bereich der Bil-
20 dung, des beruflichen Werdegangs oder im gesellschaftlichen Leben. Wir sind die ein-
21 zige Partei in Deutschland, die den Menschen nicht vorschreiben will, wie sie zu leben
22 haben, sondern sie bei der Umsetzung individueller Lebensentwürfe unterstützt. Was
23 uns von anderen unterscheidet, ist die Art, wie wir Probleme angehen. Wie keine ande-
24 re politische Strömung in Deutschland setzen wir auf die persönliche Freiheit des Ein-
25 zelnem. Die Freiheit, selbst zu entscheiden, die Freiheit, sein Schicksal selbst in die
26 Hand zu nehmen, und die Freiheit anders zu sein.

27 Zu einem glücklichen und erfüllten Leben gehört für uns ein gesellschaftlicher Rahmen,
28 der den Einzelnen ein Maximum an Freiheit belässt und den Schwachen zur Seite
29 steht. Wir lieben die Freiheit, alles machen zu können, solange wir keinem anderen
30 damit schaden. Für uns ist Deutschland das Land der Träume, weil kaum ein anderes
31 Land auf der Welt so sehr die Lehren aus Unrecht und Diktatur verinnerlicht hat wie
32 Deutschland.

33 Freiheit kann nur auf dem Fundament wirtschaftlicher Sicherheit gedeihen. Deshalb ist
34 die wirtschaftliche Rationalität eine liberale Grundtugend. Wir stehen für die soziale
35 Marktwirtschaft ein, ohne sie zu einem Dogma zu erheben. Wir wissen um die Stärken
36 und Schwächen unserer Wirtschaftsordnung. Sie ist jedoch von allen anderen wirt-
37 schaftlichen Konzepten diejenige, die nunmehr über 60 Jahre lang bewiesen hat, dass
38 sie das Versprechen von Wohlstand, Frieden und sozialer Gerechtigkeit am besten
39 sicherstellen kann. Deshalb verteidigen wir sie, wie immer es nötig ist, vor ideologi-

Seite 2

40 schen Eingriffen ebenso, wie wir sie von den vielen kleinen und großen Fesseln der
41 Bürokratie befreien wollen.

42 Hessen ist ein wirtschaftlich starkes Land. Wir vergessen aber nicht, dass dies kein
43 Zufall, sondern jahrzehntelanger harter Arbeit der Menschen in unserem Land zu ver-
44 danken ist. Wir wollen unseren erarbeiteten Wohlstand bewahren und so ausbauen,
45 dass möglichst alle daran teilhaben können. Dabei steuern wir unser Land sicher durch
46 die europäische Haushalts- und Finanzkrise. Wir haben die richtigen Weichen gestellt,
47 indem wir auf Mittelstand, Bildung und Forschung gesetzt haben. Darauf können wir
48 als Liberale stolz sein. Auch in den nächsten Jahren werden wir unseren Grundtugen-
49 den treu bleiben. Bildung und Wirtschaft sind liberale Kernthemen, hier haben wir un-
50 sere Kernkompetenzen. Wir werden aber auch verstärkt den Blick auf die Gesell-
51 schaftspolitik lenken.

52 Wir wollen Menschen, die Verantwortung übernehmen, zur Seite stehen. Das gilt bei
53 jungen Familien, bei Lebenspartnerschaften oder im Kreis der Familien in einer älter
54 werdenden Gesellschaft. Wir werden Angebote schaffen, Beruf und Familie besser zu
55 vereinbaren, ob in der Großstadt oder auf dem Land. Wir werden die Ungerechtigkei-
56 ten bei der Behandlung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften abbauen und uns stär-
57 ker um den familiären Zusammenhalt kümmern.

58

59 I. Chancengerechtigkeit durch gute Schulen

60 1. „Wir schaffen gute Schulen“

61 Bildung sichert Teilhabe und eröffnet Aufstiegschancen eines jeden Einzelnen in der
62 Gesellschaft. Sie ist die Grundlage zur Entwicklung einer mündigen und selbstbe-
63 stimmten Persönlichkeit und damit für ein erfolgreiches und eigenständiges Leben. Das
64 Recht auf Bildung ist daher ein zentrales Bürgerrecht und genießt für uns Liberale
65 oberste Priorität. Für uns ist eine freiheitliche und zukunftsfähige Bildungspolitik der
66 Schlüssel für mehr Chancengerechtigkeit, denn jedes Kind, unabhängig von seiner
67 Herkunft und seinen Voraussetzungen, hat das Recht auf eine bestmögliche Bildung.
68 Liberale respektieren die unterschiedlichen Begabungen aller Kinder und erkennen in
69 ihnen einen Gewinn für die Gesellschaft. Oberstes Gebot liberaler Bildungspolitik ist
70 daher die individuelle Förderung.

71 Auch die Verteilung von Ressourcen im Bildungssystem muss individuell, flexibel und
72 bedarfsgerecht erfolgen. Liberale Bildungspolitik kennt nicht das eine Schulsystem für
73 jeden, sondern orientiert sich an den Bedürfnissen des einzelnen Kindes.

74 In einem freiheitlichen und zukunftsfähigen Bildungssystem muss sich die Rolle der
75 Schule von einer reinen Lehranstalt hin zu einer Lebensschule wandeln, in der neben
76 der Wissens- und Wertevermittlung stärker der Einzelne gefördert wird. Durch mehr
77 Selbstständigkeit sollen unsere Schulen noch besser ihr Profil entwickeln und ihr An-
78 gebot auf die Kinder und Jugendlichen abstimmen können. In einer komplexer wer-
79 denden Gesellschaft ist das Lernen von Fakten nur noch ein Teil der schulischen Ar-
80 beit. Ebenso notwendig ist die Vermittlung von Kompetenzen wie Lernen, Teamfähig-
81 keit und Leistungsbereitschaft. Insbesondere die Lernkompetenz nimmt eine immer
82 größere Rolle ein, denn sie bildet die Grundlage für selbstständiges Arbeiten und die
83 Möglichkeit, Aufgaben eigenverantwortlich anzupacken und mit wenigen Vorgaben
84 nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Auch wollen wir das Leistungsprinzip in der
85 Schule wieder deutlich machen. Die Schule bereitet auf das Leben vor. Daher muss
86 Leistungsorientierung als Rüstzeug für einen Einstieg in eine nach demokratischen
87 Prinzipien organisierte freie Gesellschaft auch in der Schule vermittelt und gefördert
88 werden. Dies ist Voraussetzung für Durchlässigkeit und sozialen Aufstieg. Jedes Kind
89 soll seines Glückes Schmied werden können. Die Schule hat jedes Kind hierbei und
90 bei der Entfaltung seiner Fähigkeiten zu unterstützen.

91 2. "Unser Wort gilt! - Versprochen und gehalten -"

92 • Die Einführung der Selbstständigen Schule

93 Mit der Realisierung der Selbstständigen Schulen haben wir ein liberales Kernanliegen
94 verwirklicht. Die Schulen verfügen nun über mehr Eigenverantwortlichkeit und können
95 in Freiheit und Verantwortung die Unterrichtsgestaltung und die Organisation des
96 Schulbetriebs so gestalten, wie es den Bedürfnissen der Schüler entspricht und zum
97 sozialen Umfeld der Schule passt.

Seite 4

98 • Bessere Lehrerversorgung – 2.500 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen

99 Guter Unterricht braucht gute Lehrer. Deshalb haben wir in dieser Legislaturperiode
100 2.500 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen. Diese dienen insbesondere der Verkleine-
101 rung der Klassen, der Bewältigung der doppelten Jahrgänge und dem Ausbau des
102 Ganztagschulprogramms. Zudem konnte die Lehrerversorgung auf die versprochenen
103 105 Prozent im Landesdurchschnitt angehoben werden, damit Schulen Ressourcen für
104 ihre eigenen Konzepte zur Verfügung haben. Mithilfe eines Sozialindexes erhalten
105 Schulen, die unter besonders schwierigen sozialen Bedingungen arbeiten, weitere zu-
106 sätzliche Lehrerstellen.

107 Durch diese Verteilung, die nicht mehr nach dem Gießkannenprinzip, sondern bedarfs-
108 gerecht erfolgt, können Schülerinnen und Schüler in Zukunft stärker individuell geför-
109 dert werden.

110 • Mehr Praxis in der Lehrerausbildung

111 In einem ersten Schritt haben wir das Referendariat reformiert und die Lehrer im Vor-
112 bereitungsdienst stark entlastet. Durch eine Reduzierung der Einführungsphase wurde
113 die Dauer des Vorbereitungsdienstes um drei Monate auf 21 Monate reduziert. Der
114 Zeitraum, der für den eigenverantwortlichen Unterricht zur Verfügung steht, blieb hin-
115 gegen unangetastet. Zudem wurden die Ausbildungsmodule reduziert, um den Fokus
116 auf die praktische Unterrichtstätigkeit zu legen.

117 Mit der Einführung eines Praxissemesters für Lehramtsstudierende haben wir den Weg
118 zu mehr Praxisorientierung und zu einer engeren Verzahnung von praktischen sowie
119 theoretischen Teilen der Lehrerausbildung geebnet, um Studierenden frühzeitig die
120 Anforderungen der schulischen Praxis deutlich zu machen und um ihnen die Chance
121 zu geben, ihre Eignung für diesen anspruchsvollen Beruf zu reflektieren.

122 • Reform der Schulverwaltung – schlanke Schulverwaltung

123 Selbstständiger werdende Schulen benötigen eine Schulverwaltung, die sie in ihren
124 veränderten Bedürfnissen unterstützt. Verwaltung muss von der Schule her gedacht
125 werden. Durch die Einrichtung eines Landesschulamts, in dem alle Institutionen des
126 dem Kultusministerium nachgeordneten Bereichs zu einer einzigen Einrichtung gebün-
127 delt wurden, haben wir die Effizienz der hessischen Schulverwaltung durch die best-
128 mögliche Bündelung personeller und finanzieller Ressourcen in der Organisationsstruk-
129 tur gesteigert. Wir haben die Doppelarbeit in den 17 einzelnen Behörden der Bildungs-
130 verwaltung abgeschafft und Unterstützung für unsere Schulen aus einem Guss ge-
131 schaffen. Damit existieren überall vergleichbare Standards für alle Belange der Schul-
132 und Unterrichtsentwicklung, der Evaluation und Qualitätssicherung sowie der Lehrkräf-
133 tebildung und Personalentwicklung unserer selbstständiger werdenden Schulen.

134 • Islamischer Religionsunterricht

135 Wir haben den Weg frei gemacht für die Einführung eines bekenntnisorientierten isla-
136 mischen Religionsunterrichts in Hessen. Ab dem Schuljahr 2013/ 2014 wird dieser in
137 zunächst 27 Grundschulen in der ersten Klasse angeboten und dann von Jahrgang zu

Seite 5

138 Jahrgang ausgeweitet. Dabei ist der bekenntnisorientierte Religionsunterricht eine
139 staatliche Veranstaltung wie jedes andere Fach auch und wird als ordentliches Lehr-
140 fach nach staatlichen Curricula, auf Deutsch und durch staatliche Lehrkräfte erteilt.
141 Seine Einführung wurde verfassungskonform verwirklicht.

142 • Schulvielfalt und Schulwahlfreiheit erhalten

143 Dank uns Liberalen sind Schulvielfalt und Schulwahlfreiheit auch in Zukunft zentrale
144 Bestandteile des hessischen Schulsystems. Nur ein vielfältiges und begabungsgerech-
145 tes Schulsystem kann den unterschiedlichen Bedürfnissen von Kindern gerecht wer-
146 den. Durch die Aufrechterhaltung der bewährten Schulformen und die sinnvolle Ergän-
147 zung durch die Einführung der Mittelstufenschule kann den Ansprüchen der Schülerin-
148 nen und Schüler und der Arbeitswelt Rechnung getragen werden.

149 Auch im Bereich von G8 und G9 haben wir auf die größtmögliche Wahlfreiheit gesetzt.
150 Die hessischen Gymnasien und kooperativen Gesamtschulen können deshalb wählen,
151 ob sie G8 oder G9 anbieten möchten und sich dabei am Willen der Eltern im Sinne der
152 Schülerinnen und Schüler orientieren. Eine verordnete Rückkehr zu G9 für alle lehnen
153 wir ab, denn wir gestehen Schulen die Wahlfreiheit und mehr Selbstständigkeit im
154 Rahmen der Profilbildung zu.

155 • Die Hälfte aller Schulen in Hessen arbeitet ganztägig

156 Die Ganztagsangebote haben wir jedes Jahr in erheblichem Maß mit zusätzlichen Stel-
157 len ausgebaut, um den Anforderungen von Schule und Familie gerecht zu werden.
158 Aktuell investiert das Land 75 Millionen Euro im Jahr für schulische Ganztagsangebote.
159 Dadurch können mittlerweile knapp 55 Prozent aller hessischen Schulen ein Ganz-
160 tagsangebot anbieten. All diese Maßnahmen tragen deutlich dazu bei, die Qualität von
161 Schule und Unterricht zu verbessern.

162 **3. Weiter gestalten: „Qualitätsoffensive durch mehr 163 individuelle Förderung“**

164 **Qualitätsoffensive folgt dem Ressourcenaufwuchs**

165 In der Legislaturperiode 2009 bis 2014 haben wir die Ressourcen für unsere Schulen
166 deutlich erhöht und Strukturprobleme gelöst. Diesen Kurs wollen wir fortführen, um
167 auch zukünftig die notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen und eine 105-
168 prozentige Lehrerversorgung für alle Schulen in Hessen zu garantieren.

169 Noch nie verfügten die hessischen Schulen über eine derart hohe Unterrichtszuwei-
170 sung, die unseren Kindern und Jugendlichen zugutekommt. Daran werden wir festhal-
171 ten.

172 Wir werden die Ressourcen nicht nach ideologischen Gesichtspunkten und einem
173 Gießkannenprinzip verteilen, sondern in individuelle Förderung und Qualitätsverbesse-
174 rung des Unterrichts investieren.

Seite 6

175 Wir werden uns für eine Qualitätsoffensive im Bildungsbereich einsetzen, denn die
176 Rahmenbedingungen für eine bestmögliche Bildung haben wir geschaffen. Jetzt
177 kommt es darauf an, die Qualität durch individuell abgestimmte, flexible und bedarfs-
178 orientierte Entscheidungen zu verbessern.

179 Individuelle Förderung braucht Verlässlichkeit. Daher ist es unser Anliegen, den Schul-
180 frieden zu wahren und Ruhe an unseren Schulen einkehren zu lassen. Mit uns haben
181 Hessens Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer sowie die Eltern einen
182 verlässlichen Partner an ihrer Seite, der nicht das gesamte Schulsystem in Frage stellt,
183 sondern auf die Kompetenz vor Ort baut und die Bedürfnisse des Einzelnen in den
184 Mittelpunkt stellt. Schulwahlfreiheit und -vielfalt werden uns auch in Zukunft leiten. Die
185 Flut an Bildungsstudien und Erhebungen von Wirtschaftsorganisationen (OECD), Stif-
186 tungen, Medien und sonstigen Institutionen empfindet die FDP Hessen insoweit als
187 problematisch, als dass statt einer seriösen Würdigung in der Regel höchste Unruhe
188 und fortwährender Handlungsdruck konstruiert werden, deren Tragfähigkeit mitunter
189 nicht sichergestellt ist. Dies gilt es in Zukunft, im Sinne eines Schulfriedens, kritisch zu
190 bewerten.

191 Zur Wahlfreiheit gehört auch, dass die Eltern die beste Schule für ihr Kind auswählen
192 können. Deshalb fordert die FDP Hessen die Aufhebung der Schulbezirksgrenzen.
193 Dies gilt auch für den Grundschulbereich, denn auch dort müssen Eltern die Möglich-
194 keit haben, diejenige Schule wählen zu können, die den Neigungen und Begabungen
195 ihres Kindes am meisten entspricht und deren Unterrichts- und Betreuungsangebot auf
196 die jeweilige familiäre Situation Rücksicht nimmt. Vorrangig muss jede Schule die Kin-
197 der ihres Wohngebietes aufnehmen. Sind aber noch Plätze frei, können auch Kinder
198 aus anderen Ortsteilen aufgenommen werden.

199 In Zeiten des demografischen Wandels wird die Schaffung von Schulverbänden und
200 Verbundschulen dazu beitragen, Schulstandorte zu erhalten und die Wahlfreiheit der
201 Eltern zu gewährleisten. Schulen können zukünftig über mehrere Standorte verfügen
202 und sich aufgrund der Aufgabenverteilung auf die Kernaufgaben konzentrieren, anstatt
203 organisatorische und verwaltungstechnische Aufgaben einzeln zu erfüllen.

204 Im Zuge der kleiner werdenden Klassen und Jahrgänge, vor allem im dünn besiedelten
205 ländlichen Raum, wird die Konzeption des jahrgangsübergreifenden Unterrichts an
206 Bedeutung gewinnen. Schulen sollen im Rahmen ihres Schulprofils die Möglichkeit
207 erhalten, eben diesen jahrgangsübergreifenden Unterricht anzubieten und die dafür
208 notwendigen Stellen zugewiesen bekommen. Die fachlichen und didaktischen Grund-
209 lagen müssen insbesondere im Lehramtsstudium für das Grundschullehramt vermittelt
210 werden. Für die weiterführenden Bildungsgänge ist auch weiterhin eine bestimmte Zü-
211 gigkeit zu gewährleisten, um die Studentafel abzudecken.

212 Wir werden uns für eine „Offensive Grundschule“ einsetzen, denn in der Grundschule
213 wird die Basis für den späteren schulischen Erfolg gelegt. Unser besonderes Augen-
214 merk gilt dabei den Lern- und Arbeitsbedingungen in der Grundschule. Die FDP Hes-
215 sen setzt sich für eine Stärkung der Grundschullehrerausbildung ein, mit einem aus-
216 gewogenen Verhältnis zwischen Fachwissenschaften, Fachdidaktiken und Grund-

Seite 7

217 schulpädagogik. In der Grundschule selbst müssen die Kernkompetenzen Lesen,
218 Schreiben und Rechnen in besonderer Weise gefördert werden, um die Startchancen
219 in der weiterführenden Schule zu erhöhen. Darüber hinaus wollen wir die hervorragenden
220 Quote der Betreuungsangebote am Nachmittag noch weiter vorantreiben, um die
221 Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

222 Unser besonderes Augenmerk gilt dem Übergang von der Grundschule in die weiter-
223 führende Schule. Bildungsprozesse können nur erfolgreich sein, wenn sie als durch-
224 gängige Entwicklungsprozesse verstanden werden. In diesem Zusammenhang ist die
225 Qualifizierte Schulvorbereitung (QSV) auszudehnen, damit der Fokus noch stärker auf
226 diesen entscheidenden Übergang gerichtet werden kann. Auf Grundlage des Bildungs-
227 und Erziehungsplans ist eine optimale Unterstützung für die weitere Entwicklung des
228 Kindes zu leisten.

229 **Selbstständige Schule**

230 Wir wollen den Weg zu mehr Selbstständigkeit an unseren Schulen konsequent fort-
231 führen, denn die Etablierung der Selbstständigen Schulen (SES) und Selbstständigen
232 Beruflichen Schulen (SBS) ist ein Erfolg für das hessische Bildungssystem und hat
233 bundesweite Vorbildfunktion. Unser Ziel ist es, dass bis zum Ende der Legislaturperio-
234 de 2014-2019 deutlich mehr als die Hälfte aller Schulen in Hessen zu Selbstständigen
235 Schulen werden.

236 Wir Liberale sind überzeugt von den Selbstständigen Schulen, die in Freiheit und Ver-
237 antwortung die Unterrichtsgestaltung und die Organisation des Schulbetriebs so gestal-
238 ten können, wie es den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler entspricht und zum
239 sozialen Umfeld der Schule passt. Dadurch wird die Grundvoraussetzung für eine Stei-
240 gerung der Leistungsfähigkeit geschaffen, die individuelle Förderung jedes einzelnen
241 Kindes wird gestärkt und die Chancengerechtigkeit erhöht.

242 Alle hessischen Schulen verfügen durch uns über vergleichsweise weitreichende Mög-
243 lichkeiten für eigenständige Entscheidungen, beispielsweise durch die Bewirtschaftung
244 des Kleinen Schulbudgets oder durch größere Freiheiten bei der Klassenbildung.
245 Selbstständige Schulen verfügen über erweiterte Handlungsspielräume im Bereich der
246 Unterrichtsgestaltung und -organisation, im Bereich des Personaleinsatzes und der
247 Personalgewinnung sowie im Bereich der Stellenbewirtschaftung und Sachmittelver-
248 waltung, um ihre Schulentwicklungsziele zu erreichen. Grundlage für die Umwandlung
249 ist eine entsprechende Konzeption mit einer überzeugenden Zielsetzung und Prozess-
250 planung, der alle an Schule Beteiligten zustimmen, denn mehr Selbstständigkeit muss
251 gewollt werden und darf nicht im Rahmen einer Zwangsbeglückung erfolgen. Die Schu-
252 len können ihre neuen Freiheiten für die Ausweitung und Verbesserung der Angebote
253 zur individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler, zur Unterstützung der Ent-
254 wicklung der Schulcurricula, für die Entwicklung zur inklusiven Schule oder auch zum
255 Auf- und Ausbau einer systematischen internen Qualitätsentwicklung nutzen und sich
256 an ihren tatsächlichen Bedürfnissen orientieren. Deshalb möchten wir auch zukünftig
257 den Schulen die Türen zu mehr Eigenverantwortung öffnen und ihnen die Freiheit las-

258 sen, ob und in welchem Rahmen sie die Möglichkeiten und Chancen ergreifen möch-
259 ten.

260 Die FDP Hessen setzt sich auch zukünftig dafür ein, die Verwendung der finanziellen
261 Mittel sowie die Personalhoheit den Schulen zu übertragen, denn sie wissen vor Ort
262 am besten, wie die Ressourcen verwandt werden sollen und welche Lehrkraft, sonsti-
263 ges Personal, aber auch Verwaltungskraft in ihr Team passt und welche Anforderun-
264 gen zu erfüllen sind.

265 Die FDP Hessen setzt sich für erneute Verhandlungen zwischen Land und Schulträ-
266 gern ein, um die gegenseitige Deckungsfähigkeit und ein Verschmelzen der beiden
267 Budgets zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang werden wir das Projekt der Recht-
268 lich Selbstständigen Berufsschulen Schulen (RSBS) weiter vorantreiben.

269 **Individuelle Förderung als Schlüssel zu einer erfolgreichen** 270 **Bildung**

271 Alle Kinder haben ganz unterschiedliche Stärken, Schwächen und Bedürfnisse und
272 kommen mit den verschiedensten Bildungsvoraussetzungen an unsere Schulen. Der
273 Schlüssel für eine erfolgreiche Bildungslaufbahn ist eine optimale und individuelle För-
274 derung jedes Einzelnen, die diese Begebenheiten aufnimmt und sich am Kind oder
275 Jugendlichen orientiert. Deshalb wollen wir sicherstellen, dass die unterschiedlichen
276 Voraussetzungen und Möglichkeiten innerhalb der Schülerschaft nicht ausgeklammert
277 werden und alle in die individuelle Förderung durch innere Differenzierung einbezogen
278 werden. Daher muss die Realisierung und Intensivierung der Fördermaßnahmen die
279 Heterogenität berücksichtigen und darf sich nicht auf eine Gruppe beschränken, son-
280 dern soll die gesamte Schülerschaft umfassen. Chancengerechtigkeit an Schulen be-
281 deutet passgenaue Förderung vom sonderpädagogischen Förderbedarf bis hin zur
282 Hochbegabung.

283 Bereits im Bereich der Elementarbildung muss mit der Förderung des Kindes begon-
284 nen werden. Insbesondere die Sprachförderung muss bereits frühzeitig beginnen und
285 konsequent fortgeführt werden. Die Vorlaufkurse sind ein wichtiger Bestandteil im Be-
286 reich der Sprachförderung, jedoch müssen sie durch Intensivförderung ergänzt wer-
287 den. Die Vermittlung und Beherrschung der deutschen Sprache ist notwendig für die
288 Gewährleistung von Chancengerechtigkeit im Bildungswesen.

289 Die Wiederholer- und Schulabbrecherquote konnte in den vergangenen Jahren deut-
290 lich gesenkt werden. Diesen Weg gilt es, durch individuelle Förderung fortzusetzen.
291 Wir wenden uns allerdings gegen Tendenzen, Schule zu einem anstrengungsfreien
292 Raum zu machen. Die Nichtversetzung als pädagogisches Mittel werden wir daher
293 erhalten, denn Anstrengung und Leistung sind neben einer zweiten Chance für viele
294 die wesentlichen Unterscheidungskriterien in einer demokratischen Gesellschaft.

295 Veränderte Lebenswelten von Schülerinnen und Schülern und damit einhergehende
296 individuelle Problemlagen machen vermehrt Angebote der Schulsozialarbeit erforder-
297 lich. Mit der 105-prozentigen Lehrerzuweisung arbeiten selbstständiger werdende
298 Schulen zunehmend auch interdisziplinär und können diese nach Bedarf nutzen, ihre

299 Kollegien durch multiprofessionelle Teams zu ergänzen, die auch Schulsozialarbeit
300 gestalten können. In Kooperation mit dem Jugendhilfeträger muss ein abgestimmtes
301 Unterstützungsangebot gewährleistet werden.

302 **Kein Abschluss ohne Anschluss**

303 Die Vermittlung von Kompetenzen und die Unterrichtung nach verbindlich geltenden
304 landesweiten Bildungsstandards sowie Kerncurricula stellen sicher, dass alle Schüle-
305 rinnen und Schüler, egal welche Schule sie besuchen, am Ende eines Bildungsganges
306 einen vergleichbaren Abschluss erhalten.

307 Die FDP Hessen bekennt sich zu einheitlichen landesweiten Prüfungen, denn der Er-
308werb eines Abschlusses muss jedem Jugendlichen landes- und bundesweit sowohl
309 einen erfolgreichen Start in das Berufsleben wie auch die Anschlussfähigkeit in einen
310 höheren Bildungsgang eröffnen und eine Vergleichbarkeit herstellen. Der Wettbewerb
311 der Schulen um die Schülerinnen und Schüler wird zudem gestärkt.

312 Wir plädieren für die Einführung einer Abschlussprüfung nach Beendigung der Mittel-
313stufe im gymnasialen Bildungsgang. Diese soll der Überprüfung des Wissensstandes
314 vor dem Übergang in die gymnasiale Oberstufe dienen, einen Bildungsabschluss ver-
315leihen und die Berufschancen bei einem Beenden der Schule ohne Abiturprüfung er-
316höhen. Daher wollen wir erreichen, dass der diesbezügliche hessische Schulversuch
317 von der Kultusministerkonferenz als Regel zugelassen wird, und das möglichst bun-
318desweit.

319 Wir setzen uns auch in Zukunft dafür ein, dass in Grundschulen und in der Sekundar-
320stufe I ein Bewertungssystem in der Notengebung etabliert wird, das die Leistungen
321 und Lernentwicklungen jedes einzelnen Schülers differenzierter, damit gerechter und
322 für jeden Einzelnen transparenter gestaltet, um die Fähigkeiten und Bedürfnisse jedes
323 Einzelnen zielgerichteter einschätzen und fördern zu können. Hierbei könnte das Punk-
324tesystem aus der gymnasialen Oberstufe als Vorbild dienen.

325 **Inklusion**

326 Die Umsetzung von Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Verwirkli-
327chung eines inklusiven Schulsystems ist ein Meilenstein im Bildungsbereich und hat
328 vielfach Vorbildcharakter für andere gesellschaftliche Bereiche. Wir Liberalen nehmen
329 die Umsetzung der UN-Behindertenkonvention ernst und setzen uns dafür ein, dass in
330 Zukunft mehr Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischen Förderbedarf an der
331 Regelschule unterrichtet werden. Diesen Gedanken müssen wir über die Sekundarstu-
332fenschulen hinaus auch in Beruflichen Schulen implementieren und auch hierfür Res-
333sourcen schaffen.

334 Im Mittelpunkt muss das Wohl des Kindes stehen und deshalb ist es notwendig, dass
335 vor Ort über den jeweiligen sonderpädagogischen Förderbedarf entschieden wird. Die
336 Modellregionen Inklusion werden wir auch in Zukunft unterstützen und uns dafür ein-
337setzen, dass die Ergebnisse landesweit übertragen werden können. Im Rahmen des-
338sen werden wir die notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellen und den Ausbau

339 des inklusiven Schulsystems fortführen. Eine bedarfsgerechte Zuweisung im Sinne der
340 Schülerinnen und Schüler ist zu gewährleisten.

341 Aber wir sprechen uns auch für den Erhalt der Förderschulen aus, um jedem Kind die
342 bestmögliche Förderung zuteilwerden zu lassen und den Wünschen der Eltern zu ent-
343 sprechen. Darüber hinaus ist zu prüfen, inwieweit sich Förderschulen unter bestimmten
344 Voraussetzungen sowie in Anbetracht ihrer regionalen Gegebenheiten auch für Schü-
345 lerinnen und Schülern ohne sonderpädagogischen Förderbedarf öffnen können. Dies
346 kann jedoch nur auf Grundlage konkreter Regelungen und Verfahrensweisen umge-
347 setzt werden.

348 Es ist notwendig, dass sich die Lehrerinnen und Lehrer im Rahmen der Aus- und Wei-
349 terbildung grundlegende Kenntnisse für eine inklusive Beschulung aneignen, bei-
350 spielsweise der Umgang mit Heterogenität und individueller Förderung. Schulische
351 Inklusion kann nur gelingen, wenn auch die pädagogischen Voraussetzungen durch
352 eine fachlich kompetente Ausbildung geschaffen und alle Beteiligten einbezogen wer-
353 den. Ein Wissenstransfer zwischen allen beteiligten Institutionen (Schulen, Beratungs-
354 und Förderzentren und den Ausbildungsstätten) ist anzustreben und auszubauen.

355 **Hochbegabung**

356 Hochbegabte Schülerinnen und Schüler haben das Recht auf ein umfassendes päda-
357 gogisches Angebot, das ihren besonderen Bedürfnissen entspricht, sie gemäß ihrer
358 Fähigkeiten fördert und in der Erschließung ihres intellektuellen Potenzials unterstützt.
359 Die Nichterkennung einer Hochbegabung darf nicht zum Scheitern einer Schullaufbahn
360 führen.

361 Das „Gütesiegel-Hochbegabungs-Programm“ muss fortgesetzt werden, um die integra-
362 tive Hochbegabtenförderung zu verstetigen und auszubauen. Ferner gilt es, die bega-
363 bungsdiagnostische Beratungsstelle BRAIN in Marburg in ihrer Arbeit zu unterstützen
364 und als wissenschaftliche Begleitungs- und Beratungsinstanz in die Arbeit mit hochbe-
365 gabten Schülerinnen und Schülern einzubeziehen.

366 Im Rahmen der Aus- und Weiterbildung der pädagogischen Fachkräfte und Lehrkräfte
367 muss das diagnostische Handwerkszeug vermittelt werden, um Hochbegabung festzu-
368 stellen, den Einzelnen in eine Förderstrategie einzubeziehen und zu unterstützen. Die
369 dauerhafte Verankerung der Thematik in den Modulen der ersten Phase der Lehrerbil-
370 dung muss gewährleistet sein. Den Erwerb von Zusatzqualifikationen, wie z.B. des
371 ECHA-Zertifikates im Vorschulbereich, gilt es ausdrücklich zu fördern.

372 **Schulvielfalt und Wahlfreiheit erhalten – Bildungsgänge** 373 **gestalten**

374 Die FDP Hessen hält am freien Elternwillen fest. Damit einher geht die Wahlfreiheit der
375 Schule und der Schulart. Im Sinne der selbstständigen Schule sollen Schulgemeinden
376 auch weiterhin selber entscheiden können, welche Schulart die richtige und passende
377 ist. Schülerinnen und Schüler und deren Eltern können die Schule sehr gut nach ihrer
378 Qualität beurteilen und sich gemäß ihrer Bedürfnisse für den geeigneten Bildungsgang

Seite 11

379 entscheiden. Wir sind der Auffassung, dass jede Schulart ihre Berechtigung hat, solan-
380 ge sie über eine sinnvolle Mindestgröße verfügt. Keine Schulform sollte aus ideologi-
381 schen Gründen abgeschafft werden!

382 Unser Ziel ist es, dass in allen Regionen ein vielfältiges Bildungsangebot vorhanden
383 ist, um den Schülerinnen und Schülern sowie den Eltern ein echtes Wahlrecht anzubie-
384 ten.

385 Die FDP Hessen bekennt sich vorbehaltlos zum Erhalt der Gymnasien. Das Gymna-
386 sium hat sich in seinem Bildungs- und Erziehungsauftrag voll bewährt und ist eine
387 durchgängig erfolgreiche Schulform. Das Gymnasium ist keine Schulform für alle. Es
388 hat den Auftrag, seine Absolventen zur Aufnahme eines Hochschulstudiums auf direk-
389 tem Weg zu befähigen. Es ist daher nur für diejenigen Kinder und Jugendlichen geeig-
390 net, die über die für diesen theorieorientierten Bildungsgang notwendigen Anlagen ver-
391 fügen.

392 Eine liberale Bildungspolitik wendet sich gegen die Bevormundung der Eltern und wird
393 auch zukünftig die Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 im gymnasialen Bildungsgang an
394 unseren Schulen gewährleisten. Allerdings muss für eine wirkliche Wahlfreiheit auch
395 weiterhin ein flächendeckendes G8-Angebot für Eltern in Hessen gewährleistet bleiben.
396 Welche Schulen G8 und welche G9 anbieten, sollte sich nach dem Bedarf in der Regi-
397 on richten. Der Bildungsgang G8 ist entgegen allen Unkenrufen nicht gescheitert und
398 darf nicht ideologisch motiviert abgeschafft werden. Er bietet den Schülerinnen und
399 Schülern die Chance, wie in anderen Bundesländern und in Europa üblich, die Schule
400 früher abzuschließen und nicht länger Wettbewerbsnachteilen im nationalen und inter-
401 nationalen Vergleich ausgesetzt zu sein.

402 Die FDP wird die begonnenen Verbesserungen bei G8 konsequent fortsetzen und sich
403 insbesondere für eine verbindliche Weiterentwicklung der neuen Kerncurricula in
404 Schulcurricula einsetzen. Dies dient dem kompetenzorientierten Unterricht und ermög-
405 licht eine stärkere Profilbildung der Schulen. Die Lehrkräfte sind im Rahmen der
406 Lehrerfortbildung dabei zu unterstützen. Eine vom Landesschulamt und Lehrkräfteaka-
407 demie organisierte Qualitätsoffensive kann zusätzlich zum Erfolg beitragen.

408 In allen Bildungsgängen soll die Berufsorientierung und –beratung intensiviert werden,
409 damit die Quote derer, die eine Ausbildung bzw. ein Studium abbrechen, möglichst
410 gering ist. Dies gilt insbesondere für die Bildungsgänge der Haupt- und Realschulen.
411 Wir setzen uns ein für die Weiterentwicklung und den Fortbestand des Bildungsgangs
412 der Hauptschule. Dem Bildungsgang der Hauptschule und dem Hauptschulabschluss
413 muss eine höhere Wertschätzung entgegengebracht werden. Ebenso gilt es, die Real-
414 schule und den Realschulabschluss zu fördern und weiterzuentwickeln. Beide Bil-
415 dungsgänge bedürfen jedoch auch einer Veränderung, um die Ausbildungsreife der
416 Schülerinnen und Schüler zu verbessern. Die Aufrechterhaltung der Schulformen ist
417 ebenso elementarer Bestandteil unseres vielfältigen hessischen Schulsystems.

418 Die Mittelstufenschule bietet die Chance, die Schülerinnen und Schüler entsprechend
419 ihrer Fähigkeiten und Begabungen zu unterstützen. Durch die Kooperation mit den
420 beruflichen Schulen und Ausbildungsbetrieben werden sowohl der Praxisbezug wie

Seite 12

421 auch die Berufsorientierung verstärkt. In beiden abschlussbezogenen Bildungsgängen
422 ist eine systematische Berufsorientierung fester Bestandteil, so dass die Ausbildungs-
423 reife verbessert werden kann. Wir setzen uns für den Ausbau der Mittelstufenschule
424 ein, um die Ausbildungsreife der Schülerinnen und Schüler zu verbessern und einen
425 erfolgreichen Schulabschluss zu ermöglichen. Dafür setzen wir besonders auf die
426 Kompetenz und Erfahrung der Beruflichen Schulen und ihrer Kollegien.

427 Die Mittelstufenschule ist zudem eine Möglichkeit für Hessens Haupt- und Realschu-
428 len, den Herausforderungen des demografischen Wandels zu begegnen. Sie wird
429 durch die Ausrichtung als Ganztagsangebot auch den heutigen Erfordernissen des
430 schulischen Umfelds gerecht. Der Ausbau muss jedoch von den Schulen vor Ort ge-
431 wollt sein und auf freiwilliger Basis erfolgen.

432 Die Gesamtschulen bereichern die Vielfalt der Schulen und Schulformen in Hessen. In
433 der integrierten Gesamtschule (IGS) wird dem gemeinsamen Lernen ein hoher Stel-
434 lenwert eingeräumt, je höher die Jahrgangsstufe, desto stärker erfolgt eine Verkürzung
435 der Fächer nach Anspruchsniveau; in der kooperativen Gesamtschule befinden sich
436 mehrere Schulformen unter einem Dach. Beide Schularten bieten alle Bildungsgänge
437 an. Den gymnasialen Bildungsgang in die Fläche zu bringen, war ein Hauptgrund für
438 die Schaffung von Gesamtschulen. Vielerorts war die Grundlage (Schülerzahl) für die
439 Errichtung eines Gymnasiums nicht gegeben. Mittlerweile werden aufgrund von El-
440 ternwünschen aber auch weitere, neue Gesamtschulen gegründet, auch in Städten.
441 Für manche Eltern sind das längere gemeinsame Lernen oder auch der problemlose
442 Übergang in einen anderen Bildungsgang (Schulformwechsel ohne Schulwechsel) at-
443 traktiv.

444 **Ganztagschulen ausbauen**

445 Die FDP setzt sich für die Fortführung des bedarfsorientierten, flächendeckenden und
446 qualitativ hochwertigen Ausbaus von Ganztagschulen und Schulen mit Ganztagsan-
447 geboten am Nachmittag ein.

448 Gemäß dem Bedarf sollen auch in Zukunft die Angebote auf freiwilliger Basis ausge-
449 baut werden. Der Schulträger soll in Abstimmung mit den Schulen über die Ausgestal-
450 tung des Ganztagsangebotes entscheiden, denn nur so können die Angebote sich an
451 den Bedürfnissen vor Ort orientieren. Wir werden weder den Schulen noch den Schul-
452 trägern die gebundene Ganztagschule mit Pflichtunterricht als Vorgabe machen. Eine
453 „Zwangsganztagschule für alle“ wird es mit der FDP nicht geben.

454 Der Ausbau der Ganztagsangebote muss nach klarem pädagogischem Konzept erfol-
455 gen, dem qualitativ hochwertige Rahmenbedingungen zugrunde liegen, um zusätzliche
456 Betreuungs- und Bildungsangebote anzubieten und nicht allein Kinder aufzubewahren.
457 Wir wollen, dass alle Schulformen von dem Ausbau der Ganztagsangebote profitieren
458 können und werden uns für einen weiteren Stellenaufwuchs in diesem Bereich einset-
459 zen.

460 Eine gute und qualitativ hochwertige Betreuungssituation wird gerade im Grundschul-
461 bereich immer notwendiger. Sie kommt insbesondere den Kindern zugute, die zu Hau-

462 se nicht optimal gefördert werden können. Durch die Möglichkeit der Hausaufgabenbe-
463 treuung können mangelnde Unterstützungsmöglichkeiten frühzeitig abgemildert wer-
464 den. Ferner können sportliche, musische und künstlerische Aktivitäten ausgeübt wer-
465 den. Schließlich dient der Ausbau der Ganztagsangebote im Grundschulbereich immer
466 mehr der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

467 Wir unterstützen ausdrücklich die Öffnung der Schulen und die Kooperation mit Ver-
468 bänden, Vereinen, Organisationen und außerschulischen Lernorten.

469 **Berufliche Bildung – Duale Ausbildung ist Weltklasse**

470 Berufliche Schulen sind Teil unseres international beispielgebenden dualen Ausbil-
471 dungssystems und deshalb mit verantwortlich für die niedrigste Jugendarbeitslosig-
472 keitsquote in der EU. Die Chancen für Jugendliche auf dem Arbeitsmarkt verbessern
473 sich spürbar, wenn dual ausgebildet wird, das erkennen zunehmend auch andere eu-
474 ropäische Staaten. Hinzu kommt, dass angesichts der Herausforderung des demogra-
475 fischen Wandels und der damit verbundenen Fachkräftesicherung, der Ausschöpfung
476 aller Potenziale, insbesondere der praktischen, eine große Bedeutung zukommt. Die
477 FDP Hessen bekennt sich ausdrücklich zur dualen Berufsausbildung, die in Zusam-
478 menarbeit mit der Wirtschaft die Talentschmiede unseres Wohlstands darstellt.

479 Für alle die Jugendlichen, die noch nicht die Anforderungen zur Aufnahme einer Aus-
480 bildung erfüllen oder keinen Ausbildungsplatz finden, müssen zur Festigung der Be-
481 rufsfindung und besonders auch zur Weiterqualifizierung Angebote an beruflichen
482 Schulen gewährleistet werden. Dabei sind die regionalen Unterschiede innerhalb Hes-
483 sens besonders zu berücksichtigen. Gut funktionierende regionale Angebote, auch
484 vollschulische Angebote, müssen erhalten bleiben. Wir setzen uns für die Weiterent-
485 wicklung der EIBE- und SchuB-Klassen ein und unterstützen auch das besondere An-
486 gebot der Produktionsschulen, um wirklich jedem jungen Menschen die Chance auf
487 einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz auf dem ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

488 Neben dem beruflichen Abschluss muss es Jugendlichen im Sinne lebenslangen Ler-
489 nens möglich sein, sich weiter zu qualifizieren, sowohl im allgemeinbildenden Bereich
490 wie auch durch zusätzliche Qualifikationen, wie z.B. das Fremdsprachenzertifikat der
491 KMK oder den Europäischen Computerführerschein (ECDL). Über Stipendien sollte es
492 ihnen ermöglicht werden, einen Teil ihrer Ausbildung im Ausland zu absolvieren. Ju-
493 gendliche in beruflichen Schulen müssen die Möglichkeit haben, sich im allgemeinbil-
494 denden Bereich weiter zu qualifizieren, also höhere allgemeinbildende Schulabschlüs-
495 se erwerben zu können. Dies soll auch im Bereich der dualen Berufsausbildung ver-
496 stärkt werden, denn es erhöht die Attraktivität dieses Bildungsweges für junge Men-
497 schen zusätzlich.

498 Betriebe, die nicht allein ausbilden wollen oder können, sollen bei der Möglichkeit für
499 einen Zusammenschluss zu Ausbildungsverbänden unterstützt werden. Hierbei muss
500 das Land vor allem als Koordinator initiativ werden.

501 Eine Ausbildungsplatzabgabe lehnt die FDP entschieden ab. Sie schafft keinen Ausbil-
502 dungsplatz mehr, sondern belastet nur zusätzlich die mittelständische Wirtschaft.

503 Aufgrund der demografischen Entwicklung wird es notwendig werden, die Angebote
504 der beruflichen Schulen im Land zu evaluieren. Sofern Fachklassenstandorte nicht
505 mehr in der Nähe des Ausbildungsplatzes angeboten werden können, sind Schülerbe-
506 förderungskosten nicht nur in der Grundstufe, sondern auch in den Fachstufen zu er-
507 statten. In Regionalkonferenzen muss über die Einrichtung von schulträger- und mög-
508 licherweise auch länderübergreifende Fachklassen verhandelt werden. Bei der Vertei-
509 lung müssen alle Regionen Hessens einbezogen und Unterkunftsmöglichkeiten ge-
510 schaffen werden.

511 Neben der dreijährigen Ausbildung zum Facharbeiter müssen auch kürzere, modulare
512 Bildungsgänge mit einem Berufsabschluss für weniger qualifizierte Jugendliche ge-
513 schaffen werden.

514 Schwerpunkte beruflicher Bildung in Hessen müssen neben der beruflichen Kompe-
515 tenzvermittlung auch Teamfähigkeit, Methodenkompetenz und Schlüsselqualifikationen
516 sein. Neben den rein dualen Ausbildungen unterstützen wir ausdrücklich duale Ausbil-
517 dungen, die in Kooperationen mit Hochschulen stattfinden und dadurch den Auszubil-
518 denden bzw. Studierenden die Möglichkeit einer Doppelqualifikation bieten.

519 Im Vergleich zur großen Zahl allgemeinbildender Schulen, die es in Hessen gibt, neh-
520 men die gut 100 beruflichen Schulen in Hessen eine besondere Aufgabe wahr, denn
521 sie werden von etwa einem Viertel aller hessischen Schülerinnen und Schüler besucht.
522 Aufgrund ihrer Besonderheiten ist zu prüfen, ob sie nicht – genau wie die Schulen für
523 Erwachsene – einen zentralen Ansprechpartner im Landesschulamt erhalten sollten,
524 der ihrer hohen Vielfältigkeit und Selbstständigkeit Rechnung trägt.

525 **Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte als Garant für Qualität**

526 Eine bestmögliche Bildung und individuelle Förderung kann nur durch gut qualifizierte
527 Lehrkräfte erfolgen. Diese verdienen unsere Anerkennung und Wertschätzung. Ihre
528 Rolle hat sich in den vergangenen Jahren grundlegend verändert und erfordert pädä-
529 gogische Fähigkeiten, Sozialkompetenz, Teamfähigkeit und Organisationsvermögen.
530 Lehrerinnen und Lehrer sind Fachleute für Bildung und Erziehung und übernehmen
531 eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Ihre Kompetenzen erstrecken sich über Erzie-
532 hen, Unterrichten, Diagnostizieren, Fördern, Beraten und Betreuen auch auf kollegiale
533 Kooperation, Schulentwicklung und Verwaltung. Lehrkräfte müssen theoretisch fundier-
534 te Fachleute und exzellente Praktiker sein. Die Aus- und Weiterbildung der Lehrerinnen
535 und Lehrer muss an die veränderte Lebenswirklichkeit und neuen Herausforderungen
536 angepasst werden. Jedoch stehen wir Liberalen auch weiterhin zur bildungsgangbezo-
537 genen Ausbildung und zum Fachlehrerprinzip. Einen Einheitslehrer wird es mit uns
538 nicht geben, da die spezifischen Anforderungen der Fächer und der Bildungsgänge
539 nicht außer Acht gelassen werden dürfen.

540 Die Reform der ersten Phase der Lehrerausbildung mit einer verstärkten Praxisorien-
541 tierung ist fortzuführen. Eine landesweite Etablierung des Praxissemesters für alle Bil-
542 dungsgänge sollte nach Beendigung des Modellversuches geprüft werden. Insbeson-
543 dere die Praktikabilität sowie die Auswirkungen auf die Lehrkräfte in Vorbereitungs-
544 dienst und Schulen sind zu überprüfen. Die kritische Selbstreflexion sowie die Ver-

Seite 15

545 knüpfung von theoretischem Wissen aus den Fachwissenschaften und der Didaktik mit
546 dem schulischen Kontext sollten im Vordergrund stehen. Ferner sollte sich der Ausbil-
547 dungsschwerpunkt der praktischen Unterrichtstätigkeit wie ein roter Faden durch den
548 Vorbereitungsdienst und den Prüfungsteil ziehen. Grundsätzlich ist eine Ausgewogen-
549 heit zwischen Fachwissenschaften und Didaktik in der Ausbildung zu gewährleisten.
550 Dabei ist sicherzustellen, dass für Lehramtsstudierende eine ausreichende Anzahl von
551 Masterstudienplätzen zur Verfügung steht, um ein durchgängiges Studium bis zum
552 ersten Staatsexamen sicherzustellen. Die Durchlässigkeit muss auch Promotionsstu-
553 dierende umfassen.

554 Wir setzen uns für die Stärkung des Grundschullehramtsstudienganges an unseren
555 Hochschulen ein. Die Grundschule vermittelt Basiswissen und bildet die entscheidende
556 Grundlage für eine erfolgreiche Schullaufbahn. Grundschullehrer müssen daher inner-
557 halb einer großen Fächerbreite fundiert unterrichten können. Eine verstärkte Ausbil-
558 dung im Bereich der Fachdidaktik und in allgemeiner Grundschulpädagogik ist dabei
559 wichtig.

560 Die steigenden hohen fachlichen und diagnostischen Anforderungen unterstreichen die
561 Notwendigkeit einer bestmöglichen fachlichen und pädagogischen Qualifikation.

562 Die Bologna-Reform hat in fast allen Studiengängen die Umstellung auf Bachelor- und
563 Masterstudiengängen nach sich gezogen. Wir sprechen uns mittelfristig für eine Um-
564 wandlung des Lehramtsstudienganges aus, um auch die Vergleichbarkeit der Studien-
565 gänge und die Anerkennung der Abschlüsse bundesweit zu gewährleisten.

566 Neue Herausforderungen wie die Realisierung eines inklusiven Schulsystems, indivi-
567 duelle Förderung und die Selbstständige Schule, die Folgen des demografischen
568 Wandels und die Risiken und Chancen neuer Medien müssen in die Module der Leh-
569 rerausbildung, aber auch in der Weiterbildung integriert werden. Lehrkräfte dürfen sich
570 nicht allein gelassen fühlen, sondern müssen durch besondere Qualifizierungsmaß-
571 nahmen dazu befähigt werden, die Heterogenität der Lerngruppen zu erkennen und
572 entsprechend individuell zu fördern.

573 In Hessen gehört seit vielen Jahren ein großer Anteil von Schülerinnen und Schülern
574 mit Migrationshintergrund zur Schulwirklichkeit. Dieser Tatsache wollen wir durch einen
575 erhöhten Anteil von Lehrerinnen und Lehrern mit ausländischen Wurzeln Rechnung
576 tragen. Ziel ist es, die Integration in Hessen deutlich weiter voranzutreiben, indem
577 wichtige Vorbilder für erfolgreiche Bildungskarrieren von Migrant*innen geschaffen werden.

578 Für einzelne Fächer im Bereich der beruflichen Bildung zeichnet sich ein eklatanter
579 Mangel an Lehrkräften ab, daher müssen auch weiterhin Fort- und Weiterbildungen für
580 Seiteneinsteiger angeboten werden. Fachlehrkräften für arbeitstechnische Fächer
581 müssen langfristig Möglichkeiten zur Weiterqualifizierung und damit zu besseren Auf-
582 stiegschancen eröffnet werden.

583 Die Gewinnung von Führungskräften in Schulen muss stärker in den Vordergrund rü-
584 cken. Dementsprechend ist die Führungskräfteakademie angehalten, ausreichend
585 Qualifizierungsmöglichkeiten für Lehrkräfte bereitzustellen, die an einer Tätigkeit in der

586 Schulleitung interessiert sind. Eine besondere Fokussierung auf den Grundschulbe-
587 reich ist dabei notwendig, um die geeigneten Fachkräfte zu unterstützen und zu för-
588 dern.

589 **Lebenslanges Lernen sichert Chancen**

590 Im Rahmen erhöhter beruflicher Mobilitätsanforderungen ist lebenslanges Lernen für
591 uns unerlässlich. Es erhöht die Chancen auf beruflichen Erfolg und trägt zu mehr Le-
592 bensqualität jedes Menschen bei. Die Volkshochschulen sind wichtige Weiterbildungs-
593 einrichtungen in den Kommunen und Landkreisen. Sie bleiben integraler Bestandteil
594 bei der Umsetzung des lebenslangen Lernens. Die Aus- und Weiterbildungsprogram-
595 me der Volkshochschulen sowie die der vielen privaten und öffentlichen Anbieter müs-
596 sen stärker aufeinander abgestimmt und regional vernetzt werden. Dabei sollen die
597 beruflichen Schulen eine zentrale Rolle übernehmen und zu Kompetenzzentren für
598 lebensbegleitendes Lernen im Rahmen des HESSENCAMPUS-Programms weiterent-
599 wickelt werden. Möglichkeiten der berufs begleitenden Studiengänge sind weiter aus-
600 zubauen. Dabei soll den Hochschulen die Möglichkeit gegeben werden, eigene Mittel -
601 analog zu den Kosten der Meisterausbildung - zu generieren.

602 HESSENCAMPUS-Verbünde sind ein sinnvolles Instrument zur Förderung der Bil-
603 dungsbeteiligung von Erwachsenen. Zugleich stärken sie die Regionen in Hessen als
604 Standorte der Wissensgesellschaft. Die FDP Hessen will dieses Angebot in den kom-
605 menden Jahren verstetigen und gemeinsam mit den Bildungsträgern im HESSEN-
606 CAMPUS für eine funktionsfähige Grundstruktur Sorge tragen.

607 Wir wollen die Stellung der Schulen für Erwachsene in Hessen stärken. Dazu werden
608 wir in Zusammenarbeit mit den Schulen für Erwachsene und den Hessenkollegs prü-
609 fen, inwieweit sie innerhalb ihrer Strukturen fusioniert werden können. Dadurch können
610 Synergieeffekte gehoben und zukunftsfeste Strukturen geschaffen werden. Im Rahmen
611 der Weiterentwicklung des Landesschulamts soll ein einheitlicher Ansprechpartner,
612 analog zur jetzigen Zentralstelle für die Schulen für Erwachsene erhalten bleiben. Die
613 Strukturen und die pädagogische Ausrichtung der Schulen für Erwachsene und der
614 Hessenkollegs sollen durch eine externe Evaluation überprüft und, gegebenenfalls
615 darauf basierend, weiterentwickelt werden.

616 **Privatschulen**

617 Die Private Ersatzschule ist unerlässlicher und wichtiger Bestandteil unseres Schulsys-
618 tems. Die FDP Hessen sieht sie als Bereicherung und setzt sich für die nachhaltige
619 Sicherung ihrer Existenz ein. Die Staffelung im Bereich der Ersatzschulfinanzierung
620 bietet Planungssicherheit und legt die tatsächlichen Kosten einer Schülers zugrunde,
621 so dass eine transparente und gerechte Kostenverteilung erfolgen kann.

622 **Bildungsverwaltung am Wohle der Schüler orientieren**

623 Mit der Einführung des Landesschulamtes wurde die Bildungsverwaltung auf die
624 selbstständiger werdenden Schulen und ihre speziellen Erfordernisse angepasst. Die
625 FDP Hessen möchte diesen Prozess erfolgreich fortführen, damit Hessens Schulen

626 mehr Qualität und klar definierte Rahmenbedingungen für ihre Arbeit erhalten. Obers-
627 tes Ziel ist es, die individuellen Lernerfolge der Schülerinnen und Schüler zu steigern
628 und das Leistungsniveau hessischer Schulen zu erhöhen. Dazu muss der Unterricht
629 vom Kind, die Schule vom Unterricht und die Bildungsverwaltung von der Schule aus
630 gedacht werden.

631 **Bildung aus einer Hand**

632 In einem weiteren Schritt wollen wir Bildung „aus einer Hand“ anbieten. Insbesondere
633 im Hinblick auf den Bereich der frühkindlichen und schulischen Bildung muss die politi-
634 sche Steuerung aus einem Guss erfolgen, damit die für eine gelingende Bildungsbi-
635 ographie so entscheidenden Übergänge noch zielgerichteter gestaltet werden können.
636 Unser erklärtes Ziel ist es, das „Bildung aus einer Hand“ bedeutet, dass die Zuständig-
637 keiten für alle Bildungseinrichtungen vom Kindergarten, über Schulen, Hochschulen bis
638 zu Einrichtungen des lebenslangen Lernens in einem Bildungsministerium gebündelt
639 werden.

640 **Medienkompetenz**

641 Die Veränderung der Seh- und Lerngewohnheiten sowie der Lebenswelt, bedingt durch
642 den technischen Fortschritt, zeigt, dass der professionelle und verantwortungsbewuss-
643 te Umgang mit den neuen Medien für unsere Kinder und Jugendlichen von zentraler
644 Bedeutung ist.

645 Neben der Vermittlung des technischen Umgangs mit den Medien und der darin lie-
646 genden Chancen ist die Information und Aufklärung über Risiken und Gefahren zwin-
647 gend erforderlich. Internetsucht, die Gefahren sozialer Netzwerke und Cybermobbing
648 müssen aufgegriffen und thematisiert werden. Dazu gehören auch die Einbeziehung
649 der Eltern und die fachspezifische Information der Lehrerinnen und Lehrer. Im Sinne
650 dessen ist es notwendig, den Erwerb und die Vermittlung von medienpädagogischer
651 Kompetenz auszubauen.

652 Cybermobbing darf nicht hingenommen werden, sondern erfordert das konsequente
653 Einschreiten.

654

655 II. Chancengerechtigkeit durch Wachstum

656 1. „Rahmenbedingungen schaffen, 657 Wachstumspotenziale eröffnen“

658 Wirtschaftliche Leistungsdaten und Wohlstandsindikatoren weisen unser Bundesland
659 in der Spitzengruppe der erfolgreichsten Flächenländer Deutschlands aus. Dies gilt
660 auch für Vergleiche mit erfolgreichen Nationalstaaten auf europäischer Ebene. Wirt-
661 schaftsmotor für unser Bundesland ist die Metropolregion Rhein-Main. Hier wird die
662 höchste Wirtschaftsleistung landesweit generiert. Luftverkehr, Schienen, Autobahnen
663 und Wasserwege machen die Region Rhein-Main zu einer einzigartigen Verkehrsdreh-
664 scheibe europäischen Zuschnittes. Der Frankfurter Flughafen setzt weltweit gültige
665 Maßstäbe im Luftverkehr. Dem Finanzplatz Frankfurt kommt im globalen Finanzge-
666 schehen eine herausgehobene Rolle zu. Aber auch die Region Nordhessen kann in
667 jüngster Zeit hervorragende Wachstumswahlen verbuchen. Hier zeigt sich, dass die seit
668 Jahren verfolgte Infrastruktur- und Innovationspolitik erfolgreich gewesen ist und zur
669 Verbesserung der Arbeits- und Wirtschaftslage in Nordhessen beigetragen hat.

670 Unsere Wirtschaft in Hessen wird aber insbesondere auch von inhabergeführten Un-
671 ternehmen in allen Wirtschaftszweigen getragen. Hier werden Arbeitsplätze geschaffen
672 und innovative Ideen mutig umgesetzt. Die Organisation unserer Wirtschaft ist in ho-
673 hem Maße arbeitsteilig und heterogen. Mobilität und leistungsfähige Infrastruktur sind
674 entscheidende Voraussetzung dafür. Erfolgreiche hessische Unternehmen aus Che-
675 mie, Medizintechnik, Rohstoffgewinnung, Fahrzeug- und Maschinenbau sind Global
676 Player ihrer Branchen. Dieses Zusammenwirken von kleinen und mittelständischen
677 Unternehmen mit international agierenden Unternehmen sorgt für die Flexibilität und
678 erforderliche Anpassungsfähigkeit der hessischen Wirtschaft an immer neue Heraus-
679 forderungen. Die Wirtschaft schafft die vielen Arbeitsplätze und erwirtschaftet auch die
680 hohen Steuerzahlungen, die unseren Wohlstand in Hessen ermöglichen.

681 Mittelständische Unternehmen tragen mit hoher Innovationskraft entscheidend zum
682 wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes bei. Unternehmensnahe Dienstleister stellen
683 den notwendigen Rahmen für den Erfolg von Industrie und verarbeitendem Gewerbe,
684 sowohl auf dem Binnenmarkt, wie auch auf Exportmärkten. In Hessen situierte Dienst-
685 leister schreiben ihre eigene Erfolgsgeschichte.

686 Diese Vielfalt findet sich nicht nur im Wirtschaftsgeschehen unseres Landes wieder,
687 sondern auch in der Lebensqualität im Allgemeinen. Hessen hat eine kaum vergleich-
688 bare Lebensqualität, was sich auch daran zeigt, dass sich eine überwältigende Mehr-
689 heit von 96 Prozent der Menschen in Hessen wohl fühlt und 84 Prozent der Menschen
690 ihre wirtschaftliche Situation als gut oder sehr gut bezeichnen. Weinbau im Süden und
691 Westen unseres Bundeslandes, das naturbelassene Biosphärenreservat Rhön, den
692 Buchennationalpark Kellerwald in Nordhessen und Wintersportregionen im Norden
693 sind beispielhaft für die Vielfalt unseres Landes - auch im Hinblick auf die Landschaft.
694 Die kulturelle Vielfalt unseres Landes zeigt sich in einer ausgeprägten Museumsland-

695 schaft, der Kulturmaßstäbe setzenden „documenta“ in Kassel und bedeutenden kultu-
696 rellen Veranstaltungen landesweit.

697 Hessen ist erfolgreich! Das unbedingte Eintreten der hessischen FDP für die Werte der
698 Sozialen Marktwirtschaft und die Umsetzung liberaler Ordnungspolitik hat sich als Er-
699 folgsprinzip erwiesen. Die Gestaltungskraft liberaler Wirtschafts- und Infrastrukturminis-
700 ter zieht sich wie ein gelber Faden durch die Erfolgsgeschichte der Wirtschaft unseres
701 Landes. Heinz-Herbert Karry, Klaus-Jürgen Hoffie, Alfred Schmidt, Dieter Posch und
702 Florian Rentsch waren und sind Garanten für die Attraktivität und Leistungsfähigkeit
703 des Wirtschaftsstandortes Hessen. Die hessische FDP arbeitet dauerhaft an dem poli-
704 tischen Auftrag, den wirtschaftlichen Erfolg zum Wohle unseres Landes und seiner
705 Menschen für die nächsten Generationen zu sichern.

706 **2. "Unser Wort gilt! - Versprochen und gehalten -"**

707 • Hessen ist das wirtschaftsstärkste Bundesland in Deutschland

708 Hessen liegt in allen Wachstumsstatistiken deutlich über dem Bundesschnitt und bietet
709 den Menschen damit auch weiter hervorragende Lebensbedingungen. Sechs Mio.
710 Hessen produzierten mit € 37.616 je Einwohner das höchste BIP aller deutschen Flä-
711 chenländer. Das hessische BIP lag damit fast 20 Prozent über dem Bundesdurch-
712 schnitt.

713 Die Bruttowertschöpfung lag 2011 erstmals über 200 Mrd. €. Damit ist Hessen noch
714 vor Bayern und Baden-Württemberg das wirtschaftsstärkste Bundesland in Deutsch-
715 land. Im europäischen Vergleich läge Hessen im Vergleich der EU27 auf dem 4. Platz
716 hinter Luxemburg, Dänemark und Schweden.

717 • Höchststand an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten

718 Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liegt aktuell bei 2,3 Millionen,
719 die Zahl der Erwerbstätigen bei 3,2 Millionen. Die Arbeitslosenquote in Hessen lag im
720 Jahresmittel 2012 bei 5,7 Prozent. Das ist der niedrigste Stand seit 1992. Damit haben
721 die Menschen in Hessen beste Rahmenbedingungen für ein eigenverantwortetes Le-
722 ben.

723 Mit dem Ausbau des Frankfurter Flughafens sichern wir 75.000 bestehende Arbeits-
724 plätze und haben die Voraussetzungen für 40.000 neue geschaffen. Damit stärken wir
725 den größten deutschen Flughafen als eines der bedeutendsten Luftfahrt Drehkreuze der
726 Welt und sichern die zentrale Position der Rhein-Main-Region in Hessen und in
727 Deutschland.

728 • Konjunkturprogramm hat Wirtschaftskrise abgefedert

729 Wir haben die Konjunkturmittel durch höhere Vergabegrenzen unbürokratisch an die
730 Stellen geleitet, wo sie ankommen sollen, nämlich bei den Handwerkern und Mittel-
731 ständlern und damit in der Wirtschaftskrise für Stabilität gesorgt. Dadurch kam Hessen
732 schneller aus der Krise als andere Länder.

Seite 20

733 • Wirtschaftsförderung effizient und schlagkräftig organisiert

734 Die FDP hat für eine effiziente und schnelle Wirtschaftsförderung gesorgt, indem die
735 WiBank nun alleine als zentraler Ansprechpartner für die Wirtschaftsförderung auftritt.
736 Es ist dabei gelungen, umfangreiche Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise umzuset-
737 zen, das Fördergeschäft deutlich auszuweiten und die Integration der Förderinstitute zu
738 erreichen.

739 • Breitbandversorgung im ländlichen Raum

740 Einer der entscheidendsten Standortfaktoren für eine Wirtschaftsansiedlung in unseren
741 Tagen ist die Breitbandversorgung auch im ländlichen Raum. Deshalb wird das Breit-
742 bandnetz in Hessen kontinuierlich ausgebaut. Bereits Ende 2011 verfügten 99,5 Pro-
743 zent der hessischen Haushalte über eine Grundversorgung, bzw. es wurden die erfor-
744 derlichen Maßnahmen für die Grundversorgung auf den Weg gebracht. Wir haben zw-
745 ischenzeitlich über 60 Prozent der Haushalte mit mehr als 50 Mbit/s versorgt. Dies ist
746 im bundesweiten Vergleich ein Spitzenwert! Bis 2014 sollen es 75 Prozent sein und
747 2018 soll eine flächendeckende Versorgung mit mindestens 50 Mbit/s sicher gestellt
748 sein. Es wird ein Mix aus Funk- und VDSL-Technologien realisiert und eine schrittwei-
749 se Versorgung mit Glasfaserkabeln.

750 • Modernes Baurecht geschaffen

751 Die Novellierung der Hessischen Bauordnung sorgt dafür, dass Bauen in Hessen kos-
752 tengünstiger, einfacher und schneller erfolgen kann. Das bedeutet mehr Freiheit, aber
753 auch mehr Verantwortung für den Bauherrn. So wurde die Liste genehmigungsfreier
754 Bauten ausgedehnt.

755 • Vereinfachung für Gaststätten

756 Bei Gaststätten markiert nicht mehr die Zahl der Gäste (bisher 40), sondern die Grund-
757 fläche (120 m² im Erdgeschoss bzw. 70 m² in anderen Geschossen) die Sonderbau-
758 grenze. Darüber hinaus wurde mit dem neuen Gaststättengesetz eine erhebliche Ent-
759 bürokratisierung erreicht, indem aus der Genehmigungspflicht eine Anzeigepflicht ge-
760 worden ist.

761 • Videotheken haben sonntags geöffnet

762 Wir haben erreicht, dass Videotheken auch sonntags geöffnet haben dürfen und somit
763 die Menschen in Hessen dieses Angebot auch dann in Anspruch nehmen können,
764 wenn sie Zeit dafür haben.

765 • Mittelstandsförderung neu geregelt und Vergabegesetz geschaffen

766 Das neue hessische Mittelstands- und Vergabegesetz trägt die klare Handschrift der
767 FDP. So können nun erstmals passgenaue Förderprogramme für unterschiedliche Un-
768 ternehmensgrößen aufgelegt werden. Die liberale Grundregel „Privat vor Staat im Wirt-
769 schaftslieben“ wurde bekräftigt. Eine Vorschriftenkontrolle, insbesondere zugunsten der
770 mittelständischen Wirtschaft, wurde neu in das Gesetz aufgenommen.

771 Auch ein Vergabegesetz wurde maßgeblich nach liberalen Grundsätzen beschlossen.
772 Vergabefremde Kriterien wurden ausdrücklich nicht in das Gesetz aufgenommen. Der
773 Vergabeteil wurde vielmehr so formuliert, dass er Handwerk und Mittelstand keinen
774 Schaden zufügt, aber auch den Kommunen keine überbordende Bürokratie aufhalst.

775 Weitere wichtige Punkte sind die Vergabegrenzen, die mittelstandsfreundlich beibehal-
776 ten werden. Dabei wurden die Erfahrungen aus dem Konjunkturpaket genutzt und die
777 Grenzen aus der Umsetzung des Konjunkturpaketes wie versprochen beibehalten. Die
778 FDP konnte außerdem die Nachunternehmerhaftung, die eine Haftung des Generalun-
779 ternehmers für jeden einzelnen Subunternehmer bedeutet hätte, verhindern.

780 **3. Weiter gestalten: „Rahmenbedingungen für eine** 781 **innovative Wirtschaft“**

782 **Unser Mittelstand ist Weltspitze**

783 Insgesamt sind in der hessischen Industrie und dem vielfach mittelständisch gepräg-
784 ten, verarbeitenden Gewerbe 600.000 Menschen beschäftigt. Das sind 25 Prozent aller
785 Arbeitsplätze in Hessen. 99 Prozent der in Hessen gemeldeten Unternehmen zählen
786 zum Mittelstand. Vom Handwerk bis zum High-Tech-Start-Up finden sich alle Branchen
787 und Unternehmensformen im Mittelstand wieder. Mittelstand in Hessen ist Innovations-
788 und Jobmotor.

789 90 Prozent des mittelständischen Gesamtumsatzes werden in den Unternehmen mit
790 bis zu 50 Mitarbeitern und bis € 10 Mio. p.a. generiert; die restlichen ca. zehn Prozent
791 in den Unternehmen der darüber liegenden Größenklasse. Annähernd 70 Prozent aller
792 Arbeitsplätze und 80 Prozent aller Ausbildungsplätze stellt der Mittelstand bereit.

793 Der Mittelstand in Hessen beweist Vertrauen in seine Zukunftsfähigkeit. In den kon-
794 junkturschwachen Phasen der Jahre 2008/2009 verzichteten annähernd 70 Prozent
795 der hessischen Mittelständler darauf, ihre Forschungs- und Entwicklungsaufwendun-
796 gen zu reduzieren. Ein Sechstel gar weitete seine Forschungs- und Entwicklungs-
797 Aufwendungen aus.

798 Ein starker Mittelstand wirkt gesamtwirtschaftlich stabilisierend. Mittelständler entspre-
799 chen durch die Übernahme persönlicher Verantwortung für Mitarbeiter und Arbeitsplät-
800 ze in hohem Maße dem Ideal einer Gemeinwohlverpflichtung.

801 Als repräsentatives Beispiel für die Leistungsfähigkeit der hessischen Wirtschaft, und
802 insbesondere des Bauhandwerks, verfolgt die hessische FDP die Idee eines „Hessen-
803 Hauses“ als begehbares Demonstrationsobjekt. Das „Hessen-Haus“ soll wegweisende
804 Antworten zu Architektur, Bauhandwerksleistungen und verfügbaren Innovationen für
805 energiesparendes, nachhaltiges und modernes Leben geben und für die Leistungsfä-
806 higkeit der hessischen Wirtschaft werben. Baukriterien sollen die Erlangung der ISO
807 2400 und Grün Bank der EU sein.

808 Die FDP setzt sich für die Einrichtung eines Mittelstandbeauftragten ein, der informie-
809 rend und vermittelnd die Aufgabe eines „Ombudsmannes“ zwischen öffentlicher Hand
810 und Wirtschaft wahrnehmen soll.

811 **Industriestandort Hessen**

812 Der Industriestandort Hessen kennt nach wie vor große industrielle Einheiten. Unter-
813 nehmenstandorte der Automobilindustrie in Nordhessen und im Rhein-Main-Gebiet,
814 die unmittelbar weit über 30.000 Arbeitsplätze landesweit bereitstellen, prägen ganze
815 Regionen. Dazu addieren sich landesweit eine Vielzahl großer industrieller Zulieferer,
816 wie Automotive-Unternehmen im Rhein-Main-Gebiet oder auch Metallgießer in Mittel-
817 hessen. Die Exportquote der Branche liegt bei über 50 Prozent und liefert einen hervor-
818 ragenden Beitrag zum hessischen Außenhandelsergebnis.

819 Einen hohen Anteil zum Exportumsatz der Industrie tragen mit € 12 Mrd. Fahrzeug-
820 und Maschinenbauer bei. Den höchsten Exportanteil und Exportumsatz jedoch steuern
821 die Unternehmen der Chemie und Biotechnologie bei: 62 Prozent und € 13,5 Mrd., die
822 von annähernd 60.000 unmittelbar Beschäftigten erwirtschaftet werden.

823 *Medizintechnik in Hessen zu Hause*

824 Unternehmen der Medizintechnik aus Hessen sind technologisch Weltspitze. Kenn-
825 zeichnend für diese Unternehmen sind hohe Forschungs- und Entwicklungsinvestitio-
826 nen. Über 20.000 Mitarbeiter in rund 900 Unternehmen sind hessenweit in den Unter-
827 nehmen der Medizintechnik tätig. Mehr als € 4 Mrd. Umsatz und eine 60-prozentige
828 Exportquote belegen die globale Bedeutung dieser hessischen Erfolgsbranche.

829 20.000 Menschen sind in den vorwiegend in Mittelhessen beheimateten Unternehmen
830 der Optoelektronik, einer High-Tech-Branche mit weltweiter Marktführerschaft, tätig.

831 **Exponierte Dienstleistungslandschaft in Hessen ausbauen**

832 1,7 Mio. Menschen sind in den Dienstleistungsbranchen in Hessen, mit Schwerpunkt
833 im Rhein-Main-Gebiet, tätig. Die Heterogenität des verarbeitenden Gewerbes und der
834 Industrie, die zunehmend internationale Ausrichtung einer steigenden Anzahl Mittel-
835 ständler, verlangt qualifizierte und differenzierte Beratungs-, Finanz- und Logistik-
836 dienstleistungsleistungen.

837 Diese Nachfrage bedienen international aufgestellte Unternehmensberater, weltweit
838 tätige Unternehmen der Finanzwirtschaft sowie große Logistik- und Verkehrsdienstleis-
839 ter. Alleine Lufthansa, Deutsche Bahn und Deutsche Post stellen 80.000 Arbeitsplätze
840 bereit. Von wachsender Bedeutung ist der Logistikstandort Nordhessen. Die Verfüg-
841 barkeit von Kommunikationseinrichtungen und Dienstleistungen ist essentiell für eine
842 erfolgreiche, international agierende Wirtschaft. Banken, Versicherungen sowie der
843 weit überwiegende Teil der deutschen Finanzwirtschaft haben ihren Standortschwer-
844 punkt in Hessen.

845 Dem Finanzplatz Frankfurt kommt in diesem Prozess, den Maßstäben anderer Bun-
846 desländer weit enthoben, eine bedeutsame Rolle zu.

847 **Weiterentwicklung unserer Wirtschaft und ihrer** 848 **Rahmenbedingungen**

849 Wettbewerb als prägendes Merkmal aktiver Ordnungspolitik, die Annahme von Heraus-
850 forderungen der Globalisierung als Chance für unser Bundesland, damit verbunden
851 Weltoffenheit, Weiterentwicklung der Infrastruktur, Investitionen in Forschung und Wis-
852 senschaft, Bildung und Ausbildung sind auch zukünftig Erfolgsfaktoren.

853 Hessen bringt beste Voraussetzungen mit, durch Innovationen und technischen Fort-
854 schritt qualitatives Wachstum zu generieren. Dies darf nicht gefährdet werden.

855 Mittelständische Unternehmen stellen über 80 Prozent der Ausbildungsplätze in Hes-
856 sen bereit. Diese Unternehmen, insbesondere des Handwerks und des verarbeitenden
857 Gewerbes, sind um Nachwuchskräfte bemüht. Der einsetzende demografische Wandel
858 in Hessen, der regional sehr unterschiedlich sichtbar wird, verschärft diese Entwicklung
859 noch.

860 **Bildung und Ausbildung - Fachkräftebedarf sichern**

861 Die Ausbildung der benötigten Fachkräfte stellt eine besondere Aufgabe und Heraus-
862 forderung für den Wirtschaftsstandort Hessen dar. Das Fehlen von Fachkräften bedeu-
863 tet eine Innovations- und Wachstumsbremse und gefährdet so die wirtschaftliche Lei-
864 stungsfähigkeit unseres Landes. Fachkräftesicherung ist deshalb die Herausforderung,
865 die aktiv von Politik und Wirtschaft bewältigt werden muss. Mittel- und langfristig wirk-
866 ten sich die Konsequenzen aus der mangelnden Verfügbarkeit von Fachkräften auch
867 negativ auf den Bereich der geringer qualifizierten Arbeitskräfte aus.

868 Zur Fortführung der Fachkräftesicherung in Hessen wurde die übergreifende „Fachkräf-
869 tekommission Hessen“ eingesetzt. Aufgabe der Kommission ist es, Handlungsempfeh-
870 lungen zur Sicherung des zukünftigen Fachkräftebedarfs zu erarbeiten.

871 Politischer Wille der FDP und wichtiger Beitrag zur Sicherung des bestehenden Fach-
872 kräftebedarfes ist es, alle jungen Menschen in den hessischen Ausbildungsmarkt zu
873 integrieren. Dazu sollen die Übergänge von der Schule in den Beruf weiter verbessert
874 werden. Bereits bestehende Ausbildungsprogramme sollen mit besonderem Schwer-
875 punkt auf die Herausforderungen der Fachkräftesicherung ausgerichtet werden.

876 Lernpartnerschaften zwischen Schulen und Unternehmen können die bislang fehlende
877 Verbindung zwischen Theorie und Praxis in ökonomischer Bildung schaffen. Zielset-
878 zung muss sein, Jugendlichen aus allen Schulformen, von Haupt- und Realschulen,
879 über Gesamtschulen und Gymnasien wie auch beruflichen Schulen durch die Zusam-
880 menarbeit mit Partnerunternehmen aus der Wirtschaft Zugänge zum Wirtschaftsleben
881 zu öffnen.

Seite 24

882 Der Prozess der Intensivierung ökonomischer Bildung in den Schulen unseres Landes
883 muss fortgesetzt werden. Das Verständnis der sozialen Marktwirtschaft ist entschei-
884 dende Voraussetzung für eine selbstbestimmte Lebensführung. Liberale wollen junge
885 Menschen dazu ertüchtigen.

886 Eine bereits in der Schule einsetzende Vermittlung von Wirtschaftswissen verstärkt
887 überdies die Identitätsbildung der Bildungs- und Wirtschaftsregion Hessen. Die Wirt-
888 schaft steht bereit, mit den Schulen gemeinsam neue Wege zu beschreiten. Wirt-
889 schäftsverbände werten durch die Prämierung von Praktikumsberichten Berufspraktika
890 in ihren Mitgliedsunternehmen auf.

891 Die FDP wird deshalb die landesweite Einführung von Lernpartnerschaften zwischen
892 Schule und Wirtschaft weiter fördern.

893 Um die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft unseres Landes langfristig zu sichern, be-
894 fürwortet die FDP den Start der MINT-Förderung bereits in den Grundschulen.

895 Kooperationen zwischen Schulen und ehrenamtlich Unterrichtenden werden außerdem
896 begrüßt.

897 Maßnahmen zur zukünftigen Fachkräftesicherung müssen auch die planmäßige Zu-
898 wanderung von qualifizierten ausländischen Arbeitnehmern umfassen. Die Zuwande-
899 rung muss am Bedarf unseres Arbeitsmarktes ausgerichtet werden. Dazu sind umzu-
900 setzen:

- 901 • die Novellierung des Zuwanderungsrechts,
- 902 • eine verbesserte Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse,
- 903 • sowie die Stärkung einer Willkommenskultur.

904 Im Ausland erworbene berufliche Qualifikationen müssen schnellere Anerkennung er-
905 fahren. Die FDP wird sich für eine Daueraufenthaltserlaubnis für ausländische Studen-
906 ten nach erfolgreichem Studium an einer hessischen Universität einsetzen.

907 Die FDP begrüßt ausdrücklich die Bemühungen des Hessischen Wirtschaftsministers
908 um die Zuwanderung qualifizierter junger Menschen, insbesondere aus dem mit hoher
909 Jugendarbeitslosigkeit belasteten EU-Partnerland Spanien, in die bei uns bereitste-
910 henden Arbeits- und Ausbildungsplätze. Dies liegt im wirtschaftlichen, wissenschaftli-
911 chen, politischen und gesellschaftlichen Interesse unseres Landes.

912 Der hessischen Wirtschaft kommt die Aufgabe zu, ihre Mitarbeiter aus- und weiterzu-
913 bilden, angemessene Vergütungssysteme einzusetzen, die Vereinbarkeit von Beruf
914 und Familie zu verbessern und innovative Methoden des Personalmanagements ein-
915 zusetzen, um qualifizierte Arbeitskräfte zu binden und neue Mitarbeiter zu gewinnen.
916 Liberale Landespolitik wird die Wirtschaft in ihren Bemühungen unterstützen.

917 Den beruflichen Erfolg von Frauen zu fördern, ist nicht allein eine gesellschaftliche
918 Aufgabe, sondern auch wirtschaftliche Notwendigkeit. Das berufliche und wirtschaftli-
919 che Potenzial gut ausgebildeter Frauen muss angesichts des zunehmenden Mangels
920 an Fachkräften in unserem Land besser genutzt werden. Die FDP wird deshalb die

921 Entwicklung flexibler Arbeitszeitmodelle unterstützen. Zufriedenheit, die aus Erfolg im
922 Beruf bezogen wird, muss für Männer und Frauen gleichermaßen erreichbar sein. Fa-
923 milienphasen sollen durch eine Flexibilisierung von Arbeitsplätzen, Lebensarbeitszeit-
924 konten, Diversity Management und weitere Maßnahmen zukünftig für kürzere Unter-
925 brechungszeiten bei berufstätigen Frauen sorgen.

926 Forderungen nach Quotenregelungen für Frauen in Wirtschaft und Verwaltung wirken
927 angesichts der quantitativen und qualitativen Herausforderungen im zukünftigen Ar-
928 beitsmarkt antiquiert.

929 **Wirtschaftskraft folgt Innovationskraft -**
930 **Wissenschaftsstandort Hessen**

931 Der Wissenschaftsstandort Hessen bringt mit seiner ausgeprägten Universitäts- und
932 Hochschullandschaft beste Voraussetzungen für Innovationen. Die Förderung techno-
933 logisch-ökonomischer Exzellenz wird durch die weitere Bereitstellung von Hochschul-
934 fördermitteln bis zum Ende der Legislaturperiode sichergestellt. Wissenschaftsinvestiti-
935 onen sind essentiell für eine erfolgreiche wirtschaftliche Zukunft unseres Landes.

936 Duale Studiengänge verbinden Hochschulstudium und Berufspraxis mit hoher Effizi-
937 enz. Das Erfolgsmodell Studium Plus der Technischen Hochschule Mittelhessen (THM)
938 wird von der Wirtschaft mitgetragen. Vertreter der Wirtschaft stehen in Beiräten im en-
939 gen Austausch mit der Wissenschaft und formulieren ihre Erwartungen. Diese beispiel-
940 hafte Zusammenarbeit muss fortgesetzt und unterstützt werden. Duale Studiengänge
941 erfreuen sich zu Recht starken Zuwachses. Die Erwartungen von Studierenden nach
942 kurzen Studienzeiten und schnellem Berufseinstieg korrespondieren mit den Erwartun-
943 gen der Wirtschaft nach gut ausgebildetem Führungskräftenachwuchs.

944 *Luft- und Raumfahrt in Hessen als Standortfaktor*

945 Die in Hessen bereits befindlichen Einrichtungen der Luft- und Raumfahrttechnik müs-
946 sen als wissenschaftliche Zentren für anspruchsvolle Technologien weitere Stärkung
947 erfahren. Synergieeffekte, technologisch anspruchsvolle Ausgründungen und die An-
948 siedlung von weiteren Zulieferern begründen neue Technik- und Wirtschaftsfelder.
949 Hessen muss seine High-Tech-Chance nutzen. Die FDP wird den Standort für Luft-
950 und Raumfahrt in Darmstadt mit den europäischen Kontrollzentren ESA und EU-
951 METSAT auch zukünftig unterstützen.

952 Weiterhin setzt sich die FDP für die konsequente Förderung des Centrums für Satelli-
953 tennavigation Hessen (cesah GmbH) als Gründerzentrum für Existenzgründer im Be-
954 reich der Anwendungen von satellitengestützten Navigationssystemen auf der Basis
955 der europäischen Galileo-Technologie ein. Die FDP wird auch für die perspektivische
956 Schaffung einer anwendungsorientierten Galileo-Testumgebung im Ballungsraumge-
957 biet Rhein-Main (City-Gate) eintreten.

958

959 **Libérale Förderpolitik stringent umsetzen**

960 Hessen hat sowohl auf sich verändernde Rahmenbedingungen seiner Wirtschaft wie
961 auch auf die damit verbundenen finanziellen Rahmenbedingungen unseres Landes mit
962 der Neuordnung der Wirtschaftsförderung reagiert.

963 Die monetäre Förderung wurde bereits auf die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hes-
964 sen (WIBank) und die nichtmonetäre Förderung auf die neu organisierte Hessen Agen-
965 tur GmbH (HA), als Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landes Hessen mit breiten
966 Infrastruktur- und Förderaufgaben, übertragen.

967 Die Ausgliederung der Hessen Trade & Invest (HTAI) als Tochter der Hessen Agentur
968 und der damit verbundene Auftrag, ein wirksames Standortmarketing für Hessen zu
969 organisieren wie auch die hessische Außenwirtschaft zu fördern, wird von der Wirt-
970 schaft begrüßt. Die HTAI ist die angemessene Reaktion auf die gewachsene internati-
971 onale Bedeutung des Wirtschaftsstandortes Hessen.

972 *Monetäre Wirtschaftsförderung in Zeiten der Haushaltskonsolidierung*

973 Innovationen aus der Wirtschaft fördern, jungen Unternehmen den Marktzutritt ermögli-
974 chen, Wachstumsschritte von Unternehmen absichern und Infrastrukturmaßnahmen
975 finanzieren, sind originäre Aufgaben von Landesförderbanken. Kapitalunterlegungs-
976 notwendigkeiten für Banken nach Basel III und Solvency II werden absehbar die Förde-
977 rung der Wirtschaft und die Finanzierungsmöglichkeiten der Kommunen erschweren.

978 Hessen profitiert von der Existenz des starken, leistungsfähigen Landesförderinstituts
979 Wirtschafts- und Infrastrukturbank (WIBank). Durch die Etablierung der WIBank hat
980 Hessen einen zukunftsweisenden Schritt getan, die anstehenden Herausforderungen
981 besser bewältigen zu können. Eine Landesförderbank ist immer dann, wenn es um den
982 Einsatz finanzieller Mittel geht, ein wichtiges Instrument, um den Strukturwandel zu
983 befördern und damit die Lebensqualität und den Wohlstand des Landes und seiner
984 Bewohner zu mehren.

985 Hessen sieht sich einem Spektrum von Herausforderungen gegenüber:

- 986 • dem demografischen Wandel mit seinen Begleiterscheinungen einer älter werden-
987 den Bevölkerung, verringerter Bevölkerungsdichte in vielen Teilen Hessens, der
988 zukünftigen Herausforderungen für Arbeitsmarkt und Infrastruktur sowie aus zu-
989 nehmender Migration,
- 990 • der Energiewende mit ihrem großen Finanzierungsbedarf für Erneuerbare Energien
991 sowie der Schaffung der Leitungs- und Speicherinfrastruktur,
- 992 • den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise mit dem Anpassungsbedarf
993 insbesondere für mittelständische Unternehmen und gegebenenfalls fallweisen An-
994 gebotsreduzierungen durch Finanzdienstleister auf Grund verschärfter Regulierun-
995 gen,
- 996 • der Sicherstellung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommunen und der Da-
997 seinsvorsorge, deren Fähigkeiten zur Finanzierung der Aufgaben sukzessive gerin-
998 ger werden.

999 Auch auf wohlorganisierten Märkten kann es zu Funktionsstörungen, zum Beispiel als
1000 Folge nicht optimaler Regulierung, kommen. Ebenso können Märkte noch nicht leis-
1001 tungsfähig genug sein, um das Effizienzkriterium zu erfüllen. Letzteres tritt häufig bei
1002 großem Investitionsbedarf mit unbekanntem Risiken (z.B. der Energiewende) auf. Dar-
1003 über hinaus übertrifft in einzelnen Feldern der volkswirtschaftliche den betriebswirt-
1004 schaftlich bepreisten Nutzen. Der Einsatz von Förderbanken als Mittel zur (Wieder-)
1005 Herstellung von effizienten Märkten erfährt hier seine klassische Berechtigung.

1006 Auch für die Finanzierung der öffentlichen Hand, der Kommunen und kommunalnahen
1007 Unternehmen bietet sich der Weg über die Förderbanken an, da diese sich günstig
1008 refinanzieren und diese Mittel zu attraktiven Konditionen für öffentliche Aufgaben wei-
1009 tergeben können.

1010 Für die anstehenden Projekte kann somit nicht nur auf privates Kapital zurückgegriffen
1011 werden, sondern darüber hinaus auch deren regionale Basis deutlich verbreitert wer-
1012 den. Insgesamt lassen die anstehenden Herausforderungen, die im Vergleich zu heute
1013 noch anwachsen werden, eine Stärkung der WIBank im landespolitischen Interesse
1014 notwendig erscheinen.

1015 Dabei kann das Instrument Förderbank, gerade in Zeiten knapper werdender finanziel-
1016 ler Spielräume der öffentlichen Hand, wichtige Impulse geben, um die Umsetzung wirt-
1017 schaftspolitischer Zielsetzungen zu befördern und Hessen zu helfen, sich im Wettbe-
1018 werb der Bundesländer besser aufzustellen.

1019 Hinzu kommen die Anregungen, die die Förderbank bei der Ausgestaltung von anreiz-
1020 kompatiblen Finanzförderprodukten zu geben vermag. Damit einher geht das Know-
1021 how der effizienten Leistungsabwicklung aller Facetten finanzbasierter Förderung, wo-
1022 bei durch die ebenfalls bei der WIBank angesiedelte zentrale Förderberatung zusätz-
1023 lich die Voraussetzungen geschaffen sind, damit potenzielle Zielkunden die optimale
1024 Förderung erhalten.

1025 In beiden Bereichen erscheint eine weitergehende Zentralisierung derartiger Aufgaben
1026 bei der WIBank sinnvoll.

1027 *Mikrokredite*

1028 Über 90 Prozent der europäischen Unternehmen sind Kleinstunternehmen mit weniger
1029 als zehn Mitarbeitern und 2 Millionen Euro Jahresumsatz. Diese Unternehmen haben
1030 oft keinen oder schlechten Zugang zu notwendigen Fremdfinanzierungsquellen. Eben-
1031 so ist für viele Arbeitslose oder Nichterwerbstätige der Weg in die Existenzgründung
1032 nur schwer möglich, da auch sie keinen Zugang zur klassischen Bankenfinanzierung
1033 haben. Die FDP Hessen begrüßt daher die Fördermaßnahmen im Bereich der Mikrofi-
1034 nanzierung, die im Jahr 2010 mit der Initiative der Europäischen Union aus dem Euro-
1035 päischen Sozialfonds mit Mitteln in Höhe von 100 Mio. Euro neuen Schub bekommen
1036 haben.

1037 Die Ausfallquote von Mikrokrediten liegt bei unter drei Prozent. Hessen hat eigene För-
1038 derprogramme zur Unterstützung von Kleinstunternehmen und Existenzgründern ins

1039 Leben gerufen. Der Zugang zu den Programmen über die WIBank hilft, Unterneh-
1040 mensgründungen in Hessen zu fördern und damit die Innovationskraft zu erhöhen.
1041 Mikrokredite sollen dabei keine Konkurrenz zu bestehenden Angeboten von Ge-
1042 schäftsbanken sein. Mikrokredite müssen auch weiterhin von Seiten des Landes ange-
1043 boten werden.

1044 **Außenwirtschaftsförderung als Standortsicherung**

1045 Die Repräsentanzen des Landes Hessen in ausgewählten Ländern mit großer oder
1046 wachsender Bedeutung auf den Weltmärkten sind konsequent auszubauen, wie auch
1047 die Förderung und Begleitung der Exportaktivitäten hessischer Unternehmen. Nicht nur
1048 Unternehmen aus dem industriellen Sektor, auch innovative Unternehmen aus dem
1049 hessischen Mittelstand drängen zunehmend auf die Weltmärkte.

1050 Die Möglichkeiten von Mittelständlern, die bestehenden Rahmenbedingungen auf den
1051 Absatzmärkten weltweit zu eruieren, sind naturgemäß beschränkt. An dieser Stelle
1052 muss die Unterstützung von Hessen Agentur und Hessen Trade & Invest als Service-
1053 gesellschaft des Landes Hessen einsetzen. So können Exportchancen auch von Mit-
1054 telständlern genutzt werden; wachsende Wirtschaftsleistung und Arbeitsplatzsicherung
1055 hier bei uns sind ein willkommenes Ergebnis.

1056 Möglichkeiten für einen erfolgreichen Markteintritt auf fremden Märkten ergeben sich
1057 für Mittelständler durch Kooperationen mit bereits exportierenden oder multinational
1058 aufgestellten Unternehmen. Quasi im „Huckepackverfahren“ und unter Mitnutzung von
1059 deren Know-how gelingt Mittelständlern leichter der Einstieg in fremde Märkte.

1060 Dies wird die FDP unterstützen. Die Organisation und Vermittlung solcher Kooperatio-
1061 nen soll von HA und Hessen T&I übernommen werden.

1062 Markterschließung und Rohstoffsicherung sind die Motivation der Wirtschaft für ein
1063 Interesse an öffentlich-privater Zusammenarbeit in der Entwicklungspolitik. Um An-
1064 satzpunkte für zukünftige, mit den hessischen Unternehmen gemeinsame Aktivitäten
1065 des Landes Hessen in der Entwicklungszusammenarbeit zu finden und konkrete Maß-
1066 nahmen zu erarbeiten, wird die FDP eine „Stabsstelle Entwicklungszusammenarbeit“
1067 einrichten. In einem ersten Schritt sollen Unternehmen kontaktiert werden, um deren
1068 Präferenzen nach Branchen, Ländern und Handlungsfeldern kennen zu lernen.

1069 **Energie**

1070 Der wirtschaftliche Erfolg und die Wettbewerbsfähigkeit unseres Bundeslandes sind in
1071 erheblichem Umfang mit der sicheren und bezahlbaren Verfügbarkeit von Strom ver-
1072 bunden. Eine dynamische hessische Wirtschaft hat weiterhin hohen Energiebedarf.

1073 Effizienzgewinne entstehen zwar notwendigerweise aus steigendem Stromkosten-
1074 druck, dieser kann aber auf Dauer nicht vollständig auf der Erzeugerebene kompen-
1075 siert werden. Die hessische Wirtschaft droht an Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren,
1076 wenn die Strompreise weiter steigen. Damit verbunden wären negative Folgen für die
1077 Arbeitsplätze in unserem Land, aber auch für die Steuereinnahmen in Hessen und

1078 Deutschland. Erste Abwanderungen in energiegünstigere Länder sind bereits zu ver-
1079 zeichnen. Daher tritt die FDP dafür ein, dass in internationalem Wettbewerb stehende,
1080 energieintensive Unternehmen auch weiterhin entlastet werden.

1081 Die FDP hat sich bewusst hinter die Entscheidungen einer Energiewende gestellt, die
1082 Risiken aus der Erzeugung von Kernenergie vermeiden will. An den Zielsetzungen des
1083 hessischen Energiegipfels hat die FDP entscheidend mitgewirkt und trägt diese voll-
1084 ständig mit.

1085 Dies impliziert aber auch, dass es keine Notwendigkeit für einen teilweisen Verbleib
1086 der Organisation unserer Energieversorgung im Hessischen Umweltministerium gibt.
1087 Die Energiewende ist im Vollzug. Strom ist Wirtschaftsgut. Eine sichere und preiswür-
1088 dige Energieversorgung ist als entscheidende Infrastrukturaufgabe für unser Land in
1089 die Obhut des Hessischen Wirtschaftsministers zu geben.

1090 **Schnelles Internet für ganz Hessen - Vorbild für Deutschland**

1091 Dem Breitbandausbau in Hessen wird ein sehr hoher Stellenwert beigemessen.
1092 Schnelle Datenverbindungen sind heute eine unverzichtbare Infrastruktur für Bürger
1093 und Unternehmen und ein Standortfaktor für Kommunen. Für viele Unternehmen hat
1094 eine gute Breitbandversorgung inzwischen die gleiche Bedeutung wie eine gute Ver-
1095 kehrsanbindung. Mit dem flächendeckenden Ausbau der Breitbandnetze schafft Hes-
1096 sen die Grundlage für künftiges wirtschaftliches Wachstum. Diese Schlüsselinfrastruk-
1097 tur muss sowohl im Ballungsraum wie auch in den ländlichen Räumen für die Wirt-
1098 schaft und die privaten Nutzer zur Verfügung stehen.

1099 Während Telekommunikationsunternehmen in den Ballungszentren bereits hohe Über-
1100 tragungsgeschwindigkeiten mit bis zu 100Mbit/s anbieten, sind schnelle Datenleitungen
1101 im ländlichen Raum für Versorger und Nachfrager durch hohe Ausbaurkosten und nied-
1102 rige Anschlussgrößen häufig unwirtschaftlich. Die FDP will daher an jenen Stellen den
1103 Breitband-Ausbau fördern, an denen der Ausbau für kommerzielle Telekommunikati-
1104 onsanbieter unrentabel ist. Dies betrifft vor allem ländliche, einwohnerschwache Gebie-
1105 te. Damit wollen wir eine digitale Spaltung zwischen Städten und ländlichen Räumen
1106 verhindern.

1107 Die FDP kümmert sich insbesondere um die ländlichen Gebiete – wie bspw. Oden-
1108 wald, Main-Kinzig-Kreis, Bergstraße, Rheingau-Taunus-Kreis und das Nordhessen-
1109 Cluster. Gerade in Hessen ist es gelungen, Kommunen und die kommunalen Unter-
1110 nehmen zu aktivieren, wo kein automatischer, marktgetriebener Ausbau stattfindet.
1111 Diese Leistung wird auch von Dritten, zum Beispiel durch den Verband der kommuna-
1112 len Unternehmen (VKU), anerkannt.

1113 Die FDP will bis 2014 für mindestens 75 Prozent der hessischen Haushalte Internet-
1114 verbindungen mit Übertragungsraten von mindestens 50 Mbit/s nutzbar machen. Bis
1115 zum Jahr 2018 sollen dann alle Haushalte in Hessen über Anschlüsse mit Übertra-
1116 gungsraten von mindestens 50 Mbit/s verfügen.

1117 Den Weg dahin weist die vom FDP-geführten Wirtschaftsministerium erarbeitete hessi-
1118 sche Next Generation Access-Strategie (NGA-Strategie). Hessen setzt dabei grund-
1119 sätzlich auf den marktgetriebenen Ausbau. Die Landesregierung agiert auf dieser
1120 Grundlage insbesondere als Koordinator. Dort wo der Breitbandausbau für die Akteure
1121 am Markt unwirtschaftlich ist, tritt sie aber auch als Förderer auf und unterstützt die
1122 Aktivitäten in den Landkreisen mit ergänzenden Maßnahmen.

1123 Das hessische Wirtschaftsministerium hat hierzu Anfang 2011 ein Bürgschafts- und
1124 Darlehensprogramm im Volumen von € 200 Mio. zur Umsetzung der hessischen Breit-
1125 bandinitiative gestartet. Kennzeichnend für die hessische NGA-Strategie ist der integ-
1126 rative Ansatz, der auf dem Konsens aller am Breitbandausbau beteiligten Akteure be-
1127 ruht. Dabei setzt Hessen auf das Prinzip der geteilten Verantwortung, welches Land,
1128 Kommunen und Unternehmen einbindet. Jeder Bereich leistet seinen Beitrag. Dies ist
1129 Voraussetzung dafür, dass wir in Hessen ein ineinandergreifendes System etablieren
1130 konnten, in dem bereits bei Straßenbaumaßnahmen Leerrohre mitverlegt werden. So
1131 können Investitionskosten in den Breitbandausbau erheblich gesenkt und gleichzeitig
1132 Investitionen in Milliardenhöhe generiert werden.

1133 Hessen liefert bundesweit die Blaupause, wie der Breitband-Ausbau der Zukunft geht.
1134 Dabei wird mit relativ geringem Mitteleinsatz ein hoher wirtschaftlicher Nutzen erzielt.
1135 In die Wirkung auf die Wirtschaft unseres Landes fließen zusätzlich noch die zu täti-
1136 genden Investitionen in die aktive Infrastruktur, die Betriebsinvestitionen, mit ein. Da in
1137 den Ausbau in hohem Maße lokale Unternehmen eingebunden sind, bleibt die Wert-
1138 schöpfung im Land.

1139 **Tourismus in Hessen**

1140 Hessen ist als Reiseland bei den Gästen aus dem Inland und den Urlaubern aus der
1141 ganzen Welt so beliebt wie noch nie. So zählten die Beherbergungsbetriebe 2012 ins-
1142 gesamt fast 30 Millionen Übernachtungen – ein Plus von 3,5 Prozent gegenüber 2011
1143 – und konnten damit einen neuen Rekord aufstellen. Mehr als 13 Mio. Gäste kamen
1144 2012 nach Hessen. Ebenfalls so viele wie nie zuvor. Ob Geschäftsreisen, Städtereisen,
1145 Kurzurlaub oder Sommerurlaub, Hessen ist als Reiseland attraktiv.

1146 Regionale Vielfalt und regionale Besonderheiten können nur mit dem vor Ort vorhan-
1147 denen Know-how erfolgreich vermarktet werden. Zentralismus in der touristischen
1148 Vermarktung wird von der FDP nicht als zielführend verstanden. Mittel des Europäi-
1149 schen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) sollen zukünftig auch für die Touris-
1150 musförderung eingesetzt werden können. Dafür wird sich die FDP einsetzen.

1151 Der Tourismussektor gehört zu den wichtigsten Dienstleistungs- und Wachstumsbran-
1152 chen in unserem Land. Er ist ein ökonomisches Schwergewicht und ein echter Jobmo-
1153 tor. Mit den touristischen Einrichtungen unserer Nachbarländer steht er in intensivem
1154 Wettbewerb. Der hessische Tourismus ist wettbewerbsfähig, die Investitionstaus im
1155 Beherbergungsgewerbe konnten aufgelöst und die Zahl der Beschäftigten und Auszu-
1156 bildenden auf ein Rekordniveau gesteigert werden.

1157 Die FDP wird sich dafür stark machen, dass zusätzliche Belastungen für das Touris-
1158 musgewerbe verhindert werden. Rot-Grüne Steuerpläne auf Bundes-, Landes- oder
1159 kommunaler Ebene, die zu einer Überbelastung von Touristen führen, sei es durch
1160 Bettensteuer, Tourismusabgabe, Kulturförderabgabe, Pferdesteuer oder andere Baga-
1161 tellsteuern, lehnt die FDP ausdrücklich ab. Auch im Bereich der GEZ und GEMA-
1162 Gebühren muss das Maß gewahrt und die Belastungen im Rahmen gehalten werden.
1163 Auch der Abbau von Bürokratie soll weiter überprüft und stetig fortgesetzt werden.

1164 Zum Tourismus gehört eine leistungsfähige Infrastruktur im Straßen-, Wasser- und
1165 Luftverkehr. Diese wollen wir erhalten und entsprechend ausbauen, um die positive
1166 Entwicklung des Tourismusgewerbes auch für die Zukunft sicher zu stellen. Auch die
1167 Potenziale des Radtourismus wollen wir durch eine bessere Vernetzung und Informati-
1168 on stärker nutzen. Die FDP macht sich dafür stark, dass Regelungen für Bäder und
1169 Kurorte, die in den Ländern zu einer hohen Akzeptanz im Gesundheitstourismus ge-
1170 führt haben, insbesondere vor dem demografischen Wandel einer älter werdenden
1171 Bevölkerung wie auch für Familien attraktiv ausgestaltet werden.

1172 Die FDP favorisiert als kostenneutrale Förderung des Tourismus, dass die Sommerfe-
1173 rienregelung weiter gestreckt wird. Die derzeitige Regelung ist für das Gastgewerbe
1174 nachteilig. Um das Gastgewerbe zu stärken, wäre es daher notwendig, die Sommerfe-
1175 rien zu entzerren und den Rahmen von 90 Tagen so weit wie möglich auszuschöpfen.
1176 Auch die Entwicklungsmöglichkeiten des ländlichen Raumes können noch besser ge-
1177 nutzt werden. Vor allem der besseren Vernetzung von Akteuren und Zielgruppen
1178 kommt in diesem Marktsegment besondere Bedeutung zu. Zukünftig sollte auch die
1179 von der Bundesregierung angestoßene Förderung des Kinder- und Jugendtourismus
1180 von Hessen aus unterstützt werden. Dieser hat eine große pädagogische und soziale
1181 Bedeutung. Kindern und Jugendlichen werden auf diese Weise intensive Erfahrungen
1182 durch das Zusammenleben in der Gruppe, dem Kennenlernen der eigenen Heimat und
1183 durch den Kontakt mit anderen Ländern und Kulturen ermöglicht.

1184 **Ländlichen Raum stärken**

1185 Lebendiger Gemeinschaftssinn, bedarfsorientierte Infrastruktur und eine lebens- und
1186 liebenswerte Kulturlandschaft sind die Faktoren, die den ländlichen Raum ausmachen
1187 und die es aus liberaler Sicht zu fördern gilt.

1188 Der demografische Wandel stellt jedoch gerade die ländlichen Regionen vor große
1189 Herausforderungen. Die Bevölkerung geht insgesamt zurück, der Anteil älterer Men-
1190 schen steigt, während der Anteil junger und berufstätiger Menschen abnimmt. Das
1191 wirkt sich grundlegend auf das Gemeinwesen aus, verändert die Arbeits- und Berufs-
1192 welt, genauso wie das Leben der Familien im ländlichen Raum. Es wird immer schwie-
1193 riger, in ländlichen Räumen Infrastruktur, Mobilität, Gesundheit, Schule und Wirtschaft
1194 aufrecht zu erhalten.

1195 Umso wichtiger ist es, politische Lösungsansätze zu entwickeln, die den besonderen
1196 Erfordernissen der ländlichen Räume entsprechen – mit dem Ziel, die Lebensqualität
1197 zu erhalten und gerade jungen Menschen Perspektiven zu bieten. Je mehr sich ländli-
1198 che Regionen und Ballungsräume unterscheiden, umso flexibler und bedarfsgerechter

Seite 32

1199 müssen die politischen Rahmenbedingungen sein. Das bedeutet, dass landeseinheitliche
1200 Vorgaben verstärkt auf ihre Auswirkungen auf ländliche Regionen überprüft werden
1201 müssen. Sie sind so zu fassen, dass sie ausreichende Flexibilität für die Situation
1202 vor Ort ermöglichen und die Handlungsspielräume der kommunalen Ebene vergrößern.
1203 Gesetze und Verordnungen müssen der veränderten Lebenswirklichkeit angepasst
1204 werden.

1205 Die wichtigste Säule in einer sich verändernden gesellschaftlichen Struktur im ländlichen
1206 Raum ist die Dorfgemeinschaft. Ziel liberaler Politik für den ländlichen Raum ist
1207 es daher, Dorfgemeinschaften zu aktivieren, zu stärken, gemeinsam nach individuell
1208 auf den Ort abgestimmten Lösungen zu suchen und diese in enger Kooperation mit
1209 oder in Eigenregie durch die Bürgerinnen und Bürger zu betreiben.

1210 *Entwicklung der Ortskerne - Dorferneuerungsprogramm*

1211 Unsere Städte und Gemeinden sind in den vergangenen Jahren immer weiter auf die
1212 „grüne Wiese“ gewachsen. Dieses Wachstum muss vor dem Hintergrund des demografischen
1213 Wandels zu Ende gehen. Ortskerne drohen sonst zu veröden, Häuser und
1214 Grundstücke erfahren einen dramatischen Preisverfall, Gebühren und Abgaben müssen
1215 aufgrund hoher Fixkosten steigen. Wir wollen daher vorrangig die Ortskerne modernisieren
1216 und nur bei hier fehlender Entwicklungsmöglichkeit weiteres Wachstum in die „grüne
1217 Wiese“ ermöglichen. Hierfür ist die Fortsetzung des hessischen Dorferneuerungsprogramms
1218 von erheblicher Bedeutung. Gerade dieses Programm unterstützt wichtige private
1219 Investitionen und trägt damit zur Erneuerung der Ortskerne, aber auch zum Erhalt der
1220 Dorfgemeinschaft bei. Wichtig sind auch Initiativen zur Aufrechterhaltung eines attraktiven
1221 Lebens- und Wohnstandorts, die auch die Rahmenbedingungen für eine Wiederbelebung der
1222 Nahversorgung im Fokus haben.

1223 Der ländliche Raum Hessens braucht Unterstützung, keine Alimentierung. Jeder Mensch
1224 ist anders, jeder Ort hat eine eigene Lage mit eigenen Rahmenbedingungen, und die
1225 Bedarfe unterscheiden sich ebenfalls. Es geht in der ländlichen Entwicklung nicht darum,
1226 Bestehendes zwanghaft zu konservieren. Gerade benachteiligte Ortslagen werden so schnell
1227 zu „Freilichtmuseen“. Infrastrukturen und Programme, die „von oben herab“ standardisiert
1228 auf die Fläche ausgebreitet wurden, haben schon in der Vergangenheit vor Ort wenig bis
1229 gar keine Akzeptanz gefunden. Es ist wichtig, dass die Menschen in den ländlichen
1230 Regionen Hessens eigenverantwortlich entscheiden können, wie sie in ihren Ortslagen leben
1231 wollen. Die FDP setzt sich dafür ein, dass Bevölkerungsaktivierungen und Bürgerbeteiligungsverfahren
1232 verstärkt zum Einsatz kommen, auch um so die Dorfgemeinschaft weiter zu stärken. Verantwortung
1233 entsteht aus Teilhabe und aus Engagement. Beides ist aus Sicht der FDP der Schlüssel zu
1234 einer nachhaltigen Entwicklung der ländlichen Räume.
1235

1236 Europäische Förderprogramme können gezielt die Entwicklung des ländlichen Raums
1237 unterstützen. Wir setzen uns für die Beibehaltung der Kofinanzierung dieser europäischen
1238 Förderprogramme im Bereich der ländlichen Räume ein. Gleichzeitig halten wir eine enge
1239 Verknüpfung des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen
1240 Raums (ELER) mit dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung

1241 (EFRE) und dem Europäischen Sozialfonds (ESF) im Sinne einer integrierten und effi-
1242 zienten Entwicklung des ländlichen Raums für dringend erforderlich.

1243 *Kinderbetreuung und Schulen im ländlichen Raum*

1244 Ein gutes und vielfältiges Bildungs- und Erziehungsangebot ist entscheidend für die
1245 Zukunft ländlicher Regionen. Vor allem für junge Familien ist die Frage, welche Kinder-
1246 betreuungsangebote und Schulen vor Ort erreichbar sind, wichtig für die Wahl ihres
1247 Wohnortes.

1248 Bei allen strukturellen Schwierigkeiten bietet der ländliche Raum in diesen Bereichen
1249 gegenüber Ballungsgebieten auch einige Vorteile. Im Vergleich zu Großstädten gibt es
1250 in kleineren Gemeinden deutlich weniger soziale Spannungen und Konflikte. Statt
1251 Anonymität findet sich hier mehr Bereitschaft, soziale Verantwortung für andere zu
1252 übernehmen. Gerade die Vereine erleichtern die soziale Integration und binden Kinder
1253 und Jugendliche in die Gemeinschaft vor Ort ein.

1254 Um wohnortnahe Betreuungsangebote für Kinder zu erleichtern und Schulen zu erhal-
1255 ten, ist es notwendig, Gruppen- und Klassengrößen flexibler zu gestalten und stärker
1256 den örtlichen Bedingungen anzupassen. Starre Mindest- oder Höchstgrenzen führen
1257 oft zu unverhältnismäßigem Aufwand für Kinder und Eltern. Jahrgangsübergreifende
1258 Gruppen und Klassen sind eine Möglichkeit, auf sinkende Kinderzahlen zu reagieren.

1259 *Medizinische Versorgung sicherstellen*

1260 Zur Sicherstellung einer umfassenden gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung
1261 in ländlichen Räumen ist es notwendig, eine regionale Gesamtplanung vorzunehmen.
1262 Gerade auf dem Land nimmt die Zahl der Haus- und Fachärzte weiter ab. Auch die
1263 medizinische Versorgung durch Krankenhäuser ist in ländlichen Regionen gefährdet.
1264 Deshalb war es richtig, dass in Hessen mit Unterstützung der FDP Anreize für Ärzte in
1265 unterversorgten Regionen geschaffen worden sind.

1266 Auch klassische Altenheime rechnen sich in vielen kleinen und mittelgroßen Gemein-
1267 den nicht, so dass auch hier eine Versorgungslücke an pflegerischen Angeboten droht.
1268 Auch hier gilt es, alle Lösungsansätze zu verfolgen, mit denen wir eine ausreichende
1269 Versorgung, insbesondere auch bei der Betreuung von Menschen mit Demenz, ge-
1270 währleisten können.

1271 Ziel liberaler Politik zur Gewährleistung der Gesundheitsversorgung im ländlichen
1272 Raum ist ein regional ausgerichtetes Netzwerk, das alle medizinischen und pflegeri-
1273 schen Angebote verbindet und die klassischen medizinischen Sektorengrenzen, insbe-
1274 sondere zwischen ambulanter und stationärer Versorgung, überwindet. Beide Systeme,
1275 im medizinischen wie im pflegerischen Sektor, müssen miteinander verwoben
1276 werden, wenn eine regional orientierte, wohnortnahe Versorgung auch in Zukunft noch
1277 möglich sein soll. Niedergelassene Haus- und Fachärzte, Krankenhäuser, Pflegeein-
1278 richtungen und soziale Dienstleister (z.B. Bring- und Fahrdienste, Unterhaltungsange-
1279 bote) sollen zusammenarbeiten, Ressourcen bündeln und die Qualität in der regiona-
1280 len Versorgung erhöhen. Entgegen dem weitläufigen Trend zur Konzentration in gro-

1281 ßen Einheiten, muss hier auf kleinteilige, aber vernetzte Strukturen gesetzt werden, um
1282 den tatsächlichen regionalen Bedarfen Rechnung zu tragen. In Frage kommen z. B. die
1283 Bildung von Ärztenetzwerken und Ärztegenossenschaften, die stärkere Nutzung der
1284 Telemedizin oder der Aufbau kleinteiliger Wohn-Quartiere für Demenzkranke.

1285 *Mobilität und Verkehrsinfrastruktur aufrechterhalten*

1286 Mobilität und Verkehrsinfrastruktur haben in ländlichen Räumen gerade auch unter
1287 dem Aspekt der Lebensqualität eine besondere Bedeutung. Je besser ländliche Räu-
1288 me angebunden sind, desto besser sind auch ihre Entwicklungschancen. Die Wege zur
1289 Arbeit, zur Schule, zum Arzt oder zum nächsten Supermarkt sind häufig sehr viel wei-
1290 ter als in den Ballungsräumen. Gleichzeitig ist aufgrund der geringeren Bevölkerungs-
1291 dichte das ÖPNV-Angebot deutlich geringer. Deswegen sind viele Menschen in ländli-
1292 chen Räumen auf das Auto angewiesen und eine gute Straßeninfrastruktur besonders
1293 wichtig. Die hohe Besteuerung von Kraftstoffen bedeutet eine erhebliche Belastung für
1294 die Menschen in ländlichen Regionen, die keine Mobilitätsalternative haben.

1295 Um eine Grundversorgung mit ÖPNV auch im ländlichen Raum für alle diejenigen an-
1296 bieten zu können, die darauf angewiesen sind, setzen wir als FDP auf den Einsatz fle-
1297 xibler Verkehre. Rufbussysteme, aber auch andere noch flexiblere öffentliche Bedien-
1298 formen sind bereits in vielen Regionen im Einsatz und müssen weiter ausgebaut wer-
1299 den. Dabei gilt es, jeweils den örtlichen Bedarf und die besonderen Gegebenheiten vor
1300 Ort zu berücksichtigen.

1301 *Breitbandversorgung sicherstellen*

1302 Eine moderne, leistungsfähige Breitbandversorgung hat eine entscheidende, strategi-
1303 sche Bedeutung für die Zukunft ländlicher Räume. Immer mehr Bereiche des Lebens –
1304 Arbeit, Bildung, Einkauf, Gesundheit, Haushalt oder einfach nur Unterhaltung – werden
1305 von der digitalen Welt erfasst. Dabei müssen immer größere Datenmengen übertragen
1306 werden und immer häufiger kommen mobile Endgeräte zur Anwendung. Deshalb un-
1307 terstützen wir den weiteren Ausbau des Breitbandnetzes und der mobilen Datenüber-
1308 tragung.

1309 Gerade für ländliche Regionen ergeben sich daraus neue Entwicklungspotenziale.
1310 Lange Wege und der damit verbundene Zeit- und Kostenaufwand sind oft Nachteile für
1311 Standorte auf dem Land. Durch das Internet und virtuelle Kommunikation lassen sich
1312 diese Hemmnisse deutlich vermindern. In dem Maße wie Onlinelösungen zu mehr
1313 Komfort und weniger Kosten führen, profitiert der ländliche Raum sogar besonders.

1314 **Benzin muss bezahlbar bleiben**

1315 Die hessische FDP hat in 2012 eine Initiative angestoßen, die zu mehr Markt bei der
1316 Bildung von Kraftstoffpreisen führen soll. Ausgangspunkt war die Sektoruntersuchung
1317 „Kraftstoffe“ des Bundeskartellamtes, die u.a. hohe Marktzugangshürden für freie und
1318 unabhängige Tankstellen durch teils restriktive Kraftstoffabgabe beobachtet hat.

1319 Marktbeherrschende Strukturen sind wettbewerbs- und damit verbraucherfeindlich und
1320 gehören beseitigt. Dazu will die FDP den Fokus nicht nur auf die verpflichtend werden-
1321 de, vom FDP-geführten Bundeswirtschaftsministerium initiierte, Marktpreistransparenz-
1322 stelle lenken, sondern auch auf die Entwicklung der Raffineriestruktur.

1323 Diesen Ansatz teilt die FDP mit dem Bundeskartellamt, das im September 2012 eine
1324 Sektoruntersuchung „Raffinerien“ gestartet hat. Die hessische FDP wird diese Unter-
1325 suchung und deren Ergebnisse zum Nutzen von Verbrauchern und Wirtschaft auf-
1326 merksam begleiten, und, wenn erforderlich, politische Initiativen zur Herstellung eines
1327 nach Wettbewerbsgesichtspunkten funktionierenden Kraftstoffmarktes anstoßen.

1328 **Vergaberegeln transparent gestalten**

1329 Vergabefremde Kriterien gehören in ihrem eigentlichen Politikfeld, sei es die Umwelt-
1330 oder die Sozialpolitik, gelöst. Sie würden gerade für die kleinen und mittelständischen
1331 Unternehmen einen riesigen bürokratischen Aufwand erzeugen. Alleine Wirtschaftlich-
1332 keitskriterien sind maßgeblich für die Vergabe von Aufträgen und schützen öffentliche
1333 Haushalte.

1334 Auch ein Mindestlohn als Vergabekriterium oder die Berücksichtigung tarifvertraglicher
1335 Regelungen gehören nicht in die Vergabeordnung.

1336 Die Hessische Vergabeberatungsstelle soll künftig diese Aufgabe übernehmen. Nach
1337 dem Vorbild des bisher schon bei den Handwerkskammern installierten Ansprechpart-
1338 ners für Ausschreibungen nach VOB, soll die Hessische Vergabeberatungsstelle einen
1339 Ansprechpartner für Ausschreibungen nach VOL bekommen.

1340 **Kammerwesen erhalten**

1341 Industrie- und Handelskammern sind staatlich beliehen und stehen für die Selbstorga-
1342 nisation der Wirtschaft. Das deutsche Kammerwesen ist ein Erfolgsmodell. Die FDP
1343 wird sich für eine permanente Evaluation und Verschlinkung der Kammern einsetzen,
1344 um die Kammern mit zusätzlichen Aufgaben betrauen zu können.

1345 Neu zu übernehmende Kammeraufgaben sieht die hessische FDP in den Freien Beru-
1346 fen – z.B. für Dolmetscher und Übersetzer –, die bisher noch nicht über einen entspre-
1347 chenden berufsständischen Rahmen verfügen.

1348 Mit der Umsetzung der EU-Richtlinie und der Schaffung des einheitlichen Ansprech-
1349 partners wurde der Genehmigungsgrundsatz eingeführt. Damit gilt ein Antrag über den
1350 einheitlichen Ansprechpartner automatisch nach 21 Tagen als genehmigt, wenn nicht
1351 anders beschieden wurde. Die FDP wird prüfen, auf welche Bereiche dieses Vorbild für
1352 Bürokratieabbau erweitert werden kann und entsprechend umsetzen.

1353 **Ladenöffnungszeiten anpassen – Sperrzeitregelung erhalten**

1354 Unsere Gesellschaft befindet sich in stetigem Wandel. Damit verändern sich Lebens-
1355 realitäten und auch das Geschehen in der Wirtschaft. Die Bedarfsgewerbeordnung
1356 regelt für bestimmte Branchen die Sonntagsarbeitszeit, ohne dass Sondergenehmi-

Seite 36

1357 gungen erteilt werden müssen. Dies ist Bürokratieabbau und steigert die Wettbewerbs-
1358 fähigkeit der hessischen Unternehmen.

1359 Das Hessische Feiertagsgesetz muss evaluiert werden. Sonderregelungen, wie die
1360 Regelungen für den 1. Januar, müssen den Realitäten angepasst werden.

1361 Eine Ausweitung der bisher möglichen vier verkaufsoffenen Sonntage im Jahr lehnt die
1362 FDP ab, wird sich aber für eine Abgrenzung auf Marktgebiete einsetzen. Die bisherige
1363 Festlegung auf Kommunen führt bei kleinen Marktgebieten zu einer Ausweitung und im
1364 Ballungsraum zu einer Einschränkung der vom Gesetzgeber gewollten Regelung von
1365 bis zu vier Sonntagen im Jahr. Die FDP wird in einer Landesregierung die Grundlagen
1366 für eine Genehmigung der vier verkaufsoffenen Sonntage den realen und derzeitigen
1367 Erfordernissen anpassen.

1368 Außerdem fordern wir eine Konkretisierung der hessischen Sperrzeitenverordnung, um
1369 eine flächendeckende Vorziehung der Sperrzeit zu verhindern. Eine Ausweitung soll
1370 nur in begründeten Ausnahmefällen und mit Zustimmung des Innenministeriums mög-
1371 lich sein. Eine Ausweitung der Sperrzeit ist für maximal ein Jahr möglich, danach muss
1372 bei Bedarf erneut ein Antrag der Kommune durch Beschluss der Gemeindevertreter
1373 beim Innenministerium gestellt werden.

1374

1375 III. Chancen durch Wohnungsbaupolitik

1376 1. „Wohnraum als Ziel der Landespolitik“

1377 In der Hessischen Verfassung ist die Förderung des Wohnraums als Ziel der Landes-
1378 politik aufgeführt. Das Land stellt durch verschiedene Maßnahmen angemessenen und
1379 bezahlbaren Wohnraum für Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung. Es unterstützt den
1380 Bau von Sozialwohnungen, hilft bei der Bildung von Wohneigentum, fördert den Bau
1381 von Wohnungen für Studierende und stellt Mittel für die Sanierung von Sozialwohnun-
1382 gen zur Verfügung. Auch für diese Aufgaben hat Hessen das Sondervermögen „Woh-
1383 nungswesen und Zukunftsinvestitionen“ bei der Hessischen Landesbank eingebracht,
1384 aus dem jährlich der Wohnungsbau mit mehr als 60 Mio. Euro unterstützt wird. Insge-
1385 sammt hat das landeseigene Förderinstitut 2012 in den Wohnungsbau in Hessen 85,3
1386 Mio. € investiert.

1387 Die Wohnungssituation in Hessen ist durch gegenläufige Tendenzen geprägt. Während
1388 in Teilen des ländlichen Raumes ein spürbarer Bevölkerungsverlust festzustellen ist
1389 und Wohnraum insbesondere in alten Ortskernen leer steht, ist im Ballungsraum
1390 Rhein-Main und an den hessischen Universitäts- und Hochschulstandorten, aber auch
1391 in einigen nord- und mittelhessischen Städten ein signifikanter Wohnungsbedarf zu
1392 verzeichnen. Gerade im Rhein-Main-Gebiet ist bezahlbarer und bedarfsgerechter
1393 Wohnraum für junge Familien, Alleinerziehende mit Kindern oder sozial schwächer
1394 gestellte Personengruppen knapp. Zudem stellen der demografische Wandel und die
1395 Notwendigkeit der energetischen Gebäudesanierung neue Anforderungen an den
1396 Wohnungsmarkt und damit auch an die Wohnraumförderung. Hier ist eine aktive und
1397 passgenaue Wohnungs- und Städtebaupolitik gefordert.

1398 In den Ballungsräumen steigen die Mieten insbesondere bei neugebauten Wohnungen,
1399 während in einigen ländlichen Gebieten ein Wertverlust von Immobilien zu verzeichnen
1400 ist. Verantwortliche Politik ist daher aufgerufen, dem Verfassungsauftrag für Wohn-
1401 raumförderung folgend, für eine Entspannung des Marktes in beiderlei Hinsicht zu sor-
1402 gen. Nur durch gemeinsame Aktivitäten einer Vielzahl von Beteiligten – privater Inves-
1403 toren, Wohnungsbaugesellschaften, Kommunen sowie Aufsichts- und Planungsbehör-
1404 den – wird es gelingen, mehr Investitionen auf dem Wohnungsmarkt auszulösen.

1405 2. „Unser Wort gilt – Versprochen und Gehalten-“

- 1406 • Sozialen Wohnungsbau gefördert

1407 In den vergangenen vier Jahren haben wir die Landesregierung bei ihren erheblichen
1408 Investitionen in den sozialen Wohnungsbau unterstützt. So konnten in den Jahren
1409 2009 - 2012 insgesamt nahezu 3.500 neue Sozialwohnungen gebaut werden. Fast
1410 1.000 Mietwohnungen wurden mit einer Landesförderung saniert.

1411 • Wohneigentum für Geringverdiener und Familien

1412 Auch die Bildung von Wohneigentum wurde durch das Land erheblich gefördert. So
1413 konnten über 1.000 Wohneinheiten neu gebaut werden und knapp 1.300 Wohneinhei-
1414 ten als Eigentum erworben werden. Diese Förderungen kommen vor allem Geringver-
1415 dienern und Familien zugute und stärken insbesondere die ländlichen Räume in Hes-
1416 sen und nehmen damit Druck von den Ballungszentren. Insgesamt hat das Land in den
1417 vergangenen vier Jahren über 6.750 Wohneinheiten gefördert und dabei knapp 290
1418 Mio. Euro investiert.

1419 • Novellierung und Neuausrichtung des Wohnraumfördergesetzes

1420 Wir haben für die Novellierung und Neuausrichtung des Wohnraumfördergesetzes ge-
1421 sorgt. Dort ist nun vorrangig der Eigentumserwerb für Familien und Geringverdiener als
1422 Förderziel festgeschrieben. Aber auch die Förderung von altersgerechtem Wohnen,
1423 zum Beispiel in entsprechenden Wohngemeinschaften oder neuen Wohnformen, sowie
1424 die Förderung des Erwerbs von Genossenschaftsanteilen finden sich im neuen Wohn-
1425 raumfördergesetz wieder. Eine weitere wichtige Neuerung ist die Möglichkeit, energeti-
1426 sche Sanierung zu fördern. Die Reform des Wohnraumfördergesetzes hat sich als
1427 zeitgemäß und erfolgreich erwiesen.

1428 • Wohnungsbaukoordinator als direkter Ansprechpartner

1429 Mit der Bestellung eines Beauftragten der Landesregierung für das Wohnungswesen
1430 bietet sich die Möglichkeit, die vielfältigen und zusätzlichen Aktivitäten der Landesre-
1431 gierung zu bündeln und zu koordinieren. Der Beauftragte ist zwischenzeitlich zum di-
1432 rekten Ansprechpartner für die Wohnungswirtschaft, die Kommunen und andere Betei-
1433 ligte geworden. Auf diese Weise können zügig Wohnungsbaupotenziale gehoben und
1434 Projekte beschleunigt werden.

1435 **3. Zukunftsgerechtes Wohnen und Bauen in Hessen**

1436 **Sonderprogramm Wohnungsbau**

1437 Auf Grundlage des neuen Wohnraumfördergesetzes hat die Landesregierung ein Son-
1438 derprogramm für den Wohnungsbau aufgelegt. Darin werden zusätzliche Fördermittel
1439 von insgesamt mindestens 150 Mio. Euro in der kommenden Legislaturperiode sowie
1440 die Bindung der Kompensationsmittel des Bundes für den Wohnungsbau in Höhe von
1441 weiteren 150 Mio. Euro festgeschrieben. In der Landesregierung wollen wir dieses zu-
1442 kunftsweisende Programm fortführen. Ziel ist es, die Rückflüsse und die Erträge aus
1443 dem Sondervermögen bei der Helaba weiter revolving einzusetzen, also Zinsver-
1444 günstigungen statt verlorener Zuschüsse zu fördern.

1445 Die FDP wird dafür sorgen, dass die bewährte Wohnraumförderung fortgesetzt wird.
1446 Zusätzlich sollen mindestens 1.000 zusätzliche Sozialwohnungen geschaffen und
1447 2.000 weitere Sozialwohnungen modernisiert werden. Außerdem soll künftig die Um-
1448 widmung von Büro- und anderen gewerblichen Flächen in Wohnraum erleichtert wer-
1449 den. Hierbei benötigen Investoren mehr Rechts- und Planungssicherheit. Hürden, die

1450 Eigentümer daran hindern, ihre Büroräume umzuwidmen, müssen abgebaut werden.
1451 Beispielsweise muss geregelt werden, dass im Falle der Rückabwicklung der Umwid-
1452 mung nicht erneut Stellplatzgebühren gezahlt werden müssen. Die FDP setzt sich da-
1453 für ein, dass nach einer Umwidmung von Gewerbeflächen in Wohnraum innerhalb von
1454 10 Jahren die Rückkehr zur vorherigen Nutzung möglich bleibt.

1455 Neben dem Neubau von Wohnungen ist auch der Kauf von Belegungsrechten im
1456 Wohnungsbestand, die Verkürzung von Planungsverfahren sowie die Stärkung von
1457 Wohnungsbaugenossenschaften ein probates Mittel, den Wohnungsmarkt zusätzlich
1458 zu entlasten. Für eine schnelle und effiziente Entwicklung müssen vor allen Dingen
1459 Flächen im innerstädtischen Bereich erschlossen werden. Dabei sind besonders die
1460 Bundes- und Landesflächen im Fokus. Da im Augenblick Investitionen oftmals gerade
1461 an fehlenden Flächen scheitern, sollen diese zu marktüblichen Preisen an den Markt
1462 gebracht werden. Ein Verkauf unter Marktpreis lehnt die FDP ab, da es beihilferecht-
1463 lich, aber auch aus fiskalischen Gründen nicht vernünftig wäre, Bundes- oder Landes-
1464 vermögen unter Wert zu veräußern.

1465 Wohnraumgewinnung in Hessen darf jedoch nicht zur Behinderung der Wirtschaft füh-
1466 ren. Bei neu entwickelten Wohngebieten, die näher an bestehende Gewerbegebiete
1467 heran geplant werden, muss darauf geachtet werden, dass nicht kostenträchtige Maß-
1468 nahmen zur Minderung von Geräuschemissionen ausgelöst werden.

1469 **2.000 neue Studentenwohnungen**

1470 Die FDP in der Landesregierung wird schnellstmöglich Liegenschaften des Landes
1471 oder des Bundes, z.B. leer stehende Kasernen, zu bezahlbaren Wohnungen für Stu-
1472 dierende und in Ausbildung befindliche junge Menschen umwidmen. Dadurch sollen
1473 2.000 zusätzliche Wohnungen für Studierende geschaffen werden. Studierendenwerke
1474 sollen außerdem als anerkannte öffentlich-rechtliche Einrichtung Studierende und in
1475 Ausbildung befindliche junge Menschen mit Belegungsrechten für solche Wohnungen
1476 versehen können. Der Neubau von Studentenheimen soll weiter intensiv gefördert
1477 werden. Eine FDP in Regierungsverantwortung wird sich daher um private Investoren
1478 für den Neubau von Studentenheimen bemühen. Eine verbindlich festgeschriebene
1479 staatliche Mietgarantie ist dabei aber nicht der richtige Weg.

1480 **Altersgerechtes Wohnen**

1481 In der Wohnraumförderung sollte grundsätzlich auf Barrierefreiheit geachtet werden.
1482 Für ältere Menschen ist gerade in ländlichen Räumen auch ein gutes Wohnumfeld mit
1483 einer ausreichenden Infrastruktur notwendig. Auch hier bietet die Förderung eines in-
1484 takten Sozialumfeldes die Möglichkeit, den Wegzug in die Ballungszentren abzumil-
1485 dern.

1486

1487 **Energetische Sanierung**

1488 Im Wohnungsbaubestand besteht gerade auch im Bereich der energetischen Sanie-
1489 rung ein zum Teil erheblicher Investitionsbedarf. Daher wird die FDP eine energetische
1490 Sanierung überall dort unterstützen, wo sie volkswirtschaftlich sinnvoll ist und Vermie-
1491 tern wie Mietern nützt. Neben zinsverbilligten Krediten der KfW sind wir der Überzeu-
1492 gung, dass steuerliche Anreize der richtige Weg sind, damit auch die Vermieter von
1493 Investitionen in energetische Sanierung profitieren. Auch die Mieter werden durch die
1494 geringeren Nebenkosten auf diese Weise entlastet. Damit auch die Eigentümer von
1495 selbstbewohnten Ein- und Zweifamilienhäusern Anreize zur energetischen Sanierung
1496 erhalten, ist ebenfalls eine steuerliche Förderung notwendig. Die positiven Auswirkun-
1497 gen auf Energieverbrauch und -kosten werden zudem mit einer zusätzlichen Stärkung
1498 dieses Aufgabenfeldes für Mittelstand und Handwerk verbunden. Über die bestehen-
1499 den Regelungen hinausgehende Modelle, die insbesondere im Bereich der Bestands-
1500 sanierung auf Zwang setzen, lehnen wir ab.

1501 *Keine Fehlbelegungsabgabe – kein Zweckentfremdungsverbot*

1502 Die FDP tritt allen Absichten, die Fehlbelegungsabgabe wieder einzuführen, entschie-
1503 den entgegen. Die Fehlbelegungsabgabe belastet auch nach Meinung der Mieterver-
1504 bände vor allem Geringverdiener, die gerade so über die Einkommensgrenze für Sozi-
1505 alwohnungen hinausgewachsen sind. Sie wird in keinem anderen Bundesland mehr
1506 erhoben, auch weil die Erlöse den Verwaltungsaufwand nicht rechtfertigen können.

1507 Die Wiedereinführung eines Zweckentfremdungsverbotess halten wir für verfassungs-
1508 rechtlich höchst umstritten. Die aktuelle Wohnungssituation gibt dazu keine Veranlas-
1509 sung, da kaum Fälle bekannt sind, in denen Wohnraum in Büros umgewandelt wurde.
1510 Tatsächlich geschieht aufgrund der aktuellen Marktsituation eher das Gegenteil.

1511

1512 **IV. Forschung und Innovation**

1513 **1. „Innovation und Technologie als Chance verstehen“**

1514 Forschung und Innovation sind zwei Seiten einer Medaille. Ein geflügeltes Wort besagt,
1515 Forschung ist die Umwandlung von Geld in Wissen, Innovation ist die Umwandlung
1516 von Wissen in Geld. Unser Wohlstand basiert wesentlich auf der Innovationskraft von
1517 Wirtschaft und Gesellschaft.

1518 Innovation braucht Freiheit und Förderung von Innovatoren, die sich gegen Beharrung
1519 und Strukturkonservatismus in Gesellschaften und Märkten durchsetzen müssen. Als
1520 FDP verstehen wir neue Technologien zunächst als Chance und nicht als Bedrohung.
1521 Wir setzen uns daher für ein technologie- und innovationsfreundliches Klima ein, für
1522 Erfindergeist und freies Unternehmertum. Diese Offenheit stärkt den Standort Hessen
1523 und ist Voraussetzung zum Bestehen der großen Herausforderungen der Zukunft.

1524 Die Politik muss dafür sorgen, dass Wissen durch Forschung generiert wird, und den
1525 Rahmen dafür schaffen, dass aus Wissen neue Produkte entstehen. Politik kann Inno-
1526 vationen nicht selbst schaffen, aber begünstigen. Wesentliche Faktoren sind Bildung
1527 und Infrastruktur: Schulen und Hochschulen sorgen für die Ausbildung der Fachkräfte,
1528 Hochschulen schaffen Grundlagenwissen. Verkehrswege sind logistische Vorausset-
1529 zung für unternehmerischen Erfolg, Anschlüsse an Energienetze oder Breitband bilden
1530 die Voraussetzung für unternehmerisches Handeln.

1531 **2. "Unser Wort gilt! - Versprochen und gehalten -"**

1532 • TechnologieTransferNetzwerk bundesweit Spitze

1533 Mit dem TechnologieTransferNetzwerk Hessen (TTN-Hessen) ist Hessen bundesweit
1534 an der Spitze bei der Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft sowie dem Transfer
1535 von Wissen und modernsten Technologien.

1536 • Ansiedlung wissenschaftlicher Institute

1537 Das FDP-geführte Wirtschaftsministerium hat in den vergangenen fünf Jahren einen
1538 Schwerpunkt auf die Ansiedlung von wissenschaftlichen Instituten gelegt, um den Wis-
1539 sens- und Technologietransfer auszubauen. Wir haben erhebliche Investitionen in Hö-
1540 he von 140 Mio. EUR in die Erweiterung der Forschungslandschaft in Hessen getätigt.
1541 Mit dem Max-Planck-Institut für empirische Ästhetik und dem Ernst-Strüngmann-Institut
1542 für angewandte Hirnforschung in Frankfurt, dem Fraunhofer-Institut für Werkstoffrecyc-
1543 ling in Hanau, dem FAIR-Projekt bei der Gesellschaft für Schwerionenforschung sowie
1544 dem Deutschen Kunststoff-Institut in Darmstadt haben wir weltweit beachtete For-
1545 schungseinrichtungen in unserem Land etabliert oder gehalten.

1546 • Förderung von Modell- und Pilotprojekten (MPP)

1547 Hessen fördert außerdem bereits **KMU-Modell-** und **Pilotprojekte**, kurz MPP, für For-
1548 schungs- und Entwicklungsprojekte zwischen kleinen und mittleren Unternehmen

1549 (KMU) mit unterschiedlichen Kernkompetenzen. Hierzu stehen Mittel des Landes Hes-
1550 sen zur Verfügung, die durch den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung
1551 (EFRE) kofinanziert werden.

1552 • House-of-Reihe entwickelt

1553 Mit der Entwicklung und Einführung der House-of-Reihe wurden bereits für drei wichti-
1554 ge Bereiche Plattformen zum Austausch von Wissenschaft und Wirtschaft geschaffen.
1555 In den hessischen Kernkompetenzen Logistik und Mobilität, Finanzen sowie Informa-
1556 tions- und Kommunikationstechnologien werden auf diese Weise die Stärken der hes-
1557 sischen Wirtschaft weiter ausgebaut.

1558 • Hochleistungsrechner aufgebaut

1559 Wir haben den Aufbau eines Höchstleistungsrechners als Bestandteil eines For-
1560 schungsverbundes von Hochschulen und Unternehmen als zukunftsorientierte Investi-
1561 tion vorgenommen. Dieses erfolgreiche Projekt gilt es, konsequent fortzusetzen.

1562 **3. Weiter gestalten: „Wissenschaft und Wirtschaft zu-** 1563 **sammenbringen“**

1564 Forschung findet an den hessischen Hochschulen, aber auch an außeruniversitären
1565 Forschungseinrichtungen wie Fraunhofer-, Max Planck- und Helmholtzinsti-
1566 tuten statt. Die Forschung haben wir in der letzten Legislaturperiode mit 450 Mio. EUR durch das
1567 LOEWE-Programm für Hochschulen und über 140 Mio. EUR Neuzusagen für außer-
1568 universitäre Forschungseinrichtungen gefördert. Diesen Weg zur Stärkung des For-
1569 schungsstandortes Hessen wollen wir konsequent fortsetzen und Hessen als Sitz über-
1570 regionaler Forschungseinrichtungen empfehlen.

1571 **Synergien aus Wissenschaft und Wirtschaft**

1572 Wichtig ist, dass Ideen ihren Weg aus der Hochschule hinaus in die Wirtschaft finden
1573 und als Innovationen Wert schaffen. Die positiven Entwicklungen der letzten Jahre wol-
1574 len wir aktiv aufgreifen und verstärken. Eine zentrale Rolle hierbei spielen Technolo-
1575 giezentren (Cluster). Darin soll der kooperative Netzwerkgedanke sowie die Integration
1576 neuen Wissens und von Qualifikationen konkrete Ausgestaltung finden. Die unmittelba-
1577 re Nähe zu wissenschaftlichen Einrichtungen, der Technologietransfer aus der Wis-
1578 senschaft in die privatwirtschaftliche Anwendung und eine Kooperationskultur innerhalb
1579 der Cluster stellen Vorteile dar. Allerdings erfordert die Entwicklung und Vermarktung
1580 neuer, wissensintensiver Erkenntnisse eine flexible Struktur, die wesentlich mehr sein
1581 muss als reine Immobilien- und Dienstleistungszentren. Im Fokus muss deshalb ste-
1582 hen, insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen sowie Ausgründungen zeitlich
1583 befristet eine Infrastruktur und Netzwerke zu bieten.

1584 Insgesamt wollen wir Partnerschaften zwischen Hochschulen, außeruniversitären For-
1585 schungseinrichtungen und Unternehmen stärken und Ausgründungen (spin-offs) aus
1586 Hochschulen fördern. Das FDP-geführte Wirtschaftsministerium hat dabei die House-

1587 of-Reihe entwickelt. Dort wird die Arbeit von Universitäten und Hochschulen mit der
1588 Wirtschaft verknüpft und praktisch weiterentwickelt. Mit dem „House of Logistics and
1589 Mobility“ (Frankfurt), dem „House of IT“ (Darmstadt) und dem „House of Finance“
1590 (Frankfurt) haben wir bereits drei Projekte konsequent angestoßen und umgesetzt. Das
1591 „House of Pharma“ soll diese Reihe noch weiter ergänzen. Weiterhin wollen wir ent-
1592 sprechende Punkte in die Zielvereinbarung der hessischen Hochschulen aufnehmen.
1593 Dabei sollen die Hochschulen an dem wirtschaftlichen Erfolg technologischer Koopera-
1594 tionen beteiligt werden. Bürokratische Hemmnisse innerhalb der Hochschulen gilt es
1595 abzubauen.

1596 Die FDP setzt sich für eine fortlaufende wissenschaftlich-ökonomische Evaluierung
1597 durch den neu installierten Wirtschafts- und Zukunftsrat beim Hessischen Wirtschafts-
1598 minister ein. Die im Rat versammelte ökonomische und wissenschaftliche Exzellenz
1599 qualifiziert ihn darüber hinaus in besonderer Weise zur Identifizierung zukünftiger
1600 Wachstumstechnologien.

1601 Der Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Hessen wird zukunftssträchtige Technolo-
1602 gien voranbringen. Bislang schon haben sich IT und Kommunikation als Technologien
1603 mit weiterem Wachstumspotenzial in Hessen etabliert. Biotech, Pharmazie und Medi-
1604 zintechnik sind als vielversprechende Zukunftstechnologien identifiziert, teils bereits
1605 etabliert und in weiterem Wachstum begriffen.

1606 **Spitzenforschung stärken**

1607 Innovationskraft ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Zukunft Hessens. Sie setzt
1608 Spitzenforschung auf möglichst vielen Wissenschaftsgebieten in den Hochschulen, den
1609 Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft voraus. Für die Qualität der Forschung ist
1610 es von besonderer Bedeutung, dass die Politik verlässliche Rahmenbedingungen
1611 schafft, leistungsstarke Forscher motiviert und die Freiheit der Forschung nicht durch
1612 bürokratische Vorgaben einengt. Für die FDP stehen dabei Lehre und Forschung an
1613 den Hochschulen nicht in einem Konkurrenzverhältnis, sondern sind untrennbar mitei-
1614 nander verbunden. Im Zuge des Generationenwechsels sind ausgezeichnete und in-
1615 ternational anerkannte Forscher zu gewinnen, beziehungsweise ist durch Verhandlun-
1616 gen ihr Verbleib in Hessen zu sichern.

1617 **Wissens- und Technologietransfer stärken**

1618 Der Wissens- und Technologietransfer, an dem Hochschulen, Wirtschaft und das Land
1619 Hessen beteiligt sind, muss ständig evaluiert, verbessert und intensiviert werden, um
1620 die Forschungsergebnisse schneller in neue Verfahren und Produkte umzusetzen. Au-
1621 ßerdem gilt es, Existenzgründer aus den Hochschulen zu ermutigen und gezielt zu
1622 fördern.

1623 Ferner setzt sich die FDP Hessen für die stärkere Förderung von Publikationsmodellen
1624 nach dem Open Access-Prinzip an hessischen Hochschulen ein.

1625 Den Fachhochschulen kommt in ihrem regionalen Umfeld eine besondere Bedeutung
1626 im Wissens- und Technologietransfer zwischen Hochschulen und Wirtschaft zu, insbe-

1627 sondere zu kleinen und mittleren Unternehmen. Zur besseren Ausschöpfung dieses
1628 Potenzials sollen die sachlichen und personellen Voraussetzungen für die Beteiligung
1629 der Fachhochschulen an Projekten in der angewandten Forschung und Entwicklung
1630 verbessert werden.

1631 Patente und Lizenzen sind als Ergebnisse eines Forschungsprozesses die Bindeglieder
1632 zwischen Forschung, Entwicklung und wirtschaftlicher Nutzung. Damit die Hoch-
1633 schulen eine bessere Chance zur Vermarktung ihrer Erfindungen und Forschungser-
1634 gebnisse erhalten, sollen die Forschungsergebnisse strukturierter als bisher, etwa von
1635 spezialisierten Servicestellen oder über so genannte „Black-Box-Verfahren“, systema-
1636 tisch gesichtet und bei Erfolgsaussichten wirtschaftlich verwertet werden. Die Einnah-
1637 men hieraus kommen nur den Hochschulen, den beteiligten Instituten und den Urhe-
1638 bern zugute.

1639 **Innovation gezielt fördern**

1640 Hessen kann und muss mit Verlässlichkeit, Kontinuität und Nachdruck dafür eintreten,
1641 dass Innovatoren durch geeignete Rahmenbedingungen und zielgerichtete, passge-
1642 naue Förderung begünstigt werden. Nur wenn sich Erfindergeist und Unternehmertum
1643 in der Wirtschaft wieder stärker entfalten können, gibt es auch wieder mehr und schnel-
1644 lere Innovationen. Die FDP wird daher allen Akteuren in Wirtschaft und Wissenschaft
1645 einen möglichst großen Spielraum und Eigenverantwortung einräumen. Erforderlich
1646 sind zudem eine enge Vernetzung und ein effektiver Wissens- und Technologietransfer
1647 zwischen diesen Bereichen sowie zusätzliche zielgerichtete Investitionen in Forschung
1648 und Entwicklung.

1649 Innovative Unternehmen benötigen Kapital, das der Markt bereitstellt. Staatliche För-
1650 derinstrumente können in Einzelfällen geboten sein, um gezielt den Aufbau bestimmter
1651 innovativer Technologien zu fördern. Am Ende entscheidet aber der Markt über den
1652 Erfolg einer Innovation. Deshalb müssen alle staatlichen Förderinstrumente zeitlich
1653 befristet sein. Insbesondere für Ausgründungen aus Universitäten sind dabei Infra-
1654 struktur und möglichst auch eine kleinteilige Förderung über Risikokapital zur Verfü-
1655 gung zu stellen.

1656 Weitere wichtige Vorhaben sind hier ein Seed-Fonds für die Frühphasenfinanzierung
1657 von Hightech-Start-Up-Unternehmen, ein Fonds für Nachrangdarlehen für Innovations-
1658 finanzierungen in KMU oder Beteiligungen zur Stärkung der Eigenkapitalfinanzierung
1659 innovativer Unternehmen.

1660 Zur Realisierung einer neuen effektiveren Innovationspolitik wollen wir die Zuständig-
1661 keiten entlang des Wertschöpfungsprozesses von Innovationen weiterentwickeln, noch
1662 besser aufeinander abstimmen und soweit wie möglich auch organisatorisch zusam-
1663 menfassen. Dies betrifft die Bereiche Ausbildung, Forschung, Entwicklung, Technolo-
1664 gietransfer, Patentmanagement, Produktrealisierung und wirtschaftliche Nutzung. Hier-
1665 bei ist auf die enge Verzahnung relevanter Strukturen in der Landesregierung zu ach-
1666 ten, um strukturelle Bruchstellen, die den Wertschöpfungsprozess verlangsamen oder
1667 gar stoppen, zu vermeiden. Dies erfordert schlagkräftige Strukturen und abgestimmte
1668 Prinzipien, Strategien und Handlungsfelder in allen betroffenen Ressorts.

1669 Zielgerichtete Förderung und Ausbau von Exzellenz entlang der gesamten Wertschöpfungs-
1670 fungs-kette bedeutet, die beschränkten Ressourcen auf starke Schlüsselbereiche in
1671 Hessen zielgerichtet zu fokussieren. Wichtig dabei ist eine regionale Schwerpunktset-
1672 zung entsprechend den Wachstumschancen und den vorhandenen Stärken. Diese
1673 Stärken gilt es, in Wirtschaft und Wissenschaft zu identifizieren und gezielt zu fördern.
1674 Dabei sind Synergien mit bekannten internationalen Stärken des Standortes, wie Fi-
1675 nanzplatz Frankfurt, Verkehrsdrehscheibe Hessen oder modernes Dienstleistungszent-
1676 rum, zu nutzen.

1677 Zu einer ausgewogenen Forschungspolitik gehört auch der Einsatz neuer Medien.
1678 Durch elektronische Forschungsnetzwerke können Universitäten, Forschungsinstitute
1679 und Wirtschaftsunternehmen den Technologietransfer verbessern, Existenzgründun-
1680 gen aus Universitäten und Forschungsinstituten werden erleichtert. Forschungsnetz-
1681 werke können zudem kleine und mittlere Unternehmen bei speziellen Fragestellungen
1682 unterstützen und übergreifende Forschungsaktivitäten zusammen mit Hochschulen
1683 und Instituten anregen.

1684 **Zukunftstechnologien**

1685 Nanotechnologie als Innovationstreiber und Technologie mit hohem Zukunftspotenzial
1686 gewinnt zunehmend an Bedeutung. Das Volumen des weltweiten Nanotechnologie-
1687 marktes wird bereits für 2015 auf €800 Mrd. hochgerechnet. 150 kleine und mittlere
1688 Unternehmen (KMU) in Hessen sind zusammen mit rund 80 Forschungsgruppen an
1689 hessischen Universitäten bereits heute technologische Spitze der Branche. Die FDP
1690 will Hessen auf dem Weg zu einem High-Tech-Standort für Zukunftstechnologien wei-
1691 ter voranbringen.

1692 Sowohl in der Nanotechnologie als auch in den Informations- und Kommunikations-
1693 technologien, die als Basisinnovationen ganze Konjunkturzyklen in der gesamten übr-
1694 igen Wirtschaft anstoßen können, ist Hessen im internationalen Bereich Spitze. Diese
1695 Spitzenposition gilt es, nachhaltig zu fördern und in Wissenschaft und Wirtschaft offen-
1696 siv auszubauen.

1697 Entscheidende Technologie- und Wachstumspotenziale für Hessen liegen auch im
1698 Bereich der Life Sciences. Im Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung
1699 werden die in Hessen vorhandenen Stärken in den Bereichen Chemie, Biotechnologie,
1700 Pharma und Medizintechnik entscheidende Innovationsschübe zur möglichst langen
1701 Sicherung von Gesundheit und Wohlbefinden sowie der frühen Erkennung und erfolg-
1702 reichen Heilung von Krankheiten liefern. Aufgrund seiner verkehrsgünstigen Lage, sei-
1703 ner einzigartigen Natur und innovativen Gesundheitsstruktur soll Hessen darüber hin-
1704 aus von „der Apotheke der Welt“ zum Hightech-„Gesundheitszentrum der Welt“ entwi-
1705 ckelt werden.

1706 **Regionale Schwerpunkte setzen**

1707 Darüber hinaus setzen wir regionale Schwerpunkte. Wir identifizieren und vernetzen
1708 international wettbewerbsfähige Cluster. Diesen Weg wollen wir konsequent weiter
1709 gehen.

Seite 46

1710 Mittelhessen ist Schwerpunkt in den Bereichen Nanotechnik, Biotechnologie und Medi-
1711 zintechnik. Auch der Bereich der Telematik, der Informations- und Kommunikations-
1712 technologie, spielt hierbei eine Rolle, ebenso wie die in Mittelhessen hervorragend po-
1713 sitionierte optische Industrie.

1714 Nordhessen ist heute bereits stark auf dem Gebiet der regenerativen Energien, sei es
1715 bei der Biomasse oder bekannten Institutionen wie dem ISET. Sinnvoll ist eine engere
1716 Verknüpfung mit der Nanotechnologie am CINSaT in Kassel. Ein weiterer Schwerpunkt
1717 in Nordhessen ist der Bereich der Logistik.

1718 Südhessen ist eine der führenden deutschen Technologieregionen, wo in vielen Bran-
1719 chen erfolgreich geforscht, entwickelt, produziert und vermarktet wird. Als besonders
1720 wichtige und innovative Zukunftstechnologien sind hier die Biotech-, Pharma- und
1721 Chemieindustrie sowie die Telekommunikations- und Softwarebranche zu nennen, die
1722 die Region zu einem internationalen Zentrum für I&K, Life Sciences und innovative
1723 Materialtechnologien machen.

1724

1725 **V. Chancengerechtigkeit durch solide Finanzen**

1726 **1. „Liberale Finanzpolitik: verlässlich, nachhaltig und**
1727 **zielgenau“**

1728 Aktive Finanzpolitik setzt auf Wachstum in der Wirtschaft. Quantitatives und qualitati-
1729 ves Wirtschaftswachstum schaffen finanzielle Spielräume. Wachstum ist die Alternative
1730 zu höheren Steuern und Abgaben. Grundlagen der liberalen Finanzpolitik waren und
1731 sind Verlässlichkeit, Nachhaltigkeit und Zielgenauigkeit.

1732 Verlässlichkeit bedeutet, dass die Ausgaben des Landes sich auch in Zukunft an den
1733 Einnahmen orientieren sollen und nicht umgekehrt. Reichen die ordentlichen Einnah-
1734 men nicht zur Deckung der geplanten Ausgaben aus, dann müssen die Ausgaben sin-
1735 ken. Prioritäten müssen gesetzt und konsequent verfolgt werden.

1736 Nachhaltigkeit bedeutet, dass Hessen auch in ökonomischer Hinsicht generationenge-
1737 recht handeln muss. Überplanmäßige Einnahmen müssen konsequent zur Tilgung von
1738 Altschulden eingesetzt werden. Es bedarf wirksamer Regeln und Mechanismen zur
1739 Verhinderung von Neuverschuldung und zum Abbau bestehender Schulden bei Land
1740 und Kommunen. Die Stellung staatlicher Aufsichtsorgane muss gestärkt werden. Ihr
1741 Eingreifen muss unabdingbar sein, wenn Verstöße gegen haushaltsrechtliche Rege-
1742 lungen auf Landes- und kommunaler Ebene festgestellt werden.

1743 Zielgenauigkeit bedeutet, dass der Einsatz und die Verwendung staatlicher Mittel zwin-
1744 gend eine engmaschige Einsatz- und Erfolgskontrolle bedingen. Bei Investitionen sind
1745 die Zielsetzung und die Notwendigkeit der Investition zu dokumentieren. Die Wirt-
1746 schaftlichkeit der Maßnahme ist unter Einbeziehung der Folgekostenbetrachtung und
1747 deren Finanzierbarkeit nachzuweisen.

1748 Die FDP hat den Gedanken einer Schuldenbremse mit Verfassungsrang in ihrem letz-
1749 ten Wahlprogramm aufgenommen, auf die politische Agenda gesetzt und eine Volks-
1750 abstimmung herbeigeführt. Dankenswerterweise haben die Hessen die Schuldenbrem-
1751 se mit überzeugender Mehrheit in die Verfassung aufgenommen. Damit hat das Schul-
1752 denverbot ab 2020 endlich Verfassungsrang und der Weg zu Haushalten ohne Net-
1753 toneverschuldung spätestens ab 2020 ist beschritten.

1754 Zinszahlungen für die in der Vergangenheit aufgehäuften Schulden belasten den Lan-
1755 deshaushalt und sind wesentliche Ursache für das strukturelle Defizit. Die Landesfi-
1756 nanzen waren und sind noch erheblich belastet. Die notwendige Konsequenz aus der
1757 finanzpolitischen Fehlentwicklung der vergangenen Jahrzehnte ist eine stringente und
1758 solide Haushaltspolitik, die auf Einmaleffekte verzichtet, keine Schattenhaushalte zu-
1759 lässt und den disponiblen Teil des Landeshaushalts drastisch vergrößert.

1760 Die FDP lehnt die Einführung einer Vermögenssteuer, die Erhöhung des Spitzensteu-
1761 ersatzes der Einkommenssteuer, die Einführung eines Wassercents, die Einführung
1762 einer Abgabe auf Kies und Sand und alle weiteren von anderen Parteien geplanten
1763 Steuer- und Abgabeerhöhungen ab. Dies belastet vor allem Bürger, Personen- und

1764 Familienunternehmen, verhindert private Investitionen und damit die Schaffung von
1765 Arbeitsplätzen. Die FDP setzt sich auch im Bereich der Finanzpolitik für die Fortführung
1766 einer wachstumsfreundlichen Politik ein. Nur so wird der Wohlstand in Deutschland
1767 und Hessen erhalten und weiter befördert. Der Staat hat sich zurückzuhalten und auf
1768 seine Kernaufgaben zu beschränken.

1769 Zu den vom Land zu finanzierenden Kernaufgaben zählen insbesondere

- 1770 • die Förderung von Bildung und Wissenschaft,
- 1771 • die Gewährleistung von innerer Sicherheit und die Durchsetzung des Rechts,
- 1772 • die Schaffung guter Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Technologie und
- 1773 • der Ausbau und die Instandhaltung der Infrastruktur.

1774 **2. "Unser Wort gilt! - Versprochen und gehalten -"**

1775 Die FDP hat mit ihrer liberalen Regierungsarbeit für eine verlässliche Haushalts- und
1776 Finanzpolitik gesorgt, die zugleich Grundlage für die wirtschaftliche Prosperität unseres
1777 Landes ist.

- 1778 • Schuldenbremse eingeführt – Konsolidierung auf den Weg gebracht

1779 Wir haben einen Volksentscheid zur Einführung der Schuldenbremse auf den Weg
1780 gebracht, der mit 70 Prozent Zustimmung durch die hessischen Bürgerinnen und Bür-
1781 ger erfolgreich abgeschlossen wurde. Damit konnte die Schuldenbremse in der hessi-
1782 schen Verfassung verankert und der Weg für eine Zukunft ohne neue Schulden geeb-
1783 net werden. Wir haben die Nettokreditaufnahme in den letzten Jahren bereits deutlich
1784 zurückgeführt.

- 1785 • Sonderinvestitionsprogramm zum richtigen Zeitpunkt

1786 Hessen hat mit seinem Sonderinvestitionsprogramm in Höhe von 1,7 Mrd. Euro mehr
1787 als jedes andere Bundesland dazu beigetragen, mit konjunkturellen Gegenmaßnah-
1788 men die Krise zu bewältigen. Mit Erfolg, denn Hessen kam besser durch die Krise als
1789 Deutschland insgesamt und konnte 2012 einen Höchststand bei der Erwerbstätigen-
1790 zahl erreichen.

- 1791 • Strukturreformen durchgeführt – Kosten reduziert

1792 Die FDP-geführten Ministerien zeigen beispielhaft den Weg auf, wie man insbesondere
1793 bei den Personalausgaben Einsparungen vornehmen kann: Im Justizbereich wurden
1794 Gerichtsstandorte neu strukturiert, bei „Hessen Mobil“ konnte die Beschäftigtenzahl
1795 durch die Strukturreform um zehn Prozent reduziert werden, und durch das neu ge-
1796 schaffene Landesschulamts können zukünftig über 100 Stellen in der Schulverwaltung
1797 wegfallen.

- 1798 • Klage gegen den Länderfinanzausgleich auf den Weg gebracht

1799 Wir haben eine Klage gegen den Länderfinanzausgleich auf den Weg gebracht, weil
1800 die geltenden Regelungen des bundesstaatlichen Finanzausgleichs verfassungswidrig

1801 sind und Hessen jedes Jahr zu viel Geld kosten. Der Länderfinanzausgleich ist unge-
1802 recht, intransparent und von ineffizienten Fehlanreizen geprägt. Da die Nehmerländer
1803 nicht bereit waren, zu verhandeln, war die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht
1804 geboten und die einzig richtige Entscheidung, um die Interessen der hessischen Bür-
1805 gerinnen und Bürger zu vertreten. Dabei haben wir viel Vorarbeit geleistet und aufge-
1806 zeigt, in welchen Bereichen die bestehenden Regelungen gegen die Verfassung ver-
1807 stoßen. Darüber hinaus haben wir ein Modell präsentiert, wie ein reformierter Finanz-
1808 ausgleich aussehen kann.

1809 • Kommunale Einnahmen gestiegen

1810 Noch nie haben Kommunen so viel Geld vom Land bekommen wie heute. Die Kom-
1811 munen profitieren dabei von unserem wachstumsfreundlichen Kurs. Einerseits steigen
1812 die kommunalen Steuereinnahmen kräftig an, andererseits profitieren die Kommunen
1813 über den Kommunalen Finanzausgleich von den Rekordsteuereinnahmen des Landes.
1814 Auch in diesem Jahr weist der KFA ein neues Rekordvolumen mit voraussichtlich 3,8
1815 Mrd. Euro aus. Dies entspricht einem Plus von mehr als 16 Prozent gegenüber 2009.

1816 • Kommunaler Schutzschirm aufgespannt

1817 Wir haben für die finanzschwächsten Kommunen einen Kommunalen Schutzschirm
1818 aufgespannt. Mit 2,8 Mrd. Euro zur Schuldentilgung und weiteren 400 Mio. Euro für die
1819 Zinsen helfen wir den ärmsten Kommunen. Der Schutzschirm ist Hilfe zur Selbsthilfe.
1820 Die Kommunen müssen schnellstmöglich und anschließend dauerhaft ihre Haushalte
1821 ausgleichen. Im Gegenzug übernimmt das Land einen beachtlichen Teil ihrer Schulden
1822 und garantiert den Kommunen ein niedriges Zinsniveau. Die Teilnahme am Schutz-
1823 schirm ist freiwillig und den Weg zur Haushaltskonsolidierung können die Kommunen
1824 dabei individuell selbstbestimmt wählen. Dieses Angebot ist in dieser Form in Deutsch-
1825 land einmalig und unterscheidet sich deutlich von Maßnahmen anderer Bundesländer.
1826 Dass 100 der 106 in Frage kommenden Kommunen am Schutzschirm teilnehmen,
1827 zeigt den Erfolg des Programms.

1828 • Reform des Kommunalen Finanzausgleichs begonnen

1829 Eine parteiübergreifende Facharbeitsgruppe hat sich in dieser Legislaturperiode mit der
1830 Reform des Kommunalen Finanzausgleichs auseinandergesetzt. Auf den Ergebnissen
1831 aufbauend, wurde ein erstes Maßnahmenpaket von der Landesregierung auf den Weg
1832 gebracht, um einen sanften Einstieg in eine grundlegende Strukturreform des Kommu-
1833 nalen Finanzausgleichs zu ermöglichen. Mit dem Paket wird der demografische Wan-
1834 del im Kommunalen Finanzausgleich berücksichtigt und der ländliche Raum gestärkt.

1835

1836 **3. Weiter gestalten: „Solide und verantwortungs-**
1837 **volle Finanzpolitik für Hessen“**

1838 **Finanzen des Landes sanieren**

1839 Mit der Schuldenbremse haben wir einen wichtigen Einstieg in einen ausgeglichenen
1840 Haushalt spätestens ab dem Jahr 2020 geschafft. Wir werden aber nicht erst im Jahr
1841 2020 mit der Haushaltskonsolidierung beginnen. Die FDP wird alles daran setzen, dass
1842 bereits der Landeshaushalt 2018 ohne Nettoneuverschuldung auskommt. Dafür stre-
1843 ben wir eine kontinuierliche jährliche Verringerung des Haushaltsdefizits an. Diesen
1844 wichtigen, aber sehr schwierigen Schritt sind wir den nachfolgenden Generationen
1845 schuldig.

1846 Auch die Altschulden des Landes müssen nach Umsetzung der Schuldenbremse wir-
1847 kungsvoll abgebaut werden. Dazu will die FDP eine Sparregel zur Aufstellung des
1848 Landeshaushalts in einem Haushaltsaufstellungsgesetz verbindlich festschreiben. Da-
1849 rin soll festgelegt werden, dass die Ist-Einnahmen des vorvergangenen Kalenderjahres
1850 als Obergrenze für die zulässigen Ausgaben im aktuellen Haushaltsjahr herangezogen
1851 werden.

1852 Wir wollen die Finanzen sanieren, indem wir weiter auf wirtschaftliches Wachstum,
1853 Arbeitsplätze und Stabilität setzen. Das lässt die Steuereinnahmen steigen, ohne dass
1854 Steuern erhöht werden müssen. Die Erhöhung oder Einführung neuer Steuern lehnen
1855 wir ab, da sie negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung haben werden
1856 und in der Folge die Steuereinnahmen sinken und Arbeitsplätze gefährden werden.

1857 Für die FDP bleibt es Daueraufgabe, die Landesverwaltung ständig auf Effektivität und
1858 Effizienz auszurichten. Dazu gehört auch, die Neue Verwaltungssteuerung (NVS) und
1859 das doppische Rechnungswesen selbst so zu gestalten, dass es diesen Anforderun-
1860 gen gerecht wird. Die FDP will deshalb eine Evaluation der derzeitigen Umsetzung von
1861 NVS und Doppik auf Effektivität und Effizienz.

1862 *Pensionsrücklage steigern*

1863 Zu soliden Landesfinanzen gehört auch eine ehrliche Bewertung der zukünftigen Pen-
1864 sionsverpflichtungen des Landes. Die auf Ende 2012 abgezinsten Pensionsverpflich-
1865 tungen liegen bei mehr als 40 Mrd. € und werden zukünftige Landeshaushalte erheb-
1866 lich belasten. Hier tickt eine finanzpolitische Zeitbombe.

1867 Die FDP wird am eingeschlagenen Weg einer zusätzlichen freiwilligen Versorgungs-
1868 rücklage für die Landesbediensteten festhalten. Diese Versorgungsrücklage ist plan-
1869 mäßig aufzustocken, etwa um einen Teil der Erlöse, die aus der Veräußerung von
1870 Landesvermögen erzielt werden.

1871

1872 **Kommunale Selbstverantwortung stärken**

1873 Die FDP bekennt sich ausdrücklich zum Ausbau und zur Unterstützung der kommunalen
1874 Selbstverwaltung. Subsidiarität und Konnexität müssen auf kommunaler Ebene
1875 greifen. Die Erkenntnisse zur Auslegung von Konnexität aus dem Urteil des Staatsge-
1876 richtshofes vom 6. Juni 2012 zur Mindestverordnung sind zugrunde zu legen.

1877 Die FDP will den Kommunalen Finanzausgleich neu strukturieren. Das derzeitige Sys-
1878 tem wird den Zielen einer optimalen Förderung der einzelnen Regionen und der Schaf-
1879 fung gleichwertiger Lebensverhältnisse nicht mehr voll gerecht. Mit dem ersten Maß-
1880 nahmenpaket hat die FDP den demografischen Wandel berücksichtigt, die bisher be-
1881 nachteiligten ländlichen Mittelzentren werden gestärkt und die ländlichen Kommunen
1882 erhalten zusätzliche Investitionsförderungen, um die Infrastruktur vor Ort aufrecht zu
1883 erhalten. Weitere Maßnahmenpakete sind dringend erforderlich, um den Kommunalen
1884 Finanzausgleich noch gerechter auszugestalten.

1885 Nach dem Urteil des Staatsgerichtshofs zum Kommunalen Finanzausgleich vom 21.
1886 Mai 2013 soll die Bemessung der Finanzausstattung der Kommunen aus Mitteln des
1887 kommunalen Finanzausgleichs zukünftig auf der Grundlage einer Finanzbedarfsanaly-
1888 se erfolgen. Die FDP will ein gerechtes, transparentes und rationales System zur Fi-
1889 nanzbedarfsanalyse etablieren. Ziel muss dabei sein, dass wirtschaftlich arbeitende
1890 Kommunen die ihnen obliegenden Pflicht- und Weisungsaufgaben erfüllen können.
1891 Zusätzlich muss ein angemessener Betrag für freiwillige Aufgaben zur Verfügung ste-
1892 hen.

1893 Neben der Reform der vertikalen Finanzbeziehungen zwischen dem Land und seinen
1894 Kommunen, muss auch die horizontale Verteilung der Finanzausgleichsmasse weiter
1895 reformiert werden. Ein neu gestalteter Kommunalen Finanzausgleich muss Fehlanreize
1896 ausschließen, den Wettbewerb fördern, Leistungsanreize bieten und regionale Beson-
1897 derheiten berücksichtigen.

1898 Die FDP will eine grundlegende Neuordnung der Kommunal- und Finanzaufsicht, weg
1899 von den Landkreisen hin zu den Regierungspräsidien und/oder den Ministerien.

1900 Um die zunehmende Verschuldung von Kommunen zu bekämpfen, die auch auf län-
1901 gerfristiges Fehlverhalten in der kommunalen Haushaltswirtschaft zurückzuführen ist,
1902 will die FDP die Einführung einer Schuldenbremse für Kommunen, die über die beste-
1903 henden Regelungen des Gemeindehaushaltsrechts hinausgeht.

1904 **Hessische Förderpolitik**

1905 Subventionen und Fördermaßnahmen kommen für die FDP nur in Betracht, wenn sie
1906 dazu beitragen, neue landespolitisch wichtige Entwicklungen zu ermöglichen, die ohne
1907 Unterstützung nicht, nicht so oder nicht so schnell erreicht werden könnten. Sie können
1908 im Einzelfall auch erfolgen, um wirtschaftliche Anpassungsprozesse zu erleichtern bzw.
1909 zu beschleunigen. Subventionen und Fördermaßnahmen können aber zur politischen
1910 Bürde werden, wenn sie Mittel blockieren. Dies gilt umso mehr, wenn sie mit Krediten
1911 finanziert werden müssen.

Seite 52

1912 Im Subventionsbericht der Landesregierung sind neben klassischen Subventionen
1913 auch die verschiedenen Fördertatbestände – etwa für Kunst und Kultur – erfasst. Das
1914 bisherige Gesamtfördervolumen überfordert die finanziellen Möglichkeiten des Landes.

1915 Natürlich sollen auch künftig finanzielle Hilfen des Landes für Kunst und Kultur, im So-
1916 zialbereich, für den Nahverkehr und zur Unterstützung von Existenzgründern möglich
1917 sein. Die FDP will deshalb alle Fördertatbestände des Landes Hessen auf den Prüf-
1918 stand stellen und im Hinblick auf ihre Effizienz und Effektivität evaluieren, so weit wie
1919 möglich befristen und im Gesamtvolumen verringern.

1920 Dies bedeutet: alle Förderprogramme – unabhängig davon, ob sie allein vom Land
1921 oder in Kofinanzierung mit dem Bund oder der EU bestritten werden – werden in Bezug
1922 auf ihre Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit untersucht. Programme, deren Erfolge nicht
1923 ausreichend nachweisbar sind oder auf unwirtschaftliche Weise erzielt werden, sind zu
1924 beenden.

1925 Die verbleibenden Fördertatbestände werden degressiv gestaltet und ihre Vergabe
1926 befristet. Alle vorher nicht ausdrücklich ausgenommenen freiwilligen Leistungen wer-
1927 den in jährlichen Raten gekürzt.

1928 **Beteiligungen veräußern und mit dem Erlös Hessens Zukunft** 1929 **sichern**

1930 Der Beteiligungsbericht des Landes Hessen weist eine Vielzahl von Unternehmen aus,
1931 an denen das Land beteiligt ist. Einige davon sind aus landespolitischen Erfordernis-
1932 sen, z.B. auf Grund von Staatsverträgen, ausgesprochen sinnvoll oder unausweichlich.
1933 Andere waren es früher, wieder andere sind es nie gewesen.

1934 Die FDP wird dafür sorgen, dass Hessen seine Beteiligungsstrategie weiterentwickelt.
1935 Jede bestehende Landesbeteiligung wird darauf untersucht, ob sie im Landesinteresse
1936 liegt. Wir sprechen uns nicht nur grundsätzlich gegen neue Beteiligungen aus, sondern
1937 gehen weiter und fordern eine Privatisierungsstrategie für Landesbeteiligungen.

1938 Beteiligungen, die – ganz oder im bisherigen Umfang – im Landesinteresse nicht erfor-
1939 derlich sind, werden planmäßig und nach Maßgabe der Marktmöglichkeiten veräußert.
1940 Landesbetriebe oder Teilbereiche werden ebenfalls privatisiert, soweit ein Verbleib als
1941 Landesbetrieb nicht aus hoheitlichen oder sonstigen wichtigen Gründen zwingend ge-
1942 boten erscheint.

1943 Dabei geht es um „echte“ Privatisierungen – also einschließlich der Anteilsübernahme
1944 durch Dritte – und nicht um Organisationsprivatisierungen.

1945 Der Erlös aus dem Beteiligungsverkauf wird gedrittelt: ein Drittel dient der Schulden-
1946 rückführung, ein Drittel der zusätzlichen Stärkung der Pensionsrücklage, ein Drittel ist
1947 für die Zukunftsoffensive Hessen.

1948

1949 **Bessere Motivation mit weniger Personal erreichen**

1950 Die Personalausgaben des Landes betragen im Jahr 2013 ca. 8,5 Mrd. €. Das sind
1951 mehr als 40 Prozent der Gesamtausgaben des Landes. Wer die öffentlichen Ausgaben
1952 den öffentlichen Einnahmen anpassen will, kommt nicht umhin, den Personalstand des
1953 Landes zu verringern. Die Verschlinkung der Verwaltung ist Permanentaufgabe. Des-
1954 halb setzt sich die FDP weiterhin für einen maßvollen, kontinuierlichen und sozialver-
1955 träglichen Personalabbau zur Verringerung des strukturellen Haushaltsdefizits ein.

1956 Diese grundsätzlich erforderliche Verringerung des Landespersonals ist im Interesse
1957 des finanziellen Gleichgewichts des Landes. Sie führt aber bei unverändertem Aufga-
1958 benzuschnitt zu Frust, Fehlern und schließlich Leistungsverlust.

1959 Deshalb will die FDP, dass auf der Grundlage der Ergebnisse einer umfangreichen
1960 Aufgabenkritik der künftige personelle und sachliche Zuschnitt von Ministerien und Be-
1961 hörden festgelegt wird.

1962 Dabei sind

- 1963 • alle Aufgaben daraufhin zu überprüfen, ob sie überhaupt zum Bereich staatlicher
1964 Pflichten gehören, und, wenn ja, ob ihre Umsetzung an Dritte vergeben werden
1965 kann;
- 1966 • Stellen in nicht-hoheitlichen Bereichen künftig nur in Ausnahmefällen mit Beamten,
1967 statt mit Angestellten zu besetzen;
- 1968 • die durch die Kündigung der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) und die neuen
1969 Befugnisse des Beamtenrechts im Rahmen der Föderalismusreform I bestehenden
1970 Spielräume zu nutzen;
- 1971 • die Auswirkungen des demografischen Wandels, also die sogenannte demografi-
1972 sche Dividende, zu nutzen.

1973 **Länderfinanzausgleich schröpft Hessen**

1974 Hessen hat lange den Länderfinanzausgleich mit insgesamt 38,5 Mrd. € finanziert und
1975 damit im Schnitt pro Kopf den höchsten Beitrag aller Bundesländer erbracht. Zuletzt in
1976 2011 1,8 Mrd. € und in 2012 1,3 Mrd. €. Auch die FDP sieht in einem solidarischen
1977 Finanzausgleichssystem eine wichtige Voraussetzung für die Schaffung gleichwertiger
1978 Lebensverhältnisse in Deutschland. Starke Länder müssen den schwachen Ländern
1979 helfen, dürfen dabei aber nicht selbst in Nachteil geraten.

1980 Das Zusammenwirken von Bund und Ländern in der Finanzpolitik bedarf einer kom-
1981 pletten Neuausrichtung. Das gegenwärtige System des Länderfinanzausgleichs ist
1982 leistungsfeindlich und konserviert ineffiziente Strukturen in den Bundesländern. Es ist
1983 ungerecht, intransparent und von ineffizienten Fehlanreizen geprägt. Viele Sonderre-
1984 geln stellen das Ergebnis politischer Kompromisse und Verschiebebahnhöfe dar. Das
1985 System bietet den Empfängerländern keine Leistungsanreize, sondern belohnt leis-
1986 tungsschwache Länder. Wirtschaftlicher Erfolg in den Empfängerländern kann zur pa-
1987 radoxen Situation führen, so dass ein Bundesland im Saldo, trotz größerer Anstren-

Seite 54

1988 gungen, nur geringere Mittel zur Verfügung hat. Dadurch wird verhindert, dass Rah-
1989 menbedingungen für Wachstum und Beschäftigung verbessert werden.

1990 Diese systemischen Mängel bedürfen noch vor Ablauf der Gültigkeit des jetzigen Ge-
1991 setzes und noch vor der dann anstehenden Neuregelung des Länderfinanzausgleichs
1992 im Jahr 2019 zwingend einer Klärung. Die FDP begrüßt daher die gemeinsame Ver-
1993 fassungsklage von Hessen und Bayern gegen die gegenwärtige Form des Länderfi-
1994 nanzausgleichs als im wohlverstandenen Interesse des Landes liegend.

1995 Das von der FDP in Auftrag gegebene Gutachten des Staatsrechtlers Prof. Dr. Hanno
1996 Kube und des Wirtschaftsweisen Prof. Dr. Lars Feld identifiziert die systemischen
1997 Schwächen und schlägt ein Modell vor, das zu deutlich mehr Finanzautonomie der
1998 einzelnen Länder und damit zu einem gerechteren, transparenteren und leistungs-
1999 freundlicheren System führt. Konkret heißt dies:

- 2000 • Bessere Anreize zur Steigerung der eigenen Wirtschaftskraft.
- 2001 • Stärkung des Wettbewerbs zwischen den Bundesländern.
- 2002 • Abkehr von der ineffizienten Nivellierung der Finanzkraft durch mehr Steuerauto-
2003 nomie. Dies kann durch echte Ländersteuern mit nennenswertem Steuerertrag ge-
2004 schehen oder durch ein Hebesatzrecht bei den Einkommens- und Körperschaft-
2005 steuersätzen.
- 2006 • Eine Reform der Verteilung der Gemeinschaftssteuern. Die derzeitige Zerlegung
2007 der Lohnsteuer nach dem Wohnsitzprinzip gibt einen Anreiz zur Einwohnermaxi-
2008 mierung für die Länder, nicht aber zur Maximierung ihrer Wirtschaftskraft. Daher
2009 schlagen wir vor, dass das Betriebsstätten-Prinzip mindestens zur Hälfte bei der
2010 Lohnsteuerzerlegung Anwendung findet.
- 2011 • Dem Länderfinanzausgleich im engeren Sinne ist noch der Umsatzsteuervorweg-
2012 ausgleich vorgeschaltet. Schon hier erhalten Bundesländer, deren Steuereinnah-
2013 men unter dem Bundesdurchschnitt liegen, Ergänzungshilfe aus dem Umsatzsteu-
2014 eraufkommen der Länder. Dies ist ein intransparentes System, das niemand ver-
2015 steht. Wir fordern daher eine Abschaffung des Umsatzsteuervorwegausgleichs.
- 2016 • Die Gewichtung der Einwohner – die sogenannte Einwohnerveredlung – folgt kei-
2017 ner inneren Logik. Die Argumente für eine Einwohnerveredlung hielten noch nie ei-
2018 ner empirischen Prüfung stand. Dennoch zählen die Einwohner der Stadtstaaten
2019 das 1,35 fache im Länderfinanzausgleich. Wir fordern die Abschaffung der Einwoh-
2020 nerveredlung.

2021 Des Weiteren tritt die FDP für eine Reform des Modells der Erbschaft- und Schen-
2022 kungsteuer ein. Dabei soll den Ländern mehr Steuerautonomie gewährt werden: über
2023 die erneute Besteuerung von bereits versteuertem Vermögen kann dann jedes einzel-
2024 ne Bundesland für sich autonom entscheiden, ob und in welcher Höhe diese Einkünfte
2025 erneut besteuert werden sollen.

2026 *Neugliederung des Bundesgebietes als Ultima Ratio*

2027 Die FDP setzt sich auch für eine Neugliederung des Bundesgebietes ein. Durch besse-
2028 re Strukturen können Verwaltungsabläufe effizienter gestaltet und erhebliche Kosten

2029 eingespart werden. Ein föderales System braucht nicht unbedingt 16 Bundesländer,
2030 vielmehr würde auch die Hälfte der Bundesländer ausreichen, um einen Wettbewerb
2031 verschiedener Systeme zu ermöglichen. Gleichzeitig könnte durch eine Neugliederung
2032 der Bundesländer auch erheblicher Druck aus dem Länderfinanzausgleich genommen
2033 werden. Die neue Struktur soll eine solide Haushalts-, Finanz- und Wirtschaftspolitik
2034 ermöglichen. Die Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen strukturschwachen
2035 und strukturstarken Regionen findet dann verstärkt über den Kommunalen Finanzaus-
2036 gleich innerhalb eines Bundeslandes statt.

2037 **Finanzplatz Frankfurt stärken**

2038 Am Finanzplatz Frankfurt arbeiten ca. 80.000 Beschäftigte bei über 300 angesiedelten
2039 Banken. Hinzu kommen noch einmal weit über 100.000 Beschäftigte, die für Versiche-
2040 rungen, Finanzdienstleister sowie Unternehmen im Umfeld der Finanzbranche tätig
2041 sind. Frankfurt ist mit der Bundesbank und der EZB das Zentrum europäischer Geld-
2042 und Währungspolitik. Der Finanzplatz steht dabei in einem intensiven Wettbewerb mit
2043 nur wenigen anderen Finanzplätzen dieser Welt. Für die hessische FDP haben Maß-
2044 nahmen zur Stabilisierung des Finanzplatzes Frankfurt und der damit verbundenen
2045 Arbeitsplätze und Dienstleistungen für die Bürger höchste Priorität. Auch wenn der
2046 Großteil der hierzu notwendigen Reformen in erster Linie Aufgabe der nationalen und
2047 europäischen Legislative ist, setzt sich die hessische FDP aufgrund der landespoliti-
2048 schen Verantwortung für den Finanzplatz Frankfurt ein.

2049 Die hessische FDP hat sich die Weiterentwicklung des Finanzplatzes Frankfurt zur
2050 Herstellung angemessener Risiko- und Wettbewerbsstrukturen als politisches Ziel ge-
2051 setzt.

2052 Initiativen dazu kommen in erster Linie von Bundes- und Europapolitik. Dennoch muss
2053 gerade die hessische FDP besonders darauf achten, dass:

- 2054 • zentrale Aufgaben des Finanzsystems weiterhin in ausreichender Form durch die
2055 Banken wahrgenommen werden können und nicht einem bürokratischen Regulie-
2056 rungseifer – gerade als Folge der Finanzkrise – zum Opfer fallen.
- 2057 • die Besonderheiten der Formen nationaler Wirtschaftsfinanzierung, wie das deut-
2058 sche Drei-Säulen-System, auch in globalen und europäisch ausgerichteten Geset-
2059 zesvorhaben ausreichende Berücksichtigung finden.
- 2060 • der Markt für Bankdienstleistungen als wirklicher Markt mit Wettbewerbsstrukturen
2061 ohne dauerhafte Belastung des Steuerzahlers wiederhergestellt wird.

2062 Um dies zu erreichen, muss in den Bereichen der Risikogewichtung und der Banken-
2063 aufsicht der erhebliche Korrektur- und Handlungsbedarf in die Tat umgesetzt werden.

2064 **Ausgestaltung des Finanzplatzes und Regulierung**

2065 *Risikogewichtung – Basel III/Solvency II*

2066 Basel III regelt u.a. die Eigenkapitalunterlegung für Kredite und Wertpapiere für Ban-
2067 ken; Solvency II regelt diese für den Versicherungssektor, wobei insbesondere die

Seite 56

2068 Ausgestaltung von Solvency II noch Änderungen unterliegt. Im Wesentlichen werden
2069 hier als Folge der Finanzkrise höhere Unterlegungspflichten von Kernkapital gefordert.
2070 Benachteiligungen des Mittelstandes durch überhöhte Kapitalgewichtungen in Basel III
2071 und Solvency II müssen korrigiert werden!

2072 Bewertungen von Staatsschulden mit einer Risikogewichtung von Null in beiden Ge-
2073 setzen, ungeachtet der tatsächlichen Risiken, müssen verhindert werden. Durch diese
2074 willkürlichen Bewertungen werden schlechtere staatliche Schuldner mit verbilligten
2075 Krediten versorgt, fehlt ein wichtiger Anreiz für besseres Schuldenmanagement und
2076 werden Investoren verleitet, in schlechtere Risiken zu investieren. Dies hat in der Ver-
2077 gangenheit maßgeblich zur europäischen Staatsschuldenkrise beigetragen. Eine Ver-
2078 besserung ist somit auch für die Entwicklung des hessischen Finanzplatzes eminent
2079 wichtig.

2080 Eine überhöhte Kapitalgewichtung für Aktien und andere Kapitalbeteiligungen ist zu
2081 vermeiden; gerade für die Bereitstellung von Kapital für den Industrie- und Dienstleis-
2082 tungssektor sind die Kapitalsammelstellen (z.B. Versicherungen) ein wichtiger Kapital-
2083 geber.

2084 Ein weiteres Mal wird gerade dort in Überperfektion zu regulieren versucht, wo die Kri-
2085 se nicht entstanden ist – bei der Finanzierung des realwirtschaftlichen Sektors.

2086 *Bankenaufsicht*

2087 Durch eine starke und vor allem kompetente Aufsicht muss verhindert werden, dass
2088 Basel III und Solvency II-Vorgängergesetze durch geschickte Nutzung von Konsolidie-
2089 rungsregeln und weiteren Umgehungstatbeständen genau dort unterlaufen werden, wo
2090 sie eigentlich ansetzen, nämlich tatsächlichen Risiken ein angemessenes Haftungska-
2091 pital gegenüberzustellen.

2092 Hierzu ist auch sicherzustellen, dass es die Personal- und Anreizstruktur der BaFin
2093 ermöglicht, wirkliche Finanzmarktexperten zu integrieren. Zur Herstellung von gleich-
2094 wertigen Bedingungen sollten diese nicht ausschließlich den privatwirtschaftlichen In-
2095 stitutionen überlassen werden.

2096 Eine leistungsfähige Bankenlandschaft ist essentiell für die hessische Wirtschaft. Ban-
2097 ken und ihre Dienstleistungen sind wichtig für die hessische Wirtschaft, den für Hessen
2098 zentralen Export sowie die Entwicklung von hessischen Unternehmen im globalisierten
2099 Umfeld. Global agierende Finanzinstitute sind ein wichtiger Bestandteil des Erfolgs
2100 hessischer Unternehmen auf den Weltmärkten. Diese Rolle der Finanzierung der Re-
2101 alwirtschaft gilt es zu unterstützen.

2102 Sinnvolle Ordnungspolitik muss „too big to fail“ strategisch verhindern. Dass einige
2103 Banken zu groß oder zu systemrelevant sind, um sie in Konkurs gehen zu lassen („too
2104 big to fail“), widerspricht fundamental marktwirtschaftlichen Prinzipien und führt zu ei-
2105 ner Haftung der Steuerzahler für unternehmerisches Fehlverhalten. Dies gilt es zu ver-
2106 hindern. Auch Banken müssen in Konkurs gehen, wenn sie im Wettbewerb nicht be-

Seite 57

2107 stehen. Deshalb sind weitere Maßnahmen notwendig, um einen möglichen „Dominoef-
2108 fekt“ zu verhindern.

2109 Die hessische FDP unterstützt daher neben den bereits umgesetzten oder diskutierten
2110 europäischen und nationalen Regelungen als wichtiges Element effektive Risikopuffer
2111 und Risikomanagementsysteme für alle Marktteilnehmer, einschließlich der Handels-
2112 systeme. Hinzu müssen transparente Abläufe und Risiken, klare Verantwortlichkeiten,
2113 Haftungsregeln und eine effektive Kontrolle kommen.

2114 Ein Trennbankensystem ist dabei als eine Möglichkeit im europäischen Umfeld ergeb-
2115 nisoffen zu prüfen. Dabei sollen insbesondere die Chancen auf Weiterentwicklung und
2116 Wettbewerbsfähigkeit der am Finanzplatz Frankfurt etablierten Unternehmen der Fi-
2117 nanzwirtschaft zentraler Punkt eines möglichen Prüfprozesses sein.

2118 *Leistungsgerechte Einkommenssysteme für Bankmanager schaffen*

2119 Die hessische FDP ist für leistungs- und ergebnisgerechte Einkommen von Führungs-
2120 kräften in der Wirtschaft. Für Leistungen und Ergebnisse müssen jedoch, je nach Ge-
2121 schäftsmodell, mehrere Jahre als Bezugsbasis herangezogen werden. Deshalb muss
2122 der Einfluss der Aktionäre und der Aufsicht auf die Vergütungspolitik gestärkt werden.
2123 Eine „Deckelung“ von Gehältern durch die Politik unterstützt die hessische FDP dage-
2124 gen nicht.

2125 *Bei Derivaten muss Transparenz und Sicherheit geschaffen werden – eine Auf- 2126 gabe für den Finanzplatz*

2127 Mit der europäischen Gesetzesinitiative EMIR werden Banken dazu veranlasst, deriva-
2128 tive Geschäfte über zentrale Clearingstellen abzuwickeln. Dies geschieht bereits heute
2129 für börsengehandelte Derivate, wird jedoch in Zukunft auf Derivate ausgeweitet, deren
2130 Existenz nur den beiden Banken bekannt ist, die diese Derivate miteinander gehandelt
2131 haben. Der Handel auf organisierten Märkten hat drei wesentliche Vorteile: Die Trans-
2132parenz über die Geschäftsart und deren Umfang wird für die Öffentlichkeit, die Regula-
2133toren und die Politik erhöht. Weiterhin kommt es zu einer höheren Liquidität auf den
2134 Märkten und zu einer transparenteren und neutralen Preisfindung.

2135 Daneben soll die Clearingstelle als Handelspartner für beide Seiten des Geschäfts auf-
2136 treten. Bei der Clearingstelle muss für tägliche Wertveränderungen des Kontraktes
2137 Geld auf einem Sicherheitenkonto eingezahlt werden.

2138 Was eher technisch klingt, ermöglicht es, dass der Konkurs einer Bank, die als Han-
2139 delspartner mit vielen anderen agiert, im Derivatemarkt nur noch sehr geringe Auswir-
2140 kungen haben wird.

2141 Es ist für den Finanzplatz Frankfurt äußerst wichtig, dass wenigstens einer der hiesi-
2142 gen Akteure die Rolle als Clearingstelle in diesem Markt übernehmen kann. Dies könn-
2143 te neben den Großbanken auch die Clearstream, eine Tochtergesellschaft der Deut-
2144 schen Börse, sein. Wir werden als hessische FDP darauf hinwirken, politische Hinder-
2145 nisse hierfür aus dem Weg zu räumen.

2146 *Finanztransaktionssteuer*

2147 Die Befürworter wollen mit einer Finanztransaktionssteuer vier, teilweise widersprüchliche
2148 Ziele erreichen. Die Transparenz der Finanzmärkte soll erhöht werden, die Stabili-
2149 tät des Finanzsystems gestärkt werden, und der Finanzsektor soll als Verursacher der
2150 Krise einen Beitrag zu den Kosten leisten. Zu guter Letzt will man hohe Steuereinnah-
2151 men erzielen. Wird die Finanztransaktionssteuer einseitig in wenigen Ländern Europas
2152 eingeführt, wird keines der geplanten Ziele erreicht. Das Gegenteil ist der Fall.

2153 Die Finanztransaktionssteuer wird die Transaktionskosten an den jeweiligen Finanz-
2154 plätzen erhöhen. Damit sehen sich kleinere und mittlere Betriebe höheren Kapitalbe-
2155 schaffungskosten gegenüber. Hinzu kommt, dass der erwünschte finanzielle Beitrag
2156 nicht von den Verursachern der Finanzkrise kommen wird, sondern auf die Realwirt-
2157 schaft abgewälzt wird. Auch Altersvorsorger und Sparer werden erheblich mehr belas-
2158 tet. Die hessische FDP wird deshalb einer Finanztransaktionssteuer nicht zustimmen.

2159 *Schattenbanken regulieren und beaufsichtigen*

2160 Sogenannte Schattenbanken sind in ihren Geschäften und Funktionsweisen ähnlich
2161 dem regulären Banksystem. Es handelt sich dabei z. B. um Hedge Fonds oder Zweck-
2162 gesellschaften von Kreditinstituten. Diese Institutionen sind nicht dem Kreditwesenge-
2163 setz (KWG) unterworfen. Erste Statistiken des Financial Stability Boards (FSB), einer
2164 internationalen Organisation, die das globale Finanzsystem überwacht und in dem un-
2165 ter anderem die EZB, die Weltbank und die Europäische Kommission Mitglied sind,
2166 geht davon aus, dass das Schattenbankensystem ungefähr halb so groß wie das regu-
2167 läre Bankensystem ist.

2168 Die hessische FDP unterstützt Maßnahmen zur Erfassung dieser Geschäfte, um in
2169 einem ersten Schritt die notwendige Transparenz herzustellen. In einem zweiten Schritt
2170 sind Maßnahmen zur bankanalogen Regulierung dieses Bereichs zu prüfen.

2171 *Hochfrequenzhandel regulieren*

2172 Der elektronische und vollautomatisierte Börsenhandel mittels algorithmischer Pro-
2173 gramme macht mittlerweile 40 Prozent des Umsatzes an der Deutschen Börse aus –
2174 mit steigender Tendenz. Dabei werden Geschwindigkeit und Komplexität des Handels
2175 immer weiter erhöht, was eine Vielzahl von Risiken mit sich bringt. Einerseits können
2176 algorithmische Handelsstrategien missbraucht werden. Andererseits kann es in Se-
2177 kundenbruchteilen zu einer Überlastung des Handelssystems und damit zu einer Über-
2178 reaktion der Marktergebnisse kommen.

2179 Als FDP wollen wir Stabilität und Verlässlichkeit an den Finanzmärkten schaffen. Wir
2180 lehnen die durch technische Entwicklungen zu erzielenden Fortschritte in der Handels-
2181 praxis nicht ab, fordern aber eine Reduzierung der Risiken, indem der computerge-
2182 steuerte Handel vernünftig und zielgerichtet reguliert wird.

2183 Wir begrüßen daher die stärkere Überwachung des Hochfrequenzhandels durch die
2184 Bundesanstalt für Finanzdienstleistung (BaFin). Es ist weiterhin richtig, dass Handels-

Seite 59

2185 aktivitäten, die kein reines Handeln, sondern der Täuschung und Irreführung anderer
2186 Handelsteilnehmer dienen, als Marktmanipulation eingestuft werden. Des Weiteren
2187 begrüßen wir, dass im Hochfrequenzhandel tätige Unternehmen sicherstellen müssen,
2188 dass ihre Algorithmen den Markt nicht stören und zu extremen Kursschwankungen
2189 führen. Auch höhere Börsengebühren bei exzessiver Nutzung der Handelssysteme
2190 oder die Einführung von Mindestpreisänderungsgrößen können ein geeignetes Mittel
2191 sein, den Hochfrequenzhandel zu regulieren.

2192 Ein Kompletต์verbot sorgt dagegen dafür, dass der Handel an andere Börsen und in
2193 intransparente Märkte abwandert. Daher sind auch vorgeschlagene Mindesthaltefris-
2194 ten, die nur in Deutschland eingeführt werden, kritisch zu hinterfragen.

2195

2196 VI. Chancen durch liberale Innenpolitik

2197 1. Bürgerrechte bewahren – Sicherheit gewährleisten

2198 Jedermann hat Anspruch darauf, sicher und geschützt zu leben. Dort, wo Gefahren
2199 drohen, muss die Gemeinschaft dem Einzelnen zur Seite stehen. Wir sehen uns aber
2200 auch als Beschützer vor staatlichen Maßnahmen, die alle Bürgerinnen und Bürger un-
2201 ter Generalverdacht stellen. Jede staatliche Maßnahme braucht ihre Rechtfertigung
2202 und Verhältnismäßigkeit. Gerade die Lehren aus zwei totalitären Systemen auf deut-
2203 schem Boden legen uns eine besondere Sensibilität nahe.

2204 Die FDP ist davon überzeugt, dass staatliche Eingriffsbefugnisse nicht allein aufgrund
2205 von abstrakten Sicherheitsbedürfnissen ausgeweitet oder neu geschaffen werden dür-
2206 fen. Eingriffe in die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger, auch die Erhebung und Ver-
2207 arbeitung von personenbezogenen Daten durch den Staat, bedürfen stets konkreter
2208 und tatsächlicher Begründungen. Nur allzu oft dient eine vermeintliche Verbesserung
2209 des persönlichen Sicherheitsempfindens dazu, Freiheitsrechte auszuhöhlen und totali-
2210 täre Überwachungsmechanismen zu installieren.

2211 Daher wollen wir die Befugnisse der Polizei- und Ermittlungsbehörden, die in die Frei-
2212 heit der Bürger eingreifen, auf das zur effektiven Gefahrenabwehr und Strafverfolgung
2213 notwendige Maß beschränken. Insbesondere in Zeiten der digitalen Datenverarbeitung
2214 ist der Zugriff auf personenbezogene Daten der Bürgerinnen und Bürger zu begrenzen
2215 und die Verwendung umfassend zu beschränken.

2216 Kinder- und Jugendkriminalität kann nach liberaler Auffassung am effizientesten durch
2217 Prävention bekämpft werden. Die Gefahr der Entstehung sozialer Brennpunkte frühzei-
2218 tig zu erkennen und zu verhindern, hilft, ein sicheres Umfeld für alle Beteiligten zu
2219 schaffen, und die Gefahren für Kinder und Jugendliche, in kriminelles Verhalten abzu-
2220 rutschen, zu mindern. Gemeinsam mit einer vorausschauenden Bildungs- und Sozial-
2221 politik sind hier die präventiven Ansätze gemeinsam und interdisziplinär weiter zu ge-
2222 stalten. Die weitere Entwicklung gewaltpräventiver Maßnahmen in Zusammenarbeit mit
2223 den hessischen Kommunen ist unser Ziel. Mit den Häusern des Jugendrechts haben
2224 wir hier bereits ein Erfolgsmodell liberaler Politik umgesetzt, das wir weiter ausbauen
2225 werden. Eine repressive Reaktion des Staates wie die Einweisung von Strafmündli-
2226 gen in geschlossene Heime darf immer nur als Ultima Ratio in Betracht kommen.

2227 2. "Unser Wort gilt! - Versprochen und gehalten –"

- 2228 • Gesetzes-Controlling effizienter gestaltet

2229 Wir haben durchgesetzt, dass Gesetze weiterhin nach einer gewissen Zeit auf ihre
2230 Sinnhaftigkeit hin überprüft werden. Findet sich am Ende einer Laufzeit nicht genügend
2231 politische Unterstützung, laufen die Gesetze schlicht aus. Dies ist nicht nur ein effizien-
2232 tes Mittel des Bürokratieabbaus, sondern sichert die Gemeinschaft auch dagegen ab,
2233 Eingriffe, die im Zuge einer besonderen Sicherheitsbedrohung einmal ihre Begründung
2234 hatten, dauerhaft im Rechtsstaat zu verankern. Dieses System haben wir weiter ver-

Seite 61

2235 bessert. Gesetze, bei denen es regelmäßigen Anpassungsbedarf gibt, werden alle fünf
2236 bzw. alle acht Jahre durch ein „Gesetzes-Controlling“ auf die verfolgten Ziele, ihren
2237 Aufwand und ggf. nicht beabsichtigte Wirkungen kontrolliert und ausgewertet. Gesetze
2238 von besonderer und dauerhafter Bedeutung mit nur gelegentlichem Erneuerungsbe-
2239 darf, die zwingend benötigt werden, wurden dagegen wieder entfristet. Damit reduziert
2240 sich der Verwaltungsaufwand zur Verlängerung unverzichtbarer Gesetze erheblich.

2241 • Datenschutz in Hessen aus einem Guss

2242 In der letzten Legislaturperiode haben wir die Strukturen des öffentlichen und privaten
2243 Datenschutzes zentral beim Hessischen Datenschutzbeauftragten zusammengeführt.
2244 Damit haben wir eine wirklich unabhängige Institution geschaffen, die die Interessen
2245 der Bürgerinnen und Bürger in Hessen vertritt.

2246 • Dienstrecht modernisiert

2247 Die Umsetzung des 1. und 2. Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes in hessisches
2248 Recht haben wir dazu genutzt, das Dienstrecht weiter zu modernisieren. So wurde zum
2249 Beispiel das Laufbahnrecht entschlackt und vereinfacht. Durch Verbesserungen der
2250 Teilzeitregelungen haben wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im öffentlichen
2251 Dienst verbessert. Durch die Modernisierung der Beamtenversorgung haben wir den
2252 Wechsel zwischen öffentlichem Dienst und freier Wirtschaft und umgekehrt weiter ver-
2253 einfacht.

2254 • Direkte Demokratie auf kommunaler Ebene gestärkt

2255 Wir haben die Hürden für Bürgerbegehren und -entscheide in der Kommunalrechtsre-
2256 form gesenkt und dadurch die Elemente direkter Demokratie auf kommunaler Ebene
2257 gestärkt. Damit ist ein Mehr an Bürgerbeteiligung möglich. Zudem wurden die Fristen
2258 für die Unterschriftensammlung auf zwei Monate verlängert und formale Schranken
2259 durch die Möglichkeit der nachträglichen Heilung beseitigt. Das Quorum für die Einlei-
2260 tung des Verfahrens haben wir von drei Prozent auf zwei Prozent gesenkt.

2261 • Direkte Demokratie auf Landesebene gestärkt

2262 Wir haben die Volksinitiative (Einbringung von Gesetzen durch die Bürgerinnen und
2263 Bürger) eingeführt.

2264 • Brand- und Katastrophenschutz in Hessen verbessert

2265 Wir haben das Hessische Katastrophenschutzkonzept überarbeitet und damit den
2266 Brand- und Katastrophenschutz in Hessen gestärkt.

2267

2268 **3. Weiter gestalten: „Sicherheit und Freiheit ver-**
2269 **antwortungsvoll organisieren“**

2270 **Moderne Gesetzgebung im schlanken Staat**

2271 Nicht jedes gesellschaftliche Problem bedarf einer gesetzlichen Regelung. Legislativer
2272 Aktionismus führt zu einer Verlagerung der Verantwortlichkeit vom Einzelnen auf den
2273 Gesetzgeber. Gesetze müssen klar verständlich und auf die notwendigen Regelungen
2274 beschränkt sein. Wir werden daher an der Praxis, zur Verlängerung anstehende Ge-
2275 setze in Sammelgesetzen zusammenzufassen, festhalten. Wir haben geregelt, dass
2276 Gesetze, bei denen es regelmäßigen Anpassungsbedarf gibt, künftig entweder um fünf
2277 oder acht Jahre verlängert werden. Gesetze von besonderer und dauerhafter Bedeu-
2278 tung mit nur gelegentlichem Erneuerungsbedarf haben wir entfristet. Diese erfolgreiche
2279 Politik werden wir auch in Zukunft weiterführen.

2280 *Kommunalfreiheitsgesetz zur Stärkung der Kommunen*

2281 Zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und der Subsidiarität wollen wir ein
2282 Kommunalfreiheitsgesetz auf den Weg bringen. Dieses Gesetz soll den hessischen
2283 Kommunen ermöglichen, in einem klar geregelten Verfahren einfachere, schnellere,
2284 günstigere und für die Bürger weniger belastende Alternativen zu bestehenden landes-
2285 rechtlichen Regelungen zu erproben. Dabei ist eine wissenschaftliche Begleitung vor-
2286 zusehen, anhand derer der Gesetzgeber in die Lage versetzt wird, zu beurteilen, ob
2287 eine erfolgreich erprobte Verfahrensweise auch auf ganz Hessen ausgedehnt werden
2288 kann.

2289 Die FDP baut dabei auf die Erfahrung und Kreativität der hessischen Kommunen bei
2290 der Reduzierung des Aufwands für Bürger und Verwaltung.

2291 **Wahlrecht optimieren – direkte Demokratie stärken**

2292 Um in Hessen einen Landtag wählen zu können, muss man das achtzehnte Lebens-
2293 jahr vollendet haben. Um jedoch in einen Landtag gewählt zu werden, beträgt die Al-
2294 tersgrenze 21 Jahre. Diese anachronistische Diskrepanz ist schnellstmöglich zu besei-
2295 tigen und die passive Wählbarkeit dem aktiven Wahlrecht anzupassen.

2296 Das Wahlverfahren wollen wir im Interesse einer weiteren Vereinfachung und Entbüro-
2297 ktratisierung überprüfen. In den kommunalen Parlamenten sollten die Rechte kleinerer
2298 Wählergruppierungen gestärkt werden und die wesentlichen Fraktionsrechte generell
2299 auf Ein-Personen-Fraktionen anwendbar sein.

2300 Die FDP Hessen setzt sich für die Möglichkeit ein, auf allen Ebenen die sog. „Nein-
2301 Stimme“ einzuführen. Die Politikverdrossenheit führt zu niedriger demokratischer Legi-
2302 timation durch geringe Wahlbeteiligung. Protestwahlentscheidungen bieten radikalen
2303 Parteien ungerechtfertigten Zulauf, den diese als Zustimmung zu ihren bedenklichen
2304 Forderungen für sich reklamieren. Durch die Möglichkeit, seine Ablehnung der zur
2305 Wahl stehenden Kandidaten oder Parteien durch eine „Nein-Stimme“ nach französi-

2306 schem Vorbild zum Ausdruck zu geben, werden radikale Randkräfte geschwächt und
2307 die Wahlbeteiligung gestärkt.

2308 Die direkte Demokratie kann einen Beitrag dazu leisten, der Politikverdrossenheit ent-
2309 gegenzuwirken. Daher haben wir in diesem Bereich bereits in der vergangenen Legis-
2310 laturperiode wesentliche Verbesserungen durchgesetzt. Bei der weiteren Diskussion
2311 direkter Demokratieelemente ist sorgfältig zu prüfen, welche politischen Ebenen sich
2312 für eine direkte Beteiligung eignen, wie diese sinnvollerweise ausgestaltet werden soll-
2313 te und unter welchen Bedingungen eine solche Beteiligung ermöglicht werden kann.

2314 **Brand- und Katastrophenschutz stärken**

2315 Das ehrenamtliche Engagement der vielen Helfer, speziell in den Freiwilligen Feuer-
2316 wehren und den Sanitäts- und Hilfsdiensten, werden wir weiter stärken. Das Ehrenamt
2317 ist und bleibt das Rückgrat des Zivilschutzes in Hessen, weshalb wir auch Bestrebun-
2318 gen, die die ehrenamtliche Tätigkeit in verantwortungsvoller Position bei den Zivil-
2319 schutzeinheiten gefährden, insbesondere auf europäischer Ebene, weiter entgegentre-
2320 ten werden. In der ablaufenden Legislaturperiode hat die FDP darauf hingewirkt, dass
2321 die handelnden Akteure im Brand- und Katastrophenschutz gestärkt wurden. Diesen
2322 erfolgreichen Kurs wollen wir weiterfortsetzen. Das Hessische Katastrophenschutzkon-
2323 zept werden wir weiter fortschreiben.

2324 **Verwaltungsreformen fortsetzen – Modernisierung vorantreiben**

2325 Die FDP verfolgt das Ziel einer Effizienzsteigerung der öffentlichen Verwaltung. Eine
2326 stärkere Orientierung an marktwirtschaftlichen Prinzipien und eines darauf basierenden
2327 neuen Rollenverständnisses von Verwaltung und Verwaltungshandeln als Dienstleister
2328 für die Bürgerinnen und Bürger wird die Verwaltung effizienter machen und qualitativ
2329 verbessern. Organisations-, Personal- und Finanzmanagement wollen wir an allgemei-
2330 nen, betriebswirtschaftlichen Qualitätsstandards ausrichten.

2331 Wir setzen uns für eine Fehlerkultur ein, die konstruktiv damit umgeht, dass Fehler in
2332 Lern-, Planungs- und Arbeitsprozessen unumgänglich sind, es jedoch darauf an-
2333 kommt, Lehren aus ihnen zu ziehen und sie als Teil des Prozesses aufzufassen. Der
2334 offene Umgang mit Fehlern schafft Vertrauen und Glaubwürdigkeit.

2335 Staatliche Verwaltung muss stetig auf ihre Notwendigkeit überprüft werden. Wo öffent-
2336 lich wahrgenommene Aufgaben überflüssig werden oder effizienter von Dritten wahr-
2337 genommen werden können, muss eine Anpassung der Strukturen erfolgen. Eine Ände-
2338 rung des bestehenden § 121 HGO, also der Regelungen zur wirtschaftlichen Betäti-
2339 gung der Kommunen, lehnen wir als FDP Hessen ab.

2340 Dabei ist als Leitprinzip maßgeblich, dass Aufgaben stets von der unteren Verwal-
2341 tungsstufe wahrgenommen werden sollten, da hier die Kenntnis der lokalen Gegeben-
2342 heiten und größte Bürgernähe gegeben ist. Nur wo zu geringe Fallzahlen dazu führen,
2343 dass die orts- und bürgernächste Aufgabenwahrnehmung nicht wirtschaftlich ausge-
2344 führt werden kann oder die gebotene Neutralität nicht gewährleistet ist, ist eine Aufga-
2345 benerfüllung durch die nächsthöhere Verwaltungsstufe vorzuziehen. Die Wahrneh-

2346 mung von Aufgaben- und Ressourcenverantwortung sollte möglichst übereinstimmend
2347 erfolgen, um Kompetenzstreitigkeiten zu vermeiden.

2348 Der Grundsatz der Einheit der Verwaltung bedingt, dass die Aufgabenwahrnehmung
2349 auf jeder Verwaltungsstufe durch die gleiche Behörde erfolgen soll. Wirtschaftlichkeit
2350 und Wirksamkeit sind so am besten zu gewährleisten, bzw. können so im Vergleich
2351 untereinander verbessert werden. Soweit möglich sollten Kompetenzen bei der allge-
2352 meinen Verwaltung gebündelt werden, um einen einheitlichen Ansprechpartner auch
2353 bei komplexen Verfahren zu erhalten. Wenn unterschiedliche Fachbehörden vorgehal-
2354 ten werden müssen, sollten diese in ihrer örtlichen Zuständigkeit möglichst deckungs-
2355 gleiche Bezirke aufweisen, um eine Überschaubarkeit zu gewährleisten und die Zu-
2356 sammenarbeit untereinander zu verbessern und zu vereinfachen.

2357 *Freiwillige Zusammenschlüsse auf kommunaler Ebene*

2358 Zwangszusammenschlüsse von Landkreisen oder Gemeinden lehnen wir ab. Freiwilli-
2359 ge Fusionen von Landkreisen bzw. Gemeinden sowie einvernehmliche Eingemeindun-
2360 gen wollen wir aber unterstützen und setzen uns für eine finanzielle Förderung ein.
2361 Wenn möglich, sollte die Förderung durch Übernahme von Altschulden erfolgen, um
2362 langfristig lebensfähige kommunale Strukturen zu befördern.

2363 **Rettungsschirm hilft Kommunen – Kommunalen Finanzaus-** 2364 **gleich reformieren**

2365 Mit dem kommunalen Rettungsschirm haben wir einen entscheidenden Schritt dazu
2366 getan, den hessischen Kommunen bei der Bewältigung der Verschuldung beizusprin-
2367 gen und einen Konsolidierungskurs auch auf kommunaler Ebene zu etablieren. Diesen
2368 ersten Schritt wollen wir jedoch noch durch flankierende Aktivitäten mit dem Ziel der
2369 langfristigen finanziellen Neuordnung der kommunalen Finanzen unterstützen. Wir
2370 werden den kommunalen Finanzausgleich weiter modernisieren und uns für eine ver-
2371 besserte Finanzausstattung der Kommunen auch bei neuen Aufgabenzuweisungen
2372 seitens des Bundes einsetzen, und wir werden weiter für die Verankerung eines Kon-
2373 nexitätsprinzips im Verhältnis zwischen Bund und Kommunen eintreten.

2374 **Öffentlichen Dienst leistungsfähig halten**

2375 Der öffentliche Dienst mit seinem Berufsbeamtentum ist und bleibt für die FDP eine
2376 wichtige Säule des demokratischen Rechtsstaats. Durch die Neuausrichtung im 1. und
2377 2. Dienstrechtsmodernisierungsgesetz haben wir den öffentlichen Dienst für die Zu-
2378 kunft bereits in vielerlei Hinsicht fit gemacht. Damit haben wir Hessen für die Heraus-
2379 forderungen der kommenden Jahre bereits gut aufgestellt.

2380 Die fortwährende Verbesserung der Attraktivität des hessischen öffentlichen Dienstes
2381 bleibt jedoch eine Daueraufgabe, der wir uns kraftvoll und entschlossen widmen wer-
2382 den. Angesichts des demografischen Wandels, des wachsenden Fachkräftemangels
2383 und eines starken Wettbewerbs mit anderen öffentlichen Arbeitgebern sowie der freien
2384 Wirtschaft wollen wir das Land Hessen als attraktiven Arbeitgeber aufstellen.

2385 Die Beamtenversorgung werden wir weiterhin auf eine solide Finanzierungsgrundlage
2386 stellen, die Elemente einer leistungsbezogenen Besoldung weiterhin fortentwickeln und
2387 das Tarifrecht weiter konstruktiv modernisieren. Dabei werden wir den Reformprozess
2388 gemeinsam mit den Berufsvertretungen und Gewerkschaften im Dialog diskutieren und
2389 gestalten.

2390 **Datenschutz fortentwickeln**

2391 Wir lehnen weiterhin den Einsatz der heimlichen Online-Durchsuchung als Mittel zur
2392 Strafverfolgung und Gefahrenabwehr ab. Die dabei bestehende Gefahr der Erfassung
2393 von Inhalten aus dem Kernbereich privater Lebensführung und die Eingriffe in die
2394 Grundrechte aus Art. 10 und 13 GG sind aus liberaler Sicht nicht vertretbar. Bei der
2395 sog. Quellen-Telekommunikationsüberwachung haben wir durchgesetzt, dass diese
2396 nur zulässig ist, wenn dies zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib, Leben
2397 oder Freiheit einer Person unerlässlich ist. Dies werden wir ebenso weiter sicherstel-
2398 len, wie auch, dass keine Daten erfasst werden, die nicht von der jeweiligen Rechts-
2399 grundlage abgedeckt sind.

2400 Datenerhebungen sollten generell nur dann für anderweitige Zwecke verwendet wer-
2401 den dürfen, wenn dieser auch die gesonderte Erhebung rechtfertigen würde. Deshalb
2402 ist eine pauschale Verwendung beispielsweise von Mautdaten für Zwecke der allge-
2403 meinen Gefahrenabwehr aus Sicht der FDP weiterhin abzulehnen. Wir werden Sorge
2404 dafür tragen, dass automatisierte Überwachungsmittel, wie etwa die einzelfallbezogene
2405 Kennzeichenkontrolle, weiterhin nur auf datenschutzrechtlich einwandfreier und die
2406 Rechte unbescholtener Bürger nicht verletzender Basis eingesetzt werden können.

2407 **Polizei gut ausstatten – Instrumentenkasten regelmäßig über- 2408 prüfen**

2409 Eine wachsame Verteidigung der Grundrechte bedeutet nicht den Verzicht auf moder-
2410 ne und effiziente Ermittlungsmethoden bei der Verbrechen- und Extremismusbekämp-
2411 fung. Die liberale Handschrift im Hessischen Polizeigesetz mit dem geschilderten ho-
2412 hen Datenschutzstandard werden wir daher sorgfältig und mit Bedacht weiter fortfüh-
2413 ren. Dabei setzen wir weiterhin auf eine starke Präsenz der Hessischen Polizei in der
2414 Fläche und auf Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern, die sie schützen soll. Im Hin-
2415 blick auf die Revierstrukturen der hessischen Polizei ist darauf zu achten, dass die Po-
2416 lizeiarbeit nicht durch fortwährende Strukturdebatten gelähmt wird und die Aufgabener-
2417 füllung nicht unter Umstrukturierungsmaßnahmen leidet.

2418 Die im Polizeirecht geschaffenen verdachtsunabhängigen Befugnisse und Instrumenta-
2419 rien wollen wir nicht nur auf ihre Nützlichkeit für die Polizeiarbeit, sondern vor allem
2420 hinsichtlich ihrer Erfolgsbilanz für die Polizeiarbeit im Verhältnis zu den Eingriffen in die
2421 Rechte der Bürger kritisch evaluieren. Raster- und Schleierfahndung müssen, um auch
2422 in Zukunft verhältnismäßig zu sein, nicht lediglich die Polizeiarbeit erleichtern, sondern
2423 stetig auf ihre Berechtigung hin überprüft werden.

Seite 66

2424 Eine effiziente Aufklärung von Straftaten, gefolgt von einer raschen und zielsicheren
2425 Sanktionierung, erhöht die Abschreckung von Gelegenheitstätern und sorgt so für
2426 mehr Sicherheit. Daher halten wir die Gewährleistung einer möglichst guten personel-
2427 len und materiellen Ausstattung von Polizei und Justiz für unverzichtbar.

2428 *Extremismus jeder Art bekämpfen*

2429 Gewaltbereiter Extremismus, egal ob von rechts, von links oder aus dem islamistischen
2430 Umfeld, muss vom wehrhaften demokratischen Rechtsstaat politisch, aber auch mit
2431 den Mitteln des Rechts konsequent bekämpft werden. Neben den zahlreichen Präven-
2432 tions- und Ausstiegsprogrammen, die wir in Hessen geschaffen haben, hat die Polizei
2433 neben dem unverzichtbaren Landesamt für Verfassungsschutz hier wichtige Aufgaben
2434 zu erfüllen. Insbesondere die zunehmende Gewaltbereitschaft der Extremisten fordert
2435 unser besonderes Augenmerk. Wir werden uns für die Verstärkung der Finanzierung
2436 von Deradikalisierungsprogrammen einsetzen. Diese leisten einen wertvollen Beitrag,
2437 extremistisches Gewaltpotenzial einzudämmen und oft sehr jungen Betroffenen eine
2438 Rückkehr in die Gesellschaft zu ermöglichen.

2439 Extremistische Anschauungen bekämpft man in der Demokratie mit der Kraft der bes-
2440 seren Argumente und nicht mit Verboten. Deshalb lehnen wir ein erneutes Verbotsver-
2441 fahren gegen die auch nach unserer Auffassung verfassungsfeindliche NPD ab. Die an
2442 Mitgliedern, Zustimmung und Geld siehe NPD würde durch ein solches Verfahren nur
2443 unnötig aufgewertet und erhalte unangemessene Aufmerksamkeit. Außerdem besteht
2444 nach unserer Überzeugung ein hohes Risiko des Scheiterns eines solchen Verfahrens
2445 spätestens vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Der mit einem er-
2446 neuten Scheitern eines Verbotsantrages verbundene Ritterschlag für die NPD schadet
2447 der Demokratie mit Sicherheit weit mehr als das weitere Existieren dieser Splittergrup-
2448 pe bis zu ihrem natürlichen Ende.

2449 *Kein Einsatz der Bundeswehr im Innern*

2450 Polizisten sind keine Soldaten und Soldaten keine Polizisten. Deshalb halten wir wei-
2451 terhin einen Einsatz der Bundeswehr im Innern für polizeiliche Zwecke für nicht mit der
2452 Verfassung vereinbar. An den im Grundgesetz festgelegten Kompetenzen wollen wir
2453 nichts verändern. Trotzdem haben sich die in der Vergangenheit subsidiären Einsätze
2454 der Bundeswehr bewährt. Die Einsätze in den vergangenen Wochen an der Donau und
2455 an der Elbe legen ein Zeugnis davon ab. Wir stehen zum bestehenden Engagement
2456 hessischer Polizistinnen und Polizisten, die auf freiwilliger Basis in Auslandseinsätzen
2457 hervorragende Arbeit leisten und damit helfen, die Verpflichtungen Deutschlands in
2458 aller Welt zu erfüllen.

2459 Die Polizei bildet auch keinen Staat im Staate. Sie ist Bestandteil unseres demokrati-
2460 schen Staatswesens und deshalb jederzeit an Recht und Gesetz gebunden. Wir sind
2461 stolz auf die zuverlässige Arbeit der ganz überwiegenden Mehrzahl aller Mitglieder der
2462 Hessischen Polizei. Bei in einer solch großen Behörde unvermeidlichen Fehlern obliegt
2463 die Kontrolle hierüber im Rahmen seiner Befugnisse dem Parlament und ansonsten
2464 den Einrichtungen, die der demokratische Rechtsstaat hierfür vorsieht, insbesondere
2465 den Gerichten und zur Aufklärung ggf. der Staatsanwaltschaft. Die Einrichtung irgend-

Seite 67

2466 welcher Sonderbehörden oder Beauftragter zur Kontrolle der Polizei lehnen die Libera-
2467 len deshalb ab.

2468 *Aufgabe der Wachpolizei eng begrenzen*

2469 Die FDP steht zur Einrichtung der Wachpolizei. Wachpolizistinnen und Wachpolizisten
2470 leisten einen wichtigen Beitrag bei der Entlastung von Polizeivollzugsbeamten, wie
2471 beispielsweise beim Objektschutz. Wir streben an, die Wachpolizei weiterhin strikt auf
2472 die Wahrnehmung dieser Aufgaben zu beschränken.

2473 Wir bleiben bei unserer Überzeugung, dass die innere Sicherheit vor allem umfänglich
2474 ausgebildete, hauptberuflich tätige Polizeibeamtinnen und -beamte verlangt. Den frei-
2475 willigen Polizeidienst werden wir weiterhin kritisch begleiten.

2476 *Polizeiaus- und Fortbildung stärken*

2477 Wir wollen auch weiterhin die zielgerichtete Fortbildung der Polizei vorantreiben. Sich
2478 rasch verändernde Gefahren für die Innere Sicherheit, die rasante technische Entwick-
2479 lung sowie international vernetzte Kriminalität und Terrorismus fordern den Menschen
2480 in unseren Sicherheitsbehörden viel ab. Nur die verstärkte Investition in moderne Fort-
2481 bildungsmaßnahmen versetzt sie in die Lage, diesen Anforderungen auch gerecht zu
2482 werden. Insbesondere die bereits aufgebaute Kompetenz bei der Verfolgung von Straf-
2483 taten im Internet wollen wir gezielt weiter fördern.

2484 Mit der Entlastung der Polizei auch von Verwaltungs- und kaufmännischen Arbeiten
2485 haben wir gute Erfahrungen gemacht. Dies setzt die polizeilich ausgebildeten Kräfte für
2486 ihre hoheitlichen Aufgaben frei und erhöht so die Effizienz.

2487 Es ist immer wieder zu prüfen, welche Aufgaben ausschließlich Vollzugsbeamten vor-
2488 behalten bleiben müssen, und welche Aufgaben von anderen Behörden und Institutio-
2489 nen oder gar von privaten Auftragnehmern wahrgenommen werden können. Daher
2490 halten wir an einer stetigen Aufgabenkritik im Bereich der Inneren Sicherheit fest.

2491 Der ständige Dialog mit allen Beteiligten bei der Veranstaltung von kommerziellen
2492 Großereignissen mit hohem Gefährdungspotenzial ist fortzuführen. Ziel muss eine an-
2493 gemessene finanzielle Beteiligung der Veranstalter von solchen Großereignissen sein,
2494 damit die Kosten nicht allein von der Allgemeinheit getragen werden müssen. Präven-
2495 tion geht auch hier vor Repression.

2496

2497 **VII. Der liberale Rechtsstaat – sicher, bürgernah**
2498 **und gerecht**

2499 **1. Moderne Strukturen schaffen ein modernes Recht**

2500 Es gibt keine Freiheit ohne Ordnung. Unser Auftrag ist, den Einzelnen zu schützen und
2501 einen gerechten Ordnungsrahmen für die Gesellschaft zu schaffen. Der liberale
2502 Rechtsstaat schützt die Freiheit des Einzelnen vor staatlichen Eingriffen, er schützt ihn
2503 aber auch vor der Macht Privater. Für uns ist der Rechtsstaat ein Instrument der Frei-
2504 heit, gerade weil er für die Macht des Rechts steht und Schutz vor dem Recht der
2505 Mächtigen gewährleistet. Er garantiert unsere individuelle Freiheit, beschützt unsere
2506 Selbstbestimmung und sichert, Gerechtigkeit durchzusetzen.

2507 Wir werden auch weiterhin für eine bürgerfreundliche Justiz eintreten. Unser Ziel ist
2508 und bleibt ein effizienter und gleichzeitig qualitätsorientierter, zeitnaher Rechtsschutz.
2509 Bei allen Modernisierungsmaßnahmen muss der rechtsschutzsuchende Bürger weiter-
2510 hin im Mittelpunkt stehen.

2511 Wir erleben eine rasante technische Entwicklung. Liberale wissen um die Chancen,
2512 aber auch um die Gefahren des Internets und moderner Kommunikationsformen. Wir
2513 wollen diese neuen Technologien zur Verbesserung der Sicherheit und Bürgernähe
2514 nutzen. Sie bringen aber auch Gefahren und neuartige Probleme mit sich. Deswegen
2515 müssen wir alle Möglichkeiten nutzen, um die Sicherheit der Daten der Bürger zu ge-
2516 währleisten.

2517 Die Wahrung der richterlichen Unabhängigkeit und eine amtsangemessene Besoldung
2518 sind die Grundlage für eine funktionierende Dritte Gewalt. Vor diesem Hintergrund sind
2519 Effizienzsteigerungen durch verbesserte Verfahrensabläufe und eine stetig verbesserte
2520 technische Ausstattung erforderlich.

2521 **2. "Unser Wort gilt! - Versprochen und gehalten -"**

- 2522 • Hessische Justiz kraftvoll modernisiert

2523 Die hessische Justiz ist in den letzten Jahren moderner geworden. Wir haben die elekt-
2524 ronische Fußfessel zum bundesweiten Erfolgsmodell ausgebaut und in Bad Vilbel die
2525 bundesweit zuständige Gemeinsame IT-Stelle der Länder eingerichtet. Damit kann der
2526 Nutzen dieser Maßnahme in ganz Deutschland erreicht werden und gleichzeitig blei-
2527 ben die Verwaltungskosten überschaubar.

- 2528 • Hessische Justiz auf gesunde finanzielle Basis gestellt

2529 Ein großer Erfolg ist die Neuausgestaltung des Kostenrechts. Damit haben wir nach
2530 nahezu zwei Jahrzehnten erreicht, den Kostendeckungsgrad der Justiz entscheidend
2531 zu verbessern. Justizgewährung ist ein Bürgerrecht. Ein gut funktionierender Rechts-
2532 staat muss auch finanziell gut ausgestattet sein. Mit der anstehenden Reform des Kos-

2533 tenrechts haben wir das nach langwierigen Verhandlungen und gemeinsam mit den
2534 anderen Ländern endlich erreichen können.

2535 • E-Justice Markenzeichen moderner Justizpolitik

2536 Wir sind weder Besitzstandswahrer noch haben wir Berührungängste mit neuen
2537 Technologien. Deshalb haben wir die Justizstandorte in Hessen effizienter und moder-
2538 ner gemacht. Moderne Strukturen im Bereich der E-Justice haben wir konsequent un-
2539 terstützt und vorangetrieben. Beim hessischen Landessozialgericht konnte ein E-
2540 Justice-Pilot-Projekt gestartet werden. Bürgerinnen und Bürger können künftig an vie-
2541 len Gerichtsstandorten mittels E-Payment bezahlen. In Deutschland wird es künftig
2542 auch in der Kommunikation zwischen Anwälten und Gerichten moderner zugehen. Das
2543 ist einer hessischen E-Justice-Gesetzesinitiative zu verdanken.

2544 • Justizstrukturen zukunftsfest gestaltet

2545 Wir haben die Justizstrukturen zukunftsfest ausgestaltet, kleine finanziell kostspielige
2546 Gerichtsstandorte zusammengelegt und somit effizienter gemacht, die Ausstattung und
2547 Sicherheit der Gerichte weiter verbessert. Wir haben dafür gesorgt, dass in Hessen die
2548 knappen Mittel in die Rechtsprechung und nicht in die Verwaltungsstrukturen fließen.

2549 • Hessen sicherer gemacht

2550 Hessen ist in den letzten Jahren sicherer geworden. Besonderes Augenmerk der
2551 Rechtspolitik gilt der Bekämpfung der Jugend-, Wirtschafts- und Internetkriminalität.

2552 • Wirtschaftskriminalität aktiv bekämpft

2553 Deshalb haben wir eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Wirtschaftsstrafverfahren
2554 am Finanzplatz Frankfurt eingerichtet. Der Erfolg gibt uns Recht. Noch nie in der Ge-
2555 schichte Hessens konnten so umfangreich Wirtschaftsstraftaten aufgeklärt werden.
2556 Das zeigt sich nicht nur an den Fallzahlen, sondern auch daran, dass allein im letzten
2557 Jahr Arreste im Wert von mehreren 100 Millionen Euro festgesetzt wurden.

2558 • Häuser des Jugendrechts zum Erfolgsmodell ausgebaut

2559 Mit der Einrichtung der Häuser des Jugendrechts in Wiesbaden und Frankfurt am
2560 Main-Höchst können die Strafverfolgungsbehörden nun effektiver ermitteln und mit
2561 anderen Behörden zusammenarbeiten. Unter einem Dach arbeiten Polizei, Staatsan-
2562 waltschaft und Jugendhilfe mit einem gemeinsamen Ziel: Jugendkriminalität schnell
2563 und effektiv bekämpfen.

2564 • Präventionsarbeit gestärkt

2565 Wir haben die Präventionsarbeit insbesondere in den Bereichen „Kindesvernachlässi-
2566 gung“, „häusliche Gewalt“ und „sexueller Missbrauch“ verstärkt, denn die beste Art der
2567 Bekämpfung von Kriminalität ist die Prävention.

2568 • Ältere Menschen stehen unter besonderem Schutz

2569 Deshalb haben wir zum Beispiel ein Sonderdezernat „Ermittlungsverfahren wegen Ge-
2570 walt gegen alte Menschen im häuslichen Bereich sowie altersunabhängig in Alters- und
2571 Pflegeheimen“ eingerichtet, denn der Schutz älterer Menschen liegt bei uns besonders
2572 im Fokus.

2573 • Bundesweit Spitzenreiter bei der Bekämpfung der Internetkriminalität

2574 Das Internet ist längst auch Tatwerkzeug geworden. Deshalb haben wir die bundesweit
2575 erste Zentralstelle zur Bekämpfung von Internetkriminalität eingerichtet. Mit großem
2576 Erfolg können die Ermittlungsbehörden so den Tätern im Netz auf die Spur kommen.
2577 Als Liberale lassen wir keine rechtsfreien Räume zu, wir wollen aber auch kein Sonder-
2578 recht für das Internet.

2579 • Datenschutz ist liberale Grundeinstellung

2580 Wir sind die Datenschutzpartei in Deutschland. Ob die Diskussion um die Vorratsda-
2581 tenspeicherung, der Arbeitnehmerdatenschutz mit ELENA oder die Anhäufung von
2582 Datenfriedhöfen durch den Staat. Wir haben bewiesen, dass wir überall dort einschrei-
2583 ten, wo der Staat oder Private versuchen, persönliche Daten von Nutzern zu kommer-
2584 zialisieren oder zur Generalüberwachung nutzen zu wollen.

2585 • Modernsten Strafvollzug in Hessen geschaffen

2586 Mit der Schaffung moderner Strafvollzugs-, Untersuchungshaft- und Sicherungsver-
2587 wahrungsvollzugsgesetze haben wir bewiesen, dass wir professionell und verantwor-
2588 tungsbewusst regieren können. Die neuen hessischen Vollzugsgesetze stehen einer-
2589 seits für die Sicherheit der Allgemeinheit, andererseits tragen sie auch den Resozialisie-
2590 rungsgedanken in sich.

2591 **3. Weiter gestalten: „Rechtsstaat sichern – Justiz stär-
2592 ken“**

2593 Für die nächsten Jahre wird Hessen eine weitere Modernisierung der Justiz bevorste-
2594 hen. Dabei geht es nicht nur darum, bestehende Strukturen weiter mit neuen Techno-
2595 logien auszustatten, es geht auch darum, den gewohnten „analogen“ Rechtsrahmen in
2596 die digitale Welt zu übertragen. Wir wollen kein Sonderrecht für das Internet, aber das
2597 Netz darf kein rechtsfreier Raum sein. Das ist der Grund, warum wir im Urheberrecht,
2598 beim Datenschutz, aber auch im Bereich der Internetkriminalität, neue Regeln schaffen
2599 werden.

2600 **Rechtsstaat auf neue Technologien ausrichten**

2601 Wir setzen uns für die Aufnahme des Straftatbestandes der Datenhehlerei in das Straf-
2602 gesetzbuch ein und wollen damit eine Strafbarkeitslücke schließen. Nicht nur der Dieb-
2603 stahl und die unbefugte Verwendung von Daten müssen bestraft werden, sondern

2604 auch die Weitergabe rechtswidrig erlangter Daten muss nach dem Strafgesetzbuch
2605 geahndet werden.

2606 **Urheberrechte im Netz stärken**

2607 Zunehmend steht das Verhältnis zwischen Privaten untereinander in der digitalen Welt
2608 zur Diskussion. Deshalb wollen wir das Urheberrecht modernisieren, damit es den Inte-
2609 ressenausgleich zwischen Urhebern, Rechteinhabern sowie Nutzern fair gestaltet und
2610 den Zugang zu Wissen und Innovation ermöglicht. Nur wenn klar ist, wem welche geis-
2611 tige Leistung gehört, können die Menschen dieses Eigentumsverhältnis respektieren,
2612 faire Handelsbeziehungen darauf aufbauen und neue Geschäftsmodelle damit entwi-
2613 ckeln.

2614 Sogenannte Creative-Commons-Lizenzen haben ihre Berechtigung neben urheber-
2615 rechtlich strenger geschützten Lizenzen. Ein gesetzlicher Vorrang für das eine oder
2616 das andere Modell würde zu stark in das Urheberpersönlichkeitsrecht eingreifen. An
2617 dieser Wahlfreiheit der Urheber sollen sich auch Verwertungsgesellschaften gegenüber
2618 ihren Mitgliedern messen lassen. Das jetzige Urheberrecht bietet ein ausgewogenes
2619 Verhältnis zwischen dem Urheber und den Erstellern sogenannter Remixes und Mash-
2620 Ups. Meinungsbildung, Satire und Interessen des Urhebers sind in einem ausgewoge-
2621 nen Verhältnis.

2622 **E-Justice – wir gestalten Zukunft**

2623 Wir setzen uns dafür ein, dass Anwälte, Bürger und Unternehmen künftig mittels mo-
2624 derner Kommunikationsmittel mit der Justiz kommunizieren, Zeugen mittels Videokon-
2625 ferenztechnik vernommen und teilweise ganze Verfahren, etwa im Bereich des Ord-
2626 nungswidrigkeitsrechts, vollständig elektronisch durchgeführt werden können. Unser
2627 Ziel ist der papierlose Gerichtssaal.

2628 Eine wichtige Funktion kommt in diesem Zusammenhang dem elektronischen Grund-
2629 buch zu. Hier ist auch die Grundakte bürgernah und effektiv einer vollelektronischen
2630 Lösung zuzuführen. Dabei wollen wir die neuen technischen Möglichkeiten auch dazu
2631 nutzen, um zum Beispiel den Kreis der Einsichtsberechtigten behutsam zu erweitern.

2632 **Häuser des Jugendrechts – Ein Erfolgsmodell weiter ausbauen**

2633 Nach der erfolgreichen Einrichtung der Häuser des Jugendrechts in Wiesbaden und
2634 Frankfurt-Höchst können die Strafverfolgungsbehörden nun effektiver ermitteln und mit
2635 anderen Behörden zusammenarbeiten. Unter einem Dach arbeiten Polizei, Staatsan-
2636 waltschaft und Jugendhilfe mit einem gemeinsamen Ziel: Jugendkriminalität schnell
2637 und effektiv zu bekämpfen. Dieses Prinzip hat sich bewährt. Wir werden weiter Häuser
2638 des Jugendrechts etablieren, wo vor Ort entsprechende Voraussetzungen bestehen
2639 und insbesondere eine funktionierende Jugendgerichtshilfe besteht.

2640

2641 **Opferschutz stärken**

2642 Der Schutz und die Rechte der Opfer von Gewaltverbrechen sollen auch in der Praxis
2643 im Mittelpunkt von Strafverfahren stehen. In den Strafverfahren muss ein schonender
2644 Umgang mit Gewaltopfern selbstverständlich werden. Zivilcourage ist notwendige Vo-
2645 raussetzung der Bürgergesellschaft. Der Staat muss deshalb das Engagement und
2646 den Einsatz von Bürgern stärker honorieren, die sich den Straftätern in den Weg stel-
2647 len, um den Opfern zu helfen.

2648 Wir setzen uns weiterhin für die Schaffung einer Opferschutzstiftung ein. Sie soll der
2649 Ergänzung des Täter-Opfer-Ausgleichs, der materiellen Unterstützung der Opfer sowie
2650 von Opfer- und Zeugenbetreuungsprogrammen dienen.

2651 **Datenschutz als Daueraufgabe verstehen**

2652 Wir wollen den Schutz privater Daten weiter verbessern. Deshalb setzen wir uns für ein
2653 hohes Schutzniveau bei der künftigen EU-Datenschutzverordnung ein. Hier muss ein
2654 modernes, technikfestes Datenschutzrecht geschaffen werden. Für Staat und Wirt-
2655 schaft muss Datenschutz höchste Priorität haben. Im gesellschaftlichen Bereich setzen
2656 wir auf den mündigen Menschen und wollen den Selbstschutz stärken. Verstöße
2657 gegen den Datenschutz dürfen sich nicht lohnen. Sanktionsmöglichkeiten sollen aus-
2658 geschöpft und gegebenenfalls erweitert werden. Kinder und Jugendliche wachsen
2659 heute zunehmend mit modernen Kommunikationsmitteln und sozialen Netzwerken auf.
2660 Deshalb kann man auch noch nach vielen Jahren Informationen im Netz finden, die
2661 man selber oder andere über einen ins Netz gestellt haben. Wir setzen uns deshalb für
2662 ein Recht auf Vergessen im Netz ein und werden Initiativen für einen "digitalen Radier-
2663 gummi" unterstützen. Dies gilt auch mit Blick auf Persönlichkeitsrechte.

2664 Cybersicherheit muss zunehmend in den Fokus staatlichen Handelns rücken. Digitale
2665 Angriffe auf öffentliche Einrichtungen oder Unternehmen, etwa Energie- oder Wasser-
2666 versorger, auf Infrastrukturen wie Verkehrsbetriebe oder auf Finanzinstitute, können
2667 die Funktionsfähigkeit unserer Gesellschaft fundamental beeinträchtigen oder zum
2668 Erliegen bringen. Wir wollen die Fähigkeit der Behörden stärken, sich solchen Bedro-
2669 hungen effektiv zu widersetzen, und alle Bereiche des öffentlichen Lebens gegen digi-
2670 tal geführte Angriffe wappnen und Täter entsprechend hart bestrafen.

2671 Projekte, die die vollständige und alle Lebensbereiche umfassende Überwachung un-
2672 serer Gesellschaft zur Folge haben, lehnen wir entschieden ab. So sprechen wir uns
2673 gegen eine Umsetzung des auf EU-Ebene vorangetriebenen Projektes INDECT aus.
2674 Für Liberale ist es ausgeschlossen, dass Algorithmen darüber bestimmen sollen, was
2675 "normales Verhalten" in einer Gesellschaft ist und was nicht. Im Mittelpunkt unseres
2676 Denkens und Handelns steht der Mensch.

2677 **Zusammenlegung von Sozial- und Verwaltungsgerichtsbarkeit**

2678 Wir streben darüber hinaus die Zusammenlegung von Gerichtsbarkeiten an, wo es
2679 sinnvoll ist. Insbesondere die Zusammenlegung der Verwaltungsgerichtsbarkeit mit der

2680 Sozialgerichtsbarkeit würde einen effektiveren Ressourceneinsatz ohne Qualitätsverlust erlauben.
2681

2682 Um die Effizienz der Gerichte zu verbessern, ist eine Vereinheitlichung der Gerichtsverfassungen sowie des Verfahrensrechts aller Gerichtsbarkeiten anzustreben. Insbesondere kann das Prozessrecht der Sozialgerichtsbarkeit an dasjenige der Verwaltungsgerichtsbarkeit angeglichen werden.
2683
2684
2685

2686 **Anwalts- und Notarwesen**

2687 Die FDP Hessen steht zum Anwaltsnotariat. Auch im Bereich des Notariats können wir uns langfristig papierlose Büros vorstellen. Wir sprechen uns ausdrücklich für die Gleichstellung der Syndikusanwälte im Bereich der Versorgung aus. Viele Rechtsstreite werden über die Prozesskostenhilfe geführt. Dies kostet den Staat Geld und die Gerichte entsprechend Aufwand. Der Zugang zum Recht ist für Liberale ein fundamentales Recht. Dies darf nicht vom Geldbeutel des Rechtssuchenden abhängen. Gleichwohl darf es auch nicht dazu führen, dass Rechtsanwälte dafür kaum eine Entlohnung erhalten. Wir werden uns dafür einsetzen, auch die Finanzierung der Beratungshilfe behutsam zu erweitern.
2688
2689
2690
2691
2692
2693
2694
2695

2696 **Streitschlichtung stärken**

2697 Wir unterstützen den Ausbau von gerichtlichen- und außergerichtlichen Streitschlichtungen, wie z.B. die Mediation. Durch die Bereitstellung von Güterichtern haben wir einen weiteren Beitrag zum Rechtsfrieden geleistet. Der Güterichter soll innerhalb des gesetzlich vorgegebenen Rahmens mit den Beteiligten des Rechtsstreits eine einvernehmliche, interessen- und sachgerechte Streitlösung finden, die dem Anliegen und den Erwartungen der Bürger gerecht wird.
2698
2699
2700
2701
2702

2703 **Neue Herausforderungen für die Justiz**

2704 Der demografische Wandel wird auch die Schwerpunktsetzung in der Justiz verändern. Wir setzen uns deshalb für die Einführung von Schwerpunktkammern für Erbrecht ein. Oft sind es hochkomplizierte Konstellationen, die eine besondere Fachkenntnis und Erfahrung zur Lösung bedürfen. Wir werden deshalb auch verstärkt den Blick auf eine alternde Gesellschaft bei Fort- und Weiterbildungen aufnehmen.
2705
2706
2707
2708

2709 Das Urheberrecht spielt in Zeiten des Internets eine besonders große Rolle. Wir werden deshalb in Hessen – am Ort der Buchmesse – eine Spezialekammer für Telekommunikationsrecht einrichten.
2710
2711

2712 **Aus- und Fortbildung**

2713 Die Motivation und Fachkenntnisse der Bediensteten der hessischen Justiz werden wir – wie bisher – insbesondere auch durch ein praxisnahes Fortbildungsangebot sicherstellen. Dabei steht nicht nur die Fachfortbildung im Mittelpunkt. Auch die Fortbildung im Bereich der sozialen Kompetenz leistet einen wichtigen Beitrag, um in der gerichtli-
2714
2715
2716

2717 chen Praxis eine effiziente, bürgerfreundliche Rechtsschutzgewährung zu gewährleis-
2718 ten.

2719 Um eine sachgerechte Nachwuchsausbildung sicherzustellen, halten wir an der Ver-
2720 mittlung der Grundfertigkeiten eines Einheitsjuristen fest. Die Qualität ist zum Beispiel
2721 durch Intensivkurse und durch die Verbesserung der didaktischen Rahmenbedingun-
2722 gen zu steigern. Europäisches Recht sollte stärker in die Referendarausbildung einflie-
2723 ßen.

2724 Moderne Justizstrukturen verändern auch die Anforderungen an die Ausbildung von
2725 Rechtsanwalts- und Notargehilfen. Wir werden deshalb auch die Ausbildungsinhalte
2726 weiter modernisieren.

2727 **Justizvollzug als Teil des Rechtsstaats**

2728 Der Justizvollzug trägt maßgeblich zum Rechtsfrieden in unserer Gesellschaft bei. Er
2729 hat zu gewährleisten, dass das richterliche Urteil rechtsstaatlich vollzogen wird. Wir ha-
2730 ben moderne Strafvollzugs-, Untersuchungshaft- und Sicherungsverwahrungsvollzugs-
2731 gesetze geschaffen, die einerseits für die Sicherheit der Allgemeinheit sorgen, aber
2732 auch den Resozialisierungsgedanken in sich tragen. Wir stehen hinter dem geschlos-
2733 senen Vollzug als Regelvollzug. Vollzugslockerungen gibt es nur gegen strenge Vor-
2734 gaben. Arbeit ist für uns ein zentrales Element zur Förderung der Resozialisierung von
2735 Straftätern. Bildung, berufliche Qualifizierung und die berufliche Weiterbildung von
2736 Straftätern sind für uns Teil der Entlassungsvorbereitung.

2737 Ein weiterer Schwerpunkt des Vollzuges ist darüber hinaus die Wiedergutmachung.
2738 Wo irgend möglich und sinnvoll, sind entsprechende Kontakte zwischen Strafgefange-
2739 nem und Geschädigtem einzuleiten und professionell zu gestalten. Wiedergutmachung
2740 ist auch als eine Form der gesellschaftlichen Teilhabe des Gefangenen zu verstehen,
2741 die deshalb auch durch verschiedenste Formen gemeinnütziger Arbeit erfüllt werden
2742 kann. Die Aspekte der Resozialisierung und der Sicherheit in der vollzuglichen Arbeit
2743 stehen zwar in einem gewissen Spannungsverhältnis, sind aber dennoch als Einheit zu
2744 begreifen, weil sie sich gegenseitig bedingen.

2745 *Jugendvollzug als wichtige Weichenstellung im Leben verstehen*

2746 Ein besonderes Augenmerk ist auf den Jugendvollzug zu richten. Es müssen alle An-
2747 strengungen unternommen werden, damit diese jungen Menschen nicht langfristig in
2748 ein kriminelles Leben abgleiten. Kein straffällig gewordener Jugendlicher darf aufgege-
2749 ben, niemand zurückgelassen werden. Deshalb werden wir auch weiterhin Jugendvoll-
2750 zugsanstalten zu Bildungszentren ausbauen. Innerhalb der Gefängnismauern sollen
2751 Heranwachsende Ausbildungen fortführen oder beginnen können. Bäcker, Koch, Elekt-
2752 riker oder Tischler sind nur einige Beispiele. Sport verstehen wir in diesem Zusam-
2753 menhang als Teil der pädagogischen Behandlung. Wir halten auch den Jugendstraf-
2754 vollzug in freien Formen für eine Möglichkeit, bei bestimmten Jugendlichen positive
2755 Ergebnisse erzielen zu können.

2756

Seite 75

2757 *Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern im Vollzug weiter ausbauen*

2758 Eine Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern gehen wir aktiv an. Effizienz und
2759 Vollzug sind keine gegenseitigen Begriffspaare. Tätigkeiten im Justizvollzug, die nicht
2760 hoheitlicher Art sind, können nach sorgfältiger Prüfung im Einzelfall an Private übertra-
2761 gen werden. Die Einrichtung der teilprivatisierten Justizvollzugsanstalt in Hünfeld ist
2762 dafür ein positives Beispiel, das wir weiter verfolgen werden.

2763 Wir werden auch die Zusammenarbeit der Bundesländer im Bereich der Bekämpfung
2764 von extremistischen Tendenzen im Vollzug weiter ausbauen. So können wir uns ein-
2765 heitliche Regelungen im Bereich der Postkontrolle und beim Erfahrungsaustausch über
2766 einschlägig bekannte Verurteilte vorstellen. Wir werden die Aus- und Fortbildung der
2767 Vollzugsbediensteten in diesem Bereich weiter stärken.

2768 Im Bereich des Vollzuges werden wir uns für ein Modellprojekt einsetzen, welches den
2769 Einsatz von Handy-Spürhunden etwa bei Durchsuchungen von Hafträumen auf seine
2770 Praxistauglichkeit hin überprüft.

2771 Im Bereich der Beamtenbesoldung treten wir für eine Angleichung der Besoldungs-
2772 strukturen des Justizvollzugs- und Polizeidienstes ein.

2773

2774 **VIII. Mobilitäts- und Verkehrspolitik**

2775 **1. Infrastruktur ohne ideologische Scheuklappen schaffen**
2776 **fen**

2777 Mobilität bedeutet Freiheit und ist Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Sie sichert die Unabhängigkeit und die Bewegungsfreiheit des einzelnen Menschen. Deshalb ist es ein Grundanliegen liberaler Politik, den Bürgerinnen und Bürgern bezahlbare und einfach verfügbare Fortbewegungsmöglichkeiten zu gewährleisten. Liberale teilen die Verkehrsmittel nicht in „gute“ und „böse“ Verkehrsmittel ein. Jeder Verkehrsträger hat seine Funktion und seinen Nutzen, und es ist die Entscheidung jedes Einzelnen, welches Verkehrsmittel für ihn in der jeweiligen Situation am geeignetsten erscheint.

2785 Daneben gewährleistet Mobilität, dass die Menschen schnell und umfassend mit allen gewünschten Waren und Gütern versorgt werden. Daher legt liberale Politik einen weiteren Fokus darauf, dass für die Logistikbranche die erforderlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die sie zur Versorgung der Menschen und zur Gewährleistung des Wohlstands benötigen.

2790 Im Fokus der politischen Herausforderungen stehen in den nächsten Jahren die Sicherstellung der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung, die Vernetzung der verschiedenen Verkehrsträger untereinander sowie die Entwicklung und die Einführung von Zukunftstechnologien. Die Verkehrsinfrastruktur muss im Bestand gesichert und auf die vorhersehbaren Verkehrszuwächse vorbereitet werden. Die Verkehrswege sind für die hessische und deutsche Wirtschaft das, was der Blutkreislauf für den Menschen ist. Nur wenn der Verkehr auf ihnen fließen kann, können die Unternehmen erfolgreich wirtschaften und die Menschen in Hessen ihrer Arbeit nachgehen und in Wohlstand leben.

2798 Weiter müssen die Verkehrsträger noch besser miteinander vernetzt werden. Jeder Hesse muss schnell und einfach erkennen können, welches Verkehrsmittel ihn auf dem schnellsten Weg mit dem jeweils gewünschten Komfort zu seinem Ziel bringt.

2801 Wir Liberale wollen aber auch die Chancen nutzen, die in Zukunftstechnologien, wie neuen Antriebsarten, in modernen Fahrerassistenzsystemen, in Telematiksystemen oder mobilen Anwendungen liegen. Moderner Verkehr ist unabhängig vom konkreten Verkehrsträger schnell, sicher, flüssig, umweltfreundlich und leise. Um dies zu erreichen, müssen alle technologischen Möglichkeiten genutzt werden. Die Reduzierung des Lärms von Personen- und Lastkraftwagen, von Bus und Bahn, aber insbesondere auch des Flugverkehrs, gehört zu den großen Herausforderungen der nächsten Jahre. Neue Technologien, an denen intensiv geforscht wird, und die zum Teil schon erprobt werden, eröffnen riesige Chancen für den Verkehr der Zukunft.

2810 Ziel liberaler Verkehrspolitik ist es, die Grundlagen dafür zu schaffen, dass die Menschen in Hessen und Deutschland auch zukünftig schnell, sicher und bezahlbar an ihr Ziel kommen und somit ihre Freiheit ausleben können.

2813 **2. "Unser Wort gilt! - Versprochen und gehalten –“**

2814 • Zukunftsfähiges ÖPNV-Gesetz geschaffen

2815 Wir haben das ÖPNV-Gesetz novelliert und damit die Voraussetzungen geschaffen,
2816 um die Qualität im öffentlichen Personennahverkehr weiter zu stärken. Durch eine effi-
2817 zientere Struktur können Finanzierungslücken geschlossen werden. Das sichert einen
2818 flächendeckenden öffentlichen Verkehr im ländlichen Raum und einen leistungsstarken
2819 Nahverkehr in den Ballungsräumen.

2820 • A 44 und A 49 vorangebracht

2821 Wir bauen die A44 weiter. Bis 2015 sollen die Wirtschaftsräume von Nordhessen und
2822 Thüringen verbunden werden und durch Verkehr hochbelastete Orte nachhaltig entlas-
2823 tet werden.

2824 Auch für den Weiterbau der A49 ist inzwischen der Bau- und Finanzierungsplan zwi-
2825 schen Hessen und dem Bund beschlossen. Die Bauarbeiten haben bereits begonnen.
2826 Damit sind wir einen bedeutenden Schritt in Richtung des Ziels einer Nord-Süd-Achse
2827 von Hamburg nach Basel vorangekommen.

2828 Mit diesen Maßnahmen wird besonders Nordhessen besser an die Hauptverkehrsach-
2829 sen angebunden.

2830 • Frankfurter Flughafen rechtssicher ausgebaut und Nachtflugverbot umgesetzt

2831 Wir haben Rechtssicherheit für den Ausbau des Frankfurter Flughafens und das Nacht-
2832 flugverbot zwischen 23 und 5 Uhr geschaffen und damit eine lange diskutierte Frage,
2833 wie vorab im Mediationsergebnis festgelegt, umgesetzt. Damit haben wir einen Aus-
2834 gleich der verschiedenen Interessen herbeigeführt, und Hessen bleibt auch in Zukunft
2835 Deutschlands Tor zur Welt.

2836 Wir haben die Allianz für Lärmschutz vorangetrieben. Damit werden 350 Mio. € in zu-
2837 sätzliche Schallschutzmaßnahmen in den hochbelasteten Gebieten investiert und die
2838 Menschen im Flughafenumland besser vor der Lärmbelastung geschützt.

2839 • Flughafen Kassel-Calden gebaut – Nordhessens Infrastruktur gestärkt

2840 Mit Kassel-Calden haben wir den Startschuss für einen Flughafen in Nordhessen ge-
2841 geben und damit eine der wichtigsten Infrastruktur-Investitionen für Nordosthessen auf
2842 den Weg gebracht. Damit haben wir die Grundlage für weiteres wirtschaftliches
2843 Wachstum und zusätzliche Ansiedlung von Unternehmen gelegt und steigern gleichzei-
2844 tig die Attraktivität der Region für Investoren aus dem In- und Ausland.

2845 • Staus reduziert und Verkehr flüssiger gemacht

2846 Durch die Einführung von Streckenbeeinflussungsanlagen und die temporäre Freigabe
2847 von Seitenstreifen sorgen wir dafür, dass der Verkehr in Hessen besser läuft. Dadurch
2848 konnten seit 2003 die Stauzeiten um 80 Prozent gesenkt werden.

2849 • „House of Logistics & Mobility“ (HOLM) auf den Weg gebracht

2850 In dem „House of Logistics & Mobility“ (HOLM) können Wissenschaft und Wirtschaft
2851 noch enger bei der Gestaltung der Mobilität und Logistik von morgen kooperieren.

2852 • Mittel für den Landesstraßenbau aufgestockt

2853 Wir haben die Mittel für die Sanierung und Instandhaltung von Landesstraßen aufge-
2854 stockt und in fünf Jahren über 700 Millionen Euro dafür eingesetzt, dass die Infrastruk-
2855 tur auch in Zukunft ihre Leistungskraft behält.

2856 • Kommunalen Straßenbau unterstützt

2857 Wir haben ein neues Kommunales Interessenmodell (KIM II) auf den Weg gebracht
2858 und damit ermöglicht, dass wichtige Ortsumgehungen zur Entlastung der Menschen
2859 schnell realisiert werden können.

2860 **3. Weiter gestalten: „Moderne Mobilitätsangebote** 2861 **schaffen – Neue Wege gehen“**

2862 Hessen ist internationale Drehscheibe für alle Verkehrsträger in Europa und steht auf-
2863 grund dessen im Bereich der Infrastrukturpolitik vor besonderen Herausforderungen.
2864 Die FDP ist Garant dafür, dass Flughäfen, Straßen, Schienenwege und Wasserstraßen
2865 weiter instand gehalten und, wo erforderlich, ausgebaut bzw. modernisiert werden.
2866 Eine qualitativ hochwertige Verkehrsinfrastruktur ist ein entscheidender Standortfaktor.
2867 Leistungsfähige Verkehrswege sind die zentrale Voraussetzung für den wirtschaftli-
2868 chen Erfolg in Hessen. Sie sind damit auch Grundlage für die Erhaltung der Lebens-
2869 qualität und des Wohlstandes in unserem Bundesland.

2870 **Straßenverkehr**

2871 Die Hauptlast sowohl des Personenverkehrs wie auch des Güterverkehrs wird auf den
2872 Straßen abgewickelt. Hessen braucht daher verkehrssichere, leistungsfähige und in-
2873 takte Straßen.

2874 *Autobahnen*

2875 Autobahnen haben eine besondere Bedeutung für die Vernetzung der Regionen in
2876 Hessen und Deutschland. Viele Streckenabschnitte des Autobahnnetzes in Hessen
2877 müssen von Grund auf erneuert und erweitert werden, um die Substanz zu erhalten
2878 und Kapazitätsengpässe zu beseitigen.

2879 Beim Ausbau der Autobahnen in Hessen haben die Sanierungsmaßnahmen, Kapazi-
2880 tätserweiterungen und Lückenschlüsse auf folgenden Autobahnen weiterhin besondere
2881 Priorität:

2882 • A 44 Kassel – Eisenach

2883 • A 49 Kassel - Gießen

Seite 79

- 2884 • A 66 Fulda – Schlüchtern - Frankfurt (inkl. Riederwaldtunnel)
- 2885 • A 4 (Kirchheim - Herleshausen)
- 2886 • A 7 (Kassel - Hattenbacher Dreieck)
- 2887 • Sanierung der Brücken auf der A45
- 2888 • Autobahnen rund um den Frankfurter Flughafen, insbesondere A3 - A67 -A60
- 2889 (Flughafen – Weisenauer Brücke)

2890 Bei allen Maßnahmen gilt es, mit Nachdruck gegebenenfalls noch offene Planfeststel-
2891 lungsbeschlüsse zu erwirken und die schnelle und bevorzugte Finanzierung durch den
2892 Bund durchzusetzen.

2893 *Bundesstraßen und Ortsumgehungen*

2894 Darüber hinaus gibt es dringenden Bedarf für den Bau zahlreicher Ortsumgehungen
2895 und großräumiger Verlegungen im Zuge hochbelasteter Bundesstraßen in Hessen.

2896 Bei den Bundesstraßen hat die Fertigstellung des vierspurigen Ausbaus der B49 zwi-
2897 schen Wetzlar und Limburg besondere Bedeutung für die Bewältigung des weiter zu-
2898 nehmenden West-Ost-Verkehrs in Hessen. Die dafür noch offenen Planungsschritte
2899 sind zügig abzuschließen, und der Bau ist möglichst rasch vollständig zu realisieren.

2900 An der Schaffung einer Verbindung zwischen Fulda und Meinungen („B87n“) halten wir
2901 fest – diese Verbindung ist für die wirtschaftliche Entwicklung der Rhön von grundle-
2902 gender Bedeutung. Wir werden uns daher kurzfristig mit Thüringen für eine umsetzbare
2903 Lösung einsetzen.

2904 Im Bereich Kassel spricht sich die FDP für den Bau einer Nordtangente aus, die von
2905 der A7 nördlich an Kassel vorbei bis zur A44 führt.

2906 *Landesstraßen*

2907 Die Landesstraßen befinden sich in weiten Teilen in einem akzeptablen Zustand. Aller-
2908 dings sind allein für die Instandhaltung jährliche Investitionen von etwa 150 Millionen
2909 Euro erforderlich.

2910 Durch die rechtzeitige Erneuerung der Straßen können größere Schäden und damit
2911 deutlich größere Sanierungskosten gespart werden. Die FDP setzt sich daher für die
2912 Einführung eines transparenten und umfassenden Instandhaltungsmanagements für
2913 die hessische Straßeninfrastruktur ein. Ebenso ist zu prüfen, ob durch die vorsorgliche
2914 Reparatur von Schadstellen vor dem Winter die Winterschäden so weit reduziert wer-
2915 den können, dass gegenüber einer nachgelagerten Reparatur die Kosten gesenkt wer-
2916 den können. Hier setzen wir uns auch dafür ein, neue, auf Langfristigkeit ausgelegte
2917 Finanzierungsinstrumente zu entwickeln und zu erproben.

2918 In begründeten Situationen kann es zudem erforderlich sein, auch neue Landesstraßen
2919 zu bauen.

2920

2921 *Kreis- und Gemeindestraßen*

2922 Die Landkreise müssen, ebenso wie Städte und Gemeinden, auch künftig bei der Un-
2923 terhaltung ihrer Verkehrsinfrastruktur unterstützt werden. Die FDP unterstützt die Neu-
2924 auflage des KIM (Kommunales Interessenmodell). Damit können die Kommunen auch
2925 in den kommenden Jahren darauf bauen, dass das Land ihnen insbesondere mit zins-
2926 vergünstigten Darlehen hilft, Maßnahmen bei Bedarf vorzuziehen. Das Modell ist auch
2927 in Zukunft wieder anzuwenden.

2928 Weiterhin muss sich Hessen bereits jetzt dafür einsetzen, dass sich der Bund an einer
2929 Fortsetzung der Finanzierung der Gemeindeverkehrswege beteiligt und ein Nachfolge-
2930 gesetz zum 2019 auslaufenden Gemeindeverkehrswegefinanzierungsgesetz (GVFG)
2931 vorlegt.

2932 *Fernbusverkehr*

2933 Der Bus-Fernverkehr bietet dank der von der FDP vorangetriebenen Deregulierung
2934 eine attraktive Alternative für Fernreisende. Er bietet zudem die Möglichkeit, Lücken im
2935 öffentlichen Fernverkehr zu schließen, die nicht von der Bahn angeboten werden, so-
2936 wie die Chance, Kunden anzusprechen, die auf günstigere Verkehrsmittel als die Bahn
2937 angewiesen sind. Daher wird es darauf ankommen, mit zentralen Omnibusbahnhöfen
2938 diesem Verkehrsmittel Anlaufstellen nicht nur in den großen Städten Hessens zu bie-
2939 ten.

2940 *Integriertes Verkehrsmanagement und Verkehrstelematik*

2941 Im Bereich des Individualverkehrs kann die Leistungsfähigkeit beispielsweise durch
2942 Richtungswechselbetrieb, temporäre Freigabe von Seitenstreifen, netz- und strecken-
2943 bezogene Lichtsignalsteuerung und zeitlich versetzte verkehrslenkende Maßnahmen
2944 gesteigert werden. Diese Ansätze wollen wir weiter ausbauen. Die Verkehrsleitsyste-
2945 me, mit denen die vorgeschriebene Geschwindigkeit jeweils an die Verkehrslage an-
2946 gepasst werden kann, haben sich bewährt und müssen weiter ausgebaut werden.

2947 Telekommunikation und Informatik (Telematik) sind wichtige Schlüsseltechnologien,
2948 die ein integriertes Verkehrsmanagement erst ermöglichen. Moderne Verkehrsleitsys-
2949 teme gewährleisten einen besseren Verkehrsfluss und erhöhen die Verkehrssicherheit.
2950 In Hessen bestehen zahlreiche Ansätze zu einem modernen Verkehrsmanagement.
2951 Diese gilt es auszubauen und die Verknüpfung der Verkehrsbeeinflussungs- und In-
2952 formationssysteme noch enger zu gestalten. Immer noch arbeiten die Systeme ver-
2953 schiedener Verkehrsträger überwiegend isoliert in ihren Zuständigkeitsbereichen. Dies
2954 betrifft vor allem die Deutsche Bahn AG, die insbesondere in Störfallsituationen nicht
2955 flexibel und vernetzt reagiert. Aber auch städtische und regionale Systeme sind noch
2956 nicht ausreichend vernetzt und können deshalb oftmals nicht ihre volle Wirkung erzie-
2957 len. Wir erhoffen uns von Initiativen bzw. dem Zusammenschluss von Experten wie in
2958 der ITS Hessen weitere Impulse zur Förderung der Entwicklung und Umsetzung inno-
2959 vativer Lösungen eines intelligenten Verkehrsmanagements.

2960

2961 *Kein generelles Tempolimit. Keine Gängelung der Autofahrer*

2962 Verbote, Gebote und Tempobegrenzungen im Straßenverkehr müssen den tatsächlichen
2963 Schutzzwecken entsprechen. Nur dann können sie Anerkennung durch den Bürger
2964 finden. Eine generelle Beschränkung der Geschwindigkeit auf Tempo 30 innerhalb
2965 aller Städte und Ortschaften lehnt die FDP Hessen daher ab. Tempo 30-Zonen sollen
2966 weiterhin situationsbedingt eingerichtet werden.

2967 Gleiches gilt für die Einführung und Beibehaltung von Umweltzonen. Diese bringen
2968 nachweislich keinen oder nur sehr geringen Nutzen, da der Feinstaub aus zahlreichen
2969 Quellen stammt und nicht nur aus dem Verkehr. Die Umweltzonen belasten den Ver-
2970 kehr einseitig und insbesondere kleine und mittelständische Betriebe und Menschen,
2971 die aufgrund geringen Einkommens deutlich ältere Autos fahren. Diese Gängelung
2972 werden wir auch weiter bekämpfen. Wir setzen uns stattdessen für eine Verbesserung
2973 des Verkehrsflusses ein und wollen zum Beispiel den ÖPNV attraktiver gestalten.

2974 Diskussionen über die Schadstoffbelastung müssen sachgerecht geführt werden. Sie
2975 dürfen nicht zu einem Rundumschlag gegen den LKW-Verkehr missbraucht werden.
2976 Zum Lastkraftwagen gibt es bei der Ver- und Entsorgung unserer Städte keine Altern-
2977 native. Dennoch gibt es Möglichkeiten, den Lieferverkehr stadtverträglicher zu gestalten.
2978 Wir setzen hier auf Ideen aus der Forschung, zum Beispiel aus dem House of Logistics
2979 & Mobility, das gerade dem Ziel dient, neue Mobilitäts- und Logistikkonzepte zu entwi-
2980 ckeln.

2981 Auch die Einführung der sog. City-Maut lehnt die FDP ab. Eine City-Maut würde ledig-
2982 lich dazu führen, dass der Verkehr nach dem Sankt-Florians-Prinzip in andere Städte
2983 umgeleitet wird oder im Umland Staus entstehen. Eine City-Maut würde zu einem Ver-
2984 drängungseffekt führen, indem sie Kaufkraft von den einen Kommunen abzieht und in
2985 anderen zu erhöhtem Verkehrsaufkommen führt.

2986 *Straßenmobilität der Zukunft*

2987 Die Mobilität von morgen beginnt mit Projekten von heute. Von den modernen, alterna-
2988 tiven Antriebsmethoden für Autos werden besonders urbane Räume profitieren. Insbe-
2989 sondere die Innenstadtbereiche werden eine deutliche Reduzierung des Lärms und
2990 des Schadstoffausstoßes erreichen können. Ob mit dem eigenen Hybrid- oder Elektro-
2991 auto oder in eCarsharing-Modellen, vom Verkehr und seinen Auswirkungen belastete
2992 Zonen werden von der Entwicklung am meisten profitieren. Es ist jedoch nicht Sache
2993 des Staates, seinerseits durch bestimmte Fördermaßnahmen eine bestimmte Vorfest-
2994 legung im Hinblick auf die Nutzung einer bestimmten Technologie zu treffen.

2995 *Straßenverkehrssicherheit*

2996 Die Zahl von Verkehrstoten konnte in den vergangenen Jahrzehnten durch vielerlei
2997 aktive und passive Sicherheitsmaßnahmen bereits drastisch gesenkt werden. Fahrsi-
2998 cherheitstrainings und andere aktive Maßnahmen für Auto- und LKW-Fahrer tragen
2999 einen wichtigen Teil an individueller Unfallprävention bei.

Seite 82

3000 Die „Vision Zero“ ist ein erklärtes Ziel der Liberalen. Sie darf aber nicht dazu miss-
3001 braucht werden, durch weitere Regulierungen die Mobilität zu verhindern. Selbst die
3002 intensivsten Bemühungen werden nicht alle Verkehrstoten vermeiden können. Weit
3003 mehr Sicherheitspotenzial als in den Fähigkeiten des Menschen liegt dabei in den
3004 Möglichkeiten der Fahrzeugtechnik. Verkehrs- und Fahrsicherheit im Straßenverkehr
3005 werden künftig noch intensiver vom technischen Fortschritt abhängen als bisher. Wir
3006 setzen hierbei auf die Verbesserung der Fahrerassistenzsysteme, durch welche die
3007 (LKW-)Fahrer in bestimmten Fahrsituationen unterstützt werden und das Unfallrisiko
3008 erheblich reduziert werden kann. Neben Sicherheitsaspekten wird so eine Steigerung
3009 des Fahrkomforts erzielt und durch Kosteneffizienz beim Fahrverhalten ergänzt. Wir
3010 setzen uns daher dafür ein, dass in Hessen gute Rahmenbedingungen gegeben sind,
3011 um solche Systeme zu entwickeln und auch zu erproben. Das Projekt „Sichere Intelli-
3012 gente Mobilität – Testfeld Deutschland“, das im Rhein-Main-Gebiet durchgeführt wird,
3013 ist ein gutes Beispiel für diese Zukunftstechnologien.

3014 Punktuelle Ausbaumaßnahmen zur Beseitigung von schienengleichen Bahnübergän-
3015 gen und anderen Unfallschwerpunkten bleiben wichtige Aufgaben der kommenden
3016 Jahre. Die Verkehrssicherheitsarbeit wird intensiv fortgesetzt und stellt den einzelnen
3017 Verkehrsteilnehmer in den Mittelpunkt, um dessen Verantwortung für eine vernünftige
3018 Verhaltensweise zu stärken.

3019 Im Interesse der Verkehrssicherheit, einer höheren Mobilität und eines optimalen Ver-
3020 kehrsflusses ist regelmäßig zu überprüfen, ob auf den Bundesfernstraßen bestehende
3021 Geschwindigkeitsbeschränkungen entfallen oder angehoben werden können oder ob
3022 neue, die Geschwindigkeit begrenzende Regelungen getroffen werden müssen. Krite-
3023 rium für die Überprüfung sind Sicherheits- und Lärmschutzaspekte. Die FDP setzt sich
3024 für die Freigabe von Blitzerwarnern ein. Sinn von Blitzgeräten ist es, die Einhaltung der
3025 Geschwindigkeitsgrenzen zu kontrollieren. Durch die Warnungen werden Autofahrer
3026 genau hierzu gebracht. Ebenso ist ein Feedbacksystem zum jeweiligen Gefahrenpunkt
3027 bei Verwarnungen wegen Geschwindigkeitsübertretungen sinnvoll.

3028 Die Verkehrssicherheitsaktion „Sicher unterwegs in Hessen“, gemeinsam organisiert
3029 vom Hessischen Wirtschaftsministerium, dem ADAC Hessen-Thüringen und den weite-
3030 ren Partnern Landesverkehrswacht, TÜH und Hessischer Rundfunk, soll fortgesetzt
3031 und ausgebaut werden.

3032 Die Schilderdichte führt oftmals zu mehr Unsicherheit als zu mehr Sicherheit. Daher ist
3033 es sinnvoll, den Schilderwald konsequent auszudünnen. Auch Verkehrsampeln sollten
3034 nachts abgeschaltet werden, soweit die Sicherheit des Verkehrs nicht gefährdet wird.
3035 Die Gemeinschaftsaktion „1. Klasse im Verkehr/Unsere Klasse im Verkehr“ an Grund-
3036 schulen zwischen dem Land Hessen und zahlreichen Institutionen und Verbänden, z.B.
3037 ADAC Hessen-Thüringen, Landesverkehrswacht, ADFC, ACE und AvD, wird ausge-
3038 baut. In den Verkehrssicherheitsaktionen ist das ehrenamtliche Engagement stark
3039 ausgeprägt. Es ist nachhaltig zu unterstützen.

3040

3041 **Schieneverkehr und ÖPNV**

3042 *Ausbau des Schienennetzes*

3043 Die Hessen brauchen eine gute Anbindung an die Städte und Regionen in Deutschland
3044 und Europa mit einem leistungsfähigen und attraktiven Angebot im Schienenpersonen-
3045 fernverkehr. Hessen als zentrales europäisches Verkehrstransitland ist so in das natio-
3046 nale und europäische Fernverkehrs- und Hochgeschwindigkeitsnetz zu integrieren,
3047 dass seine Standortvorteile optimal zur Geltung kommen. Durch die Verbindung be-
3048 sonders des Rhein-Main-Gebietes mit den großen Metropolregionen Europas kann
3049 auch ein Beitrag zur – freiwilligen – Verlagerung von Verkehren auf die Schiene geleis-
3050 tet werden.

3051 Die Steigerung der Leistungsfähigkeit des Hauptbahnhofes Frankfurt ist für ein attrakti-
3052 ves Verkehrsangebot in Hessen von zentraler Bedeutung. Außerdem ist das Pro-
3053 gramm Rhein-Main-Plus mit den beiden Neubaustrecken Frankfurt-Mannheim, Hanau-
3054 Fulda, den S-Bahn-Ausbauten zwischen Frankfurt und Friedberg, der nordmainschen
3055 S-Bahn in Richtung Hanau, der Riedbahn und der Regionaltangente West, aber auch
3056 die S-Bahn-Anbindung Gateway Gardens weiter voranzutreiben.

3057 Darüber hinaus muss Hessen selbst durch leistungsfähige Regionalstrecken verkehr-
3058 lich erschlossen und mit seinen Nachbarländern verbunden werden. Dies betrifft insbe-
3059 sondere die Verbindungen

- 3060 • Dortmund – Kassel – Erfurt
- 3061 • Kassel – Gießen – Frankfurt – Darmstadt – Heidelberg
- 3062 • Frankfurt – Gießen - Wetzlar – Siegen – Hagen/ Dortmund
- 3063 • Mainz – Frankfurt – Aschaffenburg – Würzburg.

3064 Der Hessischen Landesbahn kommt im Wettbewerbsprozess eine besondere Rolle zu.
3065 Die FDP strebt weiterhin die Privatisierung der Gesellschaft an, um der Landesbahn
3066 eine Zukunftsperspektive in einem Wettbewerbsmarkt zu geben.

3067 *Bahnhöfe*

3068 Die Bahnhöfe bilden das Eingangstor zur Nutzung des Schienenverkehrs und sind auf-
3069 grund dessen von besonderer Bedeutung für den ersten Eindruck und das positive
3070 Gefühl bei der Nutzung von Zügen und S-Bahnen. Sie sind auch eine wichtige Dreh-
3071 schreibe für den Übergang zwischen verschiedenen Verkehrsträgern, einschließlich
3072 der Fernbusse. Daher kann die Nutzung der Flächen im Umfeld der Bahnhöfe nicht nur
3073 an den Interessen der Bahn ausgerichtet werden, sondern muss die Interessen der
3074 anderen Verkehrsträger ebenfalls angemessen berücksichtigen.

3075 Wir werden das Bahnhofsmodernisierungsprogramm des Landes intensiv weiter ver-
3076 folgen und unsere Anstrengungen fortsetzen. Die Leistungsfähigkeit des Frankfurter
3077 Hauptbahnhofs als eine der wichtigsten Drehscheiben im europäischen Zugverkehr
3078 werden wir durch Umsetzung der erforderlichen Infrastrukturmaßnahmen sichern.

3079 *Bahnlärm*

3080 Zur Vermeidung von Bahnlärm insbesondere im Schienengüterverkehr ist der Einsatz
3081 von modernem, lärmarmem Zugmaterial, der Ausbau und die Umsetzung des Lärmsa-
3082 nierungsprogramms an bestehenden Schienenwegen sowie die Verlagerung des Gü-
3083 terverkehrs auf der Schiene in siedlungsferne Gebiete zu forcieren. Außerdem ist die
3084 Forschung im Bereich der Verkehrstechnologie zur Lärmreduzierung zu intensivieren;
3085 entsprechende staatliche Rahmenvorgaben sind hierzu erforderlich.

3086 Die FDP unterstützt die Bemühungen, den Bahnlärm im Rheintal, aber auch im Bereich
3087 der Main-Weser-Bahn zu reduzieren. Hierzu ist eine schnelle Umrüstung der Waggons
3088 auf die leiseren K- oder LL-Sohlen, der Einsatz von Schienenstegdämpfern, die Suche
3089 nach Alternativtrassen, die Abschaffung des Schienenbonus, der Einsatz lärmabhä-
3090 ngiger Trassenentgelte und weitere Maßnahmen wie möglicherweise eine Geschwindig-
3091 keitsbegrenzung erforderlich. Der Druck auf die Deutsche Bahn AG ist dabei weiter zu
3092 erhöhen.

3093 Außerdem spricht sich die FDP dafür aus, die Erkenntnisse aus der NORAH-Studie
3094 zum Bahnlärm in neue Schutzkonzepte umzusetzen.

3095 *ÖPNV*

3096 Der ÖPNV ist ein unverzichtbarer Bestandteil des Mobilitätsangebots. In den Ballungs-
3097 räumen ist er Garant für die Bewältigung des hohen Verkehrsaufkommens, im ländli-
3098 chen Raum gewährleistet er wiederum eine Grundversorgung an Mobilität für die Be-
3099 völkerung.

3100 Der ÖPNV muss noch attraktiver gestaltet werden. Hier spielen neben neuen Bussen
3101 und S-Bahnen auch Entwicklungen wie das E-Ticketing eine entscheidende Rolle. Es
3102 gilt auch, den Übergang zwischen den Verkehrsverbänden und über die Landesgren-
3103 zen hinaus mit diesen Bezahlmethoden zu vereinfachen. Die FDP Hessen will diese
3104 Initiativen weiter unterstützen und ausbauen, weil wir auf diesem Weg die Barrieren zur
3105 Nutzung des ÖPNV senken können. Der damit zu erzielende Zuwachs an Kundenzah-
3106 len im ÖPNV lässt sich nicht staatlich verordnen, sondern ist vielmehr eine Frage der
3107 Attraktivität. Attraktive Verkehre sind bequem, pünktlich, sicher und im Regelfall vertak-
3108 tet. Gute Anschluss- und Rückfahrmöglichkeiten sind selbstverständlich. Fahrplanan-
3109 gebot, Fahrpreise, Service und Informationsleistung müssen abgestimmt sein. Die Ent-
3110 scheidung über die Nutzung eines bestimmten Verkehrsmittels bleibt jedoch dem Ein-
3111 zeln überlassen.

3112 Bei den Angeboten im ÖPNV soll der Schienenpersonennahverkehr (SPNV), soweit
3113 möglich und sinnvoll, durch Streckenaus- und -umbau vom übrigen Eisenbahnverkehr
3114 getrennt werden. Die starre Trennung zwischen DB-Netz und Straßenbahnnetzen ist,
3115 wo sinnvoll und technisch möglich, durch den Bau von Übergangsstellen und den Ein-
3116 satz von Mehrsystemfahrzeugen zu überwinden.

3117 Die Arbeit der Verkehrsverbände und Nahverkehrsgesellschaften wird mit dem Ziel
3118 eines noch effizienteren und effektiveren Wirkens auch weiterhin unterstützt. Die ein-

3119 zellen Aktivitäten sind sinnvoll zu vernetzen und zu optimieren. Die Verkehrsverbünde
3120 müssen sich im Rahmen des neuen ÖPNV-Gesetzes mit neuen Strukturen auf den
3121 Märkten positionieren. Deshalb müssen sich die Verbünde zu Mobilitätsdienstleistern
3122 entwickeln.

3123 Im ländlichen Raum sind verstärkt flexible öffentliche Bedienformen einzurichten, die
3124 eine Grundversorgung der Hessen mit Mobilität gewährleisten, ohne dass nicht genutzte
3125 Angebote erbracht werden. Wir wollen das laufende Modellprojekt im Werra-
3126 Meißner-Kreis auswerten und sinnvolle Maßnahmen auf andere Landkreise übertragen.
3127

3128 *Barrierefreiheit*

3129 Bei allen Verkehrsträgern müssen die Teilnahmemöglichkeiten für ältere und für behinderte
3130 Menschen erhöht werden. Dies bedeutet, dass sowohl für den Individualverkehr
3131 als auch für den öffentlichen Personenverkehr die entsprechenden Voraussetzungen
3132 zu schaffen sind, beispielsweise durch die Bereitstellung ausreichend geeigneten Park-
3133 raums als auch durch die Anpassung der Infrastruktur (abgesenkte Bordsteine, niveaugleiche
3134 Bahnsteige usw.). Dies gilt auch für die Planungen, bei denen das Land in der Verantwortung
3135 steht.

3136 **Radverkehr**

3137 Die FDP bekräftigt ausdrücklich die Bedeutung des Fahrrads als gesundheitsförderndes
3138 und umweltverträgliches Verkehrsmittel. Insbesondere in Ballungsräumen, aber
3139 auch darüber hinaus wird das Rad zunehmend als Verkehrsmittel für den Weg zur Arbeit
3140 oder zur Schule eingesetzt. Hierzu bedarf es einer adäquaten Radwegeinfrastruktur,
3141 die vor allem von den Kommunen bereitzustellen ist.

3142 Moderne Fahrräder erleichtern durch aktuelle Technik ihre Nutzung und steigern die
3143 Attraktivität auch im Alltagsgebrauch. Anforderungen an Fahrräder sind an die aktuellen
3144 technischen Entwicklungen anzupassen. Durch eine Gleichbehandlung aller Fahrradtypen
3145 (Rennräder, Mountain-Bikes, Reiseräder etc.) ist die Benachteiligung einzelner
3146 Nutzergruppen abzubauen. Viele moderne Räder sind mittlerweile statt mit Dynamo
3147 mit modernen LED-Lichtern ausgestattet und werden sicher im Verkehr betrieben.
3148 Die FDP setzt sich daher für Wirkungsvorschriften statt Technikvorschriften am Fahrrad
3149 ein und unterstützt beispielsweise die Abschaffung der Dynamopflicht.

3150 Auch für den hessischen Tourismus beinhalten die Rad(-fern)wege erhebliche Potenziale.
3151 Projekte wie der weitere Bau von Radwegen sind zu unterstützen. Der Einsatz weiterer
3152 Mittel im Radwegebau soll dort konzentriert werden, wo sie am ehesten die Gewähr für
3153 eine intensive Nutzung dieser Verkehrswege bieten. Notwendig bleiben eine Verknüpfung
3154 mit land- und forstwirtschaftlichen Wegen sowie eine Vernetzung über Gemeinde- und
3155 Kreisgrenzen hinaus. Insbesondere sind auch die touristisch interessanten Wege und die
3156 Wege mit hoher Frequenz, z.B. zu Schulen, auszubauen. Dort, wo es verkehrlich geboten
3157 ist, sind zusätzliche Radwegstreifen auszuweisen.

3158

3159 **Wasserstraßen**

3160 Die Investitionsmittel sind insbesondere für die Schifffahrt neu zu kalkulieren: Im inter-
3161 nationalen Warenverkehr nimmt die Containerisierung weiter zu. Der Binnenschifffahrt
3162 kommt in den Seehafenhinterlandverkehren daher künftig eine größere Bedeutung zu.
3163 Hier steht das Binnenschiff im Wettbewerb mit der Schiene. Initiativen, die zu einer
3164 verstärkten Nutzung des Binnenschiffs in intermodalen Logistikketten führen, unterstüt-
3165 zen wir.

3166 **Luftverkehr**

3167 *Frankfurter Flughafen*

3168 Mit mehr als 75.000 Beschäftigten ist der Flughafen Frankfurt die größte Arbeitsstätte
3169 in Deutschland. 2012 haben mehr als 57 Millionen Passagiere den Flughafen genutzt.
3170 Der Frankfurter Flughafen hat mit dem Ausbau die Möglichkeit erhalten, weiter zu
3171 wachsen. Er wird auch künftig die Anbindung Deutschlands an den internationalen
3172 Luftverkehr sicherstellen und in Hessen einer der wichtigsten Wachstumsmotoren blei-
3173 ben.

3174 Gleichzeitig ist mit dem Ausbau die Umsetzung des Nachtflugverbotes zwischen 23
3175 und 5 Uhr sowie der Beschränkung der Bewegungszahl in den Nachtrandstunden auf
3176 133 geplante Bewegungen verbunden. Damit ist ein wesentlicher Beitrag zum aktiven
3177 Lärmschutz und zur Schaffung einer längeren Phase der Nachtruhe geleistet. Die FDP
3178 steht hier für die rechtssichere Umsetzung des Mediationsergebnisses mit dem Nacht-
3179 flugverbot als wesentlichem Kern. Sie steht außerdem für die Einführung und konse-
3180 quente Weiterentwicklung der lärmabhängigen Entgelte als Instrument zur Reduzie-
3181 rung der Lärmemissionen am Frankfurter Flughafen. Der Frankfurter Flughafen ist da-
3182 mit weltweit Vorreiter in der Fluglärmreduzierung und im Schutz der Bevölkerung vor
3183 Fluglärm. Diese Entwicklung wollen wir weiter vorantreiben, ohne die Wettbewerbsp-
3184 sition des Frankfurter Flughafens zu schwächen, und auch bei anderen europäischen
3185 Großflughäfen für den Einsatz dieses Instruments werben. Die FDP wendet sich daher
3186 gegen eine weitere Ausdehnung des Nachtflugverbots.

3187 Wegen ihrer negativen Auswirkungen auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit
3188 deutscher Fluggesellschaften und der damit verbundenen Gefährdung von Arbeitsplät-
3189 zen setzt sich die FDP Hessen außerdem für die Abschaffung der Luftverkehrssteuer
3190 ein. Das Geld aus der Steuer fehlt den Fluggesellschaften zudem, um in moderne und
3191 leisere Flugzeuge zu investieren. Das jedoch wäre der beste Lärmschutz für die Men-
3192 schen im Rhein-Main-Gebiet.

3193 Durch den Ausbau des Flughafens und die damit verbundenen neuen An- und Abflug-
3194 routen sind viele Menschen neu durch den Fluglärm betroffen. Die FDP begrüßt die
3195 Anstrengungen der Landesregierung und der Luftverkehrswirtschaft, mit erheblichen
3196 finanziellen Mitteln Schallschutzmaßnahmen über das gesetzliche Maß hinaus zu rea-
3197 lisieren. Außerdem muss im Luftverkehrsgesetz geregelt werden, dass bei der Festle-

3198 gung der Flugrouten künftig dem Schutz vor Fluglärm ein stärkeres Gewicht beigemessen wird.
3199

3200 Die FDP Hessen unterstützt die Arbeit des Forums Flughafen und Region sowie des
3201 Umwelt- und Nachbarschaftshauses. Im Rahmen des aktiven Schallschutzes sind die,
3202 von der eingesetzten Expertengruppe identifizierten, umsetzbaren Maßnahmen zu realisieren,
3203 soweit sie einen sinnvollen Beitrag zum aktiven Schallschutz leisten können
3204 und nicht lediglich zur Umverteilung von Fluglärm führen. Dies sind insbesondere neue
3205 An- und Abflugverfahren, aber auch technische Neuerungen an den Flugzeugen selbst,
3206 insbesondere aber auch der Austausch durch neue leisere Flugzeuge.

3207 Eines der wichtigsten Projekte des Forums Flughafen und Region ist die NORAH-Studie zur
3208 Bewertung der Auswirkung des Lärms verschiedener Verkehrsträger, insbesondere des Fluglärms.
3209 Die Ergebnisse dieser Studie werden wichtige Hinweise über die Lärmauswirkungen und
3210 notwendige Schutzwerte liefern. Die FDP setzt sich für den planmäßigen Abschluss und die
3211 unvoreingenommene Bewertung der Studie ein.

3212 *Kassel-Calden*

3213 Der Ausbau des heutigen Verkehrslandeplatzes zu einem leistungsfähigen Regionalflughafen
3214 ist ein nachhaltiger Beitrag zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und des Logistikstandortes
3215 Nordhessen. Darüber hinaus dient er der Sicherung und Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die
3216 Einbindung Nordhessens in das europäische Luftverkehrsnetz wird die Standortbedingungen
3217 und die Wettbewerbsposition der Region verbessern.
3218

3219 **Verknüpfung der Verkehrsträger – Integrierter Verkehr**

3220 In Zukunft wird sich Mobilität immer seltener auf nur einen Verkehrsträger beschränken.
3221 Es werden zunehmend verschiedene Mobilitätsangebote genutzt werden. Die
3222 FDP verfolgt daher einen integrierten Ansatz, der die verschiedenen Verkehrsträger
3223 noch besser miteinander vernetzt. In diesem Sinne werden öffentliche Verkehre und
3224 Individualverkehre nicht als Gegensätze, sondern als sich ergänzende Größen verstanden.
3225

3226 Neben dieser Vernetzung und Abstimmung der verschiedenen Verkehrsträger aufeinander
3227 gilt es, Anwendungen zu entwickeln, die den Menschen dabei helfen, das jeweils für sie
3228 optimale Verkehrsmittel zu finden. Die seitens des Landes Hessen aufgebauete und von den
3229 hessischen Landkreisen getragene Integrierte Verkehrsmanagement GmbH (ivm GmbH) geht
3230 dabei mit gutem Beispiel voran. Es gilt, den größtmöglichen Nutzen aus jedem einzelnen
3231 Verkehrsträger durch eine weitere Verbesserung der Interoperabilität zu erreichen.
3232

3233 Bei der Erneuerung sowie bei Um- oder Ausbaumaßnahmen öffentlicher Verkehrsinfrastruktur
3234 muss im Bereich von Bahnhöfen, aber auch z.B. von Park-and-Ride-Parkplätzen, immer
3235 darauf geachtet werden, dass dadurch die Vernetzung der verschiedenen Verkehrsträger
3236 (Auto, Bahn und Bus) verbessert wird.

3237 Neben dem Ausbau der Infrastruktur und der verkehrsträgerübergreifenden intelligen-
3238 ten Verknüpfungen von Schiene, Straße, Wasser, Luft muss das Potenzial der Ver-
3239 kehrstelematik für ein integriertes Verkehrsmanagement konsequent eingesetzt wer-
3240 den. Damit sollen Kapazitätsreserven der Verkehrsinfrastruktur genutzt, die Verkehrs-
3241 sicherheit erhöht und die Umweltbelastungen reduziert werden. Daher will die FDP die
3242 Bemühungen der Zukunftsinitiative Staufreies Hessen 2015 weiter verstärken und in
3243 einem neuen Programm „Mobilität 2025“ weiterführen.

3244 *House of Logistics & Mobility (HOLM)*

3245 Mit der Schaffung des House of Logistics and Mobility (HOLM) finden Planung und
3246 Vernetzung von Mobilität und Logistik eine neutrale Plattform für eine interdisziplinäre,
3247 zukunfts- und anwendungsorientierte Zusammenarbeit von Wirtschaft, Wissenschaft
3248 und öffentlichen Institutionen in den Bereichen Forschung und Bildung, Vermarktung
3249 und Events sowie Vernetzung und Kooperationen. Im HOLM sollen sich nationale und
3250 internationale Partner mit Hochschulen und Unternehmen aus Hessen vernetzen kön-
3251 nen.

3252 Mit dem HOLM beweist Hessen erneut seine führende Position bei der Entwicklung
3253 wegweisender Konzepte für die Mobilität und Logistik von morgen und wird erneut zu-
3254 gleich als verkehrsreiches Bundesland Deutschlands und als Modellregion gelten kön-
3255 nen.

3256 **Verkehrsinfrastrukturfinanzierung**

3257 Der von der FDP eingeschlagene Weg, für die Projekte im Verkehrsbereich transpa-
3258 rente, an verkehrlichen, ökonomischen und ökologischen Kriterien orientierte Beurtei-
3259 lungsraster zu entwickeln und danach die Verkehrsmaßnahmen nach Dringlichkeit zu
3260 ordnen und umzusetzen, ist unverändert sinnvoll. Diese rationale Gestaltung einer Pri-
3261 oritätenreihung soll ausgebaut werden. Die Nutzen-Kosten-Analyse im ÖPNV ist dabei
3262 zu verfeinern und aussagekräftiger zu gestalten.

3263 Die FDP fordert die schrittweise Abschaffung der Kraftfahrzeugsteuer und deren auf-
3264 kommensneutrale Umlegung auf die Mineralölsteuer, die Abschaffung der Öko-Steuer
3265 sowie ein nutzungsabhängiges und mit Wettbewerbselementen versehenes Finanze-
3266 rungssystem für Schiene und Straße unter Einbeziehung privaten Risikokapitals. Ein
3267 angemessener Teil der durch den Verkehr erzeugten Steuereinnahmen muss für die
3268 Verkehrsinfrastruktur verwendet werden. Dies betrifft insbesondere die Mauteinnah-
3269 men aus dem LKW-Verkehr, die vollständig in Infrastrukturmaßnahmen fließen sollten.
3270 Die FDP lehnt eine PKW-Maut grundsätzlich ab. Eine solche Maßnahme wäre aus-
3271 schließlich dann denkbar, wenn ein kompletter Systemwechsel bei der Infrastrukturfi-
3272 nanzierung erfolgte und gewährleistet wäre, dass danach eine verlässliche, langfristige
3273 Finanzierungsperspektive für Erhaltungs- und Neubaumaßnahmen bestünde.

3274 Im Landesstraßenbau sind die bereits getätigten Anstrengungen fortzuführen und der
3275 Landesstraßenbauetat gegenüber dem heutigen Stand auf 150 Mio. Euro zu erhöhen.
3276 Damit sollen der Erhalt der Landesstraßen gesichert und die notwendigen Ortsumge-
3277 hungen und Ortsdurchfahrten gebaut werden können.

3278 Im Bereich der Finanzierung der Verkehrsverbünde hat sich der Abschluss von fünfjäh-
3279 rigen Finanzierungsvereinbarungen gerade im Hinblick auf die Planungssicherheit für
3280 die Akteure in diesem Bereich als absolut richtig erwiesen. Wir wollen auch hier die
3281 bestehenden Rekordinvestitionen in den ÖPNV in Hessen aufrechterhalten und fort-
3282 setzen.

3283 Der kommunale Verkehrsinfrastrukturausbau wird nicht mit dem Auslaufen des gelten-
3284 den Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes im Jahr 2019 beendet sein. Um die lang-
3285 fristige Planungssicherheit zu gewährleisten, setzen wir uns für die schnelle Entwick-
3286 lung einer Nachfolgelösung und entsprechende Verhandlungen auch mit der Bundes-
3287 ebene ein. Bei der Verteilung der Mittel auf die einzelnen Verkehrsträger in Hessen
3288 wollen wir den Kommunen Entscheidungsfreiheiten erhalten, in welche Verkehrsträger
3289 sie investieren wollen. Daher lehnen wir eine gesetzlich geregelte Aufteilung der Mittel
3290 nach einzelnen Verkehrsträgern ab.

3291 Die Verteilung der Bundesmittel zur Sicherung und Erweiterung der Verkehrsinfrastruk-
3292 tur ist reformbedürftig. Länder mit hohen Transitverkehren, zu denen auch Hessen ge-
3293 hört, erhalten, bezogen auf die Verkehrsleistung, weit weniger Bundesmittel als andere
3294 Bundesländer. Die FDP setzt sich daher dafür ein, die geltenden Verteilungsschlüssel
3295 zu überarbeiten und die Verteilung der Bundesmittel auf die Bundesländer stärker an
3296 der Verkehrsleistung zu orientieren.

3297 **Güterverkehr und Logistik**

3298 Hessen ist mit rd. 200.000 Erwerbstätigen in der Logistik einer der wichtigsten deut-
3299 schen Logistikstandorte. Distributionszentren in Nordhessen versorgen Menschen in
3300 Deutschland und Europa mit Waren. Umschlagzentren verschiedenster Logistiknetze
3301 in Nordhessen sorgen für kurze Lieferzeiten, für eine hohe Auslastung der Fahrzeuge
3302 und wenig Leerfahrten. In Südhessen haben sich in der Nachbarschaft des Flughafens
3303 Zentren angesiedelt, die ihre Waren schnell global zustellen müssen. Logistik ist eine
3304 Stärke der hessischen Wirtschaft, der Kommunen und ortsansässigen Speditionen.
3305 Dennoch wird die Akzeptanz des Güterverkehrs immer stärker eine Frage seiner Um-
3306 weltverträglichkeit und Sicherheit sein. Die Industrie bleibt aufgefordert, sich um lau-
3307 fende Verbesserungen zu bemühen. Im Zusammenwirken mit der Industrie sollen
3308 durch geeignete technische Maßnahmen wie Fahrerassistenz- und Navigationssysteme
3309 Unfälle und Staus vermindert und damit die Verkehrssicherheit erhöht werden.

3310 Die Schaffung von Verbundlösungen zwischen allen Verkehrsträgern des Güterver-
3311 kehrs – Schiene, Straße, Luft und Wasserstraßen – hat weiterhin oberste Priorität.
3312 Wasserstraßen müssen für den Transport von Containern und Massengütern besser
3313 genutzt werden. Auch dieser Verkehr ist in das Gesamtsystem „Kombinierter Verkehr“
3314 zu integrieren. Die Binnenhäfen sind als Schnittstellen zwischen den Verkehrsträgern
3315 Binnenschiff und Straße bzw. Schiene zu erhalten und nötigenfalls auszubauen. Die
3316 Weiterentwicklung des Osthafens Frankfurt zu einem modernen Logistikzentrum bei
3317 Vernetzung aller Verkehrsträger ist ein wichtiges Element einer hessischen Hafenk-
3318 zeption, die wir erarbeiten werden.

3319 Die Schiene muss sich auf ihre betriebswirtschaftlich technische Leistungsstärke kon-
3320 zentrieren. Der kombinierte Verkehr Schiene-Straße-Wasserstraße ist weiter konse-
3321 quent auszubauen mit der Zielsetzung, durch attraktive Leistungsangebote den Güter-
3322 verkehr auf langen Distanzen auf Schiene und Wasserstraße umzulenken. Dazu muss
3323 die Schiene flexibler, pünktlicher und schneller werden, um den Anforderungen der
3324 Logistikwirtschaft gerecht zu werden.

3325 Lieferverkehre stellen heute in den Städten eine große Belastung dar – häufig werden
3326 Geschäfte mehrfach am Tag von verschiedenen Paketdiensten beliefert. Die „klassi-
3327 sche“ City-Logistik setzt hier auf die Bündelung der Belieferung durch Speditionen – sie
3328 hat sich bundesweit nur an wenigen Standorten bewähren und durchsetzen können.
3329 Wir setzen uns daher für die Entwicklung neuer City-Logistik-Konzepte ein, die die ge-
3330 änderten Rahmenbedingungen der Belieferung berücksichtigen. Dabei setzen wir auf
3331 die Zusammenarbeit von Wirtschaft, Paketdienstleistern und Wissenschaft, die gefragt
3332 sind, solche Konzepte zu entwickeln. Als neutrale Plattform für die Entwicklung solcher
3333 Konzepte sieht die FDP Hessen das House of Logistics & Mobility.

3334 Die FDP Hessen setzt sich darüber hinaus für die Einsetzung einer Enquete-
3335 Kommission „Zukunft des Logistikstandorts Hessen sichern – Logistikvision Hessen
3336 2030 erarbeiten“ ein. Die Enquete-Kommission soll unter anderem die bestehenden
3337 und künftigen nationalen wie internationalen Entwicklungen von Verkehrsmengen, Ver-
3338 kehrsströmen und relevanten Rahmenbedingungen sowie ihrer Bedeutung für Hessen
3339 analysieren und sich mit der Bewertung und Präzisierung prioritärer Infrastrukturvorha-
3340 ben in Hessen auseinandersetzen.

3341 Die Zahl der Autohöfe ist vor dem Hintergrund der erheblichen Steigerungen im Güter-
3342 verkehr zu erhöhen, insbesondere im Rhein-Main-Gebiet. Dies ist auch eine Frage der
3343 Sicherheit, da den Fernfahrern so Möglichkeiten gegeben werden, ihre gesetzlich ge-
3344 forderten Ruhezeiten einzuhalten. Allerdings sind Autohöfe private Investitionen. Die
3345 laufenden Planungen sollen daher zügig weitergeführt werden, um Investoren zur Um-
3346 setzung zu finden. Der Abstimmung mit den Kommunen kommt dabei eine ebenso
3347 große Bedeutung zu wie bei der Schaffung von LKW-Parkplätzen an Autobahnen ge-
3348 nerell. Auch hier setzen wir uns dafür ein, die Kapazitäten an den stark befahrenen
3349 Strecken weiter zu erhöhen.

3350 Das Land Hessen soll darauf hinwirken, dass das Abgabesystem innerhalb der EU für
3351 das Straßentransportgewerbe und die Binnenschifffahrt harmonisiert wird, damit die
3352 bestehenden und die Existenz vieler mittelständischer Betriebe bedrohenden Wettbe-
3353 werbsverzerrungen wirksam beseitigt werden. Die FDP Hessen setzt sich dafür ein,
3354 dass die Mautpflicht für LKW nicht auf andere Straßen und Fahrzeugklassen ausge-
3355 weitert wird.

3356 Die FDP Hessen unterstützt die Forderung, an nicht bundeseinheitlichen Feiertagen
3357 Güterkraftverkehr ausschließlich auf den Bundesautobahnen zu gestatten. Die Praxis
3358 der Erteilung von Ausnahmegenehmigungen für LKW-Fahrten an Sonn- und Feiertag-
3359 en ist mit dem Ziel zu überprüfen, diese auf tatsächlich berechnigte wenige Ausnah-
3360 men zu beschränken.

Seite 91

3361 Die FDP Hessen spricht sich unter Ausschöpfung der systeminternen Effizienz mög-
3362 lichkeiten für die Nutzungsmöglichkeit von Lang-LKW aus.

3363

3364 IX. Wissenschaft und Hochschulen

3365 1. „Bildung und Wissen schaffen Zukunft“

3366 Bildung und Wissen sind die wichtigsten Grundlagen für die individuelle Entfaltung des
3367 einzelnen Menschen und für die Sicherung der Innovationsfähigkeit von Wirtschaft und
3368 Gesellschaft insgesamt. Exzellente Forschungs- und Entwicklungsleistungen in Geis-
3369 tes- wie Naturwissenschaften sind die Basis für die Innovationsfähigkeit unserer Ge-
3370 sellschaft, für neue Strukturen, Verfahren und Produkte. Sie stärken die Wettbewerbs-
3371 fähigkeit unserer Volkswirtschaft und erlauben es uns, die Vorteile der Globalisierung
3372 zu nutzen und die Risiken des Strukturwandels aufzufangen. Dazu sind junge qualifi-
3373 zierte Fachkräfte in allen Disziplinen erforderlich, die das Hochschulsystem gegenwär-
3374 tig nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stellen kann.

3375 Die FDP hält daran fest, dass die Förderung von Wissenschaft, Forschung und Bildung
3376 im Bereich der Hochschulen eine zentrale staatliche Aufgabe ist. Es ist unser Ziel, eine
3377 wissenschaftlich exzellente, wirtschaftlich leistungsfähige und qualitativ hochwertige
3378 Hochschullandschaft dauerhaft abzusichern. Ausgaben in diesem Bereich sind not-
3379 wendige Investitionen in die Zukunft, die sowohl dem Individuum als auch der Gesell-
3380 schaft einen Ertrag bringen. Darüber hinaus müssen Mittel und Wege gefunden wer-
3381 den, auch privates Kapital für die Stärkung von Lehre und Forschung zu gewinnen.

3382 2. "Unser Wort gilt! - Versprochen und gehalten -"

- 3383 • Neuer Hochschulpakt abgeschlossen

3384 Wir haben einen neuen Hochschulpakt mit einem Volumen von 1,4 Milliarden Euro
3385 abgeschlossen, damit die Hochschulen für den Zeitraum 2011-2015 Planungssicher-
3386 heit haben. Damit haben wir in Hessen eine wissenschaftlich exzellente, wirtschaftlich
3387 leistungsfähige und qualitativ hochwertige Hochschullandschaft gesichert.

- 3388 • Zusätzliche Studienplätze geschaffen

3389 Über den Hochschulpakt hinaus haben wir finanzielle Mittel bereitgestellt, damit zusätz-
3390 liche Studienplätze eingerichtet werden können. Insgesamt erhalten die hessischen
3391 Hochschulen aus diesen Mitteln im Jahr 2013 zusätzlich 97,3 Millionen Euro und im
3392 Jahr 2014 weitere 72,3 Millionen Euro. So haben wir zur Bewältigung der „doppelten
3393 Jahrgänge“ und der steigenden Zahl der Studierenden Rechnung getragen.

- 3394 • Forschungsprogramm LOEWE fortgeführt

3395 Wir haben in der vergangenen Legislaturperiode insgesamt 410 Millionen Euro für die-
3396 ses bundesweit herausragende Forschungsförderungsprogramm bereitgestellt. Damit
3397 haben wir den Wissenschafts- und Forschungsstandort Hessen nachhaltig gestärkt.

- 3398 • HEUREKA mit 250 Millionen Euro jährlich unterstützt

3399 Wir haben das Hochschulentwicklungs- und Umbauprogramm: Runderneuerung, Kon-
3400 zentration und Ausbau von Forschung und Lehre in Hessen (HEUREKA) auch in den
3401 letzten Jahren mit 250 Millionen Euro pro Jahr unterstützt. Damit sollen bis 2020 insge-
3402 samt 3 Milliarden Euro in die bauliche Infrastruktur der Hochschulen in Hessen inves-
3403 tiert werden.

- 3404 • Deutschlandstipendium fördert junge Akademikerinnen und Akademiker

3405 Mit dem nationalen Stipendienprogramm „Deutschlandstipendium“ fördern wir begabte
3406 und leistungsfähige Studierende mit einem einkommensunabhängigen Stipendium von
3407 300 Euro monatlich. Damit wollen wir den Anteil der Stipendiaten von drei auf zehn
3408 Prozent erhöhen.

3409 **3. Weiter gestalten: „Hochwertige Forschung und Lehre** 3410 **erhalten und ausbauen“**

3411 **Anstieg der Studierendenzahlen meistern und als Chance be-** 3412 **greifen**

3413 Die Kombination von Schulzeitverkürzungen in nahezu allen Bundesländern mit dem
3414 Wegfall der Wehrpflicht und einer steigenden Studierneigung der Abiturienten hat zu
3415 einem beispiellosen Anstieg der Studierendenzahlen in allen Ländern geführt. Hessen
3416 als besonders attraktives Land mit der größten Studentendichte aller Flächenländer ist
3417 davon besonders betroffen. Dies begreifen wir als Chance. Wir wollen, dass jeder jun-
3418 ge Mensch, der studieren will und dazu fachlich in der Lage ist, auch studieren kann.

3419 Auch wenn sich die Studentenzahlen wieder normalisieren werden, wenn die doppel-
3420 ten Jahrgänge die Hochschulen verlassen haben und sie die allgemeine demografi-
3421 sche Entwicklung erreicht, werden die Hochschulen noch über Jahre hinweg mit einer
3422 großen Zahl von Studierenden umgehen müssen.

3423 Hierzu wollen wir durch pragmatische Lösungen wie überlappende Berufungen (d.h.
3424 Neubesetzungen von Professorenstellen, die erst in einigen Jahren auslaufen) und
3425 durch zusätzliche Stellen im wissenschaftlichen Mittelbau Lösungen anbieten.

3426 Die hierzu vom Bund angebotenen Finanzmittel aus dem Hochschulpakt 2020 werden
3427 wir in voller Höhe durch zusätzliche Mittel aus dem Landesetat kofinanzieren.

3428 **Innovationsoffensive für die Hochschulen**

3429 Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des internationalen Wettbe-
3430 werbs um qualifizierte Arbeitskräfte benötigen wir auch in Zukunft eine große Zahl von
3431 Hochschulabsolventen. Neben einer breiten Schicht von gut ausgebildeten Akademi-
3432 kern ist auch die Eliteförderung an hessischen Hochschulen wesentlich für die Zu-
3433 kunfts-chancen unseres Landes. Die FDP will erreichen, dass die Hochschulen in die
3434 Lage versetzt werden,

Seite 94

- 3435 • hohe, wettbewerbsfähige Standards in der Ausbildung des Nachwuchses für die
3436 Forschung und für Führungsaufgaben in allen Bereichen zu realisieren,
3437 • international anerkannte Spitzenleistungen in Forschung und Entwicklung zu er-
3438 bringen,
3439 • den Wissens- und Technologietransfer zwischen Hochschulen und Unternehmen
3440 sowie die systematische wirtschaftliche Verwertung der Forschungsergebnisse zu
3441 verstärken.

3442 Die FDP will den 1999 begonnen Reformprozess an den Hochschulen vorantreiben
3443 und weiterentwickeln. Leitlinien liberaler Politik sind hierbei:

- 3444 • Stärkung der Autonomie der Hochschulen
3445 • Orientierung der Ziele der Hochschule an den Bedürfnissen der sie tragenden Ge-
3446 sellschaft
3447 • Stärkerer Wettbewerb um Qualität in Forschung und Lehre
3448 • Orientierung an Leistung und Wirtschaftlichkeit
3449 • Erhaltung der finanziellen Planungssicherheit

3450 Diese Ziele wollen wir in einer vertrauensvollen Partnerschaft und im Konsens mit den
3451 Hochschulen schrittweise weiter umsetzen. Dadurch sollen die Hochschulen befähigt
3452 werden, sich im nationalen und internationalen Wettbewerb in Forschung und Lehre
3453 noch besser zu positionieren.

3454 Die Einbindung externen Sachverständs im Hochschulrat hat sich bewährt. Über den
3455 Hochschulrat wird die sie tragende Gesellschaft in die Entscheidung über grundsätzli-
3456 che Fragen eingebunden. Die Aufwertung des Hochschulrats durch Beteiligung bei der
3457 grundlegenden Ausrichtung der Hochschule sowie bei der Besetzung der Hochschullei-
3458 tung hat sich bewährt. Dies gilt auch für die Regelungen für den Hochschulrat der TUD.

3459 Eine verfasste Studentenschaft als Vertreter studentischer Interessen innerhalb der
3460 Hochschule ist sinnvoll und notwendig. Wir unterstützen eine stärkere Einbindung stu-
3461 dentischer Vertreter in Fragen der Lehre. Dabei ist darauf zu achten, dass die Pflicht-
3462 beiträge der Studierenden zielgerichtet für studentische Belange und nicht für allge-
3463 meinpolitische Arbeit eingesetzt werden. Die Höhe der Beiträge sollte nicht von der
3464 Wahlbeteiligung abhängen, sollte jedoch von der Studentenschaft insgesamt festgelegt
3465 werden können.

3466 Die Freiheit der Forschung darf weder durch die Hochschulgremien noch durch Be-
3467 schränkungen von Forschungsgegenständen in den Grundordnungen eingeschränkt
3468 werden. Eine generelle Änderung der Mehrheitsverhältnisse in den Hochschulgremien,
3469 die den Professoren nur noch ein Minderheitenvotum in Forschungsfragen belässt,
3470 widerspricht der Wissenschaftsfreiheit und ist daher nicht zielführend. Besonders poli-
3471 tisch motivierte Zivilklauseln an Hochschulen sind vor dem Hintergrund der Freiheit von
3472 Wissenschaft und Forschung abzulehnen.

3473 Die Ergebnisse des Reformprozesses sollen begleitend sowohl intern als auch extern
3474 evaluiert und notwendige Verbesserungen entsprechend den Grundsätzen eines ler-
3475 nenden Systems vorgenommen werden.

3476 **Rahmenbedingungen für Lehre und Forschung**

3477 Die FDP sieht die Aufgabe der Wissenschafts- und Hochschulpolitik darin, den Rah-
3478 men zu setzen, in dem größtmögliche Eigenständigkeit und Profilbildung der Hoch-
3479 schulen mit dem Ziel ausgezeichneter Lehre und Forschung stattfinden können. Dazu
3480 gehören die Erweiterung der Hochschulautonomie, eine Stärkung des Wettbewerbs in
3481 Forschung und Lehre und eine auskömmliche Finanzierung.

3482 Den Weg zur weitergehenden Autonomie unserer Hochschulen wollen wir konsequent
3483 weiter verfolgen. Den Hochschulen soll das volle Auswahlrecht bei der Aufnahme von
3484 Studenten sowie die Bauherreneigenschaft für ihre Liegenschaften übertragen werden.
3485 Ferner sollen sie die Dienstherreneigenschaft für ihr Personal erhalten. Sie müssen
3486 zudem in die Lage versetzt werden, ihr Personal flexibel einzusetzen. Dazu gehört die
3487 Entscheidung darüber, ob dieses im Angestellten- oder Beamtenverhältnis geführt
3488 wird, ob es über die üblichen Altersgrenzen hinaus eingesetzt wird sowie die Möglich-
3489 keit, Lehrdeputatskonten, Lecturers und Lehrprofessuren dort einzusetzen, wo sie das
3490 wünschen. Schließlich ist den Hochschulen auf dem Gebiet der Unternehmensgrün-
3491 dungen und unternehmerischer Betätigungen größere Handlungsfreiheit einzuräumen.

3492 Das Bild eines einheitlichen Hochschulwesens mit gleichen Studiengängen ist überholt.
3493 Das aktuelle Hochschulsystem ist aufgrund seiner Wettbewerbsorientierung gerade auf
3494 Leistungsdifferenzierung und Profilbildung der Hochschulen ausgerichtet und damit
3495 auch das Angebot unterschiedlicher Ausbildungskonzepte mit unterschiedlichen Anfor-
3496 derungsprofilen. In Zeiten von Autonomie, Globalhaushalten, leistungsorientierter Mit-
3497 telzuweisung, Ziel- und Leistungsvereinbarungen sowie vor allem der Einsicht in die
3498 Notwendigkeit von Qualitätssteigerungen im Hochschulbereich, können Studienplätze
3499 nicht mehr aufgrund von fiktiven Stellenplänen zentral verteilt werden. Die Studieren-
3500 den sollen sich die Hochschule aussuchen, die für sie am besten geeignet ist, und die
3501 Hochschulen sollen sich für die Studierenden entscheiden, die die spezifischen Anfor-
3502 derungen ihrer Studiengänge am besten erfüllen.

3503 Als Konsequenz ist die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) als Zu-
3504 teilungsstelle von Studienplätzen abzuschaffen. Unbeschadet dessen können die
3505 Hochschulen auf freiwilliger Basis eine gemeinsame Clearingstelle einrichten, die die
3506 Studienbewerbungen, insbesondere Mehrfachbewerbungen koordiniert.

3507 **Hochschulautonomie und Hochschulpakt fortsetzen**

3508 Seit der Regierung Koch/Wagner schließt das Land Hessen einen Vertrag, den soge-
3509 nannten Hochschulpakt, mit den hessischen Hochschulen ab. Der Pakt bietet den
3510 Hochschulen für fünf Jahre Planungssicherheit. Hochschulautonomie und Hochschul-
3511 pakt sind für die FDP zwei Seiten einer Medaille. Dabei werden im Hochschulpakt Ziele
3512 beschrieben und die dazu erforderliche Finanzierung zugesagt. Die Hochschulen ent-
3513 scheiden eigenverantwortlich, wie sie die vereinbarten Ziele erreichen. An dieser be-
3514 währten Praxis wollen wir festhalten.

3515 Im Rahmen des Hochschulpakts erfolgt die Steuerung der Hochschulen durch gemein-
3516 sam mit den Hochschulen erarbeitete Ziel- und Leistungsvereinbarungen, die die

3517 Schwerpunktbildung der einzelnen Hochschulen ebenso berücksichtigt wie übergeord-
3518 nete Interessen des Landes an der Sicherstellung eines breiten und zukunftsorientier-
3519 ten Fächerspektrums, das auch kleinere Fächer umfasst.

3520 Zugleich sollen im nächsten Hochschulpakt die Kennzahlen weiterentwickelt werden,
3521 mit denen die Leistung der Hochschule in Forschung und Lehre gemessen wird. Dabei
3522 soll der Hochschulpakt verstärkt Anreize für die Steigerung der Qualität von Forschung
3523 und Lehre setzen und den Wettbewerb um die besten Leistungen in der Forschung,
3524 aber auch in der Lehre fördern. Dabei sehen wir Forschung und Lehre in ihrer Bedeu-
3525 tung als gleichwertig an.

3526 Die Landes-Offensive zur Entwicklung wissenschaftlich-ökonomischer Exzellenz
3527 (LOEWE) mit einem Fördervolumen von jährlich 90 Mio. € hat die hessische For-
3528 schungslandschaft wesentlich gestärkt und den in den 90er Jahren unter Rot-Grün zu
3529 beklagenden Rückstand Hessens ausgeglichen. LOEWE-Zentren und Schwerpunkte,
3530 die sich in erfolgreicher Evaluation bewährt haben, sollen fortgeführt werden. So soll
3531 die wissenschaftliche Exzellenz nach dem Auslaufen der zugesagten Projektfinanzie-
3532 rungen nachhaltig gesichert werden. Dazu werden wir eine Initiative auflegen, die auf
3533 Basis von Leistungen und unter Wettbewerbskriterien die Profilbildung der Hochschu-
3534 len stärkt und dabei im Rahmen von LOEWE gebildete sowie neue wissenschaftliche
3535 Schwerpunkte gezielt fördert. Hierbei werden wir die nach dem Auslaufen von LOEWE
3536 freiwerdenden Finanzmittel einbringen.

3537 Dabei werden wir auch das Verhältnis zwischen langfristig zugesagten und projektbe-
3538 zogenen Mitteln neu austarieren. Dauerhaften Ausgaben müssen auch dauerhafte
3539 Einnahmen gegenüberstehen. Gleichzeitig werden die dauerhaften Finanzmittel im
3540 Rahmen des Hochschulpaktes stärker an Erfolgsparameter gebunden. Auf diese Wei-
3541 se sichern wir langfristig den Forschungsstandort Hessen.

3542 **Kostenfreies Erststudium an staatlichen Hochschulen**

3543 Bildung ist der Schlüssel zum Wohlstand – sowohl für den einzelnen Menschen wie
3544 auch für die Gesellschaft. Deshalb ist es im Interesse unseres Landes, dass leistung-
3545 fähige und leistungsbereite junge Menschen unabhängig von ihrem finanziellen Hinter-
3546 grund ein Studium aufnehmen. Aus diesem Grund sprechen wir uns für ein kostenfrei-
3547 es Erststudium (inkl. Masterstudium) an staatlichen hessischen Hochschulen aus. Für
3548 Zweitstudien oder bei deutlichem Überschreiten der Regelstudienzeit soll es den
3549 Hochschulen freigestellt werden, ob sie Beiträge erheben, die sie dann zusätzlich zur
3550 staatlichen Finanzierung behalten dürfen. Dabei sind Regelungen zu treffen, die Teil-
3551 zeitstudien entsprechend berücksichtigen.

3552 Der Wettbewerb um die besten Bedingungen für Studentinnen und Studenten zwi-
3553 schen den hessischen Hochschulen, aber auch zwischen den Hochschulen aller Län-
3554 der kann nicht gelingen, wenn eine Hochschule, die attraktiv ist und deshalb von den
3555 Studentinnen und Studenten ausgewählt wird, mit jedem zusätzlich Studierenden Kos-
3556 ten tragen muss, ohne dass Einnahmen entgegen stehen. Deshalb fordert die FDP, die
3557 Umsetzung des Prinzips „Geld folgt Student“. Innerhalb Hessens ist dies seit den Re-
3558 formen unter Ministerin Ruth Wagner im Rahmen der Hochschulpakete verwirklicht.

3559 Es ist unser Ziel, in Verhandlungen mit den anderen Ländern sowie dem Bund zu er-
3560 reichen, dass das Prinzip „Geld folgt Student“ auch über Ländergrenzen hinweg gültig
3561 ist. Hessen ist ein sehr attraktiver Studienort. Von allen Flächenländern hat Hessen die
3562 höchste Studentendichte. Ein Land, das gute Studienbedingungen anbietet und des-
3563 halb Studierende anzieht, sollte dadurch keinen Nachteil erleiden. Deshalb sollten die
3564 Kosten des Studiums – differenziert nach Fächerclustern – grundsätzlich vom Land
3565 getragen werden, in dem der Student seine Hochschulzugangsberechtigung erworben
3566 hat, und dann zielgenau an die aufnehmende Hochschule fließen.

3567 Auf der Ebene der persönlichen Finanzierung der Studierenden wollen wir das Stipen-
3568 dienwesen weiter ausbauen. Insbesondere ermutigen wir alle hessischen Hochschu-
3569 len, ihr Kontingent an Deutschlandstipendien auszunutzen, und werden sie hierbei un-
3570 terstützen.

3571 Drittmittel für Forschung und Lehre sind ein wesentliches Element des Wettbewerbs
3572 zwischen den Hochschulen und eine wichtige zusätzliche Finanzquelle. Die Hochschu-
3573 len sollen zur Erfüllung ihrer Aufgaben in Forschung und Lehre langfristig eigenes
3574 Vermögen bilden. Stiftungsrecht, Erbrecht und Steuerrecht sind so zu verändern, dass
3575 es für Privatpersonen und Unternehmen attraktiver wird als bisher, Hochschulen finan-
3576 ziell zu unterstützen.

3577 Das Hochschulsponsoring soll nicht durch bürokratische Hemmnisse behindert wer-
3578 den. Die Unternehmen sollen ermutigt werden, Stiftungsprofessuren zu vergeben.
3579 Drittmittel und Spenden dürfen nicht auf die Grundausstattung angerechnet werden.

3580 Zusätzlich zur Einwerbung von Stiftungs- und Sponsorenmitteln sollen die Hochschu-
3581 len ihr Know-how professioneller vermarkten. Verstärkter Wissens- und Technologietransfer
3582 durch attraktivere Nebentätigkeitsregelungen und vor allem die systematische
3583 wirtschaftliche Verwertung der Forschungsergebnisse bringt ein aktives Standortma-
3584 nagement statt Forschung für die Schublade. Dazu muss der Wissens- und Technologietransfer
3585 zwischen Hochschulen, Land und Unternehmen weiter ausgebaut werden.

3586 **Bologna-Prozess fortführen und weiterentwickeln**

3587 Die Einführung der international anerkannten Studienabschlüsse Bachelor und Master
3588 und der damit einhergehende Umbau der Studiengänge (Bologna-Prozess) waren rich-
3589 tig. Probleme bei der Umsetzung haben die Hochschulen mit der Einführung von Bo-
3590 logna-Werkstätten aufgegriffen. Diese Arbeit soll konsequent fortgeführt werden, um
3591 damit auch den Wechsel von einer Hochschule zur anderen während des Studiums zu
3592 erleichtern. Bei diesem Prozess werden wir die Hochschulen als Land unterstützen.

3593 Wir wollen den Bachelor als ersten berufsqualifizierenden Abschluss in seiner Wertig-
3594 keit stärken. Deshalb ist es weder zu erwarten noch anzustreben, dass jeder Bachelor-
3595 absolvent ein Masterstudium beginnt. Über die Zulassung zum Masterstudium ent-
3596 scheidet die aufnehmende Hochschule nach Leistungskriterien. Der Anteil der Ba-
3597 chelorabsolventen, die ein Masterstudium anstreben, wird von Fach zu Fach variieren
3598 und ist Teil der Entwicklungsplanung der jeweiligen Hochschule. Im Rahmen des le-

Seite 98

3599 benslangen Lernens unterstützen wir zudem, wenn Menschen nach einem Bachelor-
3600 studium zunächst einen Beruf ergreifen und erst später ein Masterstudium aufnehmen.

3601 Der Master ist als Abschluss so zu gestalten, dass er von der Qualität der Ausbildung
3602 her dem früheren Diplom bzw. Magister entspricht. Dieser Hinweis soll auf Wunsch der
3603 Absolventen auf dem Zeugnis vermerkt werden. In einzelnen Fächern, insbesondere
3604 im Bereich der Ingenieurwissenschaften, war das Diplom ein international anerkannter
3605 Qualitätsbegriff. Um diese Marke zu erhalten, wollen wir der Hochschule das Recht
3606 einräumen, in bestimmten Fächern die Titel Master bzw. Diplom alternativ zu verleihen.
3607 In diesem Fall hat der Absolvent das Wahlrecht, welchen Titel er führen möchte.

3608 Der überwiegende Anteil der Hochschulabsolventen nimmt nach dem Abschluss Posi-
3609 tionen außerhalb der Hochschulen wahr und erwirtschaftet maßgeblich unseren Wohl-
3610 stand. Deshalb ist die Lehre zentral für die Entwicklung unseres Landes. Sie darf in der
3611 Wertigkeit nicht hinter der Forschung zurückstehen. Deshalb werden wir den hessi-
3612 schen Preis für die beste Lehre als höchst dotierten Lehrpreis in Deutschland erhalten
3613 und die Leistung in der Lehre stärker als bisher in den Zielvorgaben des Hochschulpa-
3614 kts verankern. Hierzu wollen wir die Qualität der Lehre hochschulübergreifend messen.

3615 Die Bildung differenzierter Profile der Hochschulen ist durch die Setzung besonderer
3616 Schwerpunkte voranzutreiben. Gleichzeitig sind die Kooperationen zwischen Hoch-
3617 schulen – auch länderübergreifend – auszubauen, um so eine breite Vielfalt an Stu-
3618 dienangeboten in der Fläche zu erhalten und die Existenz der kleineren Fächer dauer-
3619 haft zu sichern. In diesem Zusammenhang sind auch zwischen den Hochschulen ab-
3620 gestimmte Bachelor- und Masterprogramme, z.B. zwischen Fachhochschulen und Uni-
3621 versitäten einer Hochschulregion, notwendig. So führt optimale Ressourcennutzung zu
3622 einem qualitativ hochwertigen Angebot. Der Zugang zu einem Masterstudiengang steht
3623 allen Absolventen offen, unabhängig von der Hochschule, an der der Bachelorgrad
3624 erworben wurde. Entsprechendes gilt für den Übergang vom Master zur Promotion.

3625 Die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und privaten Unternehmen in der Aus-
3626 und Weiterbildung soll intensiviert werden, z.B. durch den Ausbau berufsbegleitender
3627 und berufsintegrierender/dualer Studiengänge sowie die verstärkte Einwerbung von
3628 Stiftungsprofessuren.

3629 Die FDP setzt auf den Wettbewerb zwischen den Hochschulen als Instrument zur Ver-
3630 besserung der Qualität und sieht folgerichtig private Hochschulen als echte Alternative
3631 zu staatlichen Hochschulen in der Konkurrenz um die besten Köpfe. Die Hochschulen
3632 in privater Trägerschaft können mit ihrer höheren Flexibilität und Dynamik einen wichti-
3633 gen Beitrag gerade mit Blick auf die zukünftig steigenden Studierendenzahlen leisten.
3634 Sie sind daher in das System der Finanzierung nach dem Prinzip „Geld folgt Student“
3635 einzubeziehen. Soweit sichergestellt ist, dass die jeweilige private Hochschule eine
3636 qualitativ hochwertige Ausbildung anbietet und der Zugang allen geeigneten Bewer-
3637 bern offen steht, wollen wir privaten Hochschulen einen Anteil von dem Clusterpreis
3638 zahlen, den staatlichen Hochschulen erhalten. Allerdings muss sichergestellt sein,
3639 dass bei den laufenden Kosten der private Finanzierungsanteil den staatlichen über-

3640 steigt. Eine Erhebung von Studienbeiträgen steht dabei einer Förderung privater Hoch-
3641 schulen nicht entgegen, sofern diese von der Höhe her angemessen sind.

3642 **Unterstützung der Studierenden**

3643 Unerlässlich für eine Verbesserung der sozialen Situation der Studierenden ist eine
3644 ausreichende finanzielle Unterstützung für die Kosten der Lebenshaltung sowie eine
3645 angemessene soziale Infrastruktur an den Hochschulen.

3646 Hier fordert die FDP:

3647 • Das BAföG als System der Finanzierung von Lebenshaltungskosten muss grundle-
3648 gend reformiert werden. Gemäß den im Bundestagswahlprogramm genannten
3649 Eckpunkten soll das BAföG in Zukunft elternunabhängig gestaltet werden. Eine sol-
3650 che Finanzierung aus einem Guss würde den vielen Studierenden, die bislang kei-
3651 nen Anspruch auf BAföG haben, das Studium erleichtern, den Zwang zur Arbeits-
3652 aufnahme verringern und damit die Studienzeiten verkürzen helfen. Außerdem soll
3653 die Zuverdienstgrenze an die jeweils aktuellen Maximalsätze für Mini-Jobs angegli-
3654 chen werden.

3655 • An vielen Hochschulstandorten ist das Angebot an kostengünstigem Wohnraum
3656 knapp. Deshalb soll der in der Wahlperiode 2009-14 begonnene Ausbau von
3657 Wohnheimplätzen fortgeführt werden. Darüber hinaus sollen die bestehenden In-
3658 strumente der privaten Wohnungsbauförderung genutzt werden. Ferner soll unter-
3659 sucht werden, ob es nicht mehr benötigte staatliche Liegenschaften gibt, die als
3660 studentischer Wohnraum genutzt werden können. Durch eine Verbesserung der
3661 Verkehrsanbindung sollen gleichzeitig die Hochschulstädte dazu beitragen, dass
3662 Wohnraum im Umland besser von Studentinnen und Studenten genutzt werden
3663 kann.

3664 • Erleichterungen für Studierende mit Kindern durch die verstärkte Einrichtung von
3665 Betreuungseinrichtungen an Hochschulen für Kinder im Vorschulalter.

3666 • Studierende mit Behinderungen benötigen eine auf ihre Bedürfnisse angepasste
3667 Umgebung. Dies betrifft nicht nur den barrierefreien Zugang zu Gebäuden und
3668 Hörsälen, sondern auch Sonderregelungen in Prüfungsordnungen, z.B. für Sehbe-
3669 hinderte oder Menschen mit besonderen körperlichen Einschränkungen. Wir wol-
3670 len, dass Menschen mit Behinderungen in Hessen ein ihren Fähigkeiten entspre-
3671 chendes Studium aufnehmen können, und werden deshalb ihre Belange besonders
3672 berücksichtigen.

3673

3674 X. Chancen durch eine rationale Energiewende

3675 1. „Energieversorgung als Lebensgrundlage sichern“

3676 Der Umbau der Energieversorgung stellt eine herausragende gesellschafts-, umwelt-
3677 und wirtschaftspolitische Aufgabe der kommenden Jahrzehnte dar. Die nach dem Un-
3678 glück in Fukushima mehrheitlich gewollte und durch den schnelleren Ausstieg aus der
3679 Kernenergie beschleunigte Energiewende kann jedoch nur gelingen, wenn alle politi-
3680 schen wie gesellschaftlichen Akteure an einem Strang ziehen. Die sichere, zuverlässige
3681 und bezahlbare Versorgung mit Energie ist dabei das elementare Grundbedürfnis
3682 für jeden privaten Haushalt, für mittelständische Betriebe, Unternehmen und die Indust-
3683 rie und setzt einen breiten Energiemix voraus. Zudem muss der durch die Energiewen-
3684 de bedingte, erhöhte Ausstoß von CO₂ wieder reduziert werden. In den großen Her-
3685 ausforderungen liegen jedoch zugleich einmalige Chancen. Kaum ein anderer Bereich
3686 bietet ein solch großes technologisches und wirtschaftliches Entwicklungspotenzial wie
3687 das Feld der Energiepolitik.

3688 Der kontinuierliche Ausbau des Anteils der Erneuerbaren Energien am Energiemix in
3689 den vergangenen Jahrzehnten leistet darüber hinaus einen wesentlichen Beitrag zum
3690 Schutz von Natur und Umwelt, zur Ressourcenschonung und damit zum Erhalt unserer
3691 natürlichen Lebensgrundlagen. Die Debatte um die zukünftige Energieversorgung wur-
3692 de jedoch fälschlicherweise lange als rein klima(schutz)politische Aufgabenstellung
3693 verstanden. Dies birgt die Gefahr paradoxer Ergebnisse. Steigen die Energiekosten
3694 stetig und im internationalen Vergleich überproportional an, hat dies über kurz oder
3695 lang zur Folge, dass vor allem energieintensive Unternehmen ihren Betriebsstandort in
3696 Regionen der Erde verlegen, in denen weniger ambitionierte oder gar keine Ziele zur
3697 Reduzierung des CO₂-Ausstoßes bestehen. Dies führt zu dem widersinnigen Effekt,
3698 dass der Wirtschaftsstandort Deutschland geschwächt wird und Arbeitsplätze wegfal-
3699 len. Gleichzeitig kommen wir der Erfüllung der Klimaschutzziele zwar für Deutschland
3700 isoliert betrachtet näher, während die Ziele jedoch global gesehen in weitere Ferne
3701 rücken.

3702 Die FDP bekennt sich zu dem bundespolitischen Ziel, bis 2020 insgesamt 35 Prozent
3703 des Gesamtstrombedarfs aus erneuerbaren Energien zu decken. Wir haben uns au-
3704 ßerdem in Hessen im Rahmen des Energiegipfels das ehrgeizige Ziel gesetzt, den
3705 Strombedarf bis 2050 vollständig aus erneuerbaren Energien zu decken. Die FDP
3706 Hessen setzt dabei auf eine rationale Energiewende, die Mensch und Natur nicht un-
3707 verhältnismäßig belastet, die wirtschaftlichen Grundlagen nicht gefährdet und von ei-
3708 nem ideologiefreien Umgang mit allen zur Verfügung stehenden Energieträgern ge-
3709 prägt ist. Ein Abweichen von diesem Fahrplan, das zu Lasten und auf Kosten der Bür-
3710 gerinnen und Bürger, der hessischen Unternehmen oder der Industrie erfolgt, ist nicht
3711 akzeptabel.

3712 Die Energiewende bringt durch die Dezentralität der Erneuerbaren Energien zahlreiche
3713 neue Beeinträchtigungen für Mensch und Natur mit sich, die es ebenfalls zu berück-
3714 sichtigen gilt. Erneuerbare Energieträger sollen deshalb dort gezielt zu- und ausgebaut

3715 werden, wo sie wirtschaftlich sinnvoll sind und effizient arbeiten. Ein Vorgehen nach
3716 dem Motto „Viel hilft viel“ zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger wird es mit der FDP
3717 hingegen nicht geben.

3718 Ferner sind Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit aus Sicht der FDP nur zu ge-
3719 währleisten, wenn der Staat in der Energiepolitik grundsätzlich technologieoffen ist, die
3720 Förderung ineffizienter Strukturen vermieden wird und marktwirtschaftliche Prinzipien
3721 beachtet werden. Nur durch die sinnvolle Ergänzung der Erneuerbaren Energien mit
3722 grund- und spitzenlastfähigen Energieträgern sowie durch einen Ausbau der Netze und
3723 die Erforschung und Entwicklung neuer Techniken zur Energiespeicherung, kann ein
3724 stabiles Netz und damit Versorgungssicherheit garantiert werden. Deutschland ist
3725 schon jetzt Vorreiter bei der Energiewende. Diese kann allerdings nur dann internatio-
3726 nale Vorbildfunktion entfalten, wenn sie wirtschaftlich, umweltverträglich und zukunfts-
3727 fähig ausgestaltet wird. Dann besteht die Chance, dass das Handwerk und die hessi-
3728 sche Industrie ebenso von ihr profitieren, wie die Bürgerinnen und Bürger.

3729 **2. "Unser Wort gilt! - Versprochen und gehalten -"**

3730 Die FDP hat in der Regierungskoalition in Hessen die Herausforderungen der Ener-
3731 giewende erkannt und die richtigen Maßnahmen ergriffen, um die Grundlagen für eine
3732 rationale Energiewende in Hessen zu schaffen.

3733 • Energiegipfel als gemeinsame Grundlage

3734 Wir haben einen bundesweit einzigartigen, beispielgebenden Energiegipfel mit allen
3735 maßgeblichen Akteuren aus Gesellschaft, Wirtschaft und Politik über alle Parteigren-
3736 zen hinweg durchgeführt. Damit haben wir wesentlich dazu beigetragen, alle Beteilig-
3737 ten in diese herausfordernde Aufgabe einzubinden.

3738 • Entwicklung eines Energiezukunftskonzeptes

3739 Wir haben ein Energiezukunftskonzept entwickelt, durch das Hessen als Energie-
3740 standort mit voller Wertschöpfungstiefe gesichert wird. Mit der Verabschiedung des
3741 Energiezukunftsgesetzes als strukturpolitische Grundlage für eine zukunftsfähige Kon-
3742 zeption aus Information, Beratung und Förderung, wollen wir die ehrgeizigen Energie-
3743 ziele erreichen.

3744 Wir unterstützen investive Maßnahmen über Zuschüsse, Darlehen oder Bürgschaften
3745 zur energetischen Sanierung im kommunalen Gebäudebestand, um die jährliche ener-
3746 getische Sanierungsquote auf 2,5 bis 3 Prozent zu erhöhen.

3747 Alleine im Landeshaushalt 2012 haben wir ein Bewilligungsvolumen von über 80 Milli-
3748 onen für Förderprogramme in den Bereichen Energie, Klimaschutz und Elektromobilität
3749 geschaffen.

3750 Wir haben Investitionen in Höhe von 160 Millionen Euro für energetische Sanierungen
3751 am landeseigenen Gebäudebestand bis 2017 beschlossen.

3752 Wir haben Anreize auch für die Sanierung denkmalgeschützter Gebäude, die Erfor-
3753 schung neuer Speichertechnologien und zur Effizienzsteigerung gesetzt, ohne unnöti-
3754 gen Zwang auszuüben.

3755 • Energieberatung ausgebaut

3756 Wir wollen durch gute und umfassende Informationen zur Hessischen Energiesparakti-
3757 on, durch die Förderung von Energieberatungsstellen sowie durch Kampagnen an
3758 Schulen einen hohen Beratungsgrad der Bevölkerung sowie der Unternehmen über
3759 Energie erreichen. Eine zentrale Plattform dafür bildet vor allem das Kompetenzzent-
3760 rum HessenRohstoffe (HeRo) e.V., das als Scharnier zwischen Verbänden, Wirtschaft
3761 und Wissenschaft sowohl Informationen bündelt wie auch die praktische stoffliche und
3762 energetische Nutzung nachwachsender Rohstoffe fördert.

3763 • Verabschiedung des LEP – Teilplan Windenergie

3764 Wir haben den Landesentwicklungsplan (LEP) Windenergie mit Festlegungen wie dem
3765 Zwei-Prozent-Grundsatz für Windvorrangflächen mit Ausschlusswirkung für das übrige
3766 Landesgebiet, der Festschreibung des Konzentrationsgrundsatzes für Windkraftanla-
3767 gen sowie der Mindestwindgeschwindigkeit von durchschnittlich 5,75 m/s in 140 Me-
3768 tern Höhe und dem Siedlungsabstand von mindestens 1.000 Metern als Vorausset-
3769 zung für die Errichtung von Windkraftanlagen beschlossen. Damit wollen wir den durch
3770 die Förderstruktur des EEG begünstigten Mitnahmeeffekten Einhalt gebieten und die
3771 negativen Auswirkungen von Windkraftanlagen auf die Umwelt als Lebensraum sowie
3772 den Flächenverbrauch begrenzen. Durch besondere Berücksichtigung von sensiblen
3773 Gebieten sollen gefährdete Arten geschont und damit die Grundlagen für einen ver-
3774 nünftigen Ausbau der Windkraft gelegt werden.

3775 • Grundlagen für rationale Energiewende geschaffen

3776 Mit all dem wurden die Beschlüsse des Hessischen Energiegipfels umfassend umge-
3777 setzt und die Grundlagen geschaffen, um den notwendigen Ausbau der erneuerbaren
3778 Energien mit einer rationalen Energiewende zu ermöglichen. Hessen hat mit der FDP
3779 endlich eine Energiepolitik aus einem Guss bekommen.

3780 **3. Weiter gestalten: „Energie muss verfügbar und be-** 3781 **zahlbar bleiben“**

3782 **Bezahlbarer Strom für Bürger, Unternehmen und Industrie**

3783 Die von der FDP angestoßene Liberalisierung und Deregulierung der Energiemärkte
3784 hat zunächst zu einer Entlastung für private Verbraucher und Unternehmer geführt.
3785 Durch die steigende Zahl von Windkraft- und insbesondere von Photovoltaikanlagen
3786 entstehen jedoch in Zusammenhang mit der durch das EEG garantierten Einspeise-
3787 vergütung immer höhere Kostenverpflichtungen, die dazu führen, dass die Kosten der
3788 Energiewende zunehmend aus dem Ruder laufen. Die EEG-Umlage treibt dabei im
3789 Besonderen die Kosten der privaten Haushalte. Die systembedingte Anpassung der

3790 EEG Umlage von 3,6 auf 5,3 Cent/kwh von 2012 auf 2013 stellt eine fast 50-prozentige
3791 Erhöhung dar. Eine Familie mit zwei Kindern wird damit alleine durch die EEG-
3792 Umlageerhöhung inklusive der anfallenden Mehrwertsteuer jährlich um über 200 Euro
3793 zusätzlich belastet – und ein Ende ist nicht in Sicht, wenn die Regelungen des EEG
3794 fortbestehen. Dabei waren im Jahr 2011 schon etwa 600.000 Haushalte zeitweise von
3795 der Stromversorgung abgeschnitten, weil die Stromrechnungen nicht mehr beglichen
3796 werden konnten.

3797 Mittlerweile ist Deutschland auf dem Energiesektor Hochpreisland, was nicht zuletzt
3798 auch für hessische Unternehmen und die Industrie im europäischen und internationa-
3799 len Wettbewerb einen Nachteil bedeutet. Dies wird vor allem mit Blick auf die bis zu 50
3800 Prozent niedrigeren Stromkosten in einigen anderen europäischen Ländern, wie Polen,
3801 Frankreich oder Griechenland, deutlich. Im Mittel ist der Strompreis in Deutschland,
3802 verglichen mit den Ländern der Euro-Zone, über ein Viertel höher, unter Berücksichti-
3803 gung aller Steuern und Abgaben sogar fast 40 Prozent höher als im EU-Durchschnitt.
3804 Dabei entfallen in Deutschland auf Stromerzeugung und Netznutzung zusammen nur
3805 etwa 55 Prozent, während die verschiedenen Steuern und Abgaben insgesamt bereits
3806 45 Prozent Anteil am Strompreis haben.

3807 Die FDP Hessen sieht in dieser Entwicklung eine echte Gefahr für die Akzeptanz der
3808 Energiewende. Eine Energiewende „um jeden Preis“ ist zum Scheitern verurteilt, da
3809 der Strompreis heute von ebenso existenzieller Bedeutung für die Bürgerinnen und
3810 Bürger ist, wie es früher der Brotpreis war. Wir müssen daher schnellstens einen ratio-
3811 nalen Weg einschlagen, der unsere Energieversorgung, die internationale Wettbe-
3812 werbsfähigkeit und die gewerblichen Arbeitsplätze und damit letztlich den Wohlstand
3813 unserer Bürgerinnen und Bürger sichert. Deshalb ist sofort ein zeitlich begrenzter Aus-
3814 baustopp im Bereich der EEG-geförderten erneuerbaren Energien erforderlich. Mit dem
3815 aktuellen EEG laufen die Energiekosten dermaßen davon, dass nicht nur eine schlei-
3816 chende Deindustrialisierung sondern auch das Zerreißen eng geknüpfter Wertschöp-
3817 fungsketten in unserem Land droht. Aber auch die Akzeptanz der Bürgerinnen und
3818 Bürger für die Energiewende ist zunehmend in Gefahr. Deshalb benötigen wir schnell-
3819 tens ein umfassendes Konzept. Es muss zumindest den Netzausbau und die Entwick-
3820 lung von Speichertechnologien berücksichtigen. Zuvor benötigen wir jedoch eine Über-
3821 prüfung und Koordination der bislang noch nicht abgestimmten Ziele zum Ausbau er-
3822 neuerbarer Energien von Bund und Ländern.

3823 *Rückkehr zu marktwirtschaftlichen Prinzipien auch bei den Erneuerbaren*

3824 Nach Auffassung der FDP ist der wichtigste Schritt für das Gelingen des Umbaus der
3825 Energieversorgung eine grundlegende Neuordnung der Rechtsvorschriften im Bereich
3826 der Erneuerbaren Energien. Die Strompreisentwicklung reiht sich nahtlos in einen seit
3827 Jahren anhaltenden Trend ein, der in erster Linie im Fördersystem des Erneuerbare-
3828 Energien-Gesetzes (EEG) zu verorten ist und zu massiven Fehlallokationen führt. Das
3829 bestehende planwirtschaftliche System des EEG führt dazu, dass Innovationen verhin-
3830 dert werden. Für die FDP steht fest: Das beste Steuerungselement für den vernunftori-
3831 entierten Ausbau der Erneuerbaren Energien ist der Markt. Der Wettbewerb auf den
3832 Energiemärkten und zwischen den Erneuerbaren Energien ist der effizienteste und

3833 produktivste Mechanismus zur Nutzung von Energieressourcen und zur Begrenzung
3834 des Strompreises und nicht Abnahmeverpflichtungen und garantierte Preise. Nur so
3835 besteht der Anreiz, Kostensenkungspotenziale auszuschöpfen und neue, innovative
3836 Ideen zu entwickeln. Für das Gelingen der Energiewende führt deshalb kein Weg da-
3837 ran vorbei, den Einfluss des Staates im Energiesektor zu senken, die Milliarden-
3838 subventionen zu begrenzen und zu marktwirtschaftlichen Grundprinzipien zurückzukehren.
3839 Vor diesem Hintergrund ist eine Abschmelzung der Subventionen nach über 20 Jahren
3840 der Förderung Erneuerbarer Energien mit Kosten von mittlerweile fast 20 Milliarden
3841 Euro jährlich ein notwendiger Schritt. Die FDP Hessen betrachtet die Anpassung be-
3842 ziehungsweise die Einführung von Degressionsvorschriften bezüglich der Förderung
3843 von Photovoltaik und Windkraft als richtig.

3844 *Europäisches Mengenmodell einführen*

3845 Die starre Festlegung auf technologiespezifische Formen der Energieerzeugung und
3846 deren unverhältnismäßige Subventionierung muss beendet werden. Es müssen Rah-
3847 menbedingungen geschaffen werden, unter denen fairer Wettbewerb stattfinden kann.
3848 Deswegen spricht sich die FDP für die Einführung eines europäischen Mengenmodells
3849 (Quote) aus. Bei diesem Modell wird lediglich der Anteil des Stroms festgelegt, welcher
3850 aus erneuerbaren Energien für die Versorgungsunternehmen zu beziehen ist. Dies
3851 schafft einen Wettbewerb um die effizientesten und wirtschaftlichsten Energieformen,
3852 Technologien und Anlagengrößen. Damit werden die Anreize für Investitionen und For-
3853 schung, insbesondere in neue Speichersysteme, erhöht. Zur Sicherung des mengen-
3854mäßigen Anteils will die FDP weitgehende Sanktionsmöglichkeiten gegenüber Strom-
3855 versorgern, die die Vorgaben nicht einhalten, einführen.

3856 *Keine Streichung der Ausnahmen für energieintensive Unternehmen*

3857 Die Bezahlbarkeit von Energie ist auch entscheidend dafür, dass Hessen auch zukünf-
3858 tig ein starker und dynamischer Wirtschaftsstandort bleibt und sowohl Mittelstand wie
3859 auch Industrie wettbewerbsfähig sein können. Daher stellt die Forderung, Ausnahmen
3860 für energieintensive Unternehmen von der EEG-Umlage zu streichen, nach Ansicht der
3861 FDP Hessen eine große Gefahr für die internationale Wettbewerbsfähigkeit und die
3862 Arbeitsplätze an den Industriestandorten in Hessen dar. Nicht die Ausnahmen bei der
3863 Ökostromförderung drohen den Wirtschaftsstandort Deutschland massiv zu schwä-
3864 chen, sondern die aus dem Ruder laufenden Kosten in Folge der sprunghaft steigen-
3865 den Zahl von Photovoltaikanlagen und Windkraftanlagen. Die FDP hält es deshalb
3866 grundsätzlich für richtig, wenn auch für ordnungspolitisch nicht unbedenklich, energie-
3867 intensive Unternehmen zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit bis zur Abschaffung der
3868 EEG-Umlage von dieser auszunehmen.

3869 **Schaffung eines umfassenden europäischen Energie-** 3870 **Binnenmarktes**

3871 Die in Deutschland im nationalen Alleingang beschlossene Energiewende wird euro-
3872 paweit respektiert – tatsächlich findet sie bislang jedoch unter den europäischen Nach-
3873 barn keine Nachahmer. Die FDP Hessen hält zur Sicherung der Energieversorgung

3874 allerdings ein gesamteuropäisches energiepolitisches Konzept für erforderlich, das
3875 sowohl die Frage des Netzausbaus als auch die Nutzung der länderspezifischen Eig-
3876 nungen für bestimmte Arten der Stromerzeugung berücksichtigt. Die FDP sieht in Pro-
3877 jekten zur Nutzung von Windkraft, beispielsweise in Südeuropa, wo regelmäßige hohe
3878 Windgeschwindigkeiten herrschen, oder Photovoltaik, wo die meisten Sonnenstunden
3879 sind (beispielsweise DESERTEC), Chancen zur wirtschaftlichen Nutzung der Erneuer-
3880 baren Energien im europäischen und internationalen Verbund. Ein nationaler Allein-
3881 gang führt ansonsten lediglich zur Verlagerung der Stromproduktion sowie von Investi-
3882 tionen inländischer Versorger ins Ausland und damit zu neuen Abhängigkeiten.

3883 Ziel muss die Schaffung eines umfassenden europäischen Energie-Binnenmarktes
3884 sein, der aufgrund einer deutlich größeren Zahl von Marktteilnehmern zu einer höheren
3885 Wettbewerbsintensität führt. Für die FDP ist in diesem Zusammenhang das Kartellrecht
3886 ein wichtiges Instrument, mit dessen Hilfe Machtmissbrauch wie Monopolbildungen
3887 und Preisabsprachen verhindert werden können.

3888 **Versorgungssicherheit und Netzstabilität sicherstellen**

3889 Die FDP hält für die Akzeptanz der Energiewende neben der Bezahlbarkeit insbeson-
3890 dere die Gewährleistung der Versorgungssicherheit für entscheidend. Diese ist kurz-
3891 und mittelfristig nur zu erhalten, wenn der Ausbau der erneuerbaren Energien von ei-
3892 nem dadurch notwendigen Netzausbau von neuen Speichertechnologien, von einer
3893 effizienten Nutzung technisch moderner konventioneller Energieträger mit hohem Wir-
3894 kungsgrad und geringem CO₂-Ausstoß begleitet wird. Andernfalls besteht die Gefahr
3895 von Versorgungsengpässen und Stromausfällen, die sowohl für die Bevölkerung als
3896 auch für die hessische Wirtschaft, insbesondere für die Hessische Industrie, katastro-
3897 phale Folgen hätten.

3898 Die zu beobachtende Entwicklung, dass hocheffiziente, moderne Gaskraftwerke wirt-
3899 schaftlich nicht mehr rentabel sind, ist vor diesem Hintergrund äußerst kontraproduktiv
3900 und beweist die Fehlsteuerungen in der Energiepolitik, namentlich durch den Einspei-
3901 sevorrang erneuerbarer Energien im EEG. Die FDP hält es deshalb für unverzichtbar,
3902 dass parallel zum Anstieg des Anteils erneuerbarer Energien am Energiemix auch die
3903 Rahmenbedingungen für den Betrieb und die Rentabilität von und Investitionen in kon-
3904 ventionelle Kraftwerke verbessert werden. Auch dem Umwelt- und Klimaschutz ist nicht
3905 gedient, wenn für den Abnehmenden, aber nach wie vor notwendigen Anteil konventi-
3906 oneller Stromerzeugung, Investitionen in Neubauten oder Sanierungen unterbleiben
3907 und somit ein hoher CO₂-Ausstoß älterer Anlagen logische Konsequenz ist.

3908 Einen staatlich angeordneten Zwangsbetrieb konventioneller Kraftwerke, um den über-
3909 bordenden Ausbau der Erneuerbaren Energien bei fehlendem Ausbau der Netze und
3910 Speichertechnologien abzusichern, lehnt die FDP Hessen strikt ab. Ein derartiges Vor-
3911 gehen, das den Ausbau der Erneuerbaren Energieträger auf Kosten der Bezahlbarkeit
3912 und unter Aufgabe marktwirtschaftlicher Prinzipien vorantreibt, widerspricht in eklatan-
3913 ter Weise dem ordnungspolitischen Leitbild der FDP.

3914

3915 *Rahmenbedingungen der Energieinfrastruktur verbessern*

3916 Ein weiterer entscheidender Baustein für die Gewährleistung der Versorgungssicher-
3917 heit und damit zum Gelingen des Umbaus der Energieversorgung ist die Schaffung der
3918 notwendigen Rahmenbedingungen in der Energieinfrastruktur. Elementar wichtig ist
3919 zunächst, dass der Stromtransport gewährleistet ist. Es wäre wirtschaftlich besonders
3920 unsinnig, dezentrale erneuerbare Energien weiter inflationär auszubauen, ohne dass
3921 die erzeugte Energie zum Endverbraucher transportiert werden kann. Deshalb ist für
3922 den zügigen Ausbau des deutschen Stromnetzes Sorge zu tragen, um die Grundlage
3923 für die Aufnahme und Durchleitung von Strom aus den dezentralen Erneuerbaren
3924 Energieträgern zu schaffen. Der Ausbau der Erneuerbaren Energieträger muss zw-
3925 ischenzeitlich – auch zum Erhalt der Netzstabilität – auf ein Niveau angepasst werden,
3926 welches dem leistbaren Ausbau des Stromnetzes entspricht. Die FDP Hessen setzt
3927 sich in diesem Zusammenhang für ein grenzüberschreitendes Versorgungskonzept
3928 ein, um den Netzausbau ohne ideologische Scheuklappen voranzutreiben.

3929 Neben dem notwendigen, aber teuren Netzausbau kann die Weiterentwicklung intelli-
3930 genter Stromnetze, sogenannter „smart grids“, treten, um die Netzstabilität zu verbes-
3931 sern und die Kosten im Rahmen zu halten. Diese sind darauf ausgerichtet, die häufi-
3932 gen, schnellen Lastenveränderungen durch die volatile Einspeisung erneuerbarer
3933 Energien und die unterschiedliche Energienachfrage auszugleichen und damit die
3934 Netznutzung effizienter zu gestalten. In der Forschung und Entwicklung im Bereich
3935 dieser intelligenten Netze sieht die FDP außerdem eine große Chance für die hessi-
3936 sche Wirtschaft. Deshalb ist die erstmalige Auslobung des „Smart-Energy-Preises“ für
3937 innovative Entwicklungen auf diesem Sektor im Jahr 2012 zu begrüßen und soll fortge-
3938 führt werden.

3939 Eine wirtschaftliche Beteiligung von Bürgern am notwendigen Netzausbau könnte ei-
3940 nen wichtigen Beitrag zur Akzeptanz vor Ort leisten, beispielsweise durch die Einfüh-
3941 rung sogenannter Bundesnetzbriefe. Jedenfalls ist es unerlässlich, eine frühzeitige,
3942 transparente Beteiligung der Anlieger von Stromtrassen durchzuführen und gebebe-
3943 nenfalls eine faire Entschädigung der Bürgerinnen und Bürger analog der Entschädi-
3944 gungen für kommunale Flächen für Grundstücke vorzusehen, die im Rahmen des Aus-
3945 baus genutzt werden müssen.

3946 **Forschung intensivieren – Speichertechnologien fortentwickeln**

3947 Die FDP Hessen hält eine zielgerichtete, auf die Senkung des Energiebedarfs, die Er-
3948 höhung der Energieeffizienz und die Steigerung der Wirtschaftlichkeit neuer Energien
3949 gerichtete Forschungsarbeit für unerlässlich. Innovationen auf allen Feldern der Erneuer-
3950 baren Energien will die FDP dabei durch gezielte und verstärkte Zusammenarbeit
3951 zwischen Wissenschaft und Wirtschaft erreichen. Es ist sinnvoll, die Forschung im Be-
3952 reich der erneuerbaren Energieträger zu fördern, neue Technologien unter entspre-
3953 chenden Bedingungen zu testen und für ihre Markterprobung ökonomische Anreize zu
3954 setzen. Dauersubventionen erteilt die FDP Hessen hingegen eine klare Absage. Im
3955 Zuge der dezentraleren Energieerzeugung sind insbesondere gesteigerte Anstrengun-
3956 gen in Forschung und Entwicklung bei der Umsetzung neuer Speichertechnologien wie

3957 der Wind-Wasserstoff-Kopplung und von Batterien in Verteilnetzen dringend notwen-
3958 dig.

3959 Die Nutzung von Biowasserstoff als Stromspeichertechnik („power-to-gas“-Verfahren)
3960 birgt großes Potenzial, um die dezentral erzeugte Energie auch dezentral in einen
3961 speicherbaren Zustand umzuwandeln. Auf diese Weise hergestellter Wasserstoff kann
3962 nach Bearbeitung in bestehende Gasleitungsnetze eingespeist und in Mini-
3963 Blockheizkraftwerken über Brennstoffzellen verwendet werden. Insbesondere in der
3964 Methanisierung von regenerativer Energie sieht die FDP große Chancen und steht
3965 deshalb dem Ausbau der Technik positiv gegenüber. Bei den Verfahren wird zudem in
3966 erheblichem Umfang CO₂ umgewandelt und bietet deshalb einen zusätzlichen positi-
3967 ven Effekt für das Klima.

3968 Auch in der weiteren Forschung an der Kernfusion als Technologie, die eine hohe An-
3969 lagensicherheit bei Vermeidung langlebiger radioaktiver Abfälle und einen fast uner-
3970 schöpflichen Brennstoffvorrat bietet, sieht die FDP Hessen großes Potenzial für die
3971 künftige Energieversorgung.

3972 **Energieeinsparung ersetzt Energieerzeugung**

3973 Der in der gesamten Republik in privaten Haushalten, Unternehmen und bei der öffent-
3974 lichen Hand spürbare Wille zum Energiesparen ist ein wichtiger Baustein für das Ge-
3975 lingen der Energiewende. Der Energieverbrauch privater Haushalte ist zwischen 2005
3976 und 2011 um etwa zehn Prozent gesunken. Trotz energieeffizienterer Gebäude, Ener-
3977 giemanagement, Sparsamkeit der Verbraucher und immer ausgereifterer Technik wird
3978 der Strombedarf aufgrund der zunehmenden Technisierung jedoch konstant bleiben.

3979 Ziel der FDP ist es, Potenziale bei der Energieeinsparung auszuschöpfen, Energie
3980 noch effizienter zu nutzen sowie natürliche Ressourcen zu schonen, um die Lebens-
3981 grundlagen auch für künftige Generationen zu erhalten. Auch die Entwicklung neuer
3982 oder die Verbesserung bereits bewährter Techniken, wie die Umstellung von Beleuch-
3983 tungssystemen auf die LED-Technik, kann hierzu künftig einen wesentlichen Beitrag
3984 leisten.

3985 Insbesondere im Gebäudebestand gibt es erhebliche Energiesparpotenziale, bei-
3986 spielsweise durch Maßnahmen zur Wärmedämmung. Die FDP will daher, dass die im
3987 Energiezukunftsgesetz niedergelegten Investitionszuschüsse, kreditverbilligte Maß-
3988 nahmen und die Gewährung von Darlehen und Bürgschaften – insbesondere für Sa-
3989 nierungen im kommunalen Gebäudebestand – mit dem Ziel der Reduzierung des
3990 Energieverbrauchs, Steigerung der Energieeffizienz und Nutzung Erneuerbarer Ener-
3991 gien umfassend genutzt werden. Darüber hinaus kann die Politik lediglich die rechtli-
3992 chen Rahmenbedingungen setzen und durch Beratung und Information die Wahrneh-
3993 mung der Eigenverantwortung stärken. Die FDP lehnt einen staatlich verordneten Mo-
3994 dernisierungszwang, bürokratische Regelwerke und die Diskriminierung einzelner
3995 Energietechniken ab.

3996 Im Bereich des öffentlichen Gebäudebestands des Landes unterstützt die FDP den
3997 beschrittenen Weg, energiesparende Sanierungen mit Investitionen in Höhe von insge-

3998 samt 171 Millionen Euro voranzutreiben. Auch das Programm CO2-neutrale Landes-
3999 verwaltung soll weitergeführt werden, damit die öffentliche Hand ihrer Vorbildfunktion
4000 uneingeschränkt gerecht wird. Bedauerlich ist vor diesem Hintergrund, dass SPD und
4001 Grüne im Bundesrat die Initiative zur Unterstützung der energetischen Gebäudesanie-
4002 rung im privaten Bestand aus rein wahltaktischen Erwägungen blockiert haben.

4003 **Rationaler Energiemix auf dem Weg zu 100 Prozent regenerati-** 4004 **ver Energieversorgung**

4005 Auf dem Weg zu dem ambitionierten Ziel, bis 2050 Hessen zu 100 Prozent aus erneu-
4006 erbaren Energien zu versorgen, bedarf es eines Energiemixes, der die Stärken der
4007 einzelnen Energieträger nutzt und die jeweiligen Schwächen ausgleicht. Der Anteil der
4008 erneuerbaren Energien am Nettostromverbrauch in Hessen hat sich in den vergange-
4009 nen zehn Jahren mehr als verdreifacht. Strom für mehr als 1,2 Millionen Haushalte wird
4010 schon jetzt durch erneuerbare Energien erzeugt. Die Wärmeerzeugung aus Biomasse,
4011 Solarthermie und Geothermie hat im Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr um acht Pro-
4012 zent zugelegt. Die FDP wird diese Entwicklungen weiter konsequent vorantreiben.
4013 Sinnlose Zwangsmaßnahmen, wie beispielsweise die Solarsatzung in Marburg, lehnt
4014 die FDP hingegen entschieden ab.

4015 *Windenergie als wichtige Säule – Menschen und Natur berücksichtigen*

4016 Die Windenergie ist eine wichtige Säule im hessischen Energiemix, die bereits etwa ein
4017 Viertel der Energie aus Erneuerbaren Energiequellen ausmacht und auch künftig einen
4018 wichtigen Anteil an der Energieerzeugung haben wird. Gleichzeitig hat der Bau von
4019 Windkraftanlagen aber auch erhebliche Auswirkungen auf Menschen und Natur, die es
4020 zu begrenzen gilt.

4021 Beim Bau von Windkraftanlagen muss nach Ansicht der FDP ein besonderes Augen-
4022 merk darauf gelegt werden, dass die Belästigungen durch Schattenschlag, Bedrän-
4023 gungswirkungen und Geräuschemissionen für den Menschen auf ein Mindestmaß re-
4024 duziert werden. Deshalb muss der Zubau geordnet dort erfolgen, wo Anlagen mit der
4025 größten wirtschaftlichen Effizienz und den geringsten Beeinträchtigungen zu betreiben
4026 sind. Die FDP steht zu den im Energiekompromiss vereinbarten und im Landesent-
4027 wicklungsplan normierten Kriterien, nach denen zwei Prozent der Landesfläche als
4028 Vorrangflächen für Windenergie ausgewiesen werden. Dadurch soll eine Ausschluss-
4029 wirkung für das übrige Landesgebiet erzielt werden. Gleiches gilt für die Regelungen
4030 zum Mindestabstand zu Siedlungen von 1.000 Metern sowie für das Konzentrations-
4031 gebot für Windkraftanlagen.

4032 Ebenso gilt es, Störungen der Flora und Fauna, insbesondere in Natur- und Vogel-
4033 schutzgebieten, aber auch den Flächenverbrauch zu begrenzen. Die FDP tritt dafür
4034 ein, dass weiterhin Naturschutzgebiete kategorisch ausgeschlossen werden, wie dies
4035 nach geltendem Naturschutzrecht vorgesehen ist. Natura 2000-, FFH- oder Vogel-
4036 schutzgebiete sollen nur nachrangig für die Ausweisung von Windvorrangflächen her-
4037 angezogen werden, wenn andernfalls das Ziel von zwei Prozent für Vorrangflächen
4038 nicht erreicht wird.

4039 Ferner hält die FDP mehr Weitblick auch hinsichtlich der wirtschaftlichen Auswirkungen
4040 beim Ausbau der Windenergie für unerlässlich. Der Zubau weiterer Anlagen muss
4041 künftig besser mit dem erforderlichen Ausbau der Energieinfrastruktur koordiniert wer-
4042 den. Die durch mangelnde Netzkapazitäten bedingte Ausfallarbeit bei der Stromerzeu-
4043 gung aus Erneuerbaren Energien (sogenannter „Phantomstrom“) ist auf über 420 Milli-
4044 onen Kilowattstunden im Jahr 2011 angestiegen, was mehr als einer Verdopplung ge-
4045 genüber 2010 entspricht. Über 97 Prozent der Ausfallarbeit und damit auch der Ent-
4046 schädigungszahlungen entfällt dabei auf Windkraftanlagen. Bei einer zugrunde zu le-
4047 genden Nennleistung von zwei Megawatt jährlich und 1800 Volllaststunden sind im
4048 Jahr 2011 etwa 117 Windkraftanlagen völlig umsonst betrieben worden, da der von
4049 ihnen produzierte Strom nicht in das Netz eingespeist werden konnte. Gleichzeitig sind
4050 insgesamt über 33 Millionen Euro Entschädigungszahlungen an die Stromerzeuger
4051 geflossen, was einer Zahlung für jede Anlage von fast 280.000 Euro entspricht.

4052 Beteiligungsmöglichkeiten von Städten, Kommunen und Bürgern an Windparks vor Ort
4053 bieten Chancen für die regionale Wertschöpfung, haben einen volkswirtschaftlichen
4054 Gesamtnutzen und steigern die Akzeptanz für Anlagen vor Ort. Dabei ist jedoch die
4055 Beschränkung der privatwirtschaftlichen Tätigkeit von Kommunen und die damit ver-
4056 bundene verpflichtende Beteiligung der Privatwirtschaft, wie auf Initiative der FDP in §
4057 121 Absatz 1 a der Hessischen Gemeindeordnung festgelegt, zu beachten.

4058 Die FDP setzt sich dafür ein, dass der Landesbetrieb Hessen-Forst bei der pachtver-
4059 traglichen Überlassung von Flächen im Staatswald, die im Bereich von regionalplaneri-
4060 schen Windvorrangflächen liegen, grundsätzlich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten
4061 unter Beachtung der Landeshaushaltsordnung und des Beihilferechts entscheidet, wel-
4062 ches Angebot zum Zuge kommt. Darüber hinaus soll jedoch, falls ähnliche Konditionen
4063 bestehen, der Anbieter zum Zuge kommen, der örtlich ansässig ist – beispielsweise
4064 regionale Energiegenossenschaften.

4065 *Bioenergie als Chance für Landwirte*

4066 Die Bioenergie ist der zweite wichtige Stützpfeiler der Erneuerbaren Energien in Hes-
4067 sen. Landwirte und Betreiber von Bioenergieanlagen haben bereits eine regenerative
4068 dezentrale Energieversorgung aufgebaut, die auf der einen Seite einen unerlässlichen
4069 Beitrag zur Energiewende leistet und auf der anderen Seite zur Struktursicherung des
4070 ländlichen Raums beiträgt. Die FDP spricht sich für eine umfassende Nutzung von
4071 Feststoffen aus der Forstwirtschaft und der Holzverarbeitenden und -bearbeitenden
4072 Industrie aus. Aber auch Biogas und flüssige Energieträger wie biogene Kraftstoffe,
4073 insbesondere aber auch solche von biologischen Abfallstoffen, müssen verwertet wer-
4074 den. Die stärkere energetische Nutzung der nachwachsenden Rohstoffe soll entspre-
4075 chend ihres Potenzials ausgeweitet werden.

4076 Für den ländlichen Raum eröffnet dies neue Einkommensperspektiven für Land- und
4077 Forstwirte, schafft und sichert Arbeitsplätze und setzt erhebliche Entwicklungschancen
4078 für Anlagenhersteller und das regionale Handwerk frei. In der Überzeugung, dass die
4079 fortschrittliche Landwirtschaft es schaffen wird, durch effiziente Fruchtfolge und ausge-
4080 glichene Nutzung der landwirtschaftlichen Flächen „Teller und Tank“ ohne einen Ziele-

4081 konflikt gleichsam zu bedienen, spricht sich die FDP für eine Ausweitung des Anteils
4082 der Biomasse am Energiemix aus.

4083 Die derzeitige Nutzung von nur etwa acht Prozent der landwirtschaftlich genutzten Flä-
4084 chen in Hessen für den Anbau von Energiepflanzen lässt noch Entwicklungspotenziale
4085 und bietet keine Grundlage für die Besorgnis, dass ein Ausbau zu einer starken Ver-
4086 teuerung von Lebensmitteln oder gar zu Versorgungsengpässen führen könnte. Unter
4087 den unterschiedlichen klimatischen und bodenökologischen Bedingungen des Anbaus
4088 von Energiepflanzen in Hessen ist es sinnvoll und notwendig, dass regionale Nut-
4089 zungskonzepte erarbeitet werden. Somit bleibt auch die Vielfalt der agrarischen Pro-
4090 duktion in Hessen erhalten und die flächendeckende Entstehung von Monokulturland-
4091 schaften wird verhindert. Die stärksten Potenzialträger sollen dort angebaut werden,
4092 wo sie mit hohem Wirkungsgrad ihre beste Eignung zur Geltung bringen. Für eine effi-
4093 ziente Nutzung bedarf es einer ideologiefreien Beurteilung möglicher Maßnahmen wie
4094 der Züchtung von Sorten speziell für die Nutzung als Energiepflanzen, die Herstellung
4095 synthetischer Biokraftstoffe und die verstärkte Forschung für die Nutzung von Biowas-
4096 serstoff.

4097 *Förderung der Photovoltaik degressiv gestalten*

4098 Die FDP stellt fest, dass die Anschubsubventionierung der Photovoltaik sinnvoll, jedoch
4099 zu hoch war. Vor allem in den Jahren 2010 und 2011 haben die konstant hohen Vergü-
4100 tungssätze des EEG sowie rasant sinkende Anlagenpreise zu hohen Renditen für In-
4101 vestoren geführt. Diese Überförderung hatte einen übermäßigen Ausbau der Photovol-
4102 taik zur Folge. Die FDP hält es für nicht vertretbar, dass Stromverbraucher über die
4103 EEG-Zahlungen zwischenzeitlich mit fast 10 Milliarden Euro – was etwa die Hälfte der
4104 Gesamtförderkosten für Erneuerbare Energien darstellt – belastet werden, obgleich
4105 Photovoltaik-Anlagen nicht einmal vier Prozent des Gesamtstromverbrauchs zur Ver-
4106 fügung stellen. Die als Reaktion auf diese Fehlentwicklung im EEG vorgesehenen De-
4107 gressionsvorschriften (sog. „atmender Deckel“) haben sich bewährt. Allen Unkenrufen
4108 zum Trotz, dass eine kosteneffiziente Anpassung der Vergütungssätze den Ausbau der
4109 Photovoltaik behinderten und die Solarbranche schwer geschädigt würde, wurden im
4110 Jahr 2012 mehr Anlagen als je zuvor zugebaut. Die FDP Hessen setzt sich deshalb
4111 dafür ein, den Zubau von Photovoltaik-Anlagen auf ein verträgliches Maß zu reduzie-
4112 ren, indem zukünftig marktwirtschaftliche Aspekte und nicht planwirtschaftliche Förde-
4113 rung zugunsten Weniger in den Mittelpunkt gestellt werden.

4114 *Wasserkraft als Ergänzung des Energiemixes*

4115 Die Wasserkraft ergänzt den hessischen Energiemix im Rahmen des natürlichen topo-
4116 logischen Potenzials. Bei der Nutzung von Wasserkraft befürwortet die FDP nachge-
4117 wiesen naturschutzverträgliche Turbinen, beispielsweise durch den Einsatz intelligenter
4118 Rechen, die in Verbindung mit funktionierenden Fischauf- und -abstiegshilfen die Fol-
4119 gen des Eingriffs in den natürlichen Lebensraum möglichst gering halten. Es ist nicht
4120 akzeptabel, dass stellenweise bis zu 60 Prozent des Fischbestandes in Turbinen um-
4121 kommt, obwohl der Anteil der Wasserkraft an der hessischen Energiegewinnung gering
4122 ist.

4123 *Wärmeerzeugung ist von entscheidender Bedeutung*

4124 Neben der Stromerzeugung kommt vor allem der Erzeugung von Wärme entscheiden-
4125 de Bedeutung zu. In Wohngebäuden entfallen mittlerweile etwa 80 Prozent der benö-
4126 tigten Energie auf Raumheizung und Warmwasserbereitung. Dies hat sich vor allem im
4127 Bereich der Preise für konventionelle Brennstoffe wie Erdöl und Erdgas, die den Wär-
4128 memarkt nach wie vor dominieren, bemerkbar gemacht. Besonders bei Neubauten
4129 gewinnen Wärmeerzeugungsanlagen auf Basis Erneuerbarer Energien bereits an Be-
4130 deutung – insbesondere dezentrale Technologien wie Wärmepumpen, Solarthermiean-
4131 lagen und Anlagen zur Nutzung fester Biomasse, zum Beispiel Holzpellettheizungen.
4132 Die FDP hält deshalb die umfassende Nutzung aller vorhandenen Potenziale für wich-
4133 tig.

4134 *Geothermie und Fernwärme mit kleinem Beitrag*

4135 Nach derzeitigen Erkenntnissen kann die Geothermie hingegen aufgrund ihres über-
4136 schaubaren Potenzials in Hessen lediglich einen kleinen Teil zur künftigen Energiever-
4137 sorgung beitragen. Auch die Möglichkeiten zur Nutzung von Fernwärme ist zukünftig
4138 stark eingeschränkt, da entsprechende Großkraftwerke zunehmend vom Netz genom-
4139 men werden. Dort, wo sie dennoch wirtschaftlich sinnvoll betrieben werden können,
4140 sollten sie effizient genutzt werden, um primäre Energiebrennstoffe einzusparen und
4141 Umweltbelastungen zu verringern.

4142 *Solarthermie wird starke Rolle zukommen*

4143 In der Solarthermie sieht die FDP eine regenerative Form der Energiegewinnung, die
4144 einen hohen Mehrwert sowohl für die Verbraucher wie auch für das hessische Hand-
4145 werk aufweist und dabei nicht von einer Subventionierung durch das EEG abhängig ist.
4146 Damit ist die Solarthermie eine echte, marktwirtschaftliche Ergänzung und Alternative
4147 im Mix der erneuerbaren Energieträger und eine sinnvolle und förderungswürdige Mög-
4148 lichkeit der Wärmeerzeugung, der eine starke Rolle zukommen wird.

4149 *Brennstoffzelle als dezentrale Technologie*

4150 Für den Bereich der Strom- und Wärmeerzeugung sieht die FDP in der Brennstoffzelle
4151 als dezentrale Technologie große Chancen. Deshalb gilt es, auch zukünftig die An-
4152 strengungen im Bereich der Technologieförderung, des Marketings und Technologietransfers
4153 sowie der Unternehmensberatung fortzuführen. Insbesondere im mobilen
4154 Bereich ist die Brennstoffzellentechnologie bereits weit entwickelt. Brennstoffzellen
4155 bieten eine längere mögliche Einsatzdauer und schnellere Betankung, haben eine grö-
4156 ßere Reichweite als Elektrofahrzeuge, stoßen im Vergleich zu konventionell motorisier-
4157 ten Fahrzeugen weniger Schadstoffe aus und produzieren fast keine Lärmemissionen.

4158 **Alternative Fördertechnologien können Beitrag leisten**

4159 Die Hebung eigener Vorkommen durch alternative Fördertechnologien kann einen
4160 wichtigen Beitrag zur unabhängigen und sicheren Versorgung mit Rohstoffen in Hes-
4161 sen, beispielsweise mit Erdgas, leisten. Es ist für die FDP selbstverständlich, dass im

4162 Sinne eines Bekenntnisses gegenüber neuen Technologien und einer vernünftigen
4163 Ressourcenbewirtschaftung eine von Objektivität und Sachlichkeit getragene Herange-
4164 hensweise vor voreiligen und unumkehrbaren Beschlüssen steht. Bei der unkonventio-
4165 nellen Förderung von Erdgas muss der Schutz der Gesundheit der Bevölkerung, der
4166 Umwelt und von Grund- und Oberflächengewässern gewahrt bleiben. Beim Hydraulic
4167 Fracturing dürfen nach Auffassung der FDP keine umwelttoxikologischen Gefahren
4168 bestehen. Fracking in Wasserschutz-, Trinkwassergewinnungs- und in Heilquellenge-
4169 bieten ist nach wasserrechtlichen Vorgaben nicht genehmigungsfähig, was nach Auf-
4170 fassung der FDP Hessen auch so bleiben soll. Zudem ist die Öffentlichkeit frühzeitig
4171 und umfassend nach den Regeln des Umweltinformationsgesetzes über die Chancen
4172 und Risiken sowie über umweltverträgliche Möglichkeiten der Gasgewinnung aus un-
4173 konventionellen Lagerstätten zu informieren. Die FDP erwartet von der Erdöl- und Erd-
4174 gasförderindustrie, zukünftig Frack-Flüssigkeiten mit geringer Umweltbelastung zu
4175 entwickeln und einzusetzen. Ziel muss die Entwicklung von Frack-Flüssigkeiten ohne
4176 Umweltbelastung sein (sogenanntes „clean-fracking“). Die FDP hält deshalb die For-
4177 schungsarbeit an Frackverfahren ohne chemische Additive für unerlässlich und unter-
4178 stützt diese ausdrücklich.

4179

4180 **XI. Chancen durch Umwelt- und Naturschutz**

4181 **1. „Verantwortungsbewusster Umgang mit unseren**
4182 **Ressourcen“**

4183 Die FDP Hessen steht für eine verantwortungsbewusste Umweltpolitik, die zukunfts-
4184 hige Rahmenbedingungen für einen nachhaltigen und damit generationengerechten
4185 Umgang mit der Umwelt und ihren natürlichen Ressourcen setzt.

4186 Grundlegende Ziele sind, die ökologischen Belastungen und den Ressourcenver-
4187 brauch so weit als irgend möglich zu reduzieren und den Bestand sowie die Entwick-
4188 lung von Natur- und Lebensräumen zu schützen. Die Wahl der Instrumente zur Errei-
4189 chung dieser Ziele soll dem Wettbewerb um die besten Ideen und die kostengünstigs-
4190 ten Leistungen überlassen werden. Dafür will die FDP Freiräume durch ein Weniger an
4191 Regelungen schaffen.

4192 Da Umweltpolitik vor allem dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen der Men-
4193 schen und der nachfolgenden Generationen dient, will die FDP die Bürgerinnen und
4194 Bürger von der Notwendigkeit einer rationalen Umweltschutzpolitik überzeugen, indem
4195 sie diese umfassend in den Gestaltungsprozess mit einbezieht und damit größtmögli-
4196 ches Verständnis und Akzeptanz gewinnen will. Liberale Umweltpolitik wendet sich an
4197 Menschen, die sich für die Zukunft und für den Naturschutz, für eine saubere Umwelt
4198 und für gesunde Ernährung interessieren und damit für hohe Lebensqualität und ge-
4199 gesunde Lebensumstände eintreten. Ökosymbolik und lebensabgewandte Verzichts- und
4200 Verbotsideologien stehen dem diametral entgegen.

4201 Die FDP Hessen ist dabei aufgeschlossen gegenüber neuen Technologien und Verfah-
4202 ren. Gleichzeitig müssen neue Maßnahmen und Instrumente immer unter Berücksich-
4203 tigung des aktuellen Standes der Technik ob ihrer Vereinbarkeit mit den Grundprinzi-
4204 pien verantwortungsvoller Umweltpolitik überprüft werden. Umweltpolitische Aspekte
4205 stehen dabei gleichberechtigt neben grundsätzlichen gesellschaftlichen Ansprüchen an
4206 die wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Die FDP versteht dabei Wirtschaft und
4207 Umwelt nicht als Gegensätze. So sollen beispielsweise Klimaschutzmaßnahmen so
4208 ausgestaltet werden, dass gleichzeitig wirtschaftspolitisch sinnvolle Investitionen aus-
4209 gelöst werden. Damit beinhaltet moderne Umweltpolitik die Möglichkeit, gleichzeitig die
4210 Wirtschaft für den Wettbewerb zu stärken. Die FDP steht für eine verstärkte Anwen-
4211 dung marktwirtschaftlicher Elemente in der politischen Ausgestaltung und will Unter-
4212 nehmen Planungssicherheit durch eine verlässliche Umweltpolitik geben.

4213

4214 **2. „Unser Wort gilt - Versprochen und Gehalten -“**

- 4215 • Marktwirtschaftlichen Ökopunktehandel verbessert

4216 Wir haben das Flächenmanagement für Eingriff und Ausgleich bei der HLG als Öko-
4217 punkteagentur gebündelt und eine Öffnungsklausel für regionale Pools geschaffen.
4218 Zudem haben wir die Kompensationsverordnung angepasst und damit Flächenver-
4219 brauch eingedämmt und Kompensationsmaßnahmen besser koordiniert.

- 4220 • „Umweltallianz Hessen“ fortgesetzt

4221 Wir haben das Bündnis mit der hessischen Wirtschaft und den Kommunalen Spitzen-
4222 verbänden für eine nachhaltige Standortpolitik in der „Umweltallianz Hessen“ fortge-
4223 setzt und dabei ordnungsrechtliche Vorgaben reduziert sowie die Eigenverantwortung
4224 bei der Sicherung der Umweltstandards (Klimapakt) gestärkt. Damit wurden die Rah-
4225 menbedingungen für den Wirtschaftsstandort Hessen verbessert.

- 4226 • Hessisches Ausführungsgesetz zum Kreislaufwirtschaftsgesetz novelliert

4227 Wir haben die Andienpflicht rechtssicher abgeschafft und damit auch den Bereich der
4228 Sonderabfallentsorgung liberalisiert, ohne dass dies zu Lasten der Entsorgungssicher-
4229 heit geht.

- 4230 • Nachhaltigkeitsstrategie fortgesetzt

4231 Wir haben die Nachhaltigkeitsstrategie mit sinnvollen Schwerpunkten strategisch neu
4232 ausgerichtet: Dabei liegt der Fokus auf den Themen „Nachhaltige Kommunen“, Nach-
4233 haltige Unternehmen“, „Nachhaltige Vereine“ und „Nachhaltige Verwaltung“. Program-
4234 me sind dabei im Einzelnen die CO2-neutrale Landesverwaltung, die nachhaltige
4235 Waldbewirtschaftung (FSC – Pilotfläche) sowie die nachhaltige und faire Beschaffung.

- 4236 • Aktionslinien „Hessen-Umwelttech“ und „Hessen-Nanotech“

4237 Wir haben die Aktionslinien „Hessen-Umwelttech“ und „Hessen-Nanotech“ als Platt-
4238 formen für die Umwelt- und Nanotechnologie-Branche fortgeführt.

- 4239 • Hessisches Naturschutzgesetz überarbeitet

4240 Wir haben das Hessische Naturschutzgesetz nach dem Grundprinzip „Kooperation
4241 statt Konfrontation“ überarbeitet, den Vertragsnaturschutz gestärkt (vor allem in NA-
4242 TURA 2000-Gebieten oder bei HIAP im Wald), das Umweltstrafrecht weiterentwickelt
4243 und dadurch dafür gesorgt, dass der Flächenausgleich flexibler und zielgerichteter er-
4244 folgen kann.

- 4245 • Biosphärenreservat Rhön – Nationalpark Kellerwald-Edersee

4246 Wir haben den Status des Biosphärenreservats Rhön gesichert, in dem künftig über
4247 drei Prozent der Fläche als Kernzone ausgewiesen werden. Außerdem haben wir die

4248 Anerkennung des Nationalparks Kellerwald-Edersee als ein Teil des UNESCO-
4249 Weltnaturerbes erreichen können.

4250 • Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)

4251 Wir haben die wirtschaftlich und ökologisch sinnvolle Umsetzung der WRRL, bspw.
4252 durch die Genehmigung der Salzeinleitung von K+S, mit sukzessive nach unten ange-
4253 passten Grenzwerten, vorangetrieben. Außerdem haben wir umfangreiche Gewässer-
4254 renaturierungsprogramme begonnen und durchgeführt.

4255 **3. Weiter gestalten: „Der Mensch steht im Mittelpunkt** 4256 **liberaler Umweltpolitik“**

4257 **Rationalen Umwelt- und Klimaschutz betreiben**

4258 Die Debatte über den Klimawandel hat in der Vergangenheit den politischen Diskurs
4259 zum Umweltschutz in der Bundesrepublik dominiert. Infolge dessen hat Deutschland im
4260 globalen Vergleich gesehen die umfassendsten Maßnahmen und Regeln zum Klima-
4261 schutz statuiert. Es wäre nach Auffassung der FDP jedoch eine gefährliche Illusion zu
4262 glauben, allein durch eine Vorreiterrolle in der Klimapolitik den Klimawandel mit natio-
4263 nalen Maßnahmen stoppen zu können. Klimaschädliche Gase, beispielsweise aus
4264 Schwellenländern, machen nicht vor Landesgrenzen halt. Den größten Einfluss auf die
4265 globalen Umwelt- und Klimafragen haben die zunehmende Industrialisierung der Ent-
4266 wicklungsländer, das anhaltende Wachstum der Bevölkerung sowie der steigende
4267 Energiebedarf der Industriestaaten. Die Abwanderung schadstoff- und energieintensiver
4268 Unternehmen ins Ausland ist letztlich auch ein Grund dafür, dass sich die CO₂-
4269 Bilanz Deutschlands in den letzten Jahren verbessert hat – allerdings ohne dass es
4270 global gesehen zu einer Verbesserung geführt hätte. Die FDP Hessen folgert daraus,
4271 dass sich die Durchsetzung von Umweltstandards nur in enger internationaler Abstim-
4272 mung organisieren lässt. Auch die deutsche Wirtschaft lässt sich letztlich nur zu weite-
4273 ren, über die bereits unternommenen Anstrengungen hinausgehenden Effizienzsteige-
4274 rungen bewegen, wenn sie nicht weiterhin einseitig belastet wird.

4275 Der europäische Emissionshandel (ETS) ist eines der Kerninstrumente des Klima-
4276 schutzes. Die vereinbarte europaweite Reduktion von CO₂-Emissionen um 20 Prozent
4277 bis 2020 ist hierbei durch den europäischen Handel mit CO₂-Zertifikaten auf eben die-
4278 sen Wert gedeckelt. Dieses System hat sich für Europa als effiziente Möglichkeit zur
4279 Verminderung von klimaschädigenden Gasen entwickelt. Der im breiten Konsens zwi-
4280 schen EU-Mitgliedstaaten vereinbarte Absenkungspfad hat sich als mengensteuernder
4281 Mechanismus grundsätzlich bewährt. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien in
4282 Deutschland hat zwischenzeitlich allerdings mit dazu beigetragen, dass die Zertifikats-
4283 preise stark gesunken sind und sich deshalb in Europa in vielerlei Fällen weitere klima-
4284 schützende Maßnahmen nicht mehr rechnen. Die FDP Hessen gibt zu bedenken, dass
4285 die nunmehr angedachte Verknappung des Angebots von Zertifikaten von Seiten der
4286 EU dazu führen wird, dass der Preis pro Tonne ausgestoßenem CO₂ wieder steigt und
4287 in Folge dessen die Einkaufspreise für Strom anziehen. Ein weiterer Anstieg der Ver-
4288 braucherstrompreise wäre die Folge.

4289 Die FDP betrachtet deshalb über die bisherigen Vereinbarungen hinausgehende regio-
4290 nale Einsparmaßnahmen ökonomisch und ökologisch kritisch, da dort eingespartes
4291 CO2 andernorts „preiswert“ emittiert werden kann. Weitergehende Zwangsmaßnah-
4292 men wie die Erhöhung von Umweltstandards, Verbote, Sanktionen oder Steuern, die
4293 zu einer Verlagerung von Unternehmen ins (nicht-europäische) Ausland führen und an
4294 deren Ende schließlich nur ein höherer CO2-Ausstoß in anderen Teilen dieser Erde
4295 steht, tragen erst recht nicht zu einem effektiveren Klimaschutz bei, schaden aber un-
4296 serem Wohlstand und hemmen die Innovationskraft unseres Landes.

4297 Die FDP fordert deshalb, Klimaschutzmaßnahmen vor allem an der Relation der jewei-
4298 ligen Kosten zur tatsächlichen Vermeidung einer bestimmten Menge Treibhausgas zu
4299 messen. Klimaschutzanstrengungen sind dabei nach Möglichkeit so zu gestalten, dass
4300 zugleich wirtschaftspolitisch sinnvolle Investitionen ausgelöst werden. Langfristig ist die
4301 Einführung eines globalen Emissionszertifikatehandels mit einem gemeingültigen Ab-
4302 senkungspfad notwendig, um eine tatsächliche weltweite Verminderungen der CO2-
4303 Emissionen zu erreichen. Die jeweiligen Verpflichtungen sollten sich dabei an der
4304 Emmissionsmenge und der Wirtschaftskraft der Länder ausrichten.

4305 **Naturschutz mit den Menschen gestalten**

4306 Hessen verfügt mit Naturschutzgebieten in der Größenordnung von etwa zwei Prozent
4307 der Landesfläche und mit Natura-2000 Gebieten von fast 21 Prozent über ein dichtes
4308 Netz an Schutzgebieten. Damit steht der Erhalt der biologischen Vielfalt, Schutz, Pflie-
4309 ge und Entwicklung von Lebensräumen sowie Tier- und Pflanzenarten auf einem
4310 grundsoliden Fundament. Für eine weitere Verbesserung fordert die FDP eine großflä-
4311 chigere Konzentration der verschiedenen kleinen Naturschutzgebiete und die Bünde-
4312 lung verschiedener Schutzkategorien.

4313 Um ein nachhaltiges Miteinander zwischen Naturschutz und dem Menschen zu ge-
4314 währleisten, muss es Ziel sein, die Bedürfnisse der Menschen in Einklang mit der Natur
4315 zu bringen und sie als Nutzer ihrer natürlichen Umwelt einzubinden. Elementar ist da-
4316 für, dass Naturschutz nicht durch ausufernden Regelungswahn, kleinteilige Verordnun-
4317 gen und ausgeprägten staatlichen Dirigismus den Bürgerinnen und Bürgern aufge-
4318 zwungen oder gar übergeordnet wird. Eine wirklich ausgewogene Abwägung der Be-
4319 lange des Naturschutzes in all seinen Facetten muss auch den Menschen als Teil der
4320 Natur in seinen Entwicklungsmöglichkeiten berücksichtigen. Der integrative Natur-
4321 schutz, den die FDP Hessen vertritt, setzt sich zum Ziel, nicht nur nachsorgend unsere
4322 natürliche Umwelt zu schützen, sondern präventiv und in dialogorientierter Zusammen-
4323 arbeit mit der Bevölkerung unsere einzigartige Natur- und Kulturlandschaft zu erhalten.

4324 Die FDP tritt dafür ein, das Naturschutzrecht übersichtlicher und effizienter auszuge-
4325 stalten, ohne dass der Schutz der Natur darunter leidet. Grundsätzlich sind deshalb
4326 EU-Vorschriften zum Naturschutz 1:1 in nationales Recht und Landesrecht umzuset-
4327 zen und nicht zusätzlich zu verschärfen.

4328 Die FDP Hessen setzt im Verhältnis von Wirtschaft und Naturschutz auf Kooperation
4329 statt Konfrontation und stärkt deshalb den Ökopunktehandel als marktwirtschaftliches
4330 Element. Kompensationsmaßnahmen werden besser koordiniert, der hohe Flächen-

4331 verbrauch bei Infrastrukturprojekten wird vermindert. Darüber hinaus sieht es die FDP
4332 als sinnvoll an, wenn zum Ausgleich eines Eingriffes zweckgebunden Geld gezahlt wird
4333 und dieses in bedeutende Maßnahmen des Naturschutzes im gleichen Naturraum in-
4334 vestiert wird. Die FDP fordert deshalb, dass die Bundesländer künftig die Möglichkeit
4335 erhalten, das sogenannte Ersatzgeld anderen Instrumenten der Kompensation gleich-
4336 zustellen. Dies betrifft besonders die Kompensation von Beeinträchtigungen des Land-
4337 schaftsbildes durch Höhenbauwerke, da diese Beeinträchtigungen oftmals unvermeid-
4338 lich und nicht ausgleich- oder ersetzbar sind.

4339 Natürlich bringt die Energiewende auch negative Folgen und Belastungen für die Um-
4340 welt mit sich. Davor die Augen zu verschließen, dass Stromtrassen, tausende Wind-
4341 kraftanlagen vorwiegend in Wäldern oder Photovoltaik auf Freiflächen ebenso eine
4342 Belastung für die Umwelt darstellen wie die Mais-Monokulturen, die aus der Biogasnut-
4343 zung resultieren können, wäre kein ehrlicher Umgang. Umgekehrt kommt stellenweise
4344 der Netzausbau nur sehr schleppend voran, weil die Planungs- und Genehmigungsver-
4345 fahren aufgrund strenger Umwelt- und Naturschutzauflagen sehr komplex gestaltet
4346 werden. Diese für die zügige Energiewende zu lockern, ist mit Blick auf die sichere
4347 Versorgung mit Strom im Sinne der Menschen und daher richtig.

4348 **Abfallwirtschaft**

4349 In Zeiten knapper werdender Rohstoffe kommt der sinnvollen Nutzung und Verwertung
4350 von Reststoffen immer größere Bedeutung zu. Abfall ist längst nicht mehr allein Ge-
4351 genstand von Entsorgungsfragen, sondern darüber hinaus ein starker wirtschaftlicher
4352 Faktor.

4353 Die FDP ist der Auffassung, dass es durch den Vollzug des Kreislaufwirtschaftsgeset-
4354 zes nicht zu einer Verhinderung und wettbewerblichen Diskriminierung gewerblicher
4355 Sammlungen und damit zu einer Monopolbildung für Entsorgungsträger in öffentlicher
4356 Hand durch die Hintertür kommen darf. Nicht finanzielle Interessen der Kommunen an
4357 der Kreislaufwirtschaft dürfen Anlass zur Beschränkung des freien Marktes sein, son-
4358 dern bestenfalls die Besorgnis einer nicht ordnungsgemäßen Abfallwirtschaft. Die FDP
4359 will durch die weitere Stärkung marktwirtschaftlicher Strukturen und des Wettbewerbs
4360 fördern, dass die Abfallentsorgung für Privathaushalte, Unternehmen und die Industrie
4361 bezahlbar bleibt. Dabei gilt es, bürokratische Regeln abzubauen und dennoch die Ent-
4362 sorgungssicherheit zu gewährleisten. Ein Beschränken privater Abfallunternehmen auf
4363 die besonders einträglichen Bereiche der Wertstoffsammlung zu Lasten der öffentli-
4364 chen Hand darf es allerdings ebenfalls nicht geben.

4365 Die möglichst umfassende Wiederverwertung gebrauchter Rohstoffe oder aber die
4366 energetische Nutzung leisten zudem einen aktiven Beitrag zum Natur- und Umwelt-
4367 schutz. Dabei ist im Sinne einer nachhaltigen Abfallwirtschaft vor allem Sorge dafür zu
4368 tragen, dass Schadstoffe aus dem Wirtschaftskreislauf ausgeschieden und Boden be-
4369 ziehungsweise Grundwasser nicht belastet werden. Im Wertstoffsystem gibt es aller-
4370 dings noch Verbesserungspotenziale – so gibt es derzeit eine hohe Zahl an Fehlwür-
4371 fen, vor allem zwischen grünem Punkt und Restmülltonne. Die FDP fordert deshalb die
4372 Einführung einer einheitlichen Wertstofftonne. Es sollen zukünftig nicht nur Verpackun-

4373 gen, sondern generell Plastik und Metalle in einer Tonne gesammelt und einer sinnvol-
4374 len und effizienten Verwertung zugeführt werden. Durch den technischen Fortschritt in
4375 der Abfallbeseitigung und die maschinelle Sortierung in den Sammelstellen ist die ge-
4376 trennte Sammlung zwischenzeitlich überflüssig, ohne dass es dadurch Nachteile für die
4377 Verwertung oder die Umwelt gäbe. Nicht zuletzt stellt die gemeinsame Sammlung in
4378 einer Tonne eine große Vereinfachung für die Verbraucher dar.

4379 **Wasser- und Abwasserwirtschaft**

4380 Die Versorgung mit sauberem Trinkwasser ist ein lebensnotwendiges Grundbedürfnis.
4381 Der Umgang mit Wasser erfordert deshalb besondere Sorgfalt und ein schonendes
4382 Wirtschaften. Dies bedeutet für die FDP jedoch ebenso, dass Wasser weder Spielball
4383 kartellbedingter Absprachen noch staatlichen Abgabenwahns werden darf. Die unter
4384 Mitwirkung der FDP getroffene Entscheidung, die Grundwasserabgabe in Hessen ab-
4385 zuschaffen, hat deshalb uneingeschränkt und fortgesetzt Gültigkeit. Dies hat die FDP
4386 in der Hessischen Landesregierung zuletzt in den Haushaltsberatungen für den Dop-
4387 pelhaushalt 2013/2014 bewiesen, während SPD, Grüne und Linke unentwegt die Ein-
4388 führung eines Wassercentrs fordern und damit nach eigenen Angaben die Verbraucher
4389 in Hessen mit Abgaben in Höhe von 80 Millionen Euro zusätzlich belasten wollen. Dies
4390 wird es mit der FDP nicht geben.

4391 Die Städte und Kommunen haben im Rahmen der Selbstverwaltungsgarantie deshalb
4392 vernünftigerweise das Entscheidungsrecht inne, in welcher Form sie die Wasserver-
4393 sorgung sicherstellen. Im Lichte der Diskussionen auf europäischer Ebene heißt das
4394 für die FDP Hessen: Grundsätzlich hat die Kommune das hoheitliche Recht, die Was-
4395 serversorgung selbst zu gestalten und zu betreiben. Vergibt sie jedoch fremd, soll sie
4396 ausschreiben, um den günstigsten und besten Anbieter zu ermitteln und um Kumpanei
4397 zu vermeiden. Ausgenommen von der Ausschreibungspflicht soll lediglich die echte
4398 interkommunale Zusammenarbeit sein.

4399 Die Grundwassersituation im hessischen Ried, welches die Wasserversorgung Süd-
4400 hessens und großer Teile des Rhein-Main-Gebietes sicherstellt, bleibt angespannt. Auf
4401 Grund der besonderen Stressfaktoren ist insbesondere bezüglich des Waldzustandes
4402 noch keine befriedigende Situation vorzufinden. Dem wurde mit der Einrichtung des
4403 Runden Tisches Hessisches Ried Rechnung getragen, der vernünftige Lösungsansät-
4404 ze mit allen Beteiligten erarbeiten soll. Unter anderem wird über die Machbarkeitsstu-
4405 die zur Wiederaufspiegelung des Grundwasserstandes in geschädigten Waldbestän-
4406 den beraten. Außerdem wird ein Gesamtkonzept entwickelt, das den Naturschutz und
4407 die Interessen der Land-und Forstwirtschaft sowie der Grundstückseigentümer berück-
4408 sichtigt. Nach derzeitigem Stand steht für die FDP allerdings fest, dass die Investitio-
4409 nen für eine Aufspiegelung – auch mit Blick auf die Folgen für die Landwirtschaft und
4410 die Hausbesitzer – in keinem Verhältnis zum möglichen Ertrag aus dem Wald und der
4411 Zustandsverbesserung stehen.

4412 Die FDP sieht für eine sichere Wasserversorgung eine dringende Notwendigkeit darin,
4413 die Fernleitungen zwischen dem Rhein-Main-Gebiet und dem hessischen Ried und
4414 dem Vogelsberg zu erneuern.

4415 Bezüglich der Deichsanierung und -erhaltung bedarf es weiter der unveränderten An-
4416 strengungen in Hessen. Die für Hochwasserschutzmaßnahmen notwendigen Mittel
4417 sind in den betreffenden Haushalten in den nächsten Jahren fortzuschreiben und, so-
4418 weit nötig, aufzustocken. Die FDP hält die Rückgewinnung von Retentionsräumen, wo
4419 immer möglich, sowie Maßnahmen zur Renaturierung, zur Entsiegelung und Versicke-
4420 rung, zur Reduzierung von Abflussspitzen und die Festsetzung von Überschwem-
4421 mungsgebieten für notwendig. Dabei muss jedoch der Flächenverlust für die Landwirt-
4422 schaft erträglich sein. Deshalb spricht sich die FDP auch für eine landwirtschaftliche
4423 Nutzung in Retentionsräumen aus.

4424 Die im Rahmen der Produktion der K+S AG anfallenden Abwässer und Abfallprodukte
4425 müssen möglichst umweltschonend entsorgt werden. Ziel ist die Verbesserung der
4426 Wasserqualität von Werra und Weser. Für die FDP steht fest, dass die Erfüllung der
4427 Anforderungen des Umweltschutzes ebenso im unmittelbaren Interesse liegen muss,
4428 wie wirtschaftliche Belange. Besonderes Augenmerk gilt daher der sukzessiven Verrin-
4429 gerung und Beendigung der Einleitung der Salzlaugen in die Oberflächengewässer und
4430 der Verpressung in den Untergrund. Aufgrund der Bedeutung des Kali-Bergbaus als
4431 Wirtschaftszweig und Arbeitgeber für die ganze Region müssen dafür verhältnismäßige
4432 und gangbare Lösungen gefunden werden. Deswegen unterstützen wir die Genehmi-
4433 gung zur Salzeinleitung in die Werra für weitere acht Jahre, die gleichzeitig eine stu-
4434 fenweise Reduzierung der Grenzwerte ab 2015 für Chlorid, Kalium und Magnesium
4435 vorsieht. Klar ist, dass unter den genannten Voraussetzungen die genehmigte Versen-
4436 kung von Salzabwässern ein Auslaufmodell ist, welches 2015 sein Ende finden soll.

4437 Für die Zukunft sieht die FDP – auch mit Blick auf die Empfehlungen des Runden Ti-
4438 sches – die Priorität bei der Entsorgung in einer überregionalen Fernleitungslösung,
4439 z.B. durch eine Nordsee-Pipeline. Nur dadurch können Werra und Weser nachhaltig
4440 entlastet werden. Darüber hinaus verschließt sich die FDP jedoch nicht von vorneher-
4441 ein anderen technischen Lösungen, die eine Verbesserung bedeuten, solange eine
4442 Pipeline nicht realisierbar ist. Die K+S AG steht dennoch weiter in der Verantwortung,
4443 eine dauerhafte Lösung, die den Zielen der Wasserrahmenrichtlinie entspricht, zu fin-
4444 den. Diesbezüglich wird auch die FDP die Entwicklungen weiterhin kritisch begleiten
4445 und sich für eine nachhaltige Verbesserung der Wasserqualität in Werra und Weser
4446 einsetzen.

4447 **Rohstoffe nachhaltig nutzen – Ressourcen schonen**

4448 Ein schonender Umgang ist die grundlegende Voraussetzung für eine nachhaltige Nut-
4449 zung vorhandener Ressourcen. Auch für künftige Generationen muss die Möglichkeit
4450 erhalten bleiben, ausreichend Rohstoffe für die wirtschaftliche Nutzung und als Le-
4451 bensgrundlage vorzufinden. Schonender Ressourceneinsatz auch für die möglichst
4452 umfassende Wiederverwertung von Rohstoffen. Eine Ressourcenabgabe auf heimi-
4453 sche Rohstoffe wie Sand, Kies und Stein hingegen lehnt die FDP strikt ab. Eine solche
4454 zusätzliche Abgabe ist nicht notwendig: Unternehmen werden, um wirtschaftlich erfolg-
4455 reich sein zu können, aus eigenem Antrieb teure Ressourcen einsparen. Außerdem
4456 wären die Folgen einer solchen Abgabe für Bürgerinnen und Bürger katastrophal. Ins-
4457 besondere beim Bau von Eigenheimen, aber auch beim Bau von Straßen und Wegen

4458 entstünden massive zusätzliche finanzielle Belastungen. Die FDP setzt dagegen auch
4459 in Zukunft auf die Beratung von Unternehmen zum Ressourcenschutz, wie dies bereits
4460 im Rahmen des Programmes „PIUS“ erfolgt. Hessen-PIUS ist hierbei nur ein Standbein
4461 der Aktionslinie Hessen-Umwelttech, die Unternehmen sogar noch weit umfassender
4462 unterstützt.

4463 **Altlasten**

4464 Altlasten beeinträchtigen nicht nur die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger,
4465 sondern stellen zudem ein Hemmnis für Investitionen dar und sind ein negativer Wett-
4466 bewerbsfaktor. Ferner gefährden sie die natürlichen Lebensgrundlagen und lasten da-
4467 mit als Hypothek auf künftigen Generationen. Die Sanierung von Altlasten verhindert
4468 die Ausweisung neuer Bauflächen und beugt damit der unnötigen Versiegelung und
4469 dem Verbrauch kostbarer Flächen, aber auch der unnötigen Inanspruchnahme der
4470 Natur vor. Die FDP wird deshalb weiterhin dafür eintreten, dass ein vernünftiger Pla-
4471 nungszeitraum für die Beseitigung der verbliebenen Altlasten in Hessen gewährleistet
4472 ist.

4473 **Rückbau Kernkraftwerk Biblis und Endlagerung**

4474 Die FDP hält eine zeitnahe Klärung der Endlagerfrage für abgebrannte Brennstäbe und
4475 hochradioaktive Rückbauprodukte kerntechnischer Anlagen für dringend erforderlich.
4476 Sowohl der Salzstock Gorleben wie jeder andere in Betracht kommende Standort, der
4477 die sicherheitstechnischen Kriterien und Anforderungen erfüllt, sollte in das ergebnisof-
4478 fene Standortauswahlverfahren einbezogen werden. Nach Auffassung der FDP sollte
4479 das Auswahlverfahren durch das Bundesumweltministerium zügig vorangetrieben wer-
4480 den. Dabei müssen alle Lagerstätten eine Rückholbarkeit garantieren, um auf eine
4481 möglicherweise fortschreitende technische Entwicklung reagieren zu können. Die FDP
4482 spricht sich in dem Verfahren für eine intensive Bürgerbeteiligung und -information so-
4483 wie eine abschließende Standortentscheidung durch ein Bundesgesetz aus, um so die
4484 gesellschaftliche Akzeptanz für die gefundene Lösung sicherzustellen.

4485 Die FDP hält es darüber hinaus für sinnvoll und wünschenswert, dass das Kraftwerks-
4486 gelände in Biblis auch nach dem vollständigen Rückbau des Kernkraftwerkes als Ener-
4487 giestandort erhalten bleibt, wobei die FDP den Bund dabei in der Pflicht sieht. Zur Si-
4488 cherstellung der Stromversorgung in Südhessen und dem gesamten Rhein-Main-
4489 Gebiet ist die Ersetzung der Kraftwerksleistung durch eine neue, effiziente und klima-
4490 schonende Anlage, beispielsweise ein Gaskraftwerk, zu prüfen. Die technischen Vo-
4491 raussetzungen sowie die Infrastruktur sind vorhanden und sollten während des Rück-
4492 bauprozesses erhalten bleiben.

4493 Die FDP sieht zudem in der Erforschung der Separations- und Transmutationstechno-
4494 logie, wie am Forschungsreaktor „MYRRHA“ am Standort Mol (Belgien) betrieben,
4495 große Chancen für die zukünftige Entsorgung radioaktiver Abfallstoffe. Diese Techno-
4496 logie kann einen wichtigen Beitrag leisten, indem die Radiotoxizität der Brennstäbe und
4497 anderen radioaktiven Materials auf einige hundert Jahre und somit auf das Niveau na-
4498 türlicher Uranvorkommen gesenkt werden könnte. Damit wäre ein wichtiger Schritt zu

Seite 121

4499 einer sichereren Endlagerung getan. Bei der Weiterverarbeitung beziehungsweise Ent-
4500 schärfung alter Brennelemente gibt es in dem Verfahren darüber hinaus die Möglich-
4501 keit, 30 Prozent der eingesetzten Energie wieder in Stromgewinnung umzusetzen. Die
4502 FDP unterstützt den beabsichtigten Bau eines Demonstrationsreaktors, an dem sich
4503 Deutschland bereits mittelbar über die EU beteiligt und sich zukünftig auch unmittelbar
4504 beteiligen sollte.

4505

4506 **XII. Landwirtschaft, Forsten und Verbraucher-**
4507 **schutz**

4508 **1. Landwirtschaft benötigt ein marktwirtschaftliches**
4509 **System**

4510 Der Landwirtschaftssektor benötigt ein marktwirtschaftliches System mit freiem Handel
4511 für Nahrungsmittel und unternehmerischer Freiheit zur Gestaltung der landwirtschaftli-
4512 chen Produktion. Landwirte sollen die Möglichkeit haben auf Agrarrohstoffmärkten ei-
4513 genverantwortlich Preise und Risiken abzusichern. Landwirtschaftliche Betriebe sollen
4514 durch Investitionen umfassend den organisatorisch-biologisch-technischen Fortschritt
4515 nutzen können, um ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit im Ackerbau und der Tier-
4516 haltung zu erhalten und auszubauen.

4517 Täglich gehen Landwirtschaftsflächen zur Erzeugung von Nahrungsmitteln und nach-
4518 wachsenden Rohstoffen zugunsten der Siedlungsentwicklung, des Straßenbaus, des
4519 Naturschutzes und anderer Verwendungen verloren. Die FDP will die Flächen für die
4520 Produktion erhalten und über eine effiziente Bewirtschaftung das Ziel „Teller und Tank“
4521 sicherstellen.

4522 Jagd und Forstgesetze sollen ideologiefrei und ausgewogen mit den Nutzern gestaltet
4523 werden. Dann ist dem Wild, dem Wald und der Natur geholfen. Das ist in Hessen im
4524 Vergleich zu allen anderen Bundesländern beeindruckend gelungen. Wir wollen uns
4525 aber nicht auf dem Erreichten ausruhen, sondern weitere Verbesserungen erreichen.
4526 Natur- und Gewässerschutz in der Kulturlandschaft werden durch ordnungsgemäße
4527 Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft unterstützt.

4528 Unser Leitbild für den Verbraucherschutz ist der gut informierte, mündige Verbraucher.
4529 Dazu gehört eine umfassende Verbraucherbildung sowie Aufklärung und der öffentli-
4530 che Zugang zu Informationen. Mit unserer Verbraucherschutzpolitik setzen wir auf eine
4531 Stärkung des Verbrauchers im Markt und auf eine frühzeitig ansetzende Aufklärung
4532 und Sensibilisierung.

4533 Im gesundheitlichen Verbraucherschutz gilt es, Gesundheitsgefahren und Verbraucher-
4534 täuschung abzuwehren. Weitergehende Anforderungen an staatliche Behörden blähen
4535 die Bürokratie auf und sind mit dem liberalen Grundsatz, den Bürgern und Unterneh-
4536 men die Pflicht zu eigenverantwortlichem Handeln zu übertragen, nicht vereinbar. Mit
4537 verstärkter Aufklärung, verbrauchernaher Erzeugung und besserer Kontrolle von Im-
4538 porten aus Ländern mit niedrigerem Schutzniveau soll der Verbraucherschutz weiter
4539 gestärkt werden. Darüber hinaus muss die einheitliche Umsetzung europäischen und
4540 deutschen Rechts gewährleistet sein.

4541

4542 **2. "Unser Wort gilt! - Versprochen und gehalten -"**

4543 • Zukunftspakt Landwirtschaft geschlossen

4544 Mit dem Landwirtschaftspakt zwischen dem Land Hessen und den hessischen Land-
4545 wirten gehen wir in der Frage der Zukunftsfähigkeit der Landwirtschaft entscheidend
4546 voran und schaffen ein solides Fundament für die landwirtschaftlichen Betriebe. Dies
4547 haben wir mit einer konsequenten Weiterentwicklung der Ausgleichszulage und Pro-
4548 grammen zur Investitionsförderung unterlegt.

4549 • ELER-Mittel zielgerichtet eingesetzt

4550 Wir haben den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen
4551 Raums mit dem Entwicklungsplan für den ländlichen Raum 2007 bis 2013 zielgerichtet
4552 umgesetzt und ELER-Mittel kofinanziert.

4553 • Fördermaßnahmen und Ausgleichzahlungen

4554 Wir haben eine Übergangsförderung für den ökologischen Landbau durchgeführt. Au-
4555 ßerdem haben wir mit der einzelbetrieblichen Investitionsförderung zu einer modernen,
4556 effizienten und zukunftsfähigen Landbewirtschaftung beigetragen. Durch das Hessi-
4557 sche integrierte Agrarumweltprogramm (HIAP) haben wir Landwirten einen finanziellen
4558 Ausgleich für zusätzliche Kosten oder Ertragsverzicht in Folge besonders umweltge-
4559 rechter Landbewirtschaftung gewährt.

4560 Über die Hessenagentur, das Portal „landservice-hessen.de“ sowie über MGH haben
4561 wir regionale Produkte sowie den Land- und Bauernhoftourismus unterstützt.

4562 • Strukturreform im Landesbetrieb Hessen-Forst

4563 Wir haben die Reform der Beschäftigungsstrukturen im Landesbetrieb Hessen-Forst
4564 positiv begleitet und ihn als Wirtschaftsbetrieb weiterentwickelt. Einstellungschancen
4565 und berufliche Entwicklungsperspektiven für Nachwuchskräfte und die beim Betrieb
4566 Beschäftigten haben wir verbessert, Teamstrukturen ausgebaut, und das in Verbin-
4567 dung mit einer sozialverträglichen Einsparung im Personalbereich.

4568 • Waldgesetz modernisiert

4569 Wir haben das Waldgesetz unter Wahrung aller wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und
4570 privaten Interessen modernisiert.

4571 • Novelle des Jagdgesetzes

4572 Wir haben das Jagdgesetz konsistenter und praxisnäher ausgestaltet. Die Novelle ver-
4573 bindet den Schutz der Natur und die nachhaltige Entwicklung der Wildpopulation mit
4574 den berechtigten Interessen von Landwirten, Jägern, Förstern, Waldbesitzern und Bür-
4575 gern.

4576 • Bildungs- und Beratungsangebot

4577 Wir haben ein umfassendes, unabhängiges und flächendeckendes Bildungs- und Bera-
4578 tungsangebot für alle landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Betriebe durch den
4579 Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen bereitgestellt.

4580 Außerdem haben wir den „Schulpakt“ verlängert. Damit garantiert das Land Hessen die
4581 Aufrechterhaltung der Fachschulstandorte Alsfeld, Fritzlar, Griesheim und Petersberg
4582 und gewährleistet damit die Fortbildung und Qualifikation zum landwirtschaftlichen Un-
4583 ternehmer oder zur landwirtschaftlichen Fach- und Führungskraft mit den Berufsab-
4584 schlüssen „Staatlich geprüfte/r Betriebswirt/in der Fachrichtung Agrarwirtschaft“ oder
4585 „Landwirtschaftsmeister/in“.

4586 • Sanierung des Kloster Eberbach

4587 Wir haben die Sanierung des Klosters Eberbach weiter vorangetrieben und damit das
4588 Kloster als zentrale Stätte der Weinkultur gestärkt.

4589 • Umfassendes Verbraucherschutzkonzept vorgelegt

4590 Wir haben ein umfassendes Verbraucherschutzkonzept vorgelegt, welches insbeson-
4591 dere auch den digitalen Verbraucherschutz (Telekommunikation) sowie den finanziel-
4592 len Verbraucherschutz umfasst. Für die Bereiche wirtschaftlicher Verbraucherschutz,
4593 Verbraucherbildung und Ernährung haben wir eigene Zuständigkeiten geschaffen.

4594 Für junge Menschen haben wir besondere Angebote geschaffen, bspw. an Schulen die
4595 Initiative „Bauernhof als Klassenzimmer“, „Werkstatt Ernährung“ und insbesondere das
4596 Projekt „Alltagskompetenzen – Durchblick gehört dazu“.

4597 • Verbraucherbildung gestärkt

4598 Wir haben mit den Hessischen Umweltschulen oder dem Kooperationsprojekt mit der
4599 Stiftung Warentest zur Verbraucherbildung in Schulen bundesweite Vorzeigeprojekte
4600 geschaffen. Außerdem haben wir das Verbraucherfenster als umfassende Informati-
4601 onsquelle ausgebaut.

4602 • Verbraucherinteressen im Bereich der Lebensmittel gestärkt

4603 Wir haben über die hessische Task Force Lebensmittelsicherheit und eine entspre-
4604 chende Ausstattung des Landeslabors Hessen sichergestellt, dass die Verbraucherin-
4605 teressen gewahrt werden. Zusätzlich haben wir die freiwillige Selbstkontrolle in Le-
4606 bensmittel verarbeitenden Betrieben gestärkt sowie die Gesetze auf den Gebieten des
4607 Veterinärwesens, der Lebensmittelüberwachung und des Verbraucherschutzes moder-
4608 nisiert.

4609

4610 **3. Weiter gestalten: „Landwirtschaft und Verbraucher-**
4611 **schutz im Einklang“**

4612 **Landwirtschaftsflächen sichern**

4613 Täglich gehen für die Erzeugung von Nahrungsmitteln und nachwachsenden Rohstof-
4614 fen benötigte Landwirtschaftsflächen zugunsten der Siedlungsentwicklung, des Stra-
4615 ßenbaus, des Naturschutzes und anderer Verwendungen verloren. Die FDP will die
4616 Flächen für die Produktion erhalten und über eine effiziente Bewirtschaftung das Ziel
4617 „Teller und Tank“ sicherstellen. Darüber hinaus nicht benötigte Flächen können dann
4618 auch für die energetische und technische Nutzung zur Verfügung stehen. Auch wenn
4619 die Energiegewinnung durch Photovoltaik weiter zunehmen wird, dürfen produktive
4620 Flächen hierfür nur in Ausnahmefällen verbraucht werden.

4621 Ebenso soll brachliegenden Wohn- und Gewerbeflächen Vorrang vor der Ausweisung
4622 von Flächen „auf der grünen Wiese“ eingeräumt werden. So kann der Verbrauch von
4623 Landwirtschaftsflächen für Siedlungszwecke deutlich reduziert werden. Um das zu er-
4624 reichen, wollen wir weiter die Reaktivierung von brachliegenden Wohn- und Gewerbe-
4625 flächen, unter anderem durch den Einsatz von Ökopunkten, fördern. Der Grundsatz der
4626 Landesregierung Ökopunkte vor Ausgleich über Fläche wird unterstützt. Bei der Schaf-
4627 fung von Parkraum sind die Nutzung von Flächen unter oder auf Gebäuden sowie die
4628 Nutzung mehrerer Etagen zu favorisieren.

4629 Ökosysteme sind immer von der Einwanderung fremder Arten bedroht. Ungewollt ein-
4630 gewanderte Tier- und Pflanzenarten sollen gezielt verdrängt werden. Pflanzengesell-
4631 schaften des Grünlands bestehen auch aus giftigen Arten. Ihre Verbreitung bereitet im
4632 Wirtschaftsgrünland Probleme. Es gilt, Schaden von den Tieren abzuwenden. Straßen-
4633 ränder und Böschungen müssen vor Beginn des Samenflugs der Giftpflanzen gemäht
4634 bzw. gemulcht werden.

4635 **Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft**

4636 Zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft sind erhebliche Investi-
4637 tionen notwendig. Wir wollen deshalb die einzelbetriebliche Investitionsförderung erhal-
4638 ten. Baulich-technische Einrichtungen gewährleisten für sich alleine aber noch keine
4639 Wettbewerbsfähigkeit. Wir wollen daher den Wissenstransfer durch den Aufbau von
4640 Innovationspartnerschaften von Hochschulen und landwirtschaftlichen Betrieben im
4641 Sinne einer nachhaltigen Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit fördern.

4642 Zur Unterstützung der Chancengleichheit setzen wir uns außerdem dafür ein, die Fi-
4643 nanzmittel aus dem Landwirtschaftsfonds (ELER) mit der Kofinanzierung aus dem
4644 Bundes- und Landeshaushalt auf ausgewählte Bereiche zu konzentrieren.

4645 Zur Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit muss sich die Landwirtschaft aufgrund der im-
4646 mer extremeren Wetterereignisse stärker gegen witterungsbedingte Risiken absichern.
4647 Eine zeitlich begrenzte Unterstützung der Risikoabsicherung soll diese Entwicklung

4648 beschleunigen und gleichzeitig die Chancengleichheit innerhalb der Europäischen Uni-
4649 on verbessern.

4650 Zu einer effizienten Landbewirtschaftung gehört auch ein effizienter Naturschutz. Die-
4651 ser wird nach unserer Überzeugung am ehesten über den Vertragsnaturschutz er-
4652 reicht. Er hat bei uns Vorrang vor dem Verordnungsnaturschutz.

4653 Landbewirtschaftung kann die Güte von Grund- und Oberflächenwasser beeinflussen.
4654 Das darf nicht dazu führen, dass Landbewirtschaftler durch überbordende Bürokratie
4655 gegängelt werden. Wir setzen uns daher für mehr unternehmerische Freiheit für Land-
4656 bewirtschaftler im Rahmen der guten fachlichen Praxis zur Erfüllung der Anforderungen
4657 des Schutzes von Grund- und Oberflächenwasser ein. Um den vorbeugenden Gewäs-
4658 serschutz durch Landbewirtschaftung optimal umsetzen zu können, setzen wir uns für
4659 eine verstärkte Beratung ein.

4660 Auch die private Pferdehaltung ist aktiver Landschaftsschutz, gerade in den benachtei-
4661 ligten Grünlandgebieten. Politik muss dies erkennen und als Teil der Lebensqualität im
4662 ländlichen Raum begreifen. Aus diesem Grund sprechen wir uns auch klar gegen die
4663 Einführung der Pferdesteuer aus. Sie ist eine reine Luxussteuer, die den Pferdesport
4664 und die Pferdehaltung schwächt und den Bürger wieder einmal wegen der klammen
4665 Staatskassen belastet.

4666 **Weinbau in Hessen – hochwertiges Wirtschafts- und Kulturgut**

4667 Der Weinbau in Hessen konzentriert sich auf die beiden Weinanbaugebiete Rheingau
4668 und Bergstraße. Im Rheingau gibt es 3.145,2 ha bestockte Fläche, wovon 344,8 ha im
4669 Steillagenweinbau betrieben werden. In der Hessischen Bergstraße werden aktuell auf
4670 447,8 ha Fläche, davon 77,9 ha Steillage, Reben angebaut. Der Weinbau prägt nicht
4671 nur das Bild der beiden Regionen, sondern steht für eine jahrhundertealte, stabile wirt-
4672 schaftliche Kontinuität. Er prägt aus dieser Tradition heraus konsequenterweise die
4673 Kultur der Regionen. Die Weine der hessischen Winzer sind für ihre hervorragende
4674 Qualität bekannt. Das gute Image hat sich in den vergangenen Jahren weiter verbes-
4675 sert.

4676 Neben den guten klimatischen Bedingungen und herausragenden Standorten zeichnet
4677 sich der Weinbau in Hessen durch ein effektives Qualitätsmanagement der Winzer
4678 aus. Das beginnt bei der Arbeit im Weinberg und geht über die Kellerwirtschaft bis hin
4679 zur Vermarktung. Die FDP unterstützt alle Vorschläge, die der Erhaltung des Qualitäts-
4680 niveaus dienen. Insbesondere die mittelständischen, familiengeführten Gutsbetriebe
4681 benötigen faire Produktionsgrundlagen und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die
4682 ihnen ermöglichen, als Unternehmer kreativ zu agieren. Ihre große Stärke ist der enge
4683 regionale Bezug zur heimischen Kulturlandschaft. Ihre Wirtschaftlichkeit darf nicht
4684 durch staatliche Eingriffe eingeschränkt werden. Besonders problematisch erscheinen
4685 in diesem Zusammenhang die Planungen bzw. schon erfolgten Beschlüsse zur EU-
4686 weiten Vereinheitlichung des Weinangebots, z.B. mit der Einführung von sog. Weinen
4687 ohne Herkunfts- aber mit Rebsortenangaben. Für die Betriebe in den recht kleinen
4688 hessischen Weinbaugebieten wird im globalen Wettbewerb die Profilierung über die
4689 Herkunft immer wichtiger.

4690 Zur Unterstützung des Weinbaus und zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der
4691 Betriebe gibt es für die Winzer im Rheingau und an der Hessischen Bergstraße eine
4692 Reihe von Förderprogrammen, die teils von der EU, dem Bund oder vom Land finan-
4693 ziert werden. Von großer Relevanz ist diesbezüglich insbesondere die Förderung des
4694 Steillagenweinbaus. Aufgrund seiner erheblichen regionalen, ökonomischen, landes-
4695 kulturellen und touristischen Bedeutung müssen Initiativen zu seiner Erhaltung bzw.
4696 Rekultivierung weiterhin unterstützt werden.

4697 Um hessische Weine im In- und Ausland noch erfolgreicher zu positionieren, bedarf es
4698 zudem einer weiteren Verbesserung der Erzeugungs-, Angebots- und Vermarktungs-
4699 strukturen, insbesondere durch die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen
4700 Weinerzeugern, Weinhandel, Gastronomie und Tourismus. Die FDP wird sich dafür
4701 einsetzen, diesbezügliche Initiativen weiter voran zu bringen.

4702 **Gute fachliche Praxis durch gute Bildung**

4703 Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe und gute fachliche Praxis lassen sich nur über gute
4704 Bildung erreichen. Gut ausgebildete Betriebsleiter in Land-, Forst-, Garten- und Wein-
4705 bau tragen Verantwortung in der Betriebsführung im Rahmen der guten fachlichen
4706 Praxis. Die Fachschulen für Land- und Gartenbau sollen deshalb erhalten bleiben. Für
4707 das Studium der Agrar- und Ernährungs- sowie der Garten- und Weinbauwissenschaf-
4708 ten einschließlich der zugehörigen Forschung ist je ein starker universitärer Standort in
4709 Hessen erforderlich. Der Fachbereich Agrarwissenschaften der Justus-Liebig-
4710 Universität Gießen und die Hochschule Geisenheim bieten mit ihrer angewandten For-
4711 schung wissenschaftliche Erkenntnisse für die praktizierenden Betriebe in Bezug auf
4712 die Erzeugung von Agrarrohstoffen, die artgerechte Tierhaltung, die landwirtschaftliche
4713 Energieerzeugung und die Entwicklung des ländlichen Raums. Am Hochschulstandort
4714 Gießen sollte die agrarwissenschaftliche Fakultät gestärkt werden. Die Fachbereiche
4715 Agrartechnologie und Grünlandwirtschaft müssen durch die Schaffung zweier Profes-
4716 suren wieder auf das frühere Niveau gehoben werden. Mit der seit Januar 2013 eigen-
4717 ständig agierenden Hochschule Geisenheim University, die die Praxis- und Berufsori-
4718 entierung der Fachhochschule mit dem akademischem Anspruch und der Forschung
4719 einer Universität kombiniert, bestehen beste Voraussetzungen für eine weitere Opti-
4720 mierung des Ausbildungsstandards in den weinbaulichen Berufen.

4721 Auch der Austausch von Praxis und Wissenschaft gewinnt immer mehr an Bedeutung.
4722 An den Hochschulstandorten Gießen und Geisenheim sollte daher Personal für die
4723 Kommunikation von Problemstellungen aus der Praxis in die Hochschulen und von
4724 wissenschaftlichen Erkenntnissen in die landwirtschaftliche Praxis unter Einbeziehung
4725 der Beratung gewonnen werden. Für den Wissenstransfer zwischen Hochschule und
4726 Praxis werden Innovationspatenschaften gefördert.

4727 Fachverstand ist ein hohes Gut in modernen Verwaltungen. Im Bereich Landwirtschaft
4728 entstehen zunehmend Lücken. Der Vorbereitungsdienst für den gehobenen und den
4729 höheren Dienst im Bereich Landwirtschaft sollte wieder eingeführt werden.

4730

4731 **Grüne Gentechnik kontrolliert nutzen**

4732 Effiziente Landbewirtschaftung ist ohne moderne Pflanzenzüchtung undenkbar.
4733 Deutschland droht hier von der Entwicklung abgehängt zu werden. Wir setzen uns da-
4734 her für einen sachlichen Dialog über Nutzen und Gefahren der grünen Gentechnik ein.
4735 Um unerwünschte Entwicklungen zu vermeiden, sollte jedoch ein Kriterienkatalog ent-
4736 wickelt werden, der verbotene gentechnische Veränderungen auflistet.

4737 Grüne Gentechnik kann die Chancen für eine gesunde Ernährung für die deutsche
4738 Bevölkerung aber auch für die Weltbevölkerung sichern und verbessern, sowie helfen,
4739 natürliche Lebensgrundlagen zu erhalten. Wachsender Bedarf an Lebens- und Futter-
4740 mitteln sowie nachwachsenden Rohstoffen lassen nicht nur Landwirtschaftsflächen
4741 knapp werden, sondern sorgen auch für die Überfischung der Weltmeere und den star-
4742 ken Zuwachs an Fischfarmen im Süß- wie im Meerwasser. Zur langfristigen Ernäh-
4743 rungssicherung wird ein höherer pflanzlicher Anteil an der menschlichen Ernährung
4744 notwendig sein. Als Beispiel dient die gentechnisch veränderte Rapspflanze, die die für
4745 den Menschen lebensnotwendigen Omega 3-Fettsäuren produziert und vom Men-
4746 schen in Form von Salatöl zu sich genommen werden könnte.

4747 Zu Recht beklagen viele die Überfischung der Weltmeere und teilweise der Binnenge-
4748 wässer, weil eben Fisch die Omega 3-Fettsäuren über Algen enthält. Mit der in
4749 Deutschland entwickelten Rapspflanze könnte gegengesteuert werden. Stattdessen ist
4750 diese Technologie aus Deutschland in die USA abgewandert, weil alle Parteien außer
4751 der FDP sich aus ideologischen Gründen dieser Technik verschließen. Wir sind uns
4752 bewusst, dass eine vertiefte Abwägung zwischen Ethik und Nutzen erfolgen muss,
4753 weshalb den Unternehmen vom Gesetzgeber Grenzen aufgezeigt werden müssen.
4754 Dazu gehört dann aber auch, dass die Chancen für den hungernden Teil dieser Erde
4755 genutzt werden; dazu kann die grüne Gentechnik ihren Beitrag leisten.

4756 Auch Veränderungen des Klimas und der Ernährungsgewohnheiten erfordern pflan-
4757 zenzüchterische Lösungen. Anbau und Produktion von Samen gentechnisch veränder-
4758 ter Sorten sollten daher erlaubt werden, sofern sie der gesunden Ernährung oder der
4759 Anpassung an den Klimawandel, z. B. durch Wassermangel, dienen.

4760 Der Bildungsstandort Deutschland unterstützt Forschung auf hohem Niveau. Dies soll-
4761 te auch für pflanzenzüchterische Forschung gelten. Hessische Hochschulen sollten
4762 daher die Möglichkeit zur Forschung an Verfahren zur gentechnischen Veränderung
4763 und die Möglichkeit zur Forschung an Pflanzen im Freiland erhalten. Die Arbeiten müs-
4764 sen für die Öffentlichkeit dokumentiert werden.

4765 **Energieerzeugung auf Landwirtschaftsflächen**

4766 Die Erzeugung von Energie auf Landwirtschaftsflächen wird von der Bevölkerung zu-
4767 nehmend kritisch betrachtet. Sie ist mit einem hohen Input verbunden. Die Energieer-
4768 zeugung muss daher effizient und mit hoher Wertschöpfung erfolgen. Gleichzeitig er-
4769 höht die dezentrale Gewinnung von regenerativer Energie die Wertschöpfung im länd-
4770 lichen Raum und entlastet die überregionalen Stromtrassen. Wir setzen uns daher wei-

4771 ter für den Ausbau der Energiegewinnung auch auf Landwirtschaftsflächen in Hessen
4772 ein.

4773 Biogas wird bisher überwiegend zur Grundlastabdeckung verwendet. Biogas ist spei-
4774 cherbar und daher geeignet, als Regelenergie für den Mittel- und Spitzenlastbetrieb zu
4775 dienen. Biogas sollte deshalb ausschließlich zur Abdeckung von Lastspitzen im Strom-
4776 netz eingesetzt werden.

4777 Auch organisches Material ist ein wertvoller Rohstoff für die Energiegewinnung. Rest-
4778 holz und Grünschnitt aus der Landschafts- und Waldpflege sind daher immer energe-
4779 tisch zu nutzen. Schließlich führen viele Stromtrassen durch hessische Wälder. Auf
4780 den dazu erforderlichen Waldschneisen können mit Kurzumtriebsplantagen und an-
4781 schließender Hackschnitzelgewinnung zusätzliche Flächen für die Energiegewinnung
4782 bereitgestellt werden.

4783 **Nutzung der hessischen Wälder**

4784 Hessische Wälder dienen der Erholung, dem Naturschutz und der Holzgewinnung. Die
4785 hessische Wirtschaft hat einen Holzbedarf, der weit über die Eigenerzeugung hinaus-
4786 geht. So wie wir die regionale Erzeugung von Lebensmitteln unterstützen, wollen wir
4787 auch die Versorgung der heimischen Wirtschaft mit Nutzholz aus nahen Wäldern för-
4788 dern. Dazu ist eine Erhöhung des Nadelholzanteils nach guter forstlicher Praxis uner-
4789 lässlich.

4790 Mit Jagd- und Schonzeiten sowie Abschussplänen wird der Wildbesatz gesteuert.
4791 Wildbiologische Erkenntnisse machen eine Überarbeitung der Jagdzeiten erforderlich.
4792 Unter Natur- und Artenschutzgesichtspunkten wird die Wiederbesiedlung unserer Na-
4793 turräume mit fleischfressenden Wildtieren begrüßt. Wildschäden durch diese nicht be-
4794 jagbaren Tierarten werden bisher jedoch nicht ersetzt. Wir fordern daher den Ausgleich
4795 von Wildschäden durch das Land Hessen, sofern die Schäden durch nicht bejagbare
4796 Tierarten verursacht werden.

4797 Wir fordern die Abschaffung der Jagdsteuer in Hessen. Jäger die durch Hege und
4798 Pflege von Wild und Wald schon einen sehr großen Beitrag zum Gemeinwohl leisten,
4799 werden durch diese Neidsteuer über alle Gebühr belastet. Gerade in Zeiten steigender
4800 Wildschäden darf den hessischen Jägern die Jagdausübung nicht durch weitere Steu-
4801 ern und Abgaben erschwert werden.

4802 **Verbraucherschutz hat hohen Stellenwert**

4803 Die FDP misst dem Verbraucherschutz einen hohen Stellenwert zu. Das gegenwärtige
4804 Schutzniveau soll weiter verbessert werden. Dabei steht die Eigenverantwortung der
4805 Unternehmen im Vordergrund. Ein Smiley-System auf freiwilliger und privatwirtschaftli-
4806 cher Grundlage wird unterstützt. Als staatliche Aufgabe lehnen wir solch ein System
4807 ab.

4808 Die Bevölkerung muss wieder mehr Vertrauen in die Lebensmittelproduktion fassen.
4809 Deshalb fördern wir die verbrauchernahe und gläserne Produktion von Lebensmitteln.

4810 Gleichzeitig sollte die Überwachung der Lebensmittelqualität in Hessen überall auf
4811 gleich hohem Niveau erfolgen. Wir wollen deshalb eine einheitliche Anwendung der
4812 nationalen und europäischen Vorschriften in ganz Hessen gewährleisten. Bei Lebens-
4813 mittelimporten aus Ländern mit niedrigerem Schutzniveau wollen wir die Prüfungen
4814 jedoch verstärken.

4815 Auch die Urteilsfähigkeit der Verbraucher bei den Kaufentscheidungen sollte weiter
4816 verbessert werden. Wir setzen uns daher für eine bessere Bildung und verstärkte Auf-
4817 klärung der Verbraucher ein.

4818 Darüber hinaus legen wir einen Schwerpunkt auf die Stärkung des Verbraucherschut-
4819 zes bei Finanzdienstleistungen und im Bereich der sogenannten „Neuen Medien“.
4820 Auch und gerade in diesem Bereich sagen wir unseriösen Geschäftspraktiken den
4821 Kampf an. Insofern müssen wir ständig die Regeln zu Vertragsabschlüssen im Internet
4822 auf ihre Verbraucherschutzfreundlichkeit überprüfen. Gleiches gilt für den Schutz der
4823 Verbraucher vor teuren Telefonwarteschleifen und die Verbesserung des Anleger-
4824 schutzes im Rahmen von Finanzgeschäften. Aufklärung heißt jedoch nicht Bevormun-
4825 dung. Wir versperren beispielsweise Privatanlegern nicht den Weg zu bestimmten risi-
4826 koreicheren, aber eben auch renditestärkeren Anlageformen, sondern wollen dem
4827 mündigen Verbraucher eine eigene sachkundige Entscheidung ermöglichen.

4828 **Tierschutz weiter verbessern**

4829 Tierschutz ist im Bereich der Nutz- und Heimtierhaltung eine gesamtgesellschaftliche
4830 wichtige Aufgabe. Es sollten überall gleiche Anforderungen gelten. Wir fordern deshalb
4831 die Vereinheitlichung der Vorschriften und ihre Auslegung im Bereich der Tiertranspor-
4832 te innerhalb Hessens und darüber hinaus in Deutschland und Europa. Wir werden den
4833 Tierschutz auf wissenschaftlicher Grundlage weiter verbessern.

4834 Im Bereich der Nutztierhaltung werden laufend Verbesserungen im Tierschutz entwi-
4835 ckelt. Die Einführung dieser Neuentwicklungen geschieht am besten mit dem Neubau
4836 von Stallanlagen. Die Privilegierung zum Bauen im Außenbereich muss daher unab-
4837 hängig von Bestandsgrößen erhalten bleiben. Tierschutz darf aber nicht bei der Nutz-
4838 tierhaltung halt machen.

4839

4840 **XIII. Chancen durch Kunst, Kultur und Kreativ-**
4841 **wirtschaft**

4842 **1. Grundsätze und Aufgaben liberaler Kulturpolitik**

4843 Kunst und Kultur sind von zentraler Bedeutung für die Selbstfindung und die Lebenser-
4844 füllung der Menschen. Kultur lebt von der Vielfalt und dem Spannungsverhältnis zwi-
4845 schen Vertrautem und Neuem, zwischen dem Eigenen und dem Fremden. Kultur ist
4846 weder bestimmten Schichten noch Ideologien zuzuordnen, ist nicht rechts oder links,
4847 sondern markiert die Mitte der Gesellschaft ebenso wie ihre Ränder und Nischen. Kul-
4848 tur ist höchst individuell, unmittelbar, persönlich und zugleich das Verbindende und die
4849 Basis für die Verständigung untereinander. Es geht dabei nicht nur um die künstlerische
4850 Auseinandersetzung und Darstellung, da die Bereiche in alle gesellschaftlichen
4851 Gebiete und Themengebiete hineinwirken und die Chance bieten, als Triebfeder für
4852 unsere zivilgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen zu funktionieren.

4853 Die besondere Verantwortung des Staates für die Kultur wird durch das in der Verfas-
4854 sungs des Landes Hessen niedergelegte Kulturstaatsgebot des Artikels 62 ausgedrückt,
4855 der aufgibt, „die Denkmäler der Kunst, der Geschichte und Kultur sowie der Land-
4856 schaft“ zu schützen und zu pflegen. Privates Engagement und Bürgerbeteiligung sind
4857 gerade im Bereich der Kunst und Kultur unerlässlich und zu fördern.

4858 Aus diesen Grundsätzen und dem Kulturstaatsgebot der Hessischen Verfassung erge-
4859 ben sich folgende Aufgaben liberaler Kulturpolitik:

- 4860 • die Sicherung der Grundlagen für die freie Entfaltung von Kunst und Kultur,
4861 • die Eröffnung des Zugangs zu kulturellen Inhalten und Institutionen für alle Bürger,
4862 • die Bewahrung des kulturellen Erbes und die Vermittlung von Anstößen für neue
4863 Entwicklungen,
4864 • die Schaffung der Rahmenbedingungen für einen funktionsfähigen Markt zum un-
4865 gehinderten Austausch von Kulturgütern,
4866 • eine angemessene finanzielle Förderung, um ein breites Angebot aufrecht zu erhal-
4867 ten.

4868 Zu den Grundsätzen liberaler Kulturpolitik gehört, dass wir jede Bevormundung und
4869 jeden zensierenden Eingriff in Kunst und Kultur ablehnen. Liberale geben keinen
4870 Kunstbegriff vor, sondern stehen für eine Atmosphäre, in der Kreativität und neue
4871 Ideen wachsen können.

4872 „Die Kunst ist eine Tochter der Freiheit!“. Diese Aussage Friedrich Schillers, die nicht
4873 für die Kunst allein, sondern auch für die Kultur im weitesten Sinne gilt, charakterisiert
4874 unser Grundverständnis von der Bedeutung der Freiheit für die Kultur.

4875

4876 **2. "Unser Wort gilt! - Versprochen und gehalten -"**

- 4877 • Landesmuseen Darmstadt, Wiesbaden und Kassel

4878 Die Sanierungs- und Umbaumaßnahmen der Landesmuseen wurden vorangetrieben
4879 und werden weiter fortgesetzt.

- 4880 • Kulturförderung

4881 Wir haben trotz knapper Kassen im Kulturbereich keine finanziellen Kürzungen mit
4882 dem Rasenmäher vorgenommen. Unser Ziel war es, den finanziellen Anteil auf dem
4883 erreichten Niveau zu erhalten. Insbesondere die Sicherung der Finanzierung der klei-
4884 nen Bereiche wie der „Freien Szene“, der „Soziokultur“, der Literatur- und Museums-
4885 förderung stand für uns dabei im Vordergrund, da eine Kürzung dort fatale Folgen ge-
4886 habt hätte und Projekte und Programme nicht hätten fortgesetzt werden können.

- 4887 • Staatstheater

4888 Die Finanzierung der hessischen Staatstheater wurde sichergestellt. Die Kostensteige-
4889 rungen wurden seitens des Landes übernommen und erstmals ist es gelungen, den
4890 Kommunalen Finanzausgleich mit einzubeziehen. Hessens Staatstheater sind ein
4891 wichtiger Standortfaktor, der nicht nur die Sitzstädte betrifft, sondern vom dem auch die
4892 angrenzenden Kommunen profitieren. Die hochwertige und vielseitige Arbeit der Thea-
4893 ter muss unseres Erachtens auch zukünftig sichergestellt werden.

- 4894 • Museumsförderung

4895 Wir wollen die kommunalen und privaten Museen auch zukünftig in Abstimmung mit
4896 dem Hessischen Museumsverband fördern. Aus diesem Grund war es unser Anliegen,
4897 die Museumsförderung fortzuführen und mit den Akteuren vor Ort in Kontakt zu treten
4898 und als Dialogpartner zur Verfügung zu stehen.

- 4899 • Georg-Büchner-Gedenkjahre

4900 Die Realisierung des Georg-Büchner-Gedenkjahres 2012/13 anlässlich seines 200.
4901 Geburtstages und 175. Todestages war ein liberales Anliegen. Büchners Leben und
4902 Wirken gehört in Hessen zum kulturellen Erbe, an das in den Gedenkjahren auf vielfäl-
4903 tige Art und Weise erinnert werden soll. Das Zusammenspiel und die Kooperation ver-
4904 schiedener Akteure ist ein wichtiger Schritt, so dass sich neben der geplanten Ausstel-
4905 lung in Darmstadt auch Theateraufführungen, Lesungen, Symposien, Konzerte und
4906 wissenschaftliche Forschungen Georg Büchners Biographie und seinen Werken wid-
4907 men. Das Zusammenwirken ermöglicht auch, dass die Gedenkjahre zu einem ganz
4908 besonderen kulturpolitischen Ereignis für Hessen werden.

- 4909 • Etablierung der Landesmarke Grimm und Grimm-Gedenkjahr 2013

4910 Wir haben uns dafür eingesetzt, dass das Land Hessen den Neubau des Brüder-
4911 Grimm-Museums in Kassel mit 6 Millionen Euro aus EU-Mitteln unterstützt und damit
4912 ein Drittel der Investitionssumme übernommen hat. Das Grimm-Museum wird ein wich-

4913 tiger Bestandteil der touristischen Dachmarke ‚Grimmheimat Nordhessen‘, unter der
4914 sich die Region gemeinsam touristisch vermarktet. Die Etablierung der Landesmarke
4915 Grimm dient darüber hinaus der Sicherung des historischen Erbes unseres Landes.
4916 Das Jubiläumsjahr 2013 für die Gebrüder Grimm anlässlich der Erstausgabe der
4917 Grimmschen „Haus- und Kindermärchen“ bietet als kultureller und kulturhistorischer
4918 Höhepunkt die Möglichkeit, das Wirken der Gebrüder Grimm in seiner ganzen themati-
4919 schen Breite zu beleuchten.

4920 • Welterbestätten

4921 Die Aufnahme des Bergparks Wilhelmshöhe in Kassel in die UNESCO-Welterbeliste ist
4922 ein wichtiges Signal für die nordhessische Kulturlandschaft. Ferner befürworten wir die
4923 Bewerbung der Städte Darmstadt, Marburg und Wiesbaden sowie die Beteiligung
4924 Wiesbadens an einem seriellen Antrag unter dem Namen „Great Spas of Europe“.

4925 • Glauberg

4926 Das Keltenmuseum am Glauberg ist eine wichtige Bereicherung der hessischen Muse-
4927 umlandschaft und sichert das kulturelle Erbe unseres Landes. Vor diesem Hinter-
4928 grund haben wir die Errichtung des Museums auch in finanziell angespannter Situation
4929 positiv begleitet und deren Realisierung maßgeblich unterstützt.

4930 **3. Weiter gestalten: „Öffentliches und privates Enga- 4931 gement für Kunst und Kultur“**

4932 Öffentliches Handeln und privates Engagement für Kunst und Kultur ergänzen sich in
4933 Hessen in besonderer Weise. Liberale Politik will und wird privates Engagement für
4934 Kunst und Kultur auch weiterhin nachhaltig fördern. Ohne die Hilfe privater Mäzene,
4935 Stiftungen und Sponsoren sowie das vielfältige, auch kleinteilige, bürgerschaftliche
4936 Engagement werden wir kaum in der Lage sein, das Bestehende zu erhalten, ge-
4937 schweige denn, Neues zu entwickeln. Daher ist es wichtig, kulturelle Netzwerke zwi-
4938 schen öffentlichen und privaten Institutionen anzuregen, zu unterstützen und zu för-
4939 dern, um auch finanziell aufwendigere Projekte zu ermöglichen. Privates Engagement
4940 für Kunst und Kultur muss eine stärkere öffentliche Anerkennung finden, ebenso wie
4941 das ehrenamtliche Engagement im Kulturbereich. Dazu gehören administrative Erleich-
4942 terungen und eine stärkere steuerliche Entlastung bei der Errichtung von Stiftungen zur
4943 Finanzierung kultureller Einrichtungen.

4944 **Kulturförderung**

4945 Die finanzielle Unterstützung der Bereiche Kunst und Kultur stellt eine Herausforderung
4946 für Land und Kommunen dar. Unser Ziel ist jedoch, die finanzielle Förderung zukünftig
4947 zu erhalten und, wenn möglich, zu steigern. Wir wollen die Auflegung eines neuen Kul-
4948 turinvestitionsprogramms prüfen, denn Investitionen in Kunst und Kultur sind auch
4949 mannigfaltige Investitionen in unsere Gesellschaft, die sich über die Bereiche der Bil-
4950 dung, der Wirtschafts- und Standortförderung, des Sozialen und der Jugend- und In-
4951 tegrationsarbeit erstrecken.

4952 Ferner setzen wir uns für die Gewinnung von privaten Investoren und Mäzenen ein, um
4953 das kulturelle Angebot aufrechtzuerhalten und auszubauen, denn in den vielfältigen
4954 lokalen und regionalen Kulturinitiativen spiegelt sich das bürgerschaftliche Engagement
4955 wider. Wir Liberale sind davon überzeugt, dass privates und ehrenamtliches Engage-
4956 ment als wichtige Ergänzungen zur staatlichen Förderung im Kulturbereich ausgebaut
4957 werden muss. Es ist notwendig, die öffentliche Anerkennung auszubauen und bürokra-
4958 tische Hindernisse abzubauen.

4959 Zur Verankerung der documenta im öffentlichen Bewusstsein zwischen den regelmä-
4960 ßig stattfindenden Ausstellungen sowie zur Förderung junger Künstler aus aller Welt
4961 soll in Zusammenarbeit mit der Kunsthochschule und dem documenta-Archiv eine
4962 documenta-Akademie eingerichtet werden. Ziel soll es sein, den Stipendiaten die Mög-
4963 lichkeit zu geben, sich nach ihrer Ausbildung künstlerisch weiterzuentwickeln und in
4964 der Stadt Kassel auszustellen.

4965 **Kunst und Kultur als Standortfaktoren in den hessischen Regi-** 4966 **onen**

4967 Von Bedeutung ist auch, die Kultur- und Kreativwirtschaft verstärkt in den Bereichen
4968 der Regional- und Stadtentwicklung einzubinden und die Chancen zu nutzen, die in der
4969 Katalysatorwirkung von kulturellen Einrichtungen und Veranstaltungen liegt.

4970 Hessen ist ein wirtschaftsstarkes Land, dessen Attraktivität gestärkt wird, wenn es
4971 gleichzeitig ein kulturstarkes Land ist. Ein breites Angebot von qualitativ hochwertigen
4972 kulturellen Einrichtungen und Aktivitäten ist ein bedeutender Standortfaktor im überre-
4973 gionalen Wettbewerb. Hessen muss sich im Wettbewerb mit anderen Regionen auch
4974 als Kulturstandort behaupten und durch gezielte Maßnahmen seine Wettbewerbsposi-
4975 tion erhalten und verbessern.

4976 Im Ballungsraum Rhein-Main haben Städte und Kreise unter finanzieller Beteiligung
4977 des Landes mit dem Kulturfonds und der Kulturregion Kulturprojekte mit nationaler und
4978 internationaler Ausstrahlung realisiert. Dazu gehören z.B. die Schwerpunktprojekte
4979 Phänomen Expressionismus (2012), Architektursommer Rhein-Main und Impuls Rom-
4980 antik (2013). Angesichts des hohen Konsolidierungsdrucks in den öffentlichen Haus-
4981 halten ist es notwendig, Doppelstrukturen der Organisationen abzubauen, Synergieef-
4982 fekte zu nutzen und die Projekte inhaltlich besser abzustimmen, so dass die Landes-
4983 mittel effizienter eingesetzt werden. Darüber hinaus sollten auch verstärkt private Mittel
4984 eingeworben werden. Die Liberalen bekennen sich ferner zur Beibehaltung der freiwil-
4985 ligen Kooperationsstruktur.

4986 Die Notwendigkeit zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Hessens betrifft nicht nur die
4987 großen Zentren, sondern auch Kunst- und Kulturarbeit außerhalb der Ballungsräume.
4988 Jede Region hat ihre Künstler, und die Künstler brauchen die Resonanz ihrer Region –
4989 trotz oder gerade wegen der immer stärker werdenden Globalisierung des Wirtschafts-
4990 lebens.

4991 Die Kulturpolitik des Landes muss daher neben den überregionalen Kulturangeboten
4992 auch die regionale, kulturelle Vielfalt stärken. Sowohl die staatlichen oder öffentlichen

4993 als auch die privaten Einrichtungen sind angehalten, eine Grundversorgung mit Kunst
4994 und Kultur sowie kultureller Bildung in bevölkerungsschwachen Gegenden aufrechtzu-
4995 erhalten. Eine Verzahnung und Kooperation zwischen den Anbietern sowie die Bereit-
4996 stellung von mobilen Angeboten, zumeist durch Vertreter der freien Szene, sind Mög-
4997 lichkeiten, diesen Anforderungen gerecht zu werden. Im Zuge dessen müssen die För-
4998 derrichtlinien angepasst und Förderschwerpunkte seitens der Hessischen Landesregie-
4999 rung weiterentwickelt werden, so dass beispielsweise Projekte, die diesen Fokus in
5000 den Vordergrund stellen, verstärkt gefördert werden können.

5001 **Kultur- und Kreativwirtschaft haben erhebliche wirtschaftliche**
5002 **Bedeutung**

5003 Kunst, Kultur und Kreativwirtschaft sind wichtige Standortfaktoren im Wettbewerb der
5004 Regionen und haben für Hessen eine erhebliche wirtschaftliche Bedeutung. Aufwen-
5005 dungen im Kultursektor sind nicht nur als konsumtive Ausgaben zu werten, sondern als
5006 Investitionen und als Voraussetzungen für ökonomisches, innovatives Handeln.

5007 Die Kultur- und Kreativwirtschaft hat in Hessen eine besondere Bedeutung und ist stark
5008 aufgestellt. Zu den Branchen der Kultur- und Kreativwirtschaft gehören der Buchmarkt,
5009 der Kunstmarkt, die Filmwirtschaft, die Rundfunkwirtschaft, der Markt für darstellende
5010 Künste, der Architekturmarkt, die Designwirtschaft, der Pressemarkt, der Werbemarkt,
5011 die Software/Games-Industrie und die Musikwirtschaft. Zusammen prägen sie die regi-
5012 onale, nationale und internationale Wahrnehmung einer Region. Ein hochwertiges Kul-
5013 turangebot, ein liberales, weltoffenes Klima und ein kreatives Umfeld sind oftmals ent-
5014 scheidende Argumente im Wettbewerb um die besten Köpfe und Investitionen. Und die
5015 Kreativität der Kreativen stellt oft den entscheidenden Wettbewerbsvorteil dar.

5016 16,1 Mrd. Euro, das sind rund 4,4 Prozent des hessischen Bruttosozialprodukts, wer-
5017 den in den unterschiedlichen Bereichen der Kulturwirtschaft erwirtschaftet. Dies sind
5018 gut 22.200 steuerpflichtige Unternehmen oder freiberuflich Tätige. Sie schaffen rund
5019 114.000 Arbeitsplätze - prozentual ausgedrückt entspricht dies etwa zehn Prozent der
5020 steuerpflichtigen Unternehmen in Hessen und 5,2 Prozent der sozialversicherungs-
5021 pflichtigen Beschäftigten.

5022 Die Kultur- und Kreativwirtschaftspolitik bewegt sich aber immer im Spannungsfeld
5023 zwischen der förderungswürdigen Kultur und dem freiem Wirtschaftsmarkt. Aus Sicht
5024 der FDP sollte es das Ziel sein, der privaten Kulturwirtschaft ausreichend Entfaltungsmö-
5025 glichkeiten zu bieten, und Konkurrenz zur geförderten öffentlichen Kulturwirtschaft
5026 abzubauen.

5027 **Kultur- und Kreativwirtschaft fördern - Neue Initiativen entwi-**
5028 **ckeln**

5029 Die Wirtschaftspolitik wird sich künftig wieder verstärkt der Kultur- und Kreativwirtschaft
5030 annehmen, bestehende Ansätze ausbauen und neue Initiativen entwickeln.

5031 Dazu zählt, dass die Möglichkeiten der neuen EU-Programme 2014-2020, die sich ex-
5032 plizit mit der Kreativwirtschaft befassen, genutzt werden und damit Mittel aus der Struk-
5033 turförderung auch für kreativwirtschaftliche Zwecke eingesetzt werden. Insbesondere
5034 legt die EU großen Wert auf die Vernetzung der unterschiedlichen Wirtschaftszweige
5035 der Kreativwirtschaft, um zum einen die Wahrnehmung der Kreativwirtschaft insgesamt
5036 zu stärken und zum anderen durch Programme die Vernetzung der einzelnen Wirt-
5037 schaftszweige untereinander zu fördern.

5038 So können Möglichkeiten für kleinere und mittlere Unternehmen zur Förderung von
5039 Kreativität und zum Engagement für den kulturellen und kreativen Sektor eröffnet und
5040 die in diesem Bereich angesiedelten Unternehmen unterstützt werden. Auch sollten die
5041 Finanzierungsinstrumente der Europäischen Investitionsbank und des Europäischen
5042 Investitionsfonds bestmöglich für die Kultur- und Kreativwirtschaft eingesetzt werden.

5043 Denkbar ist ein überregionales Kreativfestival, mit dem die Kreativwirtschaft die emoti-
5044 onale Brücke zwischen den einzelnen Kreativsparten und den Bürgern schaffen kann.
5045 Andere Regionen kennen es schon (CREATIVE WEEK in New York oder das Festival
5046 Veranos de la Villa in Madrid). Ein Kreativfestival der Region / der Regionen verbindet
5047 Musik, Film, Architektur, Design, Buch und viele andere Kreativsparten in einer Kon-
5048 zeption und unter einer kommunikativen Dachmarke. Die Region erlebt Konzerte,
5049 Kunst, Kultur an verschiedenen Orten der Region und schafft einen emotionalen Identi-
5050 fikationspunkt in Hessen oder einer Region. Eine Weiterentwicklung der Kultursommer-
5051 initiative in Süd- und Nordhessen wollen wir in diesem Zusammenhang prüfen.

5052 Dazu gilt es, die Kreativwirtschaft in Hessen auch international zu vernetzen. Diesbe-
5053 züglich sollten Maßnahmen unterstützt werden, um die hessische Kultur- und Kreativ-
5054 wirtschaft mit anderen Kreativmetropolen zu vernetzen, im besten Fall auch durch di-
5055 rekten „Programmaustausch“ mit anderen europäischen Standorten. So kann nicht nur
5056 der wirtschaftliche Austausch, sondern auch der kulturelle Austausch der Regionen
5057 gefördert werden.

5058 Die Branche der Kulturwirtschaft zeichnet sich durch eine hohe Dynamik und Flexibili-
5059 tät aus, besonders aber durch ihre Innovationsfähigkeit: Sie schafft ständig Neues und
5060 bringt die Entwicklung voran. Deshalb sollten

- 5061 • kreativwirtschaftliche Gründerzentren unterstützt werden,
- 5062 • Kreativhäuser initiiert werden, die nach dem Vorbild anderer erfolgreicher Modelle
5063 wie dem House of Finance, House of Logistic etc. als eine enge Kooperation mit
5064 der Privatwirtschaft umgesetzt werden,
- 5065 • virtuelle Vernetzungsplattformen eingerichtet werden, die die Kreativbranchen und
5066 Teilnehmer besser untereinander vernetzen und die Zusammenarbeit nachhaltig
5067 fördern,
- 5068 • eine zielgruppenbezogene Gründerberatung, vor allem an den Hochschulstandor-
5069 ten, angeboten werden,
- 5070 • über die Landesförderinstitute ein verbesserter Zugang zum Kapitalmarkt auch un-
5071 ter Einbeziehung von europäischen Mitteln ermöglicht werden und

5072 • innovative Förderinstrumente entwickelt werden, die auf die speziellen Gegeben-
5073 heiten in den Branchen abstellen.

5074 Insbesondere letzteres ist von Bedeutung, weil der Zugang zu finanziellen Ressourcen
5075 für Freiberufler und Kreativwirtschaftsunternehmen schwierig ist. Gründe hierfür sind
5076 zum einen der meist geringe Finanzbedarf, der für Banken nicht attraktiv ist. Zum an-
5077 deren basieren die Geschäftsmodelle der Kreativwirtschaft in der Regel auf immateriel-
5078 len Wirtschaftsgütern, die von Kreditinstituten nicht als Sicherheit akzeptiert werden.
5079 Insbesondere hier gilt es nachzubessern, um der Kreativwirtschaft den Zugang zum
5080 Kapitalmarkt künftig zu erleichtern. Daher sind insbesondere Förderprogramme zur
5081 Vergabe von Mikrokrediten und Bürgschaften in diesem Kreditsegment auszubauen
5082 und zu verstetigen.

5083 Erstmals wurde in Hessen wirtschaftliche Filmförderung durch das Hessen-Film-Invest-
5084 Programm auf den Weg gebracht. Dieses in enger Abstimmung mit der Branche entwi-
5085 ckelte Programm war ein innovatives und Erfolg versprechendes Instrument für die
5086 wirtschaftliche Filmförderung. Dadurch konnten mit verhältnismäßig wenig Mitteln in-
5087 ternationale und deutsche Film- und Fernsehprojekte angestoßen werden, die wirt-
5088 schaftlich aussichtsreich waren und durch ihre kulturelle Wertigkeit das Image des
5089 Standortes Hessen in diesen Jahren spürbar und sprunghaft verbessert haben.

5090 Nun gilt es, das für die Filmbranche erfolgreich eingeführte Programm auch für andere
5091 Branchen in der Kreativwirtschaft zu öffnen und die Strukturen dahingehend anzupas-
5092 sen. Denn Musik-, Design- oder Gameswirtschaft sind vom Grund her ähnliche Bran-
5093 chen, die mit Kreativität, Kultur, Inspiration und der Art und Weise der Vermarktung die
5094 Brücke zwischen Menschen, Kultur und Wirtschaft schlagen.

5095 Erforderlich ist dazu, dass das große wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungspoten-
5096 zial aller Kreativbranchen genutzt wird.

5097 **Filmwirtschaft, Medienwirtschaft**

5098 Hessen ist ein hoch qualifizierter und dynamischer Standort für Film und Medien. Die
5099 hessische kulturelle Filmförderung ist daher ein Schwerpunkt der Landespolitik, zum
5100 Beispiel im Bereich der Dokumentarfilme und Programmkinos. Diesen Schwerpunkt
5101 wollen wir erhalten.

5102 Kinostandorte sind ein Wirtschaftsfaktor. Kleinere Programmkinos sollen daher erhal-
5103 ten und, wo erforderlich, bei der Sanierung unterstützt werden. Dazu gehört auch die
5104 Förderung örtlicher Filmfestivals.

5105 Die hessische Filmproduzenten-Struktur muss konsequent weiterentwickelt werden.
5106 Hier liegt das größte Potenzial für die Entwicklung aller nachgeordneten Filmdienstleis-
5107 ter, von der Postproduktion über die Tonstudios bis hin zu Kamera und Licht. In Hes-
5108 sen gibt es das qualifizierte künstlerische und technische Personal für diese Projekte.

5109 Hessen verfügt auch im Dokumentarfilmbereich und beim Kurz-/Experimentalfilm über
5110 eine gute Struktur, die allerdings der Unterstützung bedarf, insbesondere im Bereich
5111 der Vernetzung, des Qualitätsmanagements und der Anschubfinanzierung.

5112 Die FDP will die medienpolitische Offensive wieder aufgreifen und mit neuem Elan fort-
5113 setzen. In enger Zusammenarbeit mit der Kreativwirtschafts-Branche sollen folgende
5114 Maßnahmen ergriffen werden:

- 5115 • Langfristige Absicherung des Programms Hessen-Film-Invest zu Bedingungen, die
5116 den Besonderheiten der Branche angemessen sind.
- 5117 • Öffnung der Hessen-Film-Invest für andere Kreativbranchen.
- 5118 • Die Unterstützung bei der Schaffung einer wettbewerbsfähigen Organisationsstruk-
5119 tur, die die kulturellen und wirtschaftlichen Aktivitäten im Bereich der Kultur- und
5120 Kreativwirtschaft bündelt, strukturiert und zukunftsorientiert ausrichtet.
- 5121 • Eine mit der Film-Branche erstellte und auf einer Bestandsanalyse basierende Pla-
5122 nung für die Film- und Medienwirtschaft der nächsten Jahre, in der die unterschied-
5123 lichen Handlungsfelder definiert und Ziele formuliert werden. Damit soll auch er-
5124 reicht werden, dass verspieltes Vertrauen für die Handlungsschritte, Ziele und
5125 Maßnahmen zurückgewonnen werden kann.

5126 **Kulturelle Bildung und Kulturvermittlung**

5127 Kultur bestimmt die Zukunftschancen der jungen Generation in weit höherem Maß als
5128 bisher angenommen; deshalb muss ein besonderer Schwerpunkt der Kulturpolitik auf
5129 die kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen gelegt werden, um Interesse an
5130 künstlerischen und musischen Aktivitäten zu wecken. Die Gewährleistung des vielfälti-
5131 gen Zugangs zu kultureller Bildung, unabhängig von sozialer Herkunft und Bildungsnive-
5132 au, ist eine wichtige Aufgabe unserer Gesellschaft und unseres Landes. Kulturelle
5133 Bildung ist ein Baustein des lebensbegleitenden Lernens und schließt alle Alters- und
5134 Herkunftsstufen mit ein.

5135 Um diese Ziele zu erreichen, sollen weiterhin

- 5136 • die Leseförderung in Zusammenarbeit mit Kindergärten, Schulen und Bibliotheken
5137 gestärkt sowie die Bildung eines landesweiten Bibliothekennetzwerks unterstützt
5138 werden;
- 5139 • Schüler im Schulunterricht mit den kulturellen Traditionen und Leistungen vertraut
5140 gemacht werden; dazu gehört die Abdeckung der Studentafel im musisch-
5141 kulturellen Bereich;
- 5142 • Partnerschaften und Kooperationen schulischer und außerschulischer Art sowie
5143 öffentlicher und privater Einrichtungen gestärkt werden;
- 5144 • kommunale kulturelle Einrichtungen und Initiativen (z.B. Museen, Musikschulen und
5145 sozio-kulturelle Zentren) in die Angebote der Ganztagschule und im Rahmen der
5146 Selbstständigen Schule einbezogen werden;
- 5147 • die Arbeit der Kinder- und Jugendtheater gefördert werden; Wettbewerbe wie „Ju-
5148 gend musiziert“, „Jugend malt“, Kinder- und Sommerakademien sowie ein speziel-
5149 les Jugendfestival, die Juvenale, unterstützt werden;

- 5150 • der Anteil der Kinder, die ein Musikinstrument spielen, kontinuierlich erhöht werden;
- 5151 • die Landesmusikakademie Schlitz unterstützt werden.

5152 **Kulturelle Vielfalt sichern**

5153 Unsere Staatstheater in Kassel, Wiesbaden und Darmstadt sowie das Stadttheater in
5154 Gießen und die Landesbühne in Marburg sind von zentraler Bedeutung für die hessi-
5155 sche Kulturlandschaft. Wir wollen diese Spielorte auch in Zukunft sichern und damit ein
5156 reichhaltiges kulturelles Angebot erhalten. Hier ist das Land gemeinsam mit den Sitz-
5157 städten und der Region in der Pflicht.

5158 Theater benötigen langfristige Planungssicherheit. Deshalb streben wir einen hessi-
5159 schen Theaterpakt und Theaterentwicklungsplan an, der die Finanzierung nachhaltig
5160 sichert und zugleich die Aufgaben, die Struktur und die Formen der Zusammenarbeit
5161 zwischen den Theatern beschreibt. Ähnlich wie in anderen Bereichen des kulturellen
5162 Lebens sollten auch für die Staatstheater Sponsoringkonzepte entwickelt werden, um
5163 ihre Finanzausstattung zu verbessern.

5164 Wir setzen uns für eine stärkere Netzwerkbildung ein, so dass Kontakte zwischen pri-
5165 vaten und öffentlichen Initiativen und Einrichtungen aufgebaut und intensiviert werden
5166 können. Eine Umgestaltung und Neuausrichtung des Kulturportals kann diesem Pro-
5167 zess dienen, denn es ist weit mehr notwendig als die Zusammen- und Bereitstellung
5168 von Informationen. Die Durchführung von Netzwerktagungen kann in Zusammenarbeit
5169 mit der Hessenagentur eine positive Signalwirkung entfalten. Der regionale Fokus
5170 muss unseres Erachtens ausgeweitet werden, wenn eine Sicherstellung von kulturellen
5171 und künstlerischen Angeboten für das gesamte Bundesland gewährleistet werden soll.
5172 Die Förderung von Kooperationen zwischen Institutionen und Regionen gilt es eben-
5173 falls zu begünstigen. Einer ausschließlichen Konzentration auf die Großstädte und die
5174 Rhein-Main-Region ist entgegenzuwirken, denn Kunst und Kultur darf nicht auf be-
5175 stimmte Zielgruppen oder Regionen beschränkt werden.

5176 Die Akteure der „Freien Szene“ und der „Soziokultur“ leisten einen bedeutsamen Bei-
5177 trag zur hessischen Kulturlandschaft, indem sie Angebote in allen künstlerischen und
5178 kulturellen Bereichen bereitstellen. Sie sind eine unverzichtbare Ergänzung der kultu-
5179 rellen Angebote der traditionellen Kulturinstitutionen und leisten weit mehr als klassi-
5180 sche Kulturarbeit.

5181 Deshalb ist es dringend erforderlich, dass die „Freie Szene“ in all ihren Facetten in ei-
5182 nem Kulturwirtschaftsbericht evaluiert wird. Auf der Grundlage der Ergebnisse können
5183 sodann einerseits die Bedeutung der „Freien Szene“ für unsere Gesellschaft heraus-
5184 gearbeitet und andererseits daran anknüpfend die Förderinstrumente überprüft wer-
5185 den. Die Vernetzung der Akteure kann infolgedessen ebenfalls verbessert und Koope-
5186 rationen können intensiviert werden. Und gerade in einer pluralistischen Gesellschaft
5187 ist es von grundlegendem Interesse, dass die „Freie Szene“ und die „Soziokultur“ auch
5188 in Zukunft diesen Aufgaben gerecht werden können. Sie tragen maßgeblich dazu bei,
5189 neue Zielgruppen zu akquirieren und können insbesondere durch ihre Mobilität und
5190 Flexibilität auch Kulturangebote in bevölkerungsarmen oder strukturschwachen Regio-

5191 nen anbieten. Neben der Förderung seitens des Landes gilt es gerade hier, um private
5192 (zivilgesellschaftliche) und kommunale Geldgeber zu werben.

5193 Die Bereitstellung von mobilen Angeboten soll durch ein Kulturportal unterstützt und
5194 erleichtert werden.

5195 **Museumslandschaft erhalten**

5196 Die Museumslandschaft in Hessen ist reich und vielfältig. Hessen hat mit seinem von
5197 Ruth Wagner entwickelten dezentralen Museumskonzept Maßstäbe in der Kulturpolitik
5198 gesetzt. Dieses Konzept werden wir konsequent fortführen. Ein ergänzendes Konzept
5199 von Kooperationen und Profilierung muss daneben die Stärken dieses kulturellen An-
5200 gebots in Hessen präsentieren. Hierzu gehört ein professionelles Kulturmanagement,
5201 in das kommunale und private Museen in Abstimmung mit dem Hessischen Museums-
5202 verband einzubeziehen sind.

5203 **Literaturförderung**

5204 Die FDP will die Möglichkeit für das literarische Schaffen erhalten und die Bedeutung
5205 der Literatur in unserer Gesellschaft stärken. Dabei sind die Rahmenbedingungen für
5206 die weltweit angesehene Buchmesse zu optimieren sowie für die Attraktivität Hessens
5207 als Verlagsstandort zu werben. Die bedeutenden Literaturpreise unseres Landes gilt es
5208 auch zukünftig zu unterstützen.

5209 **Denkmalpflege**

5210 Die Erhaltung von Kultur- und Bodendenkmälern als greifbare Zeugnisse unserer Ge-
5211 schichte und unserer kulturellen Identität gehört zur Basis unseres Kulturstaatsver-
5212 ständnisses. Ferner ist die Denkmalpflege ein wichtiger Beitrag zur Wirtschafts- und
5213 Regionalförderung. Wir werden deshalb an der Förderung der Denkmalpflege festhal-
5214 ten.

5215 Denkmale werden am besten erhalten, wenn sie genutzt werden. Richtig gemeinter
5216 Denkmalschutz, wie er in Hessen praktiziert wird, bringt daher Nutzung und Schutz in
5217 Einklang. Diesen pragmatischen Weg wollen wir auch in Zukunft beschreiten.

5218 **Kulturtourismus**

5219 Es besteht eine enge Verbindung zwischen Kultur, kulturellen Gütern und Veranstal-
5220 tungen sowie der Tourismuswirtschaft. Der Kulturtourismus hat sich in Deutschland zu
5221 einem wichtigen Wachstumsmarkt entwickelt. Es gibt in Deutschland 38 UNESCO-
5222 Welterbestätten, sechs davon (Kloster Lorsch, Oberes Mittelrheintal, Limes, Grube
5223 Messel, Nationalpark Kellerwald-Edersee als Teil des Weltnaturerbes „Buchenurwälder
5224 der Karpaten und alte Buchenwälder Deutschlands“ sowie den Bergpark Wilhelmshö-
5225 he) in Hessen. Zudem gehören der Lorsch Codex und die Goldene Bulle in Frankfurt
5226 zum literarischen Welterbe in Hessen. Deutschland ist eines der wichtigsten europäi-
5227 schen Kulturreiseziele. Kultureinrichtungen profitieren vom Tourismus, und der Touris-
5228 mus ist auf die Vermarktung von Kultureinrichtungen angewiesen. Es ist deshalb drin-

5229 gend an der Zeit, dass eine abgestimmte, konsistente Strategie zwischen Tourismus,
5230 Kultur und Außendarstellung Hessens entwickelt wird, die alle Bereiche der Kreativ-
5231 wirtschaft beinhaltet. Wir unterstützen die vier hessischen Anträge zur Aufnahme auf
5232 die Welterbeliste.

5233 Der Tourismus kann auch in den kommenden Jahren Impulsgeber für die hessische
5234 Wirtschaft sein. Er kann bestehende Arbeitsplätze erhalten und neue schaffen. Rhein-
5235 gau Musikfestival, documenta, Bad Hersfelder Festspiele, „Auftakt“-Festival für zeitge-
5236 nössische Musik, Mathematikmuseum Gießen, Museumslandschaft Kassel oder her-
5237 ausragende Ausstellungen in Frankfurt, Kassel, Wiesbaden oder Darmstadt: kulturelle
5238 Ereignisse ziehen Touristen an. Von dem großen Wachstum in der Tourismus-Branche
5239 können auch Städte, Kommunen und Regionen in Hessen profitieren, wenn sie ihre
5240 kulturellen Angebote – Festspiele, Landschaft, Institutionen – ins richtige Licht rücken
5241 und dies in einem regionalen Verbund europaweit vermarkten.

5242 **Erinnerungskultur**

5243 Zukunft braucht Erinnerung - dieser Maxime fühlt sich die FDP Hessen auch in Zukunft
5244 verpflichtet. Aufklärung über die beiden Diktaturen, die Feindschaft gegen Demokratie
5245 und Rechtsstaat gemeinsam hatten, sind der Kern unseres demokratischen Konsens
5246 sowie der Erinnerungskultur und müssen auch in Zukunft Gegenstand der pädagogi-
5247 schen Vermittlung sein. Alle demokratischen politischen Parteien haben eine gemein-
5248 same Verantwortung und moralische Pflicht zur Aufklärung durch aktive Erinnerungs-
5249 arbeit.

5250 Dabei ist zu bedenken, dass die Stunden unmittelbarer Geschichtsvermittlung der Zeit
5251 des Nationalsozialismus durch Zeitzeugen immer seltener werden. Umso wichtiger
5252 sind in einer demokratischen Erinnerungskultur Gedenkstätten und Dokumentationen
5253 zur Erinnerung an die nationalsozialistische Diktatur. Sie vergegenwärtigen den nach-
5254 folgenden Generationen die Orte von Verfolgung und Gräueltaten, aber auch von Op-
5255 position und Widerstand. Gerade im Hinblick auf das kollektive Gedächtnis kommt der
5256 Kooperation von wissenschaftlicher Forschung und Dokumentation eine besondere
5257 Bedeutung zu. Die FDP sieht in dem Engagement gegen das Vergessen von Verfol-
5258 gung und Diktatur eine dauernde politische Aufgabe. Die Gedenkstätten und Orte der
5259 Erinnerung in Hessen werden wir erhalten, lebendig halten und weiterhin unterstützen.
5260 Aus diesem Grund setzen wir uns für die Entwicklung eines Gedenkstättenkonzepts
5261 ein, das den Ansprüchen an die Erinnerungsarbeit, die Aufklärung sowie die pädagogi-
5262 sche Vermittlung gerecht wird und das darstellt, wie die Erinnerungsorte und Doku-
5263 mentationen beider Diktaturen integriert werden können. Das bürgerschaftliche Enga-
5264 gement und die vielfältigen kleineren Erinnerungsprojekte vor Ort wie z.B. Stolperstei-
5265 ne, Gedenktafeln oder Dokumentationen, gilt es ebenfalls zu unterstützen.

5266 Es ist unser Anliegen, dass sich insbesondere Kinder und Jugendliche im Rahmen der
5267 politischen Bildung mit der Vergangenheit auseinandersetzen und außerschulische
5268 Lernorte wie Gedenkstätten, Museen und Dokumentationszentren besuchen. Eine wis-
5269 senschaftliche Evaluation der Besuche und der Nutzung der pädagogischen Angebote
5270 ist anzustreben, um die Förderung zukünftig bedarfsgerechter steuern zu können und

5271 um Vermittlung der Geschichte mit stimmigen pädagogischen Konzepten vor Ort zu
5272 gewährleisten.

5273

5274 **XIV. Chancen durch Soziales, Gesundheit und**
5275 **Pflege**

5276 **1. Chancen und Unterstützung, damit jeder über sich**
5277 **hinaus wachsen kann**

5278 Durch liberale Chancenpolitik wollen wir die Voraussetzungen schaffen, dass sich jeder
5279 Mensch in unserem Land frei entfalten, Hindernisse überwinden und nach seinen Vor-
5280 stellungen glücklich werden kann. Wir wollen Chancengerechtigkeit unabhängig von
5281 der sozialen Herkunft.

5282 Jeder soll seinen Weg gehen und Grenzen überwinden können. Deshalb stehen wir in
5283 unserer Gesellschaft solidarisch jenen zur Seite, die in Not geraten sind. Wir sorgen
5284 dafür, dass die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest ausgestaltet sind. Nicht um
5285 Not zu verwalten, sondern damit jeder eine faire Chance hat.

5286 Wir wollen unsere Sozialsysteme weiter den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen
5287 anpassen. Dazu müssen wir die Kosten im Griff behalten, damit auch in Zukunft jedem
5288 geholfen werden kann, der diese Hilfe benötigt. Wir haben die Sozialpolitik in Hessen
5289 kommunalisiert und damit näher an den Bürger gebracht und mit dem hessischen Lan-
5290 dessozialbericht einen Ordnungsrahmen geschaffen, der die Flut der sozialen Angebo-
5291 te evaluiert, und damit wirksame Maßnahmen sichtbar macht. Der Landessozialbericht
5292 ist hier ein erster wichtiger Schritt, dem eine konsequente Evaluierung von einzelnen
5293 Maßnahmen folgen muss. Ziel ist es, für Bürger und Kommunalpolitiker transparent
5294 und verständlich darzustellen, mit welchen Instrumenten der Sozialpolitik die erwarteten
5295 Ziele gut erreicht werden. Diese nach wissenschaftlichen Kriterien ermittelten Eva-
5296 luierungsergebnisse sollen als Entscheidungsunterstützung dienen und Einzelmaß-
5297 nahmen über kommunale Grenzen vergleichbar machen mit dem Ziel, wirklich erfolg-
5298 reiche Konzepte auch andernorts anzuwenden. Auch langfristige Wirkungen sind zu
5299 überprüfen.

5300 Alle Versuche, die Sozialsysteme zu einem politischen Umverteilungsinstrument zu
5301 machen, werden wir abwehren. Die Mittel, die aufgewendet werden, sollen in erster
5302 Linie den Menschen zugutekommen und nicht der Aufblähung der Bürokratie dienen.

5303 Um dies zu gewährleisten, haben wir das Modell des Liberalen Bürgergelds entwickelt,
5304 das bedürftigen Menschen ein steuerfreies Mindesteinkommen gewährleistet und
5305 steuerfinanzierte Sozialleistungen zu einer einzigen zusammengefasst werden.

5306 Wir wollen individuelle Lösungen und kein Gießkannenprinzip. Deshalb haben wir uns
5307 für eine Kommunalisierung der Arbeitsmarktpolitik eingesetzt. Durch das sogenannte
5308 Optionsmodell wird erstmals die Verantwortung im Bereich der Arbeitsmarktpolitik auf
5309 die Kommunen übertragen. So können schnell individuelle Lösungen vor Ort gefunden
5310 werden.

5311 Kein Mensch darf Angst vor Altersarmut haben. Deshalb werden wir konsequent In-
5312 strumente unterstützen, die mehr auf private Vorsorge und Kapitaldeckungssysteme
5313 setzen. Zwar bleibt die gesetzliche Rente auch zukünftig eine wichtige Säule der Al-
5314 tersvorsorge, allerdings wird es immer wichtiger, auch durch private und betrieblich
5315 (insbesondere auch für Selbstständige) gesicherte Vorsorge die gesetzliche Altersvor-
5316 sorge zu ergänzen.

5317 Die FDP Hessen orientiert sich in ihrer Drogen- und Suchtpolitik nicht an den einzelnen
5318 Suchtmitteln, sondern richtet ihre Politik nach den Bedürfnissen der Menschen und
5319 ihren meist suchstoffübergreifenden Problemen aus. Dabei muss aus Sicht der Libera-
5320 len nicht die Sucht, sondern der Mensch im Vordergrund stehen. Sucht – welcher Art
5321 auch immer – ist eine der schwerwiegenden Beeinträchtigungen der Fähigkeit des
5322 Menschen, frei und eigenverantwortlich über sich und seine Lebensgestaltung zu ent-
5323 scheiden.

5324 Wir danken allen ehrenamtlichen Kräften, die sich um den inneren Zusammenhalt in
5325 der Gesellschaft verdient machen. Wir stehen an Ihrer Seite, seien es Regelungen für
5326 Sonderurlaub, Bürokratieabbau oder die Reform des Spenden- und Gemeinnützigkeits-
5327 rechts.

5328 **2. "Unser Wort gilt! - Versprochen und gehalten -"**

- 5329 • Wir haben die Sozialkassen wieder auf gesunde Beine gestellt

5330 Bis 2009 wurde in den Sozialsystemen der Mangel verwaltet. Allein in der gesetzlichen
5331 Krankenversicherung fehlten damals über zwei Milliarden Euro – trotz Bundeszuschüs-
5332 sen von über sieben Milliarden Euro. Die bürgerliche Regierung in Berlin war es, die
5333 die Trendwende geschafft und die Sozialkassen wieder auf feste Beine gestellt hat.

- 5334 • Konsequent beitragsbezogene Rente

5335 Die Versicherten müssen sich in ihrer Lebensplanung darauf verlassen können, dass
5336 sich die Höhe der Rente an den eingezahlten Beiträgen orientiert. Deshalb steht die
5337 FDP für eine konsequent beitragsbezogene Rente. Wer aus familien- oder sozialpoliti-
5338 schen Gründen zugunsten bestimmter Rentner nachbessern will, muss dies aus Steu-
5339 ermitteln finanzieren.

- 5340 • Wettbewerb zwischen den Krankenkassen geschaffen

5341 Wir haben im Gesundheitsbereich für mehr Wettbewerb zwischen den Krankenkassen
5342 und auf dem Arzneimittelmarkt gesorgt. Dadurch sparen wir allein durch niedrigere
5343 Kosten für Medikamente jährlich über zwei Milliarden Euro. Die Folgen: Überschüsse
5344 bei den Krankenkassen und eine solide finanzierte Pflegeversicherung mit einem Ein-
5345 stieg in die Kapitaldeckung. So konnten wir Liberale die Abschaffung der Praxisgebühr
5346 durchsetzen.

5347

5348 • Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum verbessert

5349 Für Hessen ist die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum besonders wichtig.
5350 Deshalb haben wir Anreize für Ärzte in unterversorgten Regionen geschaffen. Der Pa-
5351 tient soll im Mittelpunkt jeder gesundheitspolitischen Entscheidung stehen. Unser Ziel
5352 ist eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe Versorgung, in der der Patient die
5353 Wahl hat, den Wunscharzt aufzusuchen, das Krankenhaus, die Krankenkasse und den
5354 Versicherungstarif selbst zu bestimmen. Ein unbürokratisches Gesundheitssystem ist
5355 eine essentielle Komponente liberalen Selbstverständnisses.

5356 • Organspende und Transplantationen endlich geregelt

5357 Mit der Reform des Transplantationsgesetzes haben wir die Abläufe in den Kranken-
5358 häusern bei der Organspende verbessert und Organ-Lebendspender besser abgesi-
5359 chert. Mit der Förderung privater Pflegevorsorge und dem Ausbau der Leistungen für
5360 Demenzkranke und ihren Angehörigen haben wir viel für die Menschen erreicht.

5361 **3. Weiter gestalten: „Moderne Sozialpolitik hilft Men-**
5362 **schen“**

5363 **Für die Einführung des liberalen Bürgergeldes**

5364 Jeder, der Hilfe durch das steuerfinanzierte Sozialsystem benötigt, soll diese schnell
5365 und unbürokratisch erhalten. Wir setzen dabei auf die Einführung des liberalen Bürger-
5366 geldes als Mindesteinkommen, weil es individuelle Anstrengungen belohnt und Büro-
5367 kratie abbaut.

5368 **Renteneintritt individueller gestalten**

5369 Die Absicherung des Lebensstandards kann man nur durch private Vorsorge und Kapi-
5370 taldeckungssysteme erreichen. Die gesetzliche Rente wird auch zukünftig eine wichti-
5371 ge Säule der Altersvorsorge darstellen. Allerdings wird es insbesondere auch für
5372 Selbstständige immer wichtiger, auch durch private und betrieblich gesicherte Vorsorge
5373 die gesetzliche Altersvorsorge zu ergänzen.

5374 Wir treten für mehr Selbstbestimmung in der Rente und eine Öffnung der bisherigen
5375 Altersgrenzen ein. Darüber hinaus ist die Dauer der Teilhabe am Erwerbsleben indivi-
5376 duell zu gestalten und die Hinzuverdienstgrenzen im Alter abzuschaffen. Die Men-
5377 schen sollen ab dem 60. Lebensjahr – bei versicherungsmathematisch korrekten Zu-
5378 und Abschlägen – den Zeitpunkt ihres Renteneintritts frei wählen können, sofern ihre
5379 Ansprüche aus privater, gesetzlicher und betrieblicher Vorsorge über dem Grundsiche-
5380 rungsniveau liegen.

5381 Im Sinne der Gleichbehandlung wollen wir die Auszahlung von Renten zum Monatsers-
5382 ten auch für diejenigen, die nach dem 1. April 2005 in den Ruhestand gegangen sind.
5383 Gleichzeitig wollen wir die Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen wieder auf den
5384 letzten Tag des Monats legen. Denn die durch die bisherige Verfahrensweise in den

5385 Unternehmen entstehenden Bürokratiekosten stehen in keinem Verhältnis zu den Vor-
5386 teilen der öffentlichen Hand.

5387 **Gesundheitsprävention von Beginn an**

5388 Wir wollen die beste Gesundheitsversorgung für unsere Kinder von Geburt an. Dazu
5389 gehören die U-Vorsorgeuntersuchungen im Vorschulalter, alle notwendigen Impfungen,
5390 eine intensive Schuleingangsuntersuchung und eine schulärztliche Begleitung. Speziell-
5391 le klinische Versorgungsabteilungen für Kinder und Jugendliche müssen von den teils
5392 sehr undifferenzierten Abrechnungsbedingungen der Fallpauschalen ausgenommen
5393 werden. Im Rahmen der Gesundheitsprävention setzt sich die FDP für eine verbesserte
5394 Gesundheitserziehung in Kindertagesstätten und Schulen ein.

5395 **Fachkräftebedarf im Gesundheitsbereich sichern**

5396 Die FDP wird sich in der nächsten Legislatur dafür einsetzen, dass die bereits laufen-
5397 den Anstrengungen weitergeführt und weitere Maßnahmen zur Vermeidung eines
5398 Fachkräftemangels im Gesundheitsbereich ergriffen werden. Hierzu gehört auch die
5399 Steigerung der Attraktivität der Gesundheitsberufe in Deutschland. Daher sind die me-
5400 dizinischen Mitarbeiter eines Krankenhauses für uns mehr als nur ein Kostenfaktor.
5401 Ärzte, Pfleger, Schwestern, Physiotherapeuten und andere medizinische Fachberufe
5402 bilden das Rückgrat eines Krankenhauses. Sie bedürfen daher in ihrer Tätigkeit der
5403 besonderen Wertschätzung. Dies kann aus Sicht der Liberalen unter anderem durch
5404 die Zusammenführung der Ausbildungen der Gesundheitsberufe erreicht werden.

5405 *Neue Lehrstühle für Geriatrie, Gerontologie und altersrelevante Pharmazie ein-*
5406 *richten*

5407 Zur Ausbildung der Ärzte und zur notwendigen weiteren Forschung unterstützt die FDP
5408 die Einrichtung von Kompetenzzentren mit neuen Lehrstühlen für Geriatrie, Gerontolo-
5409 gie und altersrelevanter Pharmazie an hessischen Universitäten.

5410 **Bürokratie im Gesundheitsbereich abbauen**

5411 Die FDP setzt sich daher für die Optimierung der Abläufe innerhalb von Einrichtungen
5412 und Akteuren im Gesundheitsbereich ein. Die technischen Möglichkeiten, gerade durch
5413 den Einsatz von Tablets und Smartphones, bringen mehr Zeit für den Patienten und
5414 vermeiden Missverständnisse, die zu einer Gesundheitsgefährdung führen könnten.
5415 Beim Einsatz neuer Medien muss der Datenschutz der Patienten gewährleistet sein
5416 und bleiben. Vorrangiges Ziel muss es sein, mehr Zeit für die Pflege und soziale Be-
5417 treuung des Patienten zu ermöglichen.

5418 Die FDP will durch den Abbau von Bürokratie (insbesondere der Abbau sinnloser Do-
5419 kumentationspflichten) und durch die Schaffung besserer Rahmenbedingungen, den
5420 Bürgern in unserem Land eine qualitativ hochwertige Gesundheitsfürsorge gewährleis-
5421 ten.

5422

5423 **Kliniken in kommunaler Trägerschaft wirtschaftlicher gestalten**

5424 In Hessen befinden sich derzeit besonders die Kliniken in kommunaler Trägerschaft in
5425 Schieflage. Gerade der politische Einfluss steht meist einem wirtschaftlichen Arbeiten
5426 in den Kliniken entgegen. Dabei leidet oft auch die Qualität, da die notwendigen Fall-
5427 zahlen für Behandlungen nicht erreicht werden. Das Versorgungsangebot ist in vielen
5428 kommunalen Kliniken nicht auf andere Kliniken in der Region abgestimmt. Jede Klinik
5429 versucht, ein möglichst breites Angebot an Fachabteilungen vorzuhalten, ohne die
5430 Wirtschaftlichkeit zu hinterfragen. Aus Sicht der FDP ist die Privatisierung der über-
5431 schuldeten kommunalen Kliniken weiterhin der Königsweg. Langfristig ist es jedoch
5432 absehbar, dass nicht alle kommunalen Kliniken in Hessen privatisiert werden können.
5433 Deshalb ist es ebenfalls sinnvoll, das von der Hessischen Landesregierung vorge-
5434 schlagene Konzept der Krankenhausholding in Betracht zu ziehen. Hier muss sicher-
5435 gestellt sein, dass es durch die Umsetzung zu keiner Wettbewerbsverzerrung kommt.
5436 Die FDP sieht es als Voraussetzung für ein wirtschaftliches Arbeiten in den kommuna-
5437 len Kliniken an, dass zukünftig die Politik keinen Einfluss mehr auf die Führung der
5438 Krankenhäuser hat. Das Konzept der Krankenhausholding ist zur Reduzierung der
5439 Einflussnahme geeignet. Die FDP begrüßt, dass durch dieses Konzept die Trägervielfalt
5440 in der hessischen Krankenhauslandschaft erhalten bleibt.

5441 **Selbstverwaltung der Ärzteschaft stärken**

5442 Die FDP befürwortet die Selbstverwaltung. Allerdings ist es unhaltbar, dass die gesetz-
5443 lichen Krankenkassen und die Kassenärztliche Vereinigung Hessen immer länger für
5444 ihre Vereinbarungen brauchen. Häufiger sind sogar Schiedssprüche notwendig, die
5445 noch dazu monatelang nicht umgesetzt werden.

5446 Die FDP setzt sich dafür ein, dass zur Finanzierung der erweiterten Honorarverteilung
5447 (EHV) als Altersversorgung der niedergelassenen Kassenärzte weiterhin das Gesamt-
5448 honorar der ambulanten Vergütung als Bemessungsgrundlage gilt. Dabei sind auch
5449 einzelvertragliche Regelungen zwischen Ärzten und Krankenkassen sowie Medizini-
5450 sche Versorgungszentren miteinzubeziehen. Dies ist notwendig, um die Attraktivität
5451 des Standortes Hessen für niederlassungswillige Ärzte zu erhöhen.

5452 **Flächendeckende ärztliche Versorgung garantieren**

5453 Die FDP setzt sich für den flächendeckenden Erhalt der ambulanten ärztlichen Versor-
5454 gung ein. Ärztliche Versorgung umfasst sowohl den Hausarztbereich als auch die
5455 fachärztliche Diagnostik und Betreuung. Versuche, diese fachärztliche Betreuung mit
5456 dem Ziel auszudünnen, sie nur noch an Krankenhäusern mit angeschlossenen Polikli-
5457 niken oder Medizinischen Versorgungszentren durchführen zu lassen, lehnt die FDP
5458 ab. Hier drohen Wartelisten und Rationierung sowie eine Einschränkung bei der freien
5459 Arztwahl. Die FDP setzt sich für weitere Maßnahmen zur Sicherung der ambulanten
5460 Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum ein. Der hessische Pakt zur Sicherstel-
5461 lung der gesundheitlichen Versorgung für die Jahre 2012 bis 2014 hat bereits einen
5462 Beitrag zur Sicherung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum geleistet. Den-
5463 noch müssen wir in der Bedarfsplanung auf Bundesebene nachsteuern.

5464 *Wohnortnahe medizinische Versorgung sicherstellen*

5465 Die wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln muss gewährleistet
5466 bleiben. Um ein weiteres Apothekensterben im ländlichen Raum zu verhindern, ist es
5467 notwendig, dass die Apotheken finanziell ausreichend ausgestattet und von unnötiger
5468 Bürokratie entlastet werden. Mehrbelastungen, die durch Organisationen wie zum Bei-
5469 spiel Krankenkassen (Rabattverträge, Hilfsmittelverordnung) verursacht werden, müs-
5470 sen vermieden werden.

5471 *Für den Erhalt des Belegarztsystems*

5472 Die FDP setzt sich für den Erhalt des Belegarztsystems ein. Hier wird die angestrebte
5473 integrierte Versorgung in konzentrierter und außerdem wirtschaftlicher Form durchge-
5474 führt. Belegärzte betreuen ihre Patienten ambulant, vorstationär, im Krankenhaus und
5475 behandeln sie dann auch gegebenenfalls anschließend „zu Hause“, sodass der Patient
5476 beim Arzt seines Vertrauens bleiben kann und der behandelnde Arzt seinen Patienten
5477 auch wirklich kennt.

5478 **Prinzip „ambulant vor stationär“ verstetigen**

5479 Die FDP begrüßt das Ziel, Patienten nach dem Prinzip „ambulant vor stationär“ zu be-
5480 handeln. Für eine ambulante Operation darf jedoch nicht nur die Art der Operation ent-
5481 scheidend sein, sondern es müssen – ohne großen bürokratischen Aufwand – die
5482 Rahmenbedingungen berücksichtigt werden. Dazu gehört auch, dass die Betreuung zu
5483 Hause sichergestellt ist. Ambulantes Operieren entlastet den stationären Bereich und
5484 ist außerdem kostengünstiger. Jedoch müssen die im stationären Bereich eingesparten
5485 Gelder auch tatsächlich für die Vergütung ambulanter Operationen zur Verfügung ste-
5486 hen. Einer Verlagerung der Kosten auf den ambulanten Sektor ist entschieden entge-
5487 genzuwirken. Die Verzahnung des stationären und ambulanten Bereichs ist sinnvoll.
5488 So können einerseits Doppeluntersuchungen vermieden werden, andererseits kann
5489 das Krankenhaus teure Spezialgeräte in die ambulante Versorgung mit einbringen: sei
5490 es, dass das Krankenhaus sich in diesen Bereichen an der ambulanten Versorgung
5491 beteiligt, sei es, dass niedergelassene Ärzte für ihre ambulante Tätigkeit Krankenhaus-
5492 geräte „mitbenutzen“. Gute Beispiele sind hier die Öffnung der Krankenhäuser mit
5493 Computertomographen bzw. Magnetresonanztomographen für niedergelassene Radio-
5494 logen oder die Möglichkeit zum ambulanten Operieren am Krankenhaus durch Ärzte
5495 aus dem ambulanten Bereich oder auch die Schaffung von Spezialambulanzen für
5496 AIDS-Kranke sowie Bluter.

5497 **Freie Krankenhauswahl im stationären Bereich**

5498 Auch im stationären Bereich muss es dem Patienten möglich sein, das Krankenhaus
5499 seines Vertrauens frei zu wählen. Jedes Krankenhaus ist inzwischen gesetzlich ver-
5500 pflichtet, z.B. im Internet einen Qualitätsbericht zu veröffentlichen, aus dem u.a. die
5501 Anzahl der durchgeführten Operationen hervorgeht, ebenso die Häufigkeit der zugehö-
5502 rigen Komplikationen. Auch sind inzwischen viele Krankenhäuser zertifiziert. Zudem
5503 haben die Krankenkassen die Möglichkeit, über das Hessische Sozialministerium un-

5504 wirtschaftlich arbeitenden und qualitativ schlechten Krankenhäusern die Grundlagen
5505 für eine Regelversorgung zu entziehen. Daher entbehren Bestrebungen einzelner
5506 Krankenkassen, ihre Patienten nur in bestimmten Häusern behandeln zu lassen, einer
5507 sachlichen Grundlage.

5508 **Suchtprävention und Suchtbehandlung mit Qualifikation be-**
5509 **treiben**

5510 Zur Therapie Abhängiger sollten ausreichend qualifizierte Einrichtungen vorgehalten
5511 werden. Um die Abhängigen zu erreichen und ihnen Hilfe anbieten zu können, sind
5512 szenenahe Einrichtungen notwendig, insbesondere Anlaufstellen zur Therapieberatung
5513 und zur medizinischen Versorgung.

5514 Darüber hinaus sollten auch akzeptanzorientierte Einrichtungen bestehen bleiben, die
5515 eine Überlebenshilfe für Schwerstabhängige bieten und oft niedrighschwellige Anlauf-
5516 stellen für spätere Therapieaufenthalte darstellen. Gerade im Bereich der substituti-
5517 onsgestützten Behandlungen hat sich in den letzten Jahren viel getan. Die FDP hat sich
5518 in diesem Zusammenhang für die diamorphingestützte Substitutionsbehandlung einge-
5519 setzt, die seit 2009 mit dem Diamorphinggesetz geschaffen wurde.

5520 Neben der kontinuierlichen Anpassung bestehender Hilfsmaßnahmen muss sich die
5521 Drogen- und Suchtpolitik an neue Suchtformen oder neue Suchtsubstanzen anpassen.
5522 Durch die Verbreitung digitaler Medien kommt es zu neuen Herausforderungen an die
5523 Suchtpolitik. Die Nutzung des Computers und des Internets sind weder aus dem Ar-
5524 beits- noch aus dem Privatleben wegzudenken. Die neuen Medien bieten eine Vielzahl
5525 von Präventionsmöglichkeiten, sind aber auch selbst Suchtmittel. Die Zahl der Be-
5526 troffenen in diesem Bereich wächst in den letzten Jahren stetig, so dass aus Sicht der
5527 FDP Hessen hier geeignete Hilfsmaßnahmen ergriffen werden müssen.

5528 Erste Priorität bei der Sucht genießt die Prävention. Der Jugendschutz, für den genü-
5529 gend rechtliche Mittel zur Verfügung stehen, muss aber auch in allen Bereichen, in
5530 denen sich Kinder und Jugendliche aufhalten, konsequent durchgesetzt werden. Dazu
5531 gehört, vor allem in Kindergärten und Schulen, den Gebrauch von Suchtmitteln sowohl
5532 für die Jugendlichen als auch für Erwachsene zu unterbinden. Nur durch den Ausstieg
5533 aus der Sucht ist es wieder möglich, aktiv an der Gesellschaft teilzunehmen. Daher
5534 muss jedem Einzelnen bei der Überwindung seiner Abhängigkeit geholfen werden.

5535 *Keine Verschärfung des Nichtraucher-schutzes*

5536 Die FDP Hessen ist für eine Beibehaltung des Status quo in der Frage des Nichtrau-
5537 chers-schutzes in Hessen. Den unter der Beteiligung der FDP gefundenen Ausgleich
5538 zwischen den Interessen der Nichtraucher und Raucher begrüßen wir ausdrücklich.
5539 Daher werden wir an dem konsequenten Nichtraucher-schutz in allen öffentlichen Ein-
5540 richtungen, innerhalb von Zügen und an Flughäfen festhalten. Überall dort, wo der Auf-
5541 enthalt verpflichtend ist oder öffentliche Einrichtungen und Leistungen in Anspruch ge-
5542 nommen werden, sollen die Menschen vor Passivrauch geschützt werden. Dagegen
5543 sollen innerhalb privater Räumlichkeiten von Gastronomiebetrieben – bei Einhaltung

5544 der gesetzlichen Vorgaben – die Inhaber selbst entscheiden können, ob sie Rauchver-
5545 bote verhängen. Die Gastwirte sollen mit einem Schild ihren Betrieb als Raucher- oder
5546 Nichtraucher-gaststätte kennzeichnen. Der Gast kann dann individuell entscheiden, ob
5547 er das Lokal betreten möchte oder nicht.

5548 **Pflege im Fokus**

5549 Der Pflege kommt nicht nur auf Grund der Altersstrukturänderung unseres Landes eine
5550 besondere Bedeutung zu. Ziel unserer Gesellschaft muss es sein, Menschen im ambu-
5551 lanten wie im stationären Bereich ein hochwertiges Angebot zu machen, das die Men-
5552 schenwürde des Einzelnen garantiert sowie seine Selbstständigkeit so lange wie mög-
5553 lich erhält. Häusliche Pflege und Heimpflege sind dabei Partner und müssen sich er-
5554 gänzen.

5555 *Vereinbarkeit von Familie und Pflege*

5556 Angehörige in (Pflege-)Verantwortung für ihre Familienmitglieder tragen noch immer
5557 die größte Last in der Pflege. Etwa zwei Drittel der Pflegebedürftigen in Hessen werden
5558 durch Angehörige gepflegt. Diese Leistung verdient die volle Anerkennung aller. Die
5559 FDP setzt sich dafür ein, dass die Rahmenbedingungen für die Pflege von Angehöri-
5560 gen weiter verbessert werden.

5561 *Stationäre Pflege und Bürokratieabbau*

5562 Ein Hauptproblem der ambulanten und der stationären Pflege ist die zunehmend über-
5563 bordende Bürokratie mit einem Übermaß an Gesetzen und Verordnungen. Durch die-
5564 ses Übermaß kommt die eigentliche Pflege am Menschen jedoch zu kurz. Zum Abbau
5565 der Mehrfachprüfungen der Einrichtungen müssen auch die Prüfkompetenzen des Me-
5566 dizinischen Dienstes der Krankenkassen (MDK) und der Heimaufsicht konkretisiert
5567 sowie eine bessere inhaltliche und terminliche Zusammenarbeit der Prüfinstanzen ge-
5568 währleistet werden. Die FDP setzt sich für bessere Rahmenbedingungen ein, damit die
5569 Bürgerinnen und Bürger in unserem Land die Möglichkeit haben, dass jeweils an den
5570 individuellen Bedürfnissen des Einzelnen ausgerichtete Pflegeangebot wählen zu kön-
5571 nen.

5572 *Professionalität stärken*

5573 Neben der Entschlackung von gesetzlichen Vorgaben muss die Professionalität in der
5574 Pflege gesteigert werden. Die FDP setzt sich daher für die Optimierung der Abläufe
5575 innerhalb der Einrichtungen und im Zusammenwirken zwischen Arzt und Pflegeeinrich-
5576 tung ein. Die neuen technischen Möglichkeiten bringen mehr Zeit für die Pflegekräfte
5577 und helfen, Missverständnisse zu vermeiden, die zu einer Gesundheitsgefährdung füh-
5578 ren könnten. Beim Einsatz neuer Medien muss der Datenschutz für die Patienten ge-
5579 währleistet bleiben. Vorrangiges Ziel muss es sein, den Pflegenden mehr Zeit für Pfl-
5580 e und soziale Betreuung des pflegebedürftigen Menschen zu ermöglichen.

5581

5582 *Fachkräfte für die Pflege*

5583 Gut ausgebildete Fachkräfte sind die Grundlage für eine solche Pflege. Ihre Zahl ist
5584 aber bereits heute zu gering. Bei der prognostizierten Steigerung der Zahl der Pflege-
5585 bedürftigen gegenüber heute um etwa ein Drittel bis 2030 zeichnet sich ein gravieren-
5586 der Mangel an Pflegefachkräften ab. Um hier gegenzusteuern, muss durch verbesserte
5587 Arbeitsbedingungen die Attraktivität der Pflegeberufe gesteigert werden. Allein aus
5588 eigener Kraft wird in Hessen der Bedarf an Fachkräften in der Pflege jedoch nicht ge-
5589 deckt werden können. Die FDP unterstützt die Anwerbung von Pflegekräften aus der
5590 Europäischen Union. Hierfür haben wir im Rahmen der Novellierung des hessischen
5591 Altenpflegegesetzes die Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen
5592 verbessert.

5593 *Qualität der Pflege*

5594 Neben der Anhebung der Professionalität will die FDP die Standards in Alten- und
5595 Pflegeheimen verbessern. Dabei müssen die von älteren Menschen geäußerten Be-
5596 dürfnisse berücksichtigt werden. „Schwarze Schafe“ unter den Pflegeeinrichtungen
5597 lassen in der Öffentlichkeit das (durch Medien noch verstärkte) Bild entstehen, dass
5598 Einrichtungen und ihre Mitarbeiter meist Pflege minderer Qualität, wenn nicht sogar
5599 gefährliche Pflege, leisten.

5600 Pflegebedürftige, ihre Angehörigen oder gesetzlichen Vertreter sollen sich bewusst für
5601 oder gegen eine Einrichtung nach Qualitäts Gesichtspunkten entscheiden können. Hier-
5602 für muss Transparenz über die Qualität der Pflegeleistungen hergestellt werden. Die
5603 Pflegeeinrichtungen müssen sich dafür vermehrt als Dienstleister für eine hohe Pflege-
5604 qualität zur Verbesserung der Lebenssituation ihrer Bewohner darstellen können.

5605 *Mehr Flexibilität in der Pflegeversicherung schaffen*

5606 In der Pflegeversicherung brauchen die Menschen Alternativen neben der traditionellen
5607 ambulanten und stationären Versorgung, wie sie z.B. durch die Förderung von Wohn-
5608 gruppen geschaffen wurden. Für Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen möchte
5609 die FDP ausreichende Betreuung in guter Qualität gewährleisten. Um ihren speziellen
5610 Problemen gerecht zu werden, will die FDP die Kriterien für die Pflegebedürftigkeit de-
5611 menzkranker Menschen verändern. Die Einstufung soll weniger die körperliche Lei-
5612 stungsfähigkeit als vielmehr die Einschränkungen der Selbstständigkeit berücksichtigen.
5613 Eine möglichst schnelle Entlastung Demenzkranker und ihrer Angehörigen haben da-
5614 bei Priorität.

5615 **Vielfältiges Angebot**

5616 Wie in vielen Bereichen setzt sich die FDP Hessen auch in der Pflege für ein vielfälti-
5617 ges Angebot ein. Sie will Wettbewerbsverzerrungen in der stationären Pflege abbauen,
5618 um den Standort Hessen für private Investoren attraktiv zu machen. Ziel liberaler Politik
5619 ist ein landesweit gut ausgebautes Pflegenetzwerk. Daher ist die Förderpraxis gründ-
5620 lich zu überprüfen und die Objektförderung in Hessen abzuschaffen, da sie zu Wettbe-
5621 werbsverzerrungen gegenüber nicht geförderten Einrichtungen führen kann. Private

5622 Betreiber haben bewiesen, dass sie auch ohne öffentliche Förderung eine hochwertige
5623 Einrichtung mit gutem Preis-/Leistungsverhältnis und in guter Qualität betreiben kön-
5624 nen.

5625 *Pflegestützpunkte*

5626 Die in Hessen gegründeten Pflegestützpunkte bieten umfassende Beratung Pflegebe-
5627 dürftiger und ihrer Angehörigen. Es ist darauf zu achten, dass Doppelstrukturen bei der
5628 Beratung vermieden und eine strikte Wettbewerbsneutralität in der Ausgestaltung ein-
5629 gehalten werden.

5630 *Auch in der Pflege Selbstbestimmung schaffen*

5631 Jeder Bürger soll sich bewusst für oder gegen eine Einrichtung entscheiden können.
5632 Hierfür sollen Maßnahmen ergriffen werden, die Transparenz über die Qualität der
5633 Pflegeleistungen gewährleisten. Die Pflegeeinrichtungen müssen vielmehr als bisher
5634 die Möglichkeit haben, sich als Dienstleister, die eine hohe Pflegequalität im Sinne ei-
5635 ner Verbesserung der Lebensqualität ihrer Bewohner anbieten, darstellen zu können.
5636 Pflegebedürftige, ihre Angehörigen oder gesetzlichen Vertreter, sollen auf dieser
5637 Grundlage in der Lage sein, eine Pflegeeinrichtung nach Qualitäts Gesichtspunkten
5638 auswählen können.

5639 **Menschenwürde auch im Sterben unantastbar**

5640 Die Würde von Sterbenden und schwerstkranken Menschen muss gewährleistet wer-
5641 den. Sie bedürfen in unserer Gesellschaft einer besonderen Beachtung. Deshalb ist die
5642 Versorgung mit Leid mindernder Palliativmedizin zu verbessern. Es muss mehr Men-
5643 schen ermöglicht werden, gut betreut zu Hause zu sterben. Auch die humanitäre Un-
5644 terstützung durch Hospize und ambulante Hospizdienste sollte weiter ausgebaut wer-
5645 den. Darüber hinaus sollte ein Hospizplan erstellt werden, der den Bedarf an ambulan-
5646 ten und stationären Angeboten feststellt und zusätzlich mögliche Über- und Unterver-
5647 sorgungen ausweist. Auch im Bereich der Hospiz- und Palliativversorgung muss der
5648 Grundsatz „ambulant vor stationär“ gelten. Die FDP setzt sich darüber hinaus für eine
5649 flächendeckende ambulante Palliativversorgung von Kindern in Hessen ein. Immer
5650 weniger Menschen haben Angehörige, die sie in ihren letzten Wochen begleiten. Das
5651 meist ehrenamtliche Engagement der Hospizdienste verdient daher besondere Unter-
5652 stützung.

5653 **Keine medizinischen Maßnahmen gegen den Willen des Patien-** 5654 **ten**

5655 Zur Freiheit des Einzelnen gehört das Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen
5656 Körper. Selbstbestimmung geht vor Fürsorgeüberlegungen Dritter. Es ist das Recht
5657 jedes Einzelnen, eigenverantwortlich über medizinische Behandlungen zu entscheiden
5658 und im Voraus entsprechende Verfügungen zu treffen. Wir wollen für alle Menschen
5659 bis zuletzt ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Die Neuregelung der Patienten-
5660 verfügung hat sich bewährt. Die Rahmenbedingungen zur Versorgung mit Palliativme-

Seite 153

5661 dizin und Hospizangeboten wollen wir – aufbauend auf unseren bisherigen Beschlüs-
5662 sen – weiter verbessern.

5663

5664 **XV. Chancen durch Familien-, Frauen-, Senioren-**
5665 **und Gesellschaftspolitik**

5666 **1. Vielfalt der Lebensentwürfe – Vielfalt der Gesell-**
5667 **schaft**

5668 Die Vielfalt der Lebensentwürfe zeigt die Vielfalt unserer Gesellschaft. Alle Menschen
5669 sind verschieden, außer vor dem Gesetz und in ihrer Würde. Fundament unserer Ge-
5670 sellschaft ist die Übernahme dauerhafter Verantwortung füreinander. Wir wollen den
5671 Menschen dabei nicht bestimmte Formen des Zusammenlebens vorschreiben.

5672 Familien sind eine tragende Säule der hessischen Gesellschaft, daher ist es der FDP
5673 Hessen wichtig die Rahmenbedingungen zu schaffen, um Familien bei ihren Alltags-
5674 herausforderungen zu unterstützen. Durch die auf Initiative der FDP Hessen entstan-
5675 denen Familienzentren steht den Familien ein niedrighschwelliges Beratungsangebot für
5676 alle Fragen und Herausforderungen des Alltags zur Verfügung. Die FDP Hessen hat
5677 sich für den quantitativen und qualitativen Ausbau der Kinderbetreuung eingesetzt. Mit
5678 der Förderung des Ausbaus der qualifizierten Schulvorbereitung und der Umsetzung
5679 des Bildungs- und Erziehungsplans sowie dem hessischen Kinderförderungsgesetz
5680 haben wir auch die Qualität in der Kinderbetreuung verbessert. In Hessen nutzen be-
5681 reits 128.000 Familien die Vorteile der Familienkarte. Die Familienkarte hat nicht nur
5682 zahlreiche Vorteile, sondern ist auch Ausdruck von Anerkennung und Wertschätzung
5683 für die Familien in Hessen.

5684 Wir brauchen in der Gesellschaft eine stärkere Kultur der Akzeptanz und Unterstützung
5685 der Familie. Dabei soll jeder selbst entscheiden können, wie er sein Leben gestalten
5686 will und wie er Familie definiert. Familienpolitik muss sich an der Lebenswirklichkeit der
5687 Menschen orientieren. Wir stehen für eine offene Gesellschaft, wo jeder nach seiner
5688 Façon glücklich werden kann. Dazu gehören für uns neben der Ehe zwischen Mann
5689 und Frau auch gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften. Überall, wo Menschen
5690 Verantwortung füreinander übernehmen, haben auch Kinder ein behütetes Umfeld.
5691 Deshalb treten wir für eine über die aktuelle Entscheidung des Bundesverfassungsge-
5692 richts hinausgehende, vollwertige Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartner-
5693 schaften ein.

5694 Menschen mit Behinderungen wollen wir aktiv ins Leben einbeziehen. Liberale sind
5695 lebensbejahend. Behinderungen verstehen wir deshalb nicht als Verhinderung. Wir
5696 wollen ein Höchstmaß an Selbstständigkeit und Eigenverantwortung gewährleisten.
5697 Nicht weil wir uns verpflichtet fühlen, sondern weil es die Art ist, wie wir uns ein erfüll-
5698 tes Leben vorstellen.

5699

5700 **2. "Unser Wort gilt! - Versprochen und gehalten -"**

5701 • Rückwirkende Gleichstellung von Lebenspartnern durchgesetzt

5702 Wir haben für den Bereich, für den wir auf Landesebene zuständig sind, mit dem hessischen Dienstrechtsmodernisierungsgesetz eine rückwirkende vollständige Gleichstellung von Lebenspartnerschaften im Beamtenrecht geschaffen.

5705 • Kinderförderung nachhaltig ausgebaut

5706 Wer in unserem Land Verantwortung für Kinder übernimmt, sollte dafür nicht seine eigenen Chancen opfern müssen. Kinder dürfen weder ein Karriere- noch ein Armutrisiko sein. Durch das Hessische Kinderförderungsgesetz wird vor allem Qualität in den Einrichtungen gefördert. Die Fördersumme für Kindergärten und KITAs stieg um über 20 Prozent.

5711 Mit der Verabschiedung des Kinderförderungsgesetzes wurde die vorherige gruppenbezogene Förderung in eine kindbezogene geändert. Die Eltern erhalten zudem die Möglichkeit, direkter auf die Gestaltung der pädagogischen und organisatorischen Konzeption einzuwirken, da jedes Kind mehr finanzielle Mittel für die Einrichtung bedeutet. Denn nun folgt das Geld den Kindern und es werden keine leeren Plätze in den Kindertagesstätten gefördert.

5717 • Kinderförderung von Beginn an erreicht

5718 Wir haben die Förderung im Bereich der unter Dreijährigen ausgebaut, die verpflichtenden Vorschulkurse fortgeführt und Sprachtests im letzten Kindergartenjahr gefördert. Familie ist dort, wo Kinder sind. Ziel unserer Familienpolitik ist es deshalb, jedem Kind die gleichen Startchancen fürs Leben sicherzustellen. Wir lassen kein Kind zurück.

5723 • Elternmitsprache auch in Kindertageseinrichtungen geregelt

5724 Wir haben ein Anhörungsrecht bei pädagogischen und organisatorischen Fragen in den Kindertageseinrichtungen für die Eltern geschaffen. Dadurch soll die Kooperation zwischen Eltern und Kindertagesstätten gefördert werden.

5727 • Erzieherausbildung reformiert

5728 Vor diesem Hintergrund und der Tatsache des Erziehermangels wurde die Erzieherausbildung in Hessen reformiert. Zukünftige Erzieher, die die höhere Berufsfachschule besucht haben, bekommen ihre praktischen Erfahrungen auf das Anerkennungsjahr angerechnet. Dies ist freiwillig und kann individuell von allen Auszubildenden entschieden werden.

5733 • Familienzentren geschaffen

5734 Wir haben bereits 100 Familienzentren in Hessen geschaffen. Darin bündeln wir die Beratungs- und Hilfsangebote für Familien. Kinder bekommen eine individuelle Förde-

5736 rung, Benachteiligungen werden abgebaut. Wir haben mit der Familienkarte das El-
5737 ternkompetenztraining eingeführt. Insbesondere Eltern von neugeborenen Kindern
5738 werden dadurch wertvolle Hilfestellungen geben werden.

5739 **3. Weiter gestalten: „Rahmenbedingungen verbessern** 5740 **– Möglichkeiten schaffen“**

5741 **Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss verbessert werden**

5742 Es ist festzustellen, dass es gesellschaftliche Rahmenbedingungen gibt, die es insbe-
5743 sondere Frauen nicht in vollem Umfang ermöglichen, ihre Potenziale frei zu entfalten.
5744 Frauen sind heute so gut qualifiziert wie nie zuvor. Sie erzielen oft gute Schul- und
5745 Hochschulabschlüsse und leisten zudem i.d.R. den Hauptanteil an der Kinderbetreu-
5746 ung und Hausarbeit. Dennoch sind sie seltener in Führungspositionen vertreten und
5747 bekommen für gleiche Arbeit in einigen Fällen weniger Lohn. Wir Liberale setzen uns
5748 für die Beseitigung dieser Benachteiligungen von Frauen ein und arbeiten daran, dass
5749 entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden.

5750 Wünschenswert ist es, dass Staat und Unternehmen stärker an einem Strang ziehen
5751 und eine Bereitschaft zu einem gesellschaftlichen Bewusstseins- und Rollenwandel
5752 herbeiführen. Kooperative Bündnisse sollten einen ganzen Strauß von Themen in den
5753 Blick nehmen:

5754 *Wiedereinstieg von Frauen*

5755 Wiedereinsteigerinnen und Berufsrückkehrerinnen sollten Unterstützung, wenn möglich
5756 schon während der Familienpause, erhalten. Qualifizierungsangebote sollten individuell
5757 ausgebaut werden.

5758 *Förderung von Gründerinnen*

5759 Liberales Anliegen muss es sein, Frauen besser als bisher die Möglichkeit zur Selbst-
5760 ständigkeit zu ebnet. Dies kann durch Kooperationen mit Verbänden erfolgen. Das
5761 Hessische Wirtschaftsministerium hat hierzu bereits die Hessischen Koordinierungs-
5762 stelle Frauen und Wirtschaft bei jump-Frauenbetriebe e.V. in Frankfurt gegründet.

5763 *Ausbau der Mentoring-Programme*

5764 Um Frauen bessere Chancen auf dem beruflichen Weg zu ermöglichen, ist eine Förde-
5765 rung durch erfahrene Politikerinnen und Unternehmer nötig. Die Mentoring-Programme
5766 in Bund und Land leisten dazu einen guten Beitrag. Diese Optionen sollten auch in
5767 Zukunft angeboten und bei Bedarf sogar ausgebaut werden.

5768 *Kinderbetreuung*

5769 Der zentrale Schlüssel für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf liegt in der Kinder-
5770 betreuung. Die FDP setzt hierbei auf das so genannte 3-Säulen-Modell aus privaten,
5771 staatlichen und unternehmerischen Initiativen. Dabei muss das Angebot an Kinderbe-

5772 treuungsplätzen, insbesondere im Bereich der Kleinkinderbetreuung, nachhaltig ver-
5773 bessert und ausgebaut werden. Hier wurde in den letzten Jahren seitens des Landes
5774 so viel investiert, wie noch nie zuvor in Hessen, so dass wir bis zum 01. August 2013
5775 eine Versorgungsquote von über 35 Prozent erreichen werden. Dennoch muss das
5776 Angebot gerade im Ballungsgebiet weiter ausgebaut werden. Hier setzen wir insbe-
5777 sondere auf die Förderung von Betriebskindergärten.

5778 *Ergebniskultur statt Präsenzkultur*

5779 Ein weiterer wichtiger Weg zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist der Weg von
5780 einer Präsenzkultur hin zu einer Ergebniskultur. Eltern, besonders immer noch Frauen,
5781 brauchen oft durch die doppelten Aufgaben zu Hause und im Beruf flexible Arbeitszei-
5782 ten und –weisen. Wo die Art der Arbeit es erlaubt, sollte es bewegliche Arbeitszeitmo-
5783 dellen, Jobsharing und die Möglichkeit, eine Führungsposition auch in Teilzeit auszu-
5784 üben, geben. Telearbeitsplätze sind hierbei von großer Bedeutung.

5785 Gleichstellung geht nur miteinander; Männer und Frauen sind gleichermaßen betroffen.
5786 Um tatsächliche Gleichstellung zu erreichen, ist ein gesellschaftlicher Wandel nötig,
5787 der Männer und Frauen gleichermaßen umfasst. Daher möchten wir gesellschaftliche
5788 Verbesserungen z.B. in der Arbeitswelt für beide Geschlechter ermöglichen. Die Ein-
5789 führung einer Ergebniskultur etwa soll selbstverständlich auch für Männer gelten. Ins-
5790 besondere jüngere Männer wünschen sich eine bessere Vereinbarkeit von Familie und
5791 Beruf. Sie wollen stärker als zuvor gemeinsame Zeit mit ihren Kindern verbringen. Dies
5792 kommt der ganzen Familie zugute.

5793 **Bessere und flexiblere Kinderbetreuung erreichen**

5794 Eltern sind die Leistungsträger unseres Landes. Wir als Liberale werden deshalb für
5795 eine bessere und flexible Kinderbetreuung sorgen. Wir wollen eine Kinderbetreuung,
5796 die sich an der Lebenswirklichkeit und nicht an Verwaltungsvorschriften orientiert. Fa-
5797 milienförderung ist auch eine Frage der Chancengerechtigkeit. Oft sind es die jungen
5798 Mütter, die in der ersten Zeit die Betreuung der Kinder übernehmen. Diese Zeiten dür-
5799 fen nicht dazu führen, dass Frauen im Berufsleben zurückstecken müssen. Daran wer-
5800 den wir mit ganzer Kraft arbeiten. Dazu brauchen wir auch ein stärkeres Engagement
5801 von Unternehmern und öffentlichen Einrichtungen. Unsere Antwort an junge Eltern darf
5802 nicht länger sein „Ihr müsst zu Hause bleiben“, sondern vielmehr „Wir haben eine Kin-
5803 derbetreuung vor Ort, wir unterstützen Euch, wenn Ihr arbeiten wollt“.

5804 Wir setzen uns für den Ausbau der Ganztagsbetreuung von Kindern in Hessen ein,
5805 insbesondere während der Ferienzeiten.

5806 *Kinderbetreuung auf breitere Füße stellen*

5807 Träger der Kinderbetreuung in Deutschland sind in erster Linie die Kommunen, Wohl-
5808 fahrtsverbände, freie Träger und Kirchen. Wenn die Zahl der Betreuungsplätze in Zei-
5809 ten knapper Kassen nachhaltig gesteigert werden soll, muss man sich über mögliche
5810 Alternativen Gedanken machen. Auch private Unternehmen kommen als Anbieter von
5811 Kinderbetreuungsleistungen in Betracht. Angebote privater Unternehmen werden durch

5812 die Änderung im Hessischen Kinderförderungsgesetz in der Bedarfsplanung berücksichtig-
5813 tigt. Das war ein Anliegen der FDP, was in dieser Legislaturperiode umgesetzt
5814 wurde.

5815 **Pädagogisches Know-how in Kindertagesstätten wichtiger Be-**
5816 **standteil**

5817 Zukünftig sollte die Leitung einer Kindertages- oder Bildungseinrichtungen mindestens
5818 eine Qualifikation auf Fachhochschulniveau vorweisen können. Außerdem ist es gera-
5819 de für Jungen wichtig, schon früh eine männliche Bezugsperson zu haben. Gerade in
5820 Zeiten verändernder Familienstrukturen ist dies nicht immer gewährleistet. Daher un-
5821 terstützt die FDP Hessen die Initiative „Mehr männliche Erzieher in Kindertagesstät-
5822 ten“. Wir wollen die Qualität in den Betreuungseinrichtungen sukzessive verbessern.

5823 **Frühkindliche Bildung und Erziehung weiter ausbauen**

5824 Bildung fängt nicht erst mit dem Eintritt in die Schule an. Erkenntnisse der Neurowis-
5825 senschaften, der Entwicklungspsychologie und der Bildungsforschung belegen die
5826 Notwendigkeit, alle Kinder früher, individueller, intensiver und damit nachhaltiger zu
5827 fördern. Die frühe Kindheit ist somit von zentraler Bedeutung, um den Grundstein für
5828 das lebenslange Lernen zu legen.

5829 Wir wollen daher eine Ausweitung der qualifizierten Schulvorbereitung, die bereits heu-
5830 te eine bessere Verzahnung zwischen Kindergarten und Grundschule ermöglicht. Die-
5831 ser immer wichtigere Ansatz, der für die Schaffung von Chancengerechtigkeit eine
5832 überragende Bedeutung hat, muss flächendeckend in Hessen aufgebaut werden.

5833 Die qualifizierte Schulvorbereitung soll alle Kinder optimal auf das erste Schuljahr vor-
5834 bereiten und damit den Einstieg für die Kinder erleichtern. Wir sprechen uns für vorge-
5835 zogene Sprachstandserfassungen zur Verbesserung frühzeitiger Sprachstandsdefizite
5836 aus. Das bedeutet, dass ein Test, im Verfahren analog zum Einschulungstest, im vier-
5837 ten Lebensjahr eingeführt werden soll, der bei mangelhaftem Ergebnis zu einem ver-
5838 pflichtenden Sprachunterricht führt. In diesem Jahr können dann sowohl soziale, als
5839 auch sprachliche und motorische Fähigkeiten gefördert werden. In diesem Sinne muss
5840 das dritte Kindergartenjahr flächendeckend beitragsfrei sein, um allen Kindern diese
5841 Förderung zu ermöglichen.

5842 **Heimischer Gewalt entgegenwirken; Hilfe und Unterstützung**
5843 **anbieten**

5844 Wer zu Hause von Gewalt bedroht ist, bedarf der vollen Unterstützung der Gesell-
5845 schaft. Deshalb unterstützen wir den weiteren Ausbau von Frauenhäusern in Hessen.

5846

5847 **Jugendvertretungen stärken, Generationengerechtigkeit veran-**
5848 **kern**

5849 Die FDP spricht sich für die Einrichtung von Jugendparlamenten mit Initiativrecht auf
5850 kommunaler Ebene aus. Politik muss gerade vor Ort in den Gemeinden transparenter
5851 werden, um nicht abzuschrecken. Wo keine Jugendparlamente eingerichtet werden
5852 können, sollen Jugendliche projektbezogen an Entscheidungsprozessen beteiligt wer-
5853 den.

5854 Durch außerschulische Jugendbildung werden junge Menschen befähigt, ihre jeweili-
5855 gen Lebenszusammenhänge zu reflektieren und soziale Kompetenzen zu lernen. Au-
5856 ßerschulische Jugendbildung bietet darüber hinaus neue Lernerfahrungen ohne schuli-
5857 sche Zwänge. Das Angebot in der außerschulischen Jugendbildung ist vielfältig und ist
5858 als weitere Bildungssäule zu stärken. Die FDP unterstützt diese wertvolle Arbeit.

5859 Jugendarbeit hat einen hohen Stellenwert. Deshalb unterstützen wir die gesetzliche
5860 Freistellung für ehrenamtlich in der Jugendarbeit Engagierte. Besonders im ländlichen
5861 Raum ist es für junge Menschen oft schwer, mobil zu sein. Wir setzen deshalb auf ei-
5862 nen Ausbau des Angebots des öffentlichen Nahverkehrs. Am Wochenende können
5863 Sammeltaxen dieses Angebot ergänzen.

5864 **Inklusion vorantreiben – Behinderungen auffangen**

5865 Das Miteinander von behinderten und nicht behinderten Menschen sollte eine Selbst-
5866 verständlichkeit sein. Wir unterstützen deshalb integrative Konzepte in Kinderbetreu-
5867 ungseinrichtungen, Schulen sowie Freizeit- und Bildungseinrichtungen. Aber auch hier
5868 gilt der Grundsatz, dass Integration nicht um jeden Preis geschehen darf. Es muss
5869 weiterhin die Möglichkeit geben, bei Bedarf Kinder mit Behinderungen in besonders
5870 qualifizierten Einrichtungen unterbringen zu können.

5871 Die Möglichkeit zu arbeiten verstehen wir als integralen Teil eines selbstbestimmten
5872 Lebens. Grundlage hierfür können neben beruflichen Fördermaßnahmen nur die kon-
5873 sequente Vorhaltung von Rehabilitationsinfrastrukturen sowie der Ausbau spezieller
5874 Beschäftigungsgesellschaften sein. Wir sehen hierbei vor allem die Integrationsfach-
5875 dienste in der Pflicht, ihre Personalstrukturen dahingehend zu qualifizieren, dass sie
5876 die Instrumente zur beruflichen Eingliederung voll ausschöpfen.

5877 Wir setzen weiterhin auf den Fortbestand der Berufsbildungs- und Berufsförderungs-
5878 werke in Hessen.

5879 Wir wollen individuelle Lösungen, bei denen der Mensch, und nicht seine Beeinträchti-
5880 gung, im Vordergrund steht. Das trägerübergreifende persönliche Budget bietet hierfür
5881 eine gute Chance. Staatliche Leistungen können so individuell abgefordert werden, ob
5882 Geld- oder Sachleistung. Wir wollen deshalb diese Verfahren möglichst flächende-
5883 ckend umsetzen und alle Rehabilitationsträger beteiligen. Bei Menschen mit geistigen
5884 Behinderungen muss das persönliche Budget so ausgestaltet werden, dass die Kosten
5885 für einen notwendigen Betreuer nicht zu Lasten des Budgets gehen.

5886 Beim betreuten Wohnen setzen wir auf das Mitspracherecht des Betroffenen, seiner
5887 Eltern und Kinder.

5888 **Chancen für Senioren – Rahmenbedingungen weiter verbesser-**
5889 **ern**

5890 Der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung wird in den nächsten Jahren
5891 stark steigen. Das ist in erster Linie erfreulich, weil es Ausdruck von Wohlstand und
5892 guter medizinischer Versorgung in unserem Land ist. Es ist aber auch eine Entwick-
5893 lung, der sich Politik und Gesellschaft widmen müssen.

5894 Die Altersarmut ist derzeit noch kein akutes aktuelles Problem, dennoch wird es in ei-
5895 ner älter werdenden Gesellschaft immer drängender werden. Daher setzt sich die FDP
5896 Hessen dafür ein, sich diesem Problem frühzeitig entgegenzustellen. Altersarmut kann
5897 durch Eigenvorsorge vermieden werden. Sollte dies im Einzelfall nicht gelingen, muss
5898 gewährleistet sein, dass dies durch staatliche Förderung aufgefangen wird.

5899 Die Menschen wollen möglichst bis ins hohe Alter weiter in den Verhältnissen leben
5900 und wohnen, in denen sie einen wesentlichen Teil ihres Lebens verbracht haben. Dies
5901 beschreibt ein elementares Bedürfnis nach eigenständiger und eigenverantwortlicher
5902 Lebensführung. Dem stehen individuelle Situationen wie ein barrierearmes oder barriere-
5903 freies Umfeld, oder Einzelpersonen, die allein in ihrem Einfamilienhaus oder ihrer
5904 Wohnung verbleiben sowie die Pflegebedürftigkeit oder Vereinsamung mobilitätseinge-
5905 schränkter Menschen gegenüber. Für diese individuellen Situationen will die FDP Hes-
5906 sen zukünftig Lösungsansätze finden.

5907 *Generationsübergreifend Verantwortung füreinander übernehmen*

5908 Es ist Ziel liberaler Politik, neue Formen des Zusammenlebens zu fördern, um alle
5909 Menschen unterstützen zu können, die gegenseitig Verantwortung übernehmen wollen.
5910 Wir freuen uns über Menschen, die sich entschließen, in Wohngemeinschaften zu zie-
5911 hen, um sich gegenseitig bei den vielen kleinen und großen Alltagsproblemen zu hel-
5912 fen. Diese Wohnkonzepte brauchen leider noch viel zu lange, um bezugsfertig zu sein.
5913 Hier wollen wir ansetzen, und Kommunen und andere Träger dazu ertüchtigen, diese
5914 Projekte besser zu fördern.

5915 *Barrierefreies Wohnumfeld weiter ausbauen*

5916 Zur Teilhabe am täglichen gesellschaftlichen und politischen Leben gehören nicht nur
5917 barrierearme Wohnungen, sondern auch ein sicheres und barrierefreies Wohnumfeld
5918 sowie ein barrierearmer öffentlicher Raum mit entsprechenden Zugängen zu öffentli-
5919 chen Einrichtungen. Eine alternde Gesellschaft ist im Straßenverkehr angewiesen auf
5920 Verständnis und Rücksicht. Vernetzte öffentliche Verkehrsmittel sollen Fahrten zu Ärz-
5921 ten, Geschäften, Veranstaltungen ermöglichen.

5922

5923 *Politische Teilhabe von Senioren*

5924 Bei der Entwicklung zu immer mehr Älteren und immer weniger Jungen müssen Erfah-
5925 rung und Wissen dieser Älteren aus allen Bereichen des beruflichen, politischen und
5926 gesellschaftlichen Lebens mehr genutzt und in politische Entscheidungsprozesse ein-
5927 bezogen werden. Dies kann einerseits durch eine verstärkte Berücksichtigung in politi-
5928 schen Parteien und andererseits in den Seniorenbeiräten stattfinden. Eine Veranke-
5929 rung dieser in der HGO als Institution ist dabei zu prüfen. Fest steht, dass gewählte
5930 Seniorenbeiräte einen höheren Stellenwert in der Kommunalpolitik haben werden. Da-
5931 bei muss gewährleistet sein, dass gewisse Mindestkriterien erfüllt sind. Daher muss
5932 eine Richtlinie für Seniorenbeiräte erarbeitet werden, damit diese ihrer wichtigen Auf-
5933 gabe in einer alternden Gesellschaft bestmöglich nachkommen können.

5934 **Finanzierung neuer Wohnformen**

5935 Es gibt die unterschiedlichsten Finanzierungsformen verschiedener Kostenträger. Eine
5936 öffentliche Regelfinanzierung fehlt jedoch bisher. Die FDP setzt sich dafür ein, dass
5937 das Land Hessen Wohngruppen auf freiwilliger Basis oder als ambulant betreute Pfl-
5938 gewohngruppen z.B. für Demenzkranke so fördert, dass in einer Anschubfinanzierung
5939 die Planungskosten ganz oder größtenteils übernommen und für Baukosten günstige
5940 Darlehen bereitgestellt werden. Darüber hinaus möchte die FDP Hessen, dass das
5941 Land die Kommunen mit einem Festbetrag zur Beratung bei der Konzeption unter-
5942 stützt.

5943 Mit einer FDP-Politik solcher Sozialraumorientierung und ihrer Förderung und Unter-
5944 stützung sind diese Modelle geeignet, wichtige Lebensbedürfnisse älterer Menschen
5945 zu erfüllen. Gleichzeitig mildern sie einen Pflegenotstand in Heimen oder Überlastung
5946 von Betreuungs- und Pflegepersonal deutlich. Anstelle der Betreuung und Pflege in
5947 einem üblichen Pflegeheim bleibt hier der Wohnraumcharakter weitgehend erhalten.

5948 **Dialog der Generationen fördern**

5949 Zur Milderung oder sogar Überwindung der damit verbundenen Probleme will die FDP
5950 ein Miteinander der Generationen und Kulturen, kein Gegeneinander. Dazu ist der Dia-
5951 log zwischen den Generationen zu fördern, auch um Vorurteile abzubauen und Erfah-
5952 rungen weitergeben zu können. Und dazu gehört ebenfalls die Unterstützung bei der
5953 interkulturellen Altenhilfe für ältere Menschen mit Migrationshintergrund.

5954 **Erfahrung nutzen – Engagement fördern**

5955 Die FDP will das Können der Älteren nutzen und neue Formen des bürgerlichen Enga-
5956 gements wie z.B. die Gründung und die Arbeit von „Freiwilligen-Agenturen“ unterstüt-
5957 zen und fördern. Zielsetzung ist, ältere Menschen in der Wertigkeit ihres Erfahrungswissens zu bestärken und dieses Wissen für die Gesellschaft besser zu nutzen. Dies
5958 ist als ein Beitrag zur Neufindung der gesellschaftlichen Position älterer Menschen und
5959 zur Anerkennung ihres Beitrages für die Gesellschaft gedacht. Die FDP setzt sich dafür
5960 ein, dass beim Freiwilligen Sozialen Jahr zukünftig auf jede Altersbegrenzung verzich-
5961

5962 tet und damit für Senioren geöffnet wird. Der Zusammenhalt der Generationen wird
5963 gewahrt, wenn ältere und junge Menschen Verantwortung tragen.

5964 **Migrationshintergrund im Alter weiter thematisieren**

5965 Die FDP Hessen will sich frühzeitig dem Thema annehmen, um diesen Bürgern ein
5966 würdevolles Altern nach ihren Traditionen zu ermöglichen. Für viele Menschen mit Mig-
5967 rationshintergrund hat dabei die Frage der Bestattung einen hohen Stellenwert. Aus
5968 diesem Grund hat die FDP die Möglichkeit einer sargfreien Bestattung in Hessen auf
5969 den Weg gebracht. Damit wurde eine langjährige integrationspolitische Forderung der
5970 FDP Hessen umgesetzt.

5971

5972 **XVI. Chancen durch liberale Integrationspolitik**

5973 **1. „Kein Nebeneinander, sondern ein Mit- und Füreinander“**
5974

5975 Hessen ist ein weltoffenes und tolerantes Land mit einer großen Zuwanderungs- und
5976 Integrationstradition. Unser Land ist Heimat für Menschen unterschiedlichster Herkunft
5977 und Kultur. Unsere Vielfalt und Weltoffenheit ist Teil unseres Selbstverständnisses.
5978 Liberale sehen das Leben verschiedener Kulturen als Chance und Bereicherung an.
5979 Unser Ziel ist ein friedliches Zusammenleben. Dafür möchten wir auch künftige Her-
5980 ausforderungen liberalen Lösungen zuführen. Wir wollen aber auch Zerrbildern ent-
5981 schieden entgentreten.

5982 **Integration als gesamtgesellschaftlicher Prozess**

5983 Liberale verstehen Integration als einen gesamtgesellschaftlichen Prozess, der sowohl
5984 die Zuwanderer als auch die Alteingesessenen einbezieht. Der gesellschaftliche Zu-
5985 sammenhalt ist Voraussetzung für die Freiheit in einer offenen Bürgergesellschaft. Das
5986 ist das liberale Verständnis von Integration, in dem die Forderung nach Assimilation
5987 keinen Platz hat.

5988 Integration resultiert nicht aus einem bloßen Nebeneinander der Menschen. Erst Zuge-
5989 hörigkeit und Zugehörigkeitsbewusstsein und das Gefühl von Menschen, willkommen
5990 zu sein, ermöglichen gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die FDP tritt deshalb für eine
5991 Willkommenskultur ein, die von Respekt, Wertschätzung sowie Verantwortungsbe-
5992 wusstsein für das Gemeinwohl und Engagement geprägt ist. Dazu zählt auch die ge-
5993 genseitige Anerkennung der Menschen in ihrer jeweiligen Identität sowie gegenseitige
5994 Achtung und Toleranz.

5995 **Grundlage: Chancengerechtigkeit, Toleranz und Achtung**

5996 Wir nehmen jeden Einzelnen an und wollen die Chancengerechtigkeit für alle gewähr-
5997 leisten. Wir erkennen an, dass der Umgang mit Vielfalt nicht immer einfach ist. Er birgt
5998 viele Herausforderungen, bietet zugleich aber auch enorme Chancen und Potenziale
5999 für unser Land, die zum Vorteil und Wohle aller genutzt werden sollen.

6000 Im Rahmen unserer liberalen Integrationspolitik unterscheiden wir zwischen nachho-
6001 lender Integration und bedarfsorientierter Zuwanderung.

6002 **2. "Unser Wort gilt! - Versprochen und gehalten -"**

6003 • Ein ganzheitliches Integrationskonzept

6004 In Erkenntnis der Notwendigkeit nachholender Integration haben wir uns bereits in der
6005 letzten Legislaturperiode für ein ganzheitliches Integrationskonzept eingesetzt, das den
6006 Herausforderungen unserer Zeit entspricht und das Zusammenwachsen unserer Ge-
6007 sellschaft stärkt.

- 6008 • Aufgaben gebündelt und Integrationsministerium geschaffen

6009 Wir haben 2009 in Hessen erstmals ein Integrationsministerium eingerichtet und damit
6010 der Überzeugung Rechnung getragen, dass es für diese elementare Zukunfts- und
6011 Querschnittsaufgabe eines eigenen Ressorts bedarf. Der Leitspruch lautet „Vielfalt in
6012 Hessen leben und gestalten“.

- 6013 • Erfolgsprojekt „Modellregion Integration“

6014 Wir haben das Programm „Modellregion Integration“ aufgelegt und gemeinsam mit den
6015 Modellregionen „Kassel“, „Offenbach“, „Wetzlar“, „Wiesbaden“, „Hochtaunuskreis“ und
6016 „Main-Kinzig-Kreis mit der Stadt Hanau“ erfolgreich auf den Weg gebracht und eine
6017 umfassende Liste von Maßnahmen erstellt, die als Blaupause auch in anderen Regio-
6018 nen verwendet werden kann. Mit dem Landesprogramm haben wir nachhaltige Struktu-
6019 ren für das Gelingen von Integration vor Ort aufgebaut.

- 6020 • Islamischer Religionsunterricht mit bundesweitem Vorbildcharakter

6021 Wir haben zum Schuljahr 2013/2014 an 27 hessischen Schulen bekenntnisorientierten
6022 islamischen Religionsunterricht eingeführt, der auf dem Boden des Grundgesetzes
6023 steht. Islamischer Religionsunterricht ist ein wesentlicher Schritt für die Integration von
6024 Menschen muslimischen Glaubens.

- 6025 • Strategische und wertvolle Partnerschaft mit Bursa geknüpft

6026 Hessen pflegt als einziges Bundesland seit 21. Oktober 2010 eine regionale Partner-
6027 schaft mit der Region Bursa in der Türkei.

6028 **3. Weiter gestalten: „Das liberale Konzept von Integra-** 6029 **tion ist Chancengerechtigkeit“**

6030 Wir stehen dafür ein, dass die Menschen ihr Leben nach ihren Wünschen gestalten
6031 und nicht, dass sie so leben, wie andere es wollen. Dies wird durch Bildung, Fleiß und
6032 faire, transparente Regeln möglich.

6033 **Liberale Willkommenskultur stärken - qualifizierte Zuwanderer** 6034 **gewinnen**

6035 Vielfalt ist von besonderer Bedeutung für unser international ausgerichtetes Land, das
6036 auch global als wirtschaftlicher Akteur wahrgenommen wird. Wir Liberale möchten,
6037 dass Hessen weiterhin attraktiv für Zuwanderer aus aller Welt bleibt.

6038 Gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist die Zuwanderung quali-
6039 fizierter Arbeitskräfte wichtig für unser wirtschaftsstarkes Bundesland. Um die Zuwan-
6040 derung zu erleichtern, möchten wir die bislang geschaffenen, rechtlichen Möglichkei-
6041 ten, wie der Blue Card, ausschöpfen. Die FDP setzt sich dafür ein, dass die bedarfsori-
6042 entierte Zuwanderung anhand von objektiven Kriterien bestimmt wird und favorisiert
6043 daher die Einführung eines Punktesystems. Als Liberale schauen wir nicht darauf, wo-

6044 her jemand kommt, sondern was er hier erreichen möchte. Auf diesem Weg sollen die
6045 Zuwanderer durch kompetente und erfahrene Ansprechpartner in Behörden, Verbän-
6046 den, Beratungsstellen und Vereinen unterstützt werden. Es ist unsere Überzeugung,
6047 dass die Gestaltung und Fortentwicklung einer lebendigen Zuwanderungspolitik das
6048 Engagement der Zuwanderer und der Gesellschaft, in die sie einwandern, erfordert.

6049 Zentral dafür ist, eine liberale Willkommenskultur inhaltlich zu gestalten, die der
6050 Schlüssel zum Erfolg und der Attraktivität Hessens als Einwanderungsland sein wird.
6051 Daran, dieses Engagement zu stärken, möchten wir in der nächsten Legislaturperiode
6052 weiter arbeiten.

6053 **„Es ist nicht wichtig wo man her kommt, es wichtig, wo man**
6054 **hin will“**

6055 Auf der Grundlage unserer Erkenntnisse und Erfahrungen ist das Ziel unserer liberalen
6056 Integrationspolitik auch künftig, zugewanderten Menschen, die sich rechtmäßig und
6057 dauerhaft in Hessen aufhalten, gleiche Bildungs- und Berufschancen zu eröffnen und
6058 sie umfassend am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Leben zu betei-
6059 ligen. Dazu zählt der gleichberechtigte Zugang zu Bildungseinrichtungen, zum Arbeits-
6060 markt und zu gesellschaftlicher und politischer Teilhabe als Voraussetzung und Nach-
6061 weis erfolgreicher Integration. Alle Menschen, gleich welcher Herkunft, sollen ihre Po-
6062 tenzials zur Entfaltung bringen und ihre Chancen in unserem Land wahrnehmen kön-
6063 nen. Jeder soll seine Fähigkeiten, Kenntnisse und Erfahrungen einbringen und so sei-
6064 nen persönlichen Beitrag für das erfolgreiche Zusammenleben leisten können. Davon
6065 profitiert die gesamte Gesellschaft.

6066 Die Förderung gesellschaftlichen Zusammenhalts, von Teilhabe und wechselseitiger
6067 Toleranz ist in einer vielfältigen Gesellschaft von elementarer Bedeutung.

6068 **Integration muss auch auf kommunaler Ebene Chefsache sein!**

6069 „Integration als Chefsache“ sollte eine Maxime für jede Kommune und die Landkreise
6070 sein. Denn nur über den direkten Kontakt und die damit verbundene Erfahrbarkeit ei-
6071 nes Mit- und Füreinander kann liberale Integration funktionieren.

6072 Dies muss nicht zwingend vom Landrat oder dem Oberbürgermeister wahrgenommen
6073 werden. Wichtig ist, dass kurze Dienstwege und lösungsorientierte Strategien bestim-
6074 mend sind.

6075 Ausländerbeiräte sollen zu Integrationsbeiräten weiterentwickelt werden, mit dem Ziel,
6076 die Mitwirkungs- und Einbeziehungsmöglichkeiten zu verbessern

6077 **Ansätze aus Programm „Modellregionen Integration“ intensi-**
6078 **vieren**

6079 Vielfalt zu gestalten, ist eine originäre Aufgabe liberaler Politik. Der Ansatz liegt dabei
6080 auf den Potenzialen, auf der Vernetzung und dem Diskurs. Genau an diesem Zukunfts-
6081 thema hat das Herzstück der liberalen Integrationspolitik, das Hessische Landespro-

6082 gramm „Modellregionen Integration“, gemeinsam mit den beteiligten Kommunen, an-
6083 gesetzt. Mit dem Landesprogramm haben wir nachhaltige Strukturen für das Gelingen
6084 von Integration vor Ort aufgebaut. Wir wollen jetzt auf der Grundlage der gesammelten
6085 Erfahrungen auch in weiteren Regionen für die Umsetzung erfolgreicher Projekte wer-
6086 ben und diese auch unterstützen. Dies tun wir mit dem breit angelegten Folgepro-
6087 gramm „WIR – Wegweisende Integrationsansätze Realisieren“.

6088 **Verbindung von Integration und Wirtschaftsleben fördern!**

6089 Der Arbeitsmarkt ist ein Kernbereich liberaler Integrationspolitik. Arbeit ist ein Teil der
6090 sozio-ökonomischen Identität der Menschen. Hier besteht die Notwendigkeit, bei der
6091 Etablierung von Erstberatungsangeboten für die Anerkennung von Abschlüssen eine
6092 enge Zusammenarbeit zwischen Bildungs- und Arbeitsmarktbereich zu schaffen. Bei
6093 der personellen Besetzung von Beratungsstellen für Zuwanderer sollte interkulturelle
6094 Kompetenz ein wichtiges Qualifikationsmerkmal sein. Alle Maßnahmen sollten ein klar
6095 definiertes Ziel haben, welches sich ausschließlich an den praktischen Bedürfnissen
6096 aller Beteiligten ausrichtet.

6097 Wir setzen uns dafür ein, dass die Visa-Vergabe bürgerfreundlicher gehandhabt wird.
6098 Auch sollten sich dabei Ausländerbehörden und Botschaften nicht als Abwehrbehörden
6099 verstehen, sondern vielmehr als Aushängeschilder Deutschlands agieren. Hessen ist
6100 ein weltoffenes Land. Nicht zuletzt für seine gute Wirtschaft ist der flexible Austausch
6101 von Mitarbeitern und Geschäftsreisenden unerlässlich.

6102 *Bildung und Kultur fördern und gemeinsam gestalten*

6103 Menschen mit Migrationshintergrund haben tendenziell schlechtere Chancen im Bil-
6104 dungsbereich. Bildungsgerechtigkeit ist aber ein Kern von Chancengerechtigkeit. Des-
6105 halb ist es wichtig die individuellen Chancen der einzelnen Person zu verbessern. Spe-
6106 ziell im Bereich der Kinderbetreuung und Schule sollte dies auch durch gruppenüber-
6107 greifendes Engagement und durch die Aktivierung der Eltern geschehen, da die Stär-
6108 kung der Elterneinbindung hier ein Schlüsselmoment darstellt. Eine ergänzende Förde-
6109 rung im Elternhaus hat hierbei eine bedeutende Rolle für den Bildungserfolg und damit
6110 für die Chancengerechtigkeit.

6111 Für die Schaffung einer liberalen Willkommenskultur ist es ebenfalls wichtig, dass Mig-
6112 ranten und ihre kulturelle Herkunft aktiv in die Schaffung kultureller Angebote aktiv mit-
6113 einbezogen werden, und damit auch Vernetzungsprozesse im kulturellen Bereich ent-
6114 stehen.

6115 **Kindertagesstätten als erste Bildungseinrichtung stärker för- 6116 dern**

6117 Die Beherrschung der deutschen Sprache ist die Grundlage für eine erfolgreiche In-
6118 tegration. Wir treten deshalb für eine Chancengleichheit bereits am Start ein. Deshalb
6119 ist eine qualifizierte vorschulische Bildung besonders wichtig. Sie dient auch dazu, die
6120 Chancen von Kindern aus bildungsfernen Schichten zu verbessern. Wir wollen deshalb
6121 Kindertagesstätten in ihrer Funktion als erste Bildungseinrichtung fördern.

6122 Wichtig ist daher die Sprachförderung schon im Kindesalter in der Kita. Sprachtests
6123 zwei Jahre vor der Einschulung mit einer intensiven, sich anschließenden Sprachförde-
6124 rung im Falle der Feststellung von Defiziten, schaffen die Grundlage für einen weiteren
6125 erfolgreichen Bildungsweg.

6126 **Angebot des bekenntnisorientierten islamischen Religionsun-**
6127 **terrichts ausweiten**

6128 Islamischer Religionsunterricht an hessischen Schulen auf der Grundlage des Grund-
6129 gesetzes ist ein wesentlicher Schritt für die Integration von Menschen muslimischen
6130 Glaubens. Nach der Einführung des bekenntnisorientierten islamischen Religionsunter-
6131 richts an 27 Schulen zum Schuljahr 2013/2014 wollen wir den bekenntnisorientierten
6132 islamischen Religionsunterricht schrittweise ausbauen und an weiteren Schulen an-
6133 bieten.

6134 **Interkulturelle Öffnung: Landesverwaltung an Realitäten der**
6135 **Gesellschaft anpassen**

6136 Wir Liberale verstehen die interkulturelle Öffnung der gesellschaftlichen Schlüsselinsti-
6137 tutionen, namentlich der Landesverwaltung, kommunaler und sozialer Einrichtungen,
6138 aber auch von Vereinen und Verbänden sowie Kindertagesstätten und Schulen, als
6139 entscheidenden Faktor für Integration. Interkulturelle Öffnung ist ein strategisches Ziel
6140 und findet seinen Ausdruck in einem gesteuerten Prozess, der Lern- und Verände-
6141 rungsprozesse von Menschen in Bezug auf die Wertschätzung von Vielfalt anstößt und
6142 Zugangsbarrieren bzw. Abgrenzungsmechanismen abbaut. Ziel ist die Anerkennung
6143 von Vielfalt als Bereicherung und als Ressource von Innovation. Angebote und Leis-
6144 tungen von Institutionen und Organisationen werden der durch die Zuwanderung ver-
6145 änderten Bevölkerung und ihren Bedarfen angepasst. Hierzu ist eine kontinuierliche
6146 Optimierung erforderlich.

6147 Wir als FDP werden unsere hierauf gerichtete Politik auch künftig fortsetzen. Unsere
6148 Erfahrungen und Erkenntnisse wollen wir auch in der nächsten Legislaturperiode er-
6149 folgreich einbringen und setzen dabei auf insbesondere auf die Themen „bedarfsorien-
6150 tierte Zuwanderung“ und „vorschulische Sprachförderung“.

6151 **Bürgerschaftliches Engagement ist Integration**

6152 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bezieht sich nicht nur auf Arbeit und Bildung,
6153 sondern auch auf bürgerschaftliches Engagement. Dieses ist zentral für den gesell-
6154 schaftlichen Zusammenhalt und damit auch für die erfolgreiche Gestaltung von Integra-
6155 tion. Deshalb sprechen wir uns für den Ausbau von Lotsenprojekten und für die ange-
6156 messene Würdigung von Integration durch die Kommunen und Projektträger aus.

6157 Kommunen, Kreise und das Land Hessen sollten die vielfältigen Möglichkeiten nutzen,
6158 die ihnen zur Verfügung stehen, um Anerkennung und Wertschätzung zum Ausdruck
6159 zu bringen.

6160 **Partnerschaft mit Bursa intensivieren und für Bürger erfahrbar**
6161 **machen**

6162 Hessen pflegt als einziges Bundesland seit dem 21. Oktober 2010 eine regionale Part-
6163 nerschaft mit Bursa (Türkei). Wir Liberale setzen uns weiter dafür ein, dass diese Part-
6164 nerschaft durch kulturelle, soziale, wirtschaftliche und wissenschaftliche Projekte ver-
6165 tieft wird. Wir wollen die Partnerschaft mit der Region Bursa nicht nur auf der Ebene
6166 der Politik, sondern auf der Ebene der Menschen und Bürger gestalten, denn ein gro-
6167 ßer Teil unserer Mitbürger hat seine familiären Wurzeln nicht im Rheingau, im Vogels-
6168 berg oder am Hohen Meißner, sondern in der Türkei.

6169 Diese kulturellen und familiären Verbindungen sind ein Schatz unserer hessischen
6170 Gesellschaft, den wir beachten und wertschätzen müssen, denn er dient unserem ma-
6171 teriellen und gesellschaftlichen Wohlstand.

6172 Aus diesem Grund wollen wir den Kultur-, Ausbildungs- und Wissenschaftsaustausch
6173 mit unserer Partnerregion Bursa intensivieren.

6174 **Belange der Heimatvertriebenen**

6175 Flucht und Vertreibung sind globale und historische Phänomene, die durch die Ent-
6176 wicklung moderner Nationalstaaten im 20. Jahrhundert ungeahnte Brisanz bekommen
6177 haben. Menschen, die als Vertriebene zu uns kamen, haben mit viel Engagement den
6178 Wiederaufbau unseres Landes erheblich mitgestaltet. Die gelungene Integration der
6179 Vertriebenen hatte nicht nur eine politische, sondern auch eine wirtschaftliche und eine
6180 soziokulturelle Dimension. Dem gebührt Anerkennung und Respekt.

6181 Daher hat die Schaffung eines nationalen Gedenktages für alle Opfer von Flucht und
6182 Vertreibung jetzt Priorität. Wir sind hier initiativ geworden und werden uns für eine zeit-
6183 nahe politische Umsetzung auf Bundesebene einsetzen. Die Belange der Heimatver-
6184 triebenen und Spätaussiedler sind der FDP Hessen weiterhin ein besonderes Anliegen.

6185

6186 **XVII. Chancen durch Europapolitik**

6187 **1. Europa als Wiege, Lebensmittelpunkt und Zukunft**

6188 **Hessens**

6189 Die Europäische Union als Friedens-, Kultur- und Wertegemeinschaft hat uns über
6190 viele Jahrzehnte Freiheit, Sicherheit, Wohlstand und wirtschaftliches Wachstum ermög-
6191 licht. Wir bekennen uns zum europäischen Einigungsprozess und der Weiterentwick-
6192 lung der EU.

6193 Hessen als europäischer Finanz-, Forschungs-, Verkehrs- und Industriestandort hat
6194 der Europäischen Union viel zu verdanken. Wir profitieren von einem funktionierenden
6195 EU-Binnenmarkt und den europäischen Fördermitteln, die für eine positive strukturelle
6196 Entwicklung seiner mittleren und nördlichen Regionen verantwortlich sind. Der Finanz-
6197 platz Frankfurt ist Sitz der Europäischen Zentralbank und der europäischen Banken-
6198 aufsicht. Dies ist nicht nur eine Ehre und Anerkennung für die Bedeutung Hessens im
6199 Herzen Europas, sondern auch Verpflichtung für die Zukunft. Wir werden uns deshalb
6200 weiterhin deutlich zu finanz- und haushaltspolitischen Fragen der Europäischen Union
6201 zu Wort melden. Dazu gehören die Ablehnung einer Finanztransaktionssteuer, der
6202 Fiskalpakt und die damit verbundene Konsolidierung aller europäischen Haushalte, die
6203 Ablehnung einer eigenen EU-Steuer sowie die Einführung eines europäischen Banken-
6204 und Staateninsolvenzrechts.

6205 **Europa ist mehr als nur Geld und Vorschriften!**

6206 Wir wollen ein Europa der Bürger und der Regionen. Wir wollen ein Europa, in dem nur
6207 das in Brüssel entschieden und geregelt wird, was nicht auf kommunaler, regionaler
6208 oder nationaler Ebene besser geregelt werden kann, d.h. wir wollen den Vertrag von
6209 Lissabon mit Leben erfüllen.

6210 **Subsidiarität in und für Europa**

6211 Wir wollen eine schlanke, aber starke EU. Nicht jedes Problem in Europa ist auch ein
6212 Problem für Europa. Wir werden uns dafür einsetzen, dass ein demokratisch zusam-
6213 mengesetztes Europäisches Parlament dann mehr Entscheidungsbefugnisse erhält
6214 und die Entscheidungsprozesse für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes de-
6215 mokratischer und transparenter werden.

6216 Wir setzen uns für institutionelle Reformen auf EU-Ebene ein, die dazu geeignet sind,
6217 die Wirtschafts- und Währungsunion wieder zu stabilisieren und wir werden unseren
6218 Einfluss auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene nutzen, um die Position Hes-
6219 sens als leistungsstarke Zukunftsregion weiter auszubauen. Europa ist längst Normali-
6220 tät geworden. Zu einem normalen Miteinander gehört aber auch, dass man Streitigkei-
6221 ten gerichtlich entscheiden lässt. Wir setzen uns deshalb für ein europäisches Subsidi-
6222 aritätsgericht ein, bei dem eine Subsidiaritäts- und Kompetenzkontrolle stattfinden
6223 soll.

6224 **2. "Unser Wort gilt! - Versprochen und gehalten -"**

- 6225 • EU-Beratungszentrum Hessen eingerichtet

6226 Wir haben zu Beginn der Legislaturperiode ein EU-Beratungszentrum Hessen einge-
6227 richtet, das als zentrale Service- und Anlaufstelle des Landes die Bürger, Unternehmen
6228 und Kommunen bei der Suche nach Fördermöglichkeiten der EU für ihre Projekte un-
6229 terstützt. Darüber hinaus dient es dazu, die Förderstrukturen in Hessen besser zu ver-
6230 netzen und eine enge Zusammenarbeit mit der Hessischen Landesvertretung in Brüs-
6231 sel zu fördern. Auf diese Weise kann eine optimale Nutzung der EU-Fördermittel in
6232 Hessen sichergestellt werden.

- 6233 • Projekt mit anderen Partnerregionen: Hessische Landesvertretung Brüssel

6234 Nachdem unsere bisherige Landesvertretung in Brüssel schon seit vielen Jahren so-
6235 wohl für Mitarbeiter als auch Veranstaltungen zu klein geworden war, haben wir im
6236 Verlauf der letzten Legislaturperiode eine neue Landesvertretung in Brüssel als Mehr-
6237 Regionen-Haus gebaut und im Sommer 2013 bezogen. Außer Hessen nehmen dort
6238 auch unsere Partnerregionen Emilia Romagna, Aquitaine und Wielkopolska ihre Auf-
6239 gaben wahr. Weitere Büros haben wir an andere hessische Interessenvertreter vermie-
6240 tet. Unser Mehr-Regionen-Haus dient auch der Bündelung gemeinsamer regionaler
6241 Interessen und verleiht so unserer Stimme in Europa ein größeres Gewicht. Unsere
6242 interregionale Zusammenarbeit ist außergewöhnlich und hat in den letzten Jahren in
6243 Brüssel viel Beachtung gefunden.

- 6244 • Brücke über den Bosphorus: Partnerschaft mit der Region Bursa

6245 Wir haben im Jahr 2010 mit der türkischen Region Bursa eine weitere regionale Part-
6246 nerschaft vertraglich vereinbart und begonnen, vielfältige Kooperationen aufzubauen.
6247 Die Entscheidung für eine weitere regionale Partnerschaft mit einer Region in der Tür-
6248 kei sollte auch ein wichtiger Beitrag zur Integration unserer türkischen Mitbürgerinnen
6249 und Mitbürger sein, ein Zeichen des guten Miteinanders, verbunden mit dem Ziel, Vor-
6250 urteile weiter abzubauen und Verständnis füreinander zu schaffen. Es ist die erste Re-
6251 gionalpartnerschaft eines deutschen Bundeslandes mit einer türkischen Region.

6252 **3. Weiter gestalten: „Die Bürger mitnehmen, Prozesse**
6253 **öffnen“**

6254 Die Grundlagen des europäischen Gedankens sind die Bewahrung von Frieden, Frei-
6255 heit, Rechtsstaatlichkeit, Eigentum und Wohlstand sowie ein gemeinsames gesell-
6256 schaftliches Selbstverständnis, basierend auf den Prinzipien der Aufklärung, der damit
6257 verbundenen Eigenverantwortlichkeit des Individuums und dem Prinzip, dass das
6258 Recht vor der Macht kommt. Diese Grundlagen wollen wir Liberale bewahren.

6259 Ob diese Grundlagen in einem zentralen Bundesstaat, einem Staatenbund oder wie
6260 gegenwärtig in einem Staatenverbund gewährleistet werden, ist dabei von sekundärer

6261 Bedeutung. Entscheidend ist, dass Problemlösungsstrategien primär von den Mit-
6262 gliedsstaaten ausgehen und nicht von einer europäischen Zentrale.

6263 Denn das Projekt Europa ist kein Elite-Club oder von einer Meta-Behörde regierter
6264 Staatenbund/Bundesstaat, sondern eine Lerngemeinschaft, gegründet auf Freiwilligkeit
6265 und Selbstbestimmung. Aus diesem Verständnis heraus ergibt sich auch das Gebot
6266 der Subsidiarität: Was vor Ort geregelt werden kann, soll auch dort geregelt werden.

6267 **Wir wollen Subsidiarität**

6268 Die Sozialsysteme Europas haben eine marktwirtschaftliche Grundlage. Ziel ist, die
6269 Rahmenbedingungen sicherzustellen, damit die Bürgerinnen und Bürger ihr Leben
6270 eigenverantwortlich gestalten und selbst bestimmen, wie und wo sie leben und arbeiten
6271 möchten. Sozialpolitik ist aber auch im Sinn der Subsidiarität die alleinige Aufgabe der
6272 einzelnen Mitgliedsstaaten, denn Sozialpolitik muss an den örtlichen Realitäten orien-
6273 tiert sein, um wirksam zu sein. Eine europäische Vereinheitlichung kann dies nicht leis-
6274 ten.

6275 Wir werden auch in Zukunft darauf achten, dass das im Vertrag von Lissabon veran-
6276 kerte Subsidiaritätsprinzip eingehalten wird, das die Zuständigkeiten der Politikebenen
6277 regelt. Dies bedeutet, dass wir dafür Sorge tragen, dass wir weiterhin all das in Hessen
6278 regeln, was hier auch geregelt werden kann.

6279 **Europaweite Mindeststandards, aber keine Nivellierung**

6280 Dazu gehört, dass wir uns dafür einsetzen werden, dass der deutsche Meisterbrief als
6281 Qualitätssiegel des deutschen Handwerks erhalten bleibt. Im Rahmen der Überarbei-
6282 tung der EU-Qualifikationsrichtlinie gibt es Bestrebungen, die Voraussetzungen für die
6283 Gründung eines handwerklichen Betriebes europaweit so herabzusetzen, dass der
6284 deutsche Meisterbrief obsolet wird. Dies wiederum hätte auch Auswirkungen auf die
6285 Qualität handwerklicher Leistungen. Wir werden uns andererseits aber auch gegen
6286 unnötig hohe Standards wenden und uns für eine europäische Konnexität einsetzen.

6287 Wir werden uns für den Erhalt des deutschen Betriebsrentensystems einsetzen, damit
6288 die von der EU geplante Erhöhung der Eigenkapitalvorschriften (im Rahmen des
6289 „Weißbuch Renten“) für Versicherungen nicht dazu führt, dass die deutschen Betriebs-
6290 renten, die einen unverzichtbaren Baustein der Altersversorgung in Deutschland bil-
6291 den, unrentabel und unattraktiv werden.

6292 **Einsatz für die kleinen und mittleren Unternehmen**

6293 Wir werden uns auf EU-Ebene weiterhin für die Interessen der kleinen und mittleren
6294 Unternehmen einsetzen und auf eine weitere Entbürokratisierung drängen.

6295 Wir werden die Interessen Hessens auf EU-Ebene bei der Vergabe der Fördermittel für
6296 den nächsten Förderzeitraum 2014-2020 wahrnehmen, um eine bestmögliche Förde-
6297 rung sowohl unserer ländlichen Regionen als auch der Bereiche Wissenschaft und
6298 Forschung sowie sozialer Projekte zu erreichen.

6299 Wir werden die wirtschaftlichen Interessen Hessens als europäische Wirtschaftsregion
6300 ersten Ranges mit ihrem bedeutenden Finanzplatz Frankfurt wahrnehmen und die in-
6301 ternationale Wettbewerbsfähigkeit stärken. Wir werden uns deshalb weiterhin europäi-
6302 schen oder gar teileuropäischen Insellösungen verschließen und für umfassende inter-
6303 nationale Lösungen eintreten.

6304 **Finanzpolitik: Für mehr Sorgfalt mit dem Geld der europäischen**
6305 **Bürger**

6306 Geldwertstabilität ist die Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft. Deshalb werden wir
6307 auf Bundesebene darauf hinwirken, dass die EZB wieder ihrer originären Aufgabe
6308 nachkommt, und sich als unabhängige Notenbank in erster Linie der Preisstabilität ver-
6309 pflichtet sieht. Um dies zu gewährleisten, müssen Ankäufe von Staatsanleihen der Kri-
6310 senstaaten, finanziert durch den verstärkten Einsatz der Notenpresse, unterbleiben.
6311 Gleiches gilt für den Schuldentilgungsfond oder den Ankauf fauler Kredite von einzel-
6312 nen Mitgliedstaaten durch die EZB. All diese Maßnahmen haben den Zweck, die in der
6313 Vergangenheit aufgenommenen Schulden einzelner Staaten auf die Schultern der jun-
6314 gen Generation europaweit zu verteilen. Dies ist nicht nur ungerecht, weil dadurch der
6315 Reformdruck in den betroffenen Ländern nachlässt. Es ist auch uneuropäisch, weil
6316 damit gerade den jungen Menschen in Europa, die ohnehin unter Jugendarbeitslosig-
6317 keit leiden, zudem auch die Kosten der Krise aufgelastet werden sollen. Inflation darf
6318 deshalb kein Mittel zur Staatsentschuldung werden, weil es direkt die Sparguthaben
6319 der Menschen angreift.

6320 Die gegenwärtigen Schwierigkeiten der europäischen Währung sind allerdings die Fol-
6321 ge einer jahrzehntelangen mehr oder weniger systemischen Schuldenpolitik aller euro-
6322 päischen Wohlfahrtsstaaten. Den Preis für diese Politik des „Mehr-Ausgebens-als-
6323 Erwirtschaftens“ müssen alle Staaten der EU nun zahlen. Allerdings jeder für sich.

6324 **Keine europäische Schuldenvergemeinschaftung!**

6325 Eine Vergemeinschaftung dieser Schulden ist abzulehnen, da dies die ordnungspoliti-
6326 schen Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft missachten würde. Denn auch hier gilt,
6327 dass nur Wettbewerb in einem marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmen Fortschritt nach
6328 sich zieht, geistigen wie materiellen Mehrwert bringt, und damit die Voraussetzung für
6329 Schuldenabbau schafft. Das Ziel ist eine Europäische Union mit finanzpolitisch soliden
6330 Mitgliedern.

6331 Wir werden uns auch künftig gegen gemeinsame Anleihen, wie z.B. Eurobonds, aus-
6332 sprechen, denn mit diesem Finanzinstrument nehmen die Euro-Länder nicht nur ge-
6333 meinsam Kapital auf und verteilen es so, wie es innerhalb der Euro-Zone gebraucht
6334 wird, sondern sie haften auch gemeinsam für die Rückzahlung der Kredite. Damit wäre
6335 eine wesentliche Grundlage des damaligen Euro-Beitritts unseres Landes – die No-
6336 Bail-out Klausel – hinfällig. Der deutsche Steuerzahler würde damit für die Politik ande-
6337 rer Staaten haften, die wiederum keinen Anreiz sehen würden, ihre Probleme eigen-
6338 verantwortlich zu lösen. Eine Transferunion wäre damit geschaffen.

6339 **Abtretung von Souveränitätsrechten nur mit Bürgerentscheid**

6340 Wir werden uns, auch auf Bundesebene, dafür einsetzen, dass eine weitere substanzi-
6341 elle Abtretung von Souveränitätsrechten des Bundes und der Länder an die Europäi-
6342 sche Union nur nach einem vorherigen Bürgerentscheid zulässig ist.

6343 **Verstärkung der Netzwerke mit den Partnerregionen**

6344 Wir werden die Kooperationen mit unseren Partnerregionen weiter vorantreiben und
6345 durch einen intensiven gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Austausch
6346 die Partnerschaften zum beiderseitigen Nutzen vertiefen. Über eine verstärkte Vernet-
6347 zung mit unseren Partnerregionen in Italien, Frankreich und Polen werden wir gemein-
6348 same Ziele noch effizienter gegenüber europäischen Institutionen in Brüssel vertreten.

6349 Auch unsere erfolgreichen Partnerschaften außerhalb der EU – mit der türkischen
6350 Partnerregion Bursa, dem amerikanischen Bundesstaat Wisconsin, der russischen
6351 Oblast Jaroslawl sowie Shenzhen und Jianxi in China - werden wir intensiv fortführen
6352 und weiterentwickeln.

6353

6354 **XVIII. Chancen durch Netzpolitik**

6355 **1. „Netzpolitik hat viele Themenfelder“**

6356 Das Internet ist nicht mehr nur eine alltägliche Hilfe und Spielwiese, sondern wird zu
6357 einer Grundlage gesellschaftlicher Teilhabe und zu einem Instrument der Demokratie.
6358 Die Digitalisierung der Gesellschaft hat die Netzpolitik als Zukunftspolitik etabliert. Was
6359 vor wenigen Jahren als Nischenthema Einzug in die Politik hielt, ist mittlerweile zu ei-
6360 nem bedeutenden neuen Politikfeld geworden. Als Querschnittsthema ist Netzpolitik
6361 dabei an verschiedene politische Themen angegliedert und hat nachhaltigen Einfluss
6362 auf gesamtgesellschaftliche Entwicklungen.

6363 Grundlegende Entscheidungen zu netzpolitischen Themen haben Auswirkungen auf
6364 das alltägliche Leben, ob bewusst wahrgenommen oder nicht. Wirtschaftspolitik,
6365 Rechtspolitik, Medienpolitik und Kulturpolitik sind nur einige der Themenfelder, die in
6366 direkter Wechselwirkung mit der Netzpolitik stehen. Aufgabe der Politik ist es, die Teil-
6367 habe aller Privatpersonen sowie der Wirtschaft und der Verwaltung an der rasanten
6368 Entwicklung zu ermöglichen, ohne dabei direkten Einfluss auf das entstehende Gefüge
6369 zu nehmen. Daher müssen Regeln gefunden werden, die Chancen für innovative Ideen
6370 und Geschäftsmodelle in der Informationsgesellschaft eröffnen und gleichzeitig einen
6371 nötigen Ordnungsrahmen setzen und Risiken vermeiden. Das ist unser Bestreben in
6372 den kommenden Jahren.

6373 **2. "Unser Wort gilt! - Versprochen und gehalten -"**

6374 • Erfolgreiche Breitbandstrategie

6375 Wir haben eine erfolgreiche Breitbandstrategie auf den Weg gebracht. 99,5 Prozent
6376 der Hessen haben die Möglichkeit, einen Breitbandanschluss mit mindestens 1 MBit/s
6377 zu bekommen. Bis 2014 werden wir durch gute Vorarbeit mindestens 75 Prozent der
6378 hessischen Haushalte mit 50 Mbit/s versorgen können – damit Hessen weiterhin nicht
6379 den Anschluss verliert.

6380 • Datenschutz konsequent betrieben

6381 Wir haben auf Bundesebene die Einführung einer anlasslosen Vorratsdatenspeiche-
6382 rung verhindert und das Modell Quick-Freeze vorgeschlagen. Damit können personen-
6383 bezogene Daten nur in begründeten Verdachtsfällen anlassbezogen länger gespei-
6384 chert werden.

6385 • House of IT ins Leben gerufen

6386 Wir haben das interdisziplinäre House of IT ins Leben gerufen, damit Hessens Wett-
6387 bewerbsvorteil und die Kompetenzen bei den Informations- und Kommunikationstech-
6388 nologien auch künftig erhalten bleiben.

6389

6390 **3. Weiter gestalten: „Netzpolitik ist Zukunftspoli-**
6391 **tik“**

6392 **Netzneutralität durch konsequenten Breitbandausbau**

6393 Die FDP Hessen setzt sich für Netzneutralität ein und möchte mit dem konsequenten
6394 Breitbandausbau verhindern, dass es zu Kapazitätsengpässen im kabelgebundenen
6395 sowie mobilen Breitbandnetz kommt. Der Breitbandausbau muss daher mit der ständi-
6396 gen Vergrößerung des zu transportierenden Datenvolumens Schritt halten. Wir planen,
6397 bis 2018 allen hessischen Haushalten einen Breitband-Anschluss mit bis zu 100 Mbit/s
6398 zu ermöglichen. Unser Augenmerk liegt dabei vor allem auch auf dem Ausbau der ent-
6399 sprechenden Infrastruktur in ländlichen Räumen.

6400 **Datenschutz – Grundrecht auf Privatheit in der digitalen Welt**

6401 Wir Liberale setzen uns dafür ein, dass der Einzelne wieder eine stärkere Kontrolle
6402 über seine personenbezogenen Daten bekommt. Nur so kann die Freiheit der Nutzer
6403 im Internet gewährleistet werden. Das bedeutet besonders für die Neuen Medien: Das
6404 Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung muss dem technologischen Wandel
6405 angepasst werden, denn im Internet brauchen wir vor allem Vertrauensschutz. Schon
6406 Anbieter müssen die Nutzer in die Lage versetzen, ihre personenbezogenen Daten
6407 besser zu schützen, indem sie beispielsweise geeignete Datenschutztools bereitstel-
6408 len.

6409 **Privacy by Design und Privacy by Default forcieren**

6410 Die Ansätze Privacy by Design (automatischer Datenschutz durch Technik) und Pri-
6411 vacy by Default (obligatorische datenschutzfreundliche Voreinstellungen) sind der rich-
6412 tige Weg, Datenschutzmaßnahmen konsequent von Beginn an mitzudenken. Erste
6413 Bemühungen dahingehend werden bereits an mancher Stelle umgesetzt. Diese müs-
6414 sen mehr Unterstützung erfahren und forciert werden. Dafür setzen wir uns ein, damit
6415 die Bürgerinnen und Bürger künftig nicht in jedem Einzelfall im Überblick behalten
6416 müssen, was mit ihren Daten geschieht, sondern damit ein grundsätzlicher, obligatori-
6417 scher Datenschutz vorherrscht.

6418 **Big Data – Auswertung nur nach vollständiger Anonymisierung**

6419 Big Data ist das Schlagwort für die Speicherung, Verknüpfung (Profilbildung) und Aus-
6420 wertung sehr großer, unstrukturierter Datenmengen mittels spezieller Software. Im digi-
6421 talen Zeitalter ist das Anfallen dieser großen Datenmengen in allen Lebensbereichen
6422 zum alltäglichen Begleiter geworden. Diese Datenmengen werden in den nächsten
6423 Jahren immer besser ausgewertet werden können. Das Voranschreiten dieser Technik
6424 wirft dabei immer wieder Fragen und Verunsicherungen auf. Diese gilt es, im Zusam-
6425 menspiel von Politik und Wirtschaft auszuräumen.

6426 Die FDP Hessen setzt sich dafür ein, dass Analysen und Auswertungen mittels Big
6427 Data-Methoden nur nach völliger vorhergehender Anonymisierung der erhobenen Da-
6428 ten vorgenommen werden dürfen. Wo es aufgrund objektiver Kriterien nicht vermieden
6429 werden kann, Daten ohne Anonymisierung auszuwerten, muss die vorherige Einwilli-
6430 gung der Betroffenen durch ein Opt-in-Verfahren eingeholt werden.

6431 **Nationale und föderale Cyber-Abwehr stärken**

6432 Datenschutz bedeutet mehr als nur den sicheren Umgang mit Telekommunikationsda-
6433 ten und den Schutz der Bürger vor einem datensammelwütigen Staat. Vielmehr gilt es
6434 auch, die großen und zum Teil personenbezogenen Datenmengen innerhalb der öf-
6435 fentlichen Verwaltungen ihrerseits gegen den Zugriff Dritter zu schützen. Daher müs-
6436 sen alle Server der öffentlichen Verwaltungen vor Virenbefall und Datenklau geschützt
6437 werden – auch gegen Cyber-Angriffe anderer Staaten und gegen das „Leaken“ (also
6438 das gezielte Herausgeben geheimer Informationen an eine breite Öffentlichkeit) durch
6439 nichtstaatliche Zusammenschlüsse oder Bündnisse von Hackern.

6440 Es muss kritisch überprüft werden, ob das Nationale Cyber-Abwehrzentrum (NCAZ) in
6441 seiner jetzigen Ausgestaltung die Erfüllung dieser Aufgaben gewährleisten kann. Wei-
6442 ter ist zu prüfen, in welcher Form die Länder diese auch ihnen zukommenden Aufga-
6443 ben durch das NCAZ wahrnehmen lassen können oder ob sie selbst Internet-
6444 Sicherheitsstrukturen aufbauen bzw. stärken können oder müssen.

6445 **Keine Klarnamenpflicht im Internet**

6446 Die FDP Hessen setzt sich dafür ein, dass das Recht auf Anonymität und Pseudonymi-
6447 tät von Handlungen im Internet gewahrt bleiben muss. Anonyme Handlungen gibt es
6448 überall und das ist zum Teil sogar so gewollt. Meinungsfreiheit und Redefreiheit als
6449 Verfassungsrechte sind nicht mit der Pflicht auf Nennung des eigenen Namens ver-
6450 bunden. Zwischen analoger und digitaler Welt dürfen keine Unterschiede herrschen.
6451 Bis auf spezielle, nicht vermeidbare Fälle muss daher die Entscheidung über die Be-
6452 kenntmachung ihrer Identität den Bürgerinnen und Bürgern obliegen.

6453 **Cloud Computing: Potenziale schneller erschließen**

6454 Die Förderung des Standortes Hessen, seiner Innovationskraft und seiner dauerhaften
6455 Leistungsfähigkeit ist uns ein zentrales Anliegen. Deshalb fordern wir, dass die im Jahr
6456 2011 gestartete Kooperation zwischen der hessischen Landesregierung und der For-
6457 schungsgemeinschaft „Frankfurt Cloud“ sowie vergleichbare Forschungsarbeiten in-
6458 tensiviert werden. Ziel ist es, besser analysieren zu können, inwiefern unausgelastete
6459 Potenziale von unternehmerischen und staatlichen Rechenzentren besser koordiniert
6460 werden können. Überlegungen zu besserer Wirtschaftlichkeit der Betriebsabläufe aller
6461 Akteure, die im Bereich der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung (HZD) bereits
6462 angestellt werden, könnten daneben auch im von der Hessischen Landesregierung
6463 gegründeten House of IT angesiedelt werden.

6464 Gleichzeitig soll der sichere Einsatz von Cloud-basierenden Diensten für die Bürger in
6465 der hessischen Verwaltungsstruktur intensiver erforscht werden, damit unter Wahrung

6466 sicherheitsrelevanter Belange Potenziale für Home Office-Lösungen ausgeschöpft
6467 werden können. Diese Bemühungen sind bereits auf den Weg gebracht worden. Hier
6468 ist es Aufgabe der HZD, die Anstrengungen in diesem Bereich in Zusammenarbeit mit
6469 Dritten weiter fortzusetzen und Sparpotenziale auf der einen Seite und Sicherheitsfra-
6470 gen und Fragen des Arbeitskomforts auf der anderen Seite gemeinsam voranzubrin-
6471 gen.

6472 **Crowdfunding als Chance für neue Arbeitsmärkte fördern**

6473 Die FDP Hessen stärkt die Innovationskraft der Gründerkultur in Form von Startups,
6474 welche ein großes Potenzial als Wachstumstreiber aufweisen. Die Möglichkeiten des
6475 Crowdfundings als einer Art der Gründerfinanzierung müssen noch besser unterstützt
6476 werden, indem beispielsweise für eine stärkere Beteiligung von Investoren auf den
6477 vorhandenen Plattformen geworben wird. Dort muss bei der Darstellung der jeweiligen
6478 Projekte gewährleistet sein, dass die wesentlichen Informationen insbesondere auch
6479 zu den Initiatoren einfach und deutlich erkennbar sind.

6480 **Ausbau der Medienkompetenz**

6481 Medienkompetenz ist bereits Bestandteil der Bildungspolitik. Die zunehmende Nutzung
6482 digitaler Angebote erfordert jedoch Aufklärung über Risiken und Gefahren, besonders
6483 der Neuen Medien. Dies gilt nicht nur für den Bereich der Schulen, sondern ist ver-
6484 stärkt auch mit der Erwachsenen- und Seniorenbildung gekoppelt. Moderner Bildungs-
6485 unterricht muss eine realistische Verknüpfung neuer Technologien mit ihrer gesell-
6486 schaftlichen Alltagsrelevanz herstellen.

6487 Gleichzeitig bergen die neuen Technologien auch ein ungeheures Potenzial, den Un-
6488 terricht durch neue Formen der Wissensvermittlung und -erarbeitung zu verbessern. In
6489 der medialen Debatte wird vor allem auf die Risiken sozialer Netzwerke und neuer
6490 Technologien hingewiesen. Wir als Liberale stehen aber auch für eine offene und posi-
6491 tive Herangehensweise, die die Chancen neuer Technologien betont. Projekte, wie das
6492 vom liberal geführten hessischen Kultusministerium geförderte „Soziale Medien für
6493 Jugendliche - Schule als Social Network“, geben Denkanstöße, wie Jugendlichen das
6494 Leben mit Sozialen Medien verantwortungsvoll im Alltag beigebracht werden kann.
6495 Vergleichbare Projekte gilt es, zu fördern.

6496 **Informelle Selbstbestimmung stärken**

6497 Hessische Bürger müssen jederzeit Zugang zu Informationen der Behörden haben.
6498 Dabei hat nicht der Bürger seinen Anspruch zu begründen, sondern die Behörden eine
6499 eventuelle Verweigerung. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Land Hessen ein
6500 Informationsfreiheitsgesetz prüft.

6501

6502 **Open Government und Open Data – Transparenz und Beteili-**
6503 **gung gewährleisten**

6504 Eine bessere Bürgerbeteiligung in Deutschland fängt mit gut informierten Bürgerinnen
6505 und Bürgern und transparentem Regierungshandeln an. Einen wichtigen Beitrag dazu
6506 können Informationen über Entscheidungen der Verwaltung und deren allgemeines
6507 Handeln liefern, die der Allgemeinheit kostenlos im Netz zugänglich gemacht werden.
6508 So können sich Interessierte besser vorbereiten, wenn sie sich in politische Prozesse
6509 einbringen möchten. Die hessische FDP fordert daher, dass Regierungen und Verwal-
6510 tungen auf allen Ebenen für einfach nachvollziehbare und aufbereitete Daten und
6511 Handlungsweisen sorgen. Ausnahmen bilden hierbei datenschutzrechtlich geschützte
6512 und geheime Daten.

6513

6514 XIX. Chancen für die Metropolregion

6515 1. Gemeinsamkeit stärken – Weltoffenheit leben

6516 Die Stärke der Metropolregion Frankfurt-Rhein-Main liegt in ihrer zentralen Lage, ihrer
6517 Weltoffenheit und ihrer anerkannt hohen Lebensqualität sowie ihrer starken polyzentri-
6518 schen Struktur mit vielen attraktiven Städten und Gemeinden einerseits und der star-
6519 ken Kernstadt Frankfurts andererseits. Frankfurt ist nach der Einstufung des einfluss-
6520 reichen internationalen Forschungsnetzwerks GAWC die bedeutendste deutsche
6521 Stadt, aber dieser Spitzenplatz ist gefährdet. Die hessische FDP ist deshalb entschlos-
6522 sen, alles Notwendige zu tun, damit Frankfurt-Rhein-Main seinen Rang in Deutschland
6523 und im weltweiten Wettbewerb der Metropolen hält, und nicht nur hält, sondern ziel-
6524 strebig verbessert.

6525 Der europäische und internationale Wettbewerb zwischen den Regionen hat sich in
6526 den letzten Jahren erheblich intensiviert. Dabei geht es um die Bereitstellung einer
6527 attraktiven (Verkehrs-)Infrastruktur, eines ausgewogenes Angebots von Naherholungs-
6528 gebieten, Freizeit- und Kultureinrichtungen, aber auch eines internationalen Auftretens,
6529 das die Weltoffenheit der gesamten Region deutlich macht. Parallel dazu muss die
6530 Region systematische Verbesserungen auf den Gebieten Technikkompetenz, Talent
6531 und Toleranz im weltweiten Wettbewerb um die kreativen Köpfe koordinieren und um-
6532 setzen – wie andere Metropolregionen das auch tun.

6533 Die Entwicklung der Metropolregion Frankfurt-Rhein-Main hat eine erhebliche Bedeu-
6534 tung für die Zukunft der wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen. Ein Großteil der Wirt-
6535 schaftskraft Hessens findet sich in dieser Region wieder. Der Frankfurter Flughafen
6536 und die gute Verkehrsanbindung der Region bilden das Rückgrat für die künftige Ent-
6537 wicklung der Region. Die darüber hinausgehenden weiteren Bereiche können und
6538 müssen die in der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main verbundenen kommunalen
6539 Gebietskörperschaften gemeinsam, mit Unterstützung von Bund und Land, wahrneh-
6540 men.

6541 2. "Unser Wort gilt! - Versprochen und gehalten -"

- 6542 • Freiwilligkeit im Fokus behalten

6543 Mit dem Ballungsraumgesetz und dem heutigen Metropolregionengesetz haben wir be-
6544 gonnen, die Region in ersten Schritten zu reorganisieren. Die FDP hat durch ihre Bei-
6545 träge zur Regionalentwicklung dabei bewusst darauf verzichtet, die Region mit Exper-
6546 imenten vom grünen Tisch aus zentralistisch zu reorganisieren und der Region etwas
6547 überzustülpen, was weder die Kernstadt, noch die Kommunen oder die Landkreise des
6548 Umlandes für sich akzeptieren wollten.

- 6549 • Themenbezogene Zusammenarbeit ermöglicht

6550 Wir haben die Grundlage dafür geschaffen, dass Kommunen sich nach dem Grundsatz
6551 der Freiwilligkeit selbst organisieren und in selbstgewählten Rechtsformen und Ge-
6552 bietszuschnitten themenbezogen („sektoral“) zusammenarbeiten können.

6553 **3. Weiter gestalten: „Regionalplanung effizienter gestalten“** 6554

6555 **Regionale Flächennutzungsplanung**

6556 Die Aufstellung eines Regionalen Flächennutzungsplans durch zwei unabhängige
6557 Gremien, die gleichlautende Beschlüsse treffen müssen, hat sich nicht bewährt. Sie ist
6558 bürokratisch, extrem teuer für die Kommunen und ineffizient. Diese Doppelstruktur
6559 muss zum gegebenen Zeitpunkt wieder beseitigt werden.

6560 Die Flächennutzungsplanung soll deshalb wieder auf die Kommunen zurückübertragen
6561 werden. Die regionale Raumordnungsplanung einschließlich der Trassenfreihaltung für
6562 regional bedeutsame Infrastrukturprojekte soll künftig der Regionalversammlung und
6563 dem Regierungspräsidium Darmstadt obliegen. Die Konzentration von Flächenzu-
6564 wächsen an den Nahverkehrssachen kann durch Flächenkontingente auf Ebene der
6565 Regionalversammlung organisiert werden.

6566 **Organisationsstrukturen schlanker und effizienter machen**

6567 Zentralistische Modelle wie Regionalkreise lehnt die FDP als bürgerfern ab. Der beste-
6568 hende Aufbau Kommune – Kreis – Regierungsbezirk – Land wird in Frankfurt-Rhein-
6569 Main, wie in ganz Hessen, beibehalten. Eine bürgernahe kommunale Selbstverwaltung
6570 kann vor Ort am besten über die Belange der Bürger entscheiden. Allerdings dürfen
6571 dabei die regionalen und globalen Perspektiven nicht verlorengehen. Aktuell bestehen
6572 jedoch eindeutig zu viele Parallelstrukturen in der Rhein-Main-Region. Durch Bündelungen
6573 gilt es, die Effizienz und Schlagkraft für die Region zu erhöhen. Ballungsraum-
6574 gesetz und Metropolregiongesetz waren für die hessische FDP wichtige Meilensteine,
6575 mit ihnen steht die Reorganisation der Region aber erst am Anfang.

6576 Die Verbandskammer ist nach Wegfall ihrer wesentlichen Aufgabe, der Aufstellung des
6577 Regionalen Flächennutzungsplans inklusive der Landschaftsplanung, aufzulösen. Der
6578 Regionalvorstand soll in geänderter Zusammensetzung als Koordinierungsgremium für
6579 die Metropolregion erhalten bleiben. Er setzt sich zukünftig aus gewählten Vertretern
6580 der Landkreise und kreisfreien Städte zusammen und wählt aus seiner Mitte einen
6581 Vorsitz. Dabei geht der Zuschnitt der Metropolregion deutlich über die regionalen
6582 Grenzen der bisherigen Verbandskammer hinaus. Nach dem langfristigen Wegfall der
6583 Zuständigkeit für den Regionalen Flächennutzungsplan inklusive der Landschaftspla-
6584 nung verbleiben dem Regionalvorstand alle anderen Aufgaben des Regionalverbandes.
6585

6586 Weitere regionale Aufgaben, wie etwa die Krankenhausplanung oder die Gewährleistung
6587 der Wasserversorgung, sollen unter Wahrung der Eigentumsverhältnisse über
6588 Landesfachgesetzgebung geregelt werden. Hierzu sollen auf Landesebene (KFA) An-

6589 reize zu mehr Zusammenarbeit und freiwilligen Zusammenschlüssen geschaffen wer-
6590 den.

6591 Dadurch wird ein wesentlicher Beitrag zur organisatorischen Entschlackung der Region
6592 und der finanziellen Entlastung der Kommunen geleistet. Es ist die Aufgabe der Lan-
6593 despolitik, diese Entwicklung zu unterstützen. Hessen braucht Frankfurt-Rhein-Main,
6594 aber Frankfurt-Rhein-Main braucht auch Hessen.

6595 **Regionale Initiativen, Vereine und Gesellschaften**

6596 Die im Laufe der letzten Jahre entstandenen regionalen Initiativen, Vereine und Ge-
6597 sellschaften sollen künftig eine stärkere Rolle bei der Bewältigung metropolentypischer
6598 Aufgaben spielen, beispielsweise bei der Finanzierung von Kultur oder bei der Stär-
6599 kung der Region im nationalen und internationalen Wettbewerb. Einrichtungen mit
6600 identischen Zielen sind zu bündeln. Hierzu sollte das Land Hessen Anreize schaffen.

6601 Die FDP Hessen setzt sich für eine Konsolidierung der zahlreichen Gesellschaften und
6602 Initiativen in den verschiedenen Aufgabenbereichen ein. Auch wenn ein Wettbewerb
6603 innerhalb der Region um die besseren Ideen nicht grundsätzlich abgelehnt wird, geht
6604 es in erster Linie darum, sich besser für den Wettbewerb mit den anderen Metropolre-
6605 gionen in Deutschland, Europa und weltweit aufzustellen. Deswegen müssen die fi-
6606 nanziellen Mittel, aber auch die personellen Kapazitäten, gebündelt werden.

6607

6608 **XX. Chancen durch Sportpolitik**

6609 **1. „Sport verbindet und hält gesund“**

6610 Sport ist im Leben vieler Hessinnen und Hessen von besonderer Bedeutung und über
6611 den Sport bestehen Berührungspunkte mit einer Vielzahl von Politikfeldern. Daher ist
6612 liberale Sportpolitik auf die Gesamtheit ausgerichtet.

6613 Sport verbindet Menschen, unterstützt gesellschaftlichen Zusammenhalt und ehren-
6614 amtliches Engagement und ist ein Motor für die Integration. Gemeinsame Erfolge und
6615 Niederlagen im fairen Mannschaftswettbewerb schweißen zusammen und wirken ge-
6616 gen den Trend zur Vereinzelung. Überdies leistet Sport auch einen eigenverantwortli-
6617 chen Beitrag zur Gesundheitsvorsorge.

6618 Sport ist auch unter dem Gesichtspunkt der Persönlichkeits- und Charakterbildung för-
6619 derwürdig. In der frühkindlichen Betreuung kann ein frühzeitiger, spielerischer Kontakt
6620 zu sportlicher Betätigung bei der motorischen und persönlichen Entwicklung unserer
6621 Kinder förderlich sein.

6622 **2. "Unser Wort gilt! - Versprochen und gehalten -"**

6623 • Hallenbad-Investitionsprogramm

6624 Wir haben mit dem Hallenbad-Investitionsprogramm (HAI) die hessischen Kommunen
6625 mit fast 50 Mio. € unterstützt. Damit konnten mehr als 100 Hallenbäder, die auch von
6626 Schulen genutzt werden, saniert werden.

6627 • Hessisches Sportstättenförderprogramm fortgesetzt

6628 Wir haben den „Vereinseigenen Sportstättenbau“ mit 2 Mio. € pro Jahr gefördert. Für
6629 die Jahre 2013 bis 2015 werden besonders herausragende Investitionen in Sportanla-
6630 gen mit dem neuen Sonderprogramm „Zuweisungen an Kommunen“ jährlich mit 10
6631 Millionen € gefördert.

6632 • Breitensport gestärkt

6633 Wir haben mit dem Aktionsprogramm „Hessen INFORM – Initiative für mehr Bewe-
6634 gung, gesunde Ernährung und Entspannung“ zur besseren Information über breiten-
6635 sportliche Betätigung beigetragen und zielgerichtete Informationen zur Verfügung ge-
6636 stellt.

6637 • Ehrenamtsförderung ausgebaut

6638 Wir haben die steuerliche Entlastung für Übungsleiter und Ehrenamtliche mit der Eh-
6639 renamtspauschale weiter verbessert.

6640

6641 **3. Weiter gestalten: „Sport in Schule und Verein ist ge-**
6642 **sellschaftlicher Gewinn“**

6643 **Sport ist positiv**

6644 Die Politik hat die Aufgabe, sportliches Engagement zu wecken, seinen Wert bekannt
6645 zu machen und den Breiten- wie auch den Spitzensport zu fördern. Dies geschieht auf
6646 Landes-, Kreis-, Stadt- und Gemeindeebene. Liberale Politik schafft hier die Voraus-
6647 setzungen und Rahmenbedingungen für sportliche Betätigung nach den eigenen Vor-
6648 stellungen. Wir sind bestärkt darin, dass staatliche Förderung vor allem im investiven
6649 Bereich langfristig einen Gewinn für die gesamte Gesellschaft ausmacht. Deshalb wol-
6650 len wir grundsätzlich auch in Zukunft Förderprogramme zum Sportstättenbau oder zur
6651 Sanierung vorhandener Sportstätten unterstützen.

6652 **Ehrenamt und Vereinswesen weiter stärken**

6653 Den Vereinen kommt im Bereich des Sports nach wie vor eine herausragende Bedeu-
6654 tung zu. Die Leistungsfähigkeit der Sportvereine zu stärken, ist daher ein wesentlicher
6655 Bestandteil liberaler Sportpolitik. Die Gewinnung von Mitgliedern, die neben der Schu-
6656 le, dem Studium oder Beruf bereit sind, ehrenamtliches Engagement in einem Verein
6657 zu übernehmen, wird durch die demografische Entwicklung und die vielfältigen weite-
6658 ren Freizeitangebote künftig eine immer größere Herausforderung darstellen.

6659 Die FDP setzt sich dafür ein, den bereits gegangenen Weg über steuerfreie Pauscha-
6660 len und weniger Bürokratie weiter auszubauen und gemeinsam mit den Vereinen zu
6661 gestalten, um so Vereine und Ehrenamtliche zugleich zu stärken. Die Vereine als
6662 Grundlage des hessischen Sports werden in Zukunft auch verstärkt auf die finanzielle
6663 Unterstützung des Landes angewiesen sein. Die FDP steht zu einer angemessenen
6664 Unterstützung sportlichen Engagements durch den Staat. Liberale Sportpolitik muss
6665 allerdings als vorrangiges Ziel die Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit in den Vereinen
6666 vor Ort beinhalten, um die dortigen Rahmenbedingungen zu verbessern. Ein Engage-
6667 ment von Jugendlichen im Ehrenamt ist aus liberaler Sicht besonders zu fördern.

6668 **Schule und Sport enger zusammenbringen**

6669 Sport darf in der Schule kein Nischenphänomen bleiben. Sachkundiger Sportunterricht
6670 durch kompetente Lehrkräfte und Trainer statt Ausfallstunden oder fachfremdem Unter-
6671 richt sollte in den hessischen Schulen das Leitbild sein.

6672 Durch mehr Selbstständigkeit bekommen die hessischen Schulen durch liberale Politik
6673 die Gelegenheit, auch ihr sportliches Profil durch entsprechende Ausrichtung zu schär-
6674 fen. Von der Grundschule mit Bewegung fördernden Angeboten bis zur Ganztagschu-
6675 le, in der Angebote von Sportvereinen in das pädagogische Nachmittagsangebot ein-
6676 gebunden werden können, bieten sich gerade im Zusammenspiel von Sport und Schu-
6677 le vielfältige und kreative Gestaltungsmöglichkeiten, die der Staat unterstützend beglei-
6678 ten kann. Schulen bieten auch durch das Vorhalten von Sportanlagen die Möglichkeit
6679 für Sportvereine, ihr Angebot qualitativ zu verbessern.

6680 **Integrationsmotor Sport**

6681 Sport wirkt sozial integrierend, sowohl für Menschen mit verschiedener Herkunft, als
6682 auch für Menschen aus unterschiedlichen sozialen Ausgangslagen. Sport bietet die
6683 Möglichkeit, sich in ein soziales Umfeld einzugliedern und Anschluss an die Gesell-
6684 schaft zu bekommen, indem er viele Menschen zusammenbringt. Ehrenamtliches En-
6685 gagement von Menschen mit Migrationshintergrund, beispielsweise als Übungsleiter,
6686 wirkt entscheidend bei der Integration junger Zuwanderer. Auch darf soziales und eh-
6687 renamtliches Engagement nicht an der finanziellen oder sozialen Situation scheitern.

6688 **Kampf dem Doping**

6689 Sport muss glaubwürdig bleiben, damit er seine positive Ausstrahlungswirkung erhält,
6690 und weiterhin engagierte Menschen Begeisterung dafür empfinden, sich in Sportverei-
6691 nen zu betätigen.

6692 Doping ist daher nicht nur ein Betrug am athletischen Mitbewerber, sondern vor allem
6693 auch ein Angriff auf die Integrität des Sports als gesellschaftliche Institution insgesamt.
6694 Daher spricht sich die FDP für eine Unterstützung der Verbandsstrukturen aus, die sich
6695 gemeinsam dem Kampf gegen Doping verschrieben haben. Regelmäßige Kontrollen
6696 sind, vor allem im Spitzensport, aus leidvoller Erfahrung das effektivste Mittel, um im
6697 stetigen Wettlauf zwischen medizinischen Nachweismethoden und Doping-Mafia der
6698 Fairness zum Sieg zu verhelfen. Darüber hinaus muss durch gezielte Aufklärungskam-
6699 pagnen flankierend die Bedeutung von fairem Wettbewerb herausgestellt und so Do-
6700 ping als Problem nicht nur von Hochleistungssportlern, sondern auch im Breitensport
6701 im Bewusstsein verankert werden.

6702 **Sport im Vollzug**

6703 Für Menschen im Strafvollzug oder in Sicherungsverwahrung sind sportliche Möglich-
6704 keiten oftmals stark eingeschränkt. Umso wichtiger ist es, ihnen durch entsprechende
6705 Angebote auch über den Sport eine Tür zurück in die Gesellschaft zu öffnen, denn
6706 Sport ist ein wesentlicher Beitrag zur Resozialisierung.

6707 **Sportwetten und Lottomittel sichern die staatliche Sportförde-
6708 rung**

6709 Die FDP ist nicht nur aus ordnungspolitischen Gründen auch weiterhin für eine Libera-
6710 lisierung des Sportwetten- und Lottomarktes. Über die Einnahmen aus Lotto- und To-
6711 tomitteln in einem rechtlich klar normierten und kontrollierten Rahmen werden Breiten-
6712 sportförderung und Sportprojekte zum Nutzen der gesamten Gesellschaft finanziell auf
6713 eine nachhaltige, solide Basis gestellt und darüber hinaus auch die Förderung weiterer
6714 Gemeinwohlbelange ermöglicht.

6715

6716 XXI. Chancen durch Medienpolitik

6717 1. „Medien gewinnen an Bedeutung“

6718 Medien gewinnen in den letzten Jahren enorm an Bedeutung. Medienpolitik befasst
6719 sich nicht mehr nur mit den Inhalten und der darstellerischen Art ihrer Verbreitung,
6720 sondern verstärkt rücken auch technische Entwicklungen in den Blickpunkt. Die rasan-
6721 te Ausweitung der Medienvielfalt befördert Informationen in kürzester Zeit und macht
6722 eine weltweite nahezu uneingeschränkte Vernetzung möglich. Dies eröffnet Unterneh-
6723 men wie Verbrauchern wertvolle Chancen, deren weiterer Ausbau unterstützenswert
6724 ist. Gleichzeitig verschieben sich politische und gesetzgeberische Aufgaben, sowohl
6725 was die Finanzierung der Rundfunk- und Medienlandschaft betrifft, als auch im Hinblick
6726 auf die Beachtung von Recht und Gesetz sowie auf Fragen des Kinder-, Jugend- und
6727 des Datenschutzes.

6728 Liberale Medienpolitik baut auf Wettbewerb, denn Wettbewerb zwischen den Medien
6729 setzt Kreativität frei, sorgt für Pluralismus und Effizienz und schafft Arbeitsplätze. Des-
6730 halb geht es darum, die Rahmenbedingungen für den Wettbewerb an die neuen Spiel-
6731 regeln der breitbandigen und konvergierenden Medienwirklichkeit anzupassen und den
6732 Medienstandort wieder für die Zukunft fit zu machen.

6733 Wettbewerb in der Medienlandschaft bedeutet Chancen für die Menschen. Wir müssen
6734 Entwicklungen weiter ermöglichen und befördern, Medien und Informationen im Allge-
6735 meinen für einen möglichst großen Personenkreis nutzbar machen und dennoch einem
6736 Ausufern des Datentransfers, vor allem in persönlichen und geschützten Bereichen,
6737 wirksam vorbeugen.

6738 2. "Unser Wort gilt! - Versprochen und gehalten -"

- 6739 • Politischer Einfluss begrenzt

6740 Wir haben im Privatrundfunkgesetz festgeschrieben, dass Unternehmen, an denen
6741 politische Parteien oder Wählergruppen derart beteiligt sind, dass sie unmittelbar oder
6742 mittelbar bestimmenden Einfluss auf die Programmgestaltung oder Programminhalte
6743 nehmen können, keine Zulassung zur Veranstaltung von Rundfunk mehr erhalten.

- 6744 • Medienvielfalt gestärkt

6745 Mit dem Sender NRJ Rhein-Main konnten wir in Hessen erstmals einen Spartenradio-
6746 sender etablieren, der im Schwerpunkt seines Tagesprogramms neben unterhaltenden
6747 Themen auch Wirtschaftsnachrichten aufgreift und damit auch den Wettbewerb mit
6748 bestehenden Radiosendern befördert.

- 6749 • Jugendmedienschutzstaatsvertrag verhindert

6750 Zusammen mit den FDP-Landtagsfraktionen anderer Bundesländer, die ebenfalls in
6751 Regierungsverantwortung stehen, konnten wir dafür Sorge tragen, dass eine Fülle von
6752 Restriktionen der Bewegungs- und Informationsfreiheit im Internet – die unter dem

6753 Oberbegriff ‚Jugendmedienschutzstaatsvertrag‘ vorgelegt wurden - keine Gesetzeskraft
6754 erlangt haben. Wir haben dabei den hohen Stellenwert und die Unverhandelbarkeit von
6755 Jugendmedienschutz für Liberale unterstrichen, aber gleichwohl deutlich gemacht,
6756 dass die Einführung von Verbotsregularien, deren Einhaltung am Ende unweigerlich
6757 auch die Türen in Richtung einer Zensur von Inhalten geöffnet hätte, kein geeignetes
6758 Instrumentarium darstellen, um den Gefahren neuer Medien – insbesondere für Kinder
6759 und Jugendliche – wirksam zu begegnen.

6760 • Fortschritt auf dem Weg zur Medienabgabe

6761 Auch auf dem Weg zu der von der FDP geforderten Medienabgabe sind wir ein gutes
6762 Stück vorangekommen. Die Abkehr vom bisherigen Gebührensystem war dabei ein
6763 richtiger Schritt, um die Rundfunkfinanzierung einfacher, gerechter und transparenter
6764 zu machen. Letztlich ist die Reform der GEZ zur Haushaltsabgabe jedoch gescheitert
6765 und es gilt jetzt, in der nächsten Legislaturperiode auch noch den letzten Schritt zu
6766 gehen, die Reform vollumfänglich durchzuführen und damit den Beitragsservice (früher
6767 die GEZ) endgültig abzuschaffen.

6768 • Pressefreiheit durch Redaktionsgeheimnis und Zeugnisverweigerungsrecht ge-
6769 stärkt

6770 Die FDP hat sich immer für eine uneingeschränkte Stärkung der Pressefreiheit einge-
6771 setzt und wird dies auch weiter tun. In der 18. Legislaturperiode haben wir im Zuge der
6772 Reform des Hessischen Sicherheits- und Ordnungsbehördengesetzes wie versprochen
6773 den besonderen Schutz für Berufsgeheimnisträger vor allem auch auf Journalisten
6774 ausgeweitet und damit sowohl das Redaktionsgeheimnis als auch das Zeugnisverwei-
6775 gerungsrecht, die untrennbar mit der Pressefreiheit verbunden sind, gestärkt.

6776 **3. Weiter gestalten: „Vielfältiges Rundfunk- und Pres-**
6777 **seangebot sichern“**

6778 **Öffentlich-rechtliche Anstalten**

6779 Der Hessische Rundfunk trägt durch seine regionalisierte Berichterstattung und durch
6780 Erfüllung seines Kultur- und Bildungsauftrages in erheblichem Maß zur Information der
6781 Bürger in Hessen bei.

6782 Einmal im Jahr sollte der Hessische Rundfunk einen Bericht über seine Maßnahmen
6783 zur Erfüllung des öffentlich-rechtlichen Auftrages abgeben und Rechenschaft ablegen.

6784 Die FDP wird sich dafür einsetzen, dass in einem Rundfunkstaatsvertrag Programm-
6785 aufträge und Profil der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten klar definiert werden.
6786 Die Klarstellung dieses Auftrages darf nicht ausschließlich der Rechtsprechung über-
6787 lassen bleiben, sondern ist hinsichtlich seiner Funktionsbestimmung und zur Abgren-
6788 zung zum Privatrundfunk gesetzlich zu regeln.

6789 Um mehr Klarheit und Transparenz zu schaffen, wollen wir, dass künftige Koalitions-
6790 verträge auch eine Medienklausel enthalten, die mögliche Alleingänge der Ministerprä-

6791 sidenten ausschließt. Die Entscheidungsgewalt über Finanzierungsmodelle darf nicht
6792 nur faktisch, sondern muss auch tatsächlich bei den Abgeordneten der Länderparla-
6793 mente und nicht nur bei den jeweiligen Staatskanzleien der Länder liegen.

6794 **Privater Rundfunk**

6795 Der Wettbewerb ist auch bei den privaten Anbietern zu intensivieren und fortzusetzen.
6796 Private Sender müssen deshalb auch die Möglichkeit haben, entsprechend Frequen-
6797 zen nutzen zu können. Deshalb soll die Vergabe von Frequenzen an öffentlich-
6798 rechtliche Senderanstalten auf ihre Notwendigkeit hin überprüft werden, mit dem Ziel,
6799 privaten Anbietern größere Spielräume zu ermöglichen. Freie Frequenzen sollen nicht
6800 mehr vorrangig öffentlich-rechtlichen Senderanstalten zugewiesen werden. Die FDP
6801 befürwortet auch weiterhin die Zulassung lokaler und regionaler privater Radioveran-
6802 stalter. Für die in Hessen aktiven, privaten Anbieter sollten neben den bislang etablier-
6803 ten Veranstaltern zusätzliche Expansionsmöglichkeiten geprüft werden.

6804 Der Landesanstalt für privaten Rundfunk sollten hier weitergehende eigene Möglichkei-
6805 ten eingeräumt werden, die Vergabe im Rahmen der staatsvertraglichen Lösungen
6806 selbstständiger übernehmen zu können. Auch eine Erhöhung der Zulassungsbe-
6807 schränkung bei Lizenzverlängerung auf bis zu zehn Jahre sollte möglich sein, um In-
6808 vestoren eine größere Sicherheit zu bieten.

6809 Die FDP wird sich zudem für die Möglichkeit einsetzen, auch regionale Werbefenster
6810 zuzulassen. So können die Rundfunkanbieter noch zielgenauere Angebote für die re-
6811 gionale Wirtschaft machen und Mittelstand und Werbewirtschaft vor Ort stärken. Regi-
6812 onale Werbung sollte für regional segmentierte Gebiete freigegeben werden.

6813 **Rundfunkfinanzierung reformieren - vom Beitragsmodell hin** 6814 **zur Medienabgabe**

6815 Die FDP steht für Vielfalt und fairen Wettbewerb im Mediensektor. Wir bekennen uns
6816 zum System aus öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk. Für Liberale ist das seit
6817 01. Januar 2013 in Kraft getretene Beitragsmodell dabei nur ein Zwischenschritt hin zu
6818 einer kompletten Reform der Rundfunkfinanzierung. Das Beitragsmodell macht die
6819 Rundfunkfinanzierung bereits einfacher, transparenter und gerechter. Es hat jedoch zu
6820 viele Schwachstellen. Viele Ungleichbehandlungen können auch durch eine Vielzahl
6821 von Ausnahmeregelungen nicht abgefangen werden. Gleichzeitig ziehen gerade diese
6822 Ausnahmeregelungen neue Ungleichbehandlungen nach sich. Für uns gilt der Grund-
6823 satz, dass jeder Mensch nur einmal Rundfunk empfangen kann und deshalb auch nur
6824 einmal dafür bezahlen sollte. Bürger sollen von daher auch nicht als Hotelgast oder
6825 Krankenhauspatient erneut für Rundfunk bezahlen müssen. Die nach Mitarbeitern und
6826 Betriebsfahrzeugen gestaffelte Betriebsstättenabgabe verteuert den einzelnen Arbeits-
6827 platz. Wir wollen aber Arbeitsplatzkosten senken, damit Arbeitsplätze erhalten oder gar
6828 neu geschaffen werden.

6829 Aus diesem Grund gilt es, die begonnene Reform nun in der nächsten Legislaturperio-
6830 de fortzusetzen und eine vollumfängliche, zukunftsfähige Rundfunkfinanzierung zu

6831 beschließen. Die FDP Hessen setzt sich dafür ein, den Beitragsservice (früher GEZ)
6832 abzuschaffen und die Rundfunkgebühr durch die Finanzämter einzuziehen. GEZ oder
6833 Beitragsservice wären dann funktionslos und könnten ersatzlos abgeschafft werden.
6834 Damit würden die enorm hohen Kosten der Beitragseinzugsbürokratie gesenkt und die
6835 nach wie vor bestehenden Verunsicherungen bei Fragen des Datenschutzes beendet.
6836 Die frühere GEZ galt zu Recht als „Datenkrake“. Ihre Umbenennung zu „ARD ZDF
6837 Deutschlandradio Beitragsservice“ löst dieses Problem nicht. Deshalb unterstützen
6838 auch Datenschützer unser Modell.

6839 Die zu komplizierte Regelung für Unternehmen ist durch eine verfassungskonforme,
6840 deutlich einfachere Berechnungsgrundlage zu ersetzen. Doppelbelastungen, z.B. von
6841 Selbstständigen und Zweitwohnungsinhabern, sind zu vermeiden. Die Befreiungen von
6842 der Gebühr aufgrund von sozialer Härte oder Behinderungen sind wieder einzuführen.
6843 Mehreinnahmen durch die Umstellung auf den Beitragsservice sind im Folgejahr durch
6844 eine Senkung der Beiträge an die Zuschauer zurückzuzahlen.

6845 In Verbindung mit effektiven Verwaltungsstrukturen der Sendeanstalten und einer in-
6846 haltlichen Konkretisierung des Grundversorgungsauftrags könnte die Medienabgabe
6847 deutlich niedriger sein als der jetzige Beitrag von 17,98 Euro.

6848 **Multimedia und Internet**

6849 Die heutige Wahrnehmung der Lebensumwelt wird sehr stark durch Medien beein-
6850 flusst. Medien leisten einen großen Beitrag zur Meinungsbildung und Informationsbe-
6851 schaffung des Einzelnen. Insbesondere für die junge Generation hat der bewusste und
6852 kritische Umgang mit Medien besondere Bedeutung. Dabei spielt die Medienpädagogik
6853 und die Vermittlung von Medienkompetenz eine entscheidende Rolle.

6854 Wir werden deshalb diese vielfältigen Aktivitäten im Bereich der Medienpädagogik und
6855 Medienkompetenzvermittlung durch das Hessische Kultusministerium weiter fortsetzen
6856 und die Bedeutung dieses Bereichs für den Unterricht immer wieder deutlich machen.
6857 Dazu gehört natürlich neben der Förderung medienpädagogischen Unterrichts auch
6858 weiterhin die Bereitstellung moderner Ausstattung sowie die entsprechende Aus- und
6859 Weiterbildung von Lehrern.